

g  
en  
e  
ko  
904  
A









Ne 62

# Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, G. Kallen, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a.  
herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

Heft 254

---

## Die großen Mächte und Marokko

in den Jahren vor dem Marokko-Abkommen  
vom 8. April 1904  
(1898—1904)

Von

Dr. Herbert Emil Brenning

---

Verlag Dr. Emil Ebering  
Berlin 1934





# Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker,  
G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †,  
W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †,  
G. Kallen, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen,  
H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a.  
herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 254 ==

---

## Die großen Mächte und Marokko

1924/732

in den Jahren vor dem Marokko-Abkommen  
vom 8. April 1904  
(1898—1904)

Von

Dr. Herbert Emil Brenning

---

Verlag Dr. Emil Ebering  
Berlin 1934





### Vorbemerkung.

Für den Deutschen, der das durch Weltkrieg und Folgezeit bedingte Schicksal seines Volkes miterlebt, schließen die Jahre 1898 bis 1904 einen Zeitraum von entscheidender Bedeutung in sich. Innerhalb der Jahre 1880 bis 1914 sind diese sechs Jahre ein in sich geschlossener Abschnitt, in dem sich in der politischen Gruppierung des Vorkriegseuropas der entscheidende Umschwung vollzieht. Der Einsatzpunkt liegt in der Zeit der Faschodakrise: Es herrscht eine tiefgehende englisch-französische Spannung, die zeitweilig zum Kriege zu führen droht, der Dreibund ist noch fest.<sup>1</sup> England neigte zu Deutschland, Frankreich ist bis auf die — zu der Zeit sehr fragwürdige — Allianz mit Rußland isoliert. Der Endpunkt ist gegeben durch den Abschluß der Entente cordiale; damit war der Dreibund innerlich erledigt, nachdem Italien sich schon 1901/02 weitgehend mit Frankreich verständigt hatte, — die Tatsache der Isolierung besteht nun für Deutschland. Man kann in diesen Jahren die Entwicklung abgeschlossen sehen, deren äußere Konsequenzen im August 1914 von den Beteiligten gezogen wurden, bezw. sich an ihnen auswirkten. Marokko, das die deutsche Außenpolitik noch in den 90er Jahren zur Trennung Englands von Frankreich benutzen möchte, wird in diesen Jahren zum Barometer, an dem man die wachsende Verständigung zwischen den beiden Westmächten und die beginnende Vereinigung Deutschlands ablesen kann.

Eine Erweiterung habe ich vorgenommen durch einen Rückblick auf die Jahre seit 1880, um die Grundlagen sichtbar zu

---

1. Jedenfalls nach außen hin und in seinem internationalen Aspekt. Über die innere Fragwürdigkeit vgl. *Italicus*, Dreibundpolitik, S. 214—225.

machen und die Wandlungen, die sich in der Einstellung der deutschen Außenpolitik zur Marokkofrage im Verlauf dieser zwei Jahrzehnte abzeichnen. Dafür standen — abgesehen von mehr polemischen französischen Äußerungen, denn die französischen Dokumente für diesen Zeitraum stehen noch aus — die Bände der Großen Politik zur Verfügung. Erst 1900 zeigen sich eigene deutsche Wünsche, von 1901 an sind diese durch das Scheitern der englisch-deutschen Bündnisverhandlungen zur Aussichtslosigkeit verurteilt.

Die französische Politik in und gegenüber Marokko war nur soweit zu schildern, als sie von den Zusammenhängen der internationalen Politik aus beeinflußt wird und auf sie einwirkt.

Länger verweilt wurde bei den Hauptetappen der europäischen Umgruppierung: Den deutsch-englischen Besprechungen und der italienisch-französischen Annäherung. Wirkliche Vollständigkeit konnte dabei, vor allem im Hinblick auf die darstellende und kritische Literatur, nicht erstrebt werden. Die Darstellung der englisch-deutschen Verhandlungen muß im Zusammenhang dieser Arbeit ein Torso bleiben, es handelte sich hier nur um die einzelnen Stationen ihres Verlaufs und um deren Zusammenhang mit dem Marokkoprobem.

Die psychologischen Hintergründe können nur gelegentlich gestreift werden, obwohl die Frage der Einstellung der führenden Männer außerordentlich interessant ist. Solche Probleme wären z. B. die Generationsunterschiede im englischen Kabinett (Chamberlain-Salisbury-Lansdowne),<sup>2</sup> die Bedeutung Eduards<sup>3</sup> oder auf deutscher Seite die Einstellung des Kaisers in seiner zwischen englischen und russischen Sympathien schwankenden Haltung und die außenpolitische Taktik Bülow's. Ferner die Bedeutung des großen Revirements der Jahre 1899 bis 1901: Delcassé-Cambon-Barrère, Königsmord in Italien, neues Kabinett Zanardelli-Prinetti, Amtsnachfolge Lansdowne's im Foreign Office. Dazu die Stimmung der öffentlichen Meinung: Deutsche Abneigung gegen England (proburische Stimmung) und englische Pressehetze gegen

2. Vgl. Rothfels, S. 610. — Brinkmann.

3. Vgl. unten S. 147/151.

Deutschland,<sup>4</sup> sowie die Vorbereitung der englisch-französischen Annäherung.<sup>5</sup>

Das erste Kapitel macht keinen Anspruch auf Vollständigkeit, vor allem was die Auswertung der Memoirenliteratur angeht. Es ist bedauerlich, daß gerade die wichtigsten Biographien noch nicht bis zum Jahre 1898 oder weiter fortgeführt worden sind. Die Salisbury-Biographie von Lady Gwendolen Cecil erreicht mit 4 Bänden (London 1921/22 und 1931/32) bisher das Jahr 1892. Die Chamberlain-Biographie von J. L. Garvin ist in dem vor kurzem erschienenen zweiten Band bis 1895 fortgeführt. (London 1932/33). Roseberry war während der Jahre 1898 bis 1904 nicht im Amt (Crewe, Roseberry. 2 Bde., London 1931). Das Gleiche gilt für Campbell-Bannermann (Spender, Life of . . . 2 Bde., London 1923) und Grey (Selbstbiographie in zwei Bänden, London 1925). Bei allen Dreien finden sich Äußerungen über das Abkommen vom 8. April 1904, die unten erwähnt werden. Die Briefe der Königin Victoria, die jetzt bis 1901 von Buckle herausgegeben sind, enthalten an sachlichen Angaben nur wenig. Gelegentlich mitgeteilte Briefe vom Kaiser, Salisbury oder Cecil Rhodes sind von Belang für die psychologische Beurteilung der deutsch-englischen Beziehungen. Die Erinnerungen Lord Gleichen's (A Guardsman's Memories. Edinburgh, London 1932) waren mir nicht zugänglich. Eine Besprechung und ein kurzer Auszug finden sich in den Europäischen Gesprächen X (1932), S. 230/32 und 238/39.

Das bisher erschienene biographische Material über Holstein (Trotha: Holstein als Mensch und Politiker. Berlin 1931. — Lebensbekenntnis in Briefen an eine Frau, hrsg. von Helmuth Rogge. Berlin 1932) ist zwar ergiebig für seine persönliche Beurteilung, bringt aber sachlich nichts. Von F. Thimme ist eine Herausgabe des Briefwechsels Holstein-Hatzfeldt geplant, der viel Wertvolles bringen wird. Wie notwendig das ist, zeigt die Holstein-Studie von G. P. Gooch (in: Studies of modern History) mit ihrer einseitigen Beurteilung.

4. Vgl. unten Kap. V: 2.

5. Vgl. Barclay. — Und für Frankreichs öffentl. Meinung das Werk E. M. Carroll's.

Das Hauptgewicht der „Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit“ des Fürsten Hohenlohe (Stuttg., Berl. 1931) beschränkt sich laut Hinweis des Herausgebers (auf S. VIII) auf die innere Politik.

Es war sehr erfreulich, daß für den Hauptteil der Arbeit von 1898 ab die deutschen, englischen und französischen (diese ab 1901) Aktenveröffentlichungen zur Verfügung standen. Eine italienische Publikation steht noch aus. Die bisher erschienenen 4 Bände der zweiten Serie der Documents Diplomatiques sind eine wahre Fundgrube. Alle Bände enthalten eine Fülle von Dokumenten, die über die französische Marokkopolitik Aufschluß geben. Sie werden ergänzt durch das Livre Jaune: Affaires du Maroc 1901—1905. Der erste und zweite Band bringen reichliches Material für die italienisch-französischen Beziehungen. Der vierte Band umfaßt die Zeit von Oktober 1903 bis 8. April 1904, befaßt sich also vor allem mit den englisch-französischen Verhandlungen und bringt außerdem die Aufzeichnungen über den russisch-japanischen Krieg.

Es sei noch hingewiesen auf 2 Werke, die bei Abschluß der Arbeit (Juli 1933) gerade vorlagen, bzw. erst nachher erschienen. Sachlich konnten sie angesichts des reichlich vorliegenden Aktenmaterials kaum Neues bringen, müssen aber erwähnt werden. Dies gilt vor allem für das zweibändige Werk Hermann Onckens: Das deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges (insgesamt 870 S.), das im Sommer erschien und als Standard-Werk zu bezeichnen ist. Es ist die erste umfassende Darstellung, für die das ganze wesentliche Aktenmaterial zur Verfügung stand, während Brandenburg für sein Werk „Von Bismarck zum Weltkriege“ die englischen Akten noch nicht vorlagen. Vom 1. Band kommt in Frage das Kapitel 3: „Die Begründung des deutschen Bündnissystems 1876—1883“ (S. 191/240), vom 2. Band Teil I: „Das deutsche Reich unter Kaiser Wilhelm II. 1890—1909“ (S. 352—632).

Dezember 1933 kamen die Erinnerungen des Generaloberst von Einem heraus, der 1898—1908 Kriegsminister war. Auf S. 59 ff. finden sich kluge, sachliche Bemerkungen zum Problem Flottenbau und Bündnispolitik und auf S. 110 ff. einige Hinweise auf die Marokkokrise von 1905. Auf S. 60 f. heißt es: „Es gab für die deutsche Politik nur zwei Möglichkeiten: Entweder mit Rußland



## Einleitung.<sup>1</sup>

Marokko ist der westliche Flügel des durch die Ketten des Atlas beherrschten und gegliederten Raumes. Dies ganze Gebiet wird nach Norden und Nordosten durch das Mittelmeer, nach Westen durch den Atlantik, nach Süden und Südosten durch die Wüste begrenzt. Es bildet trotz trennender Gliederung in sich durch diese Abgeschlossenheit doch ein Ganzes, dem man wohl schon den Namen „Kleinafrika“ gegeben hat, um diese Eigenart und Zusammengehörigkeit auszudrücken.<sup>2</sup> Die Anliegerschaft am Atlantik und besonders am Mittelmeer und die Lage im Nordwesten des großen kolonialen Erdteils geben diesem Raum seine ganz bestimmte geopolitische Wertbedeutung.<sup>3</sup>

Frankreich ist Mittelmeeraanlieger und dadurch an der machtpolitischen Struktur dieses Meeres brennend interessiert. Es muß seiner Staatshoheit einen Teil der südlichen Gegenküste sichern, einmal um eine gewisse Kontrolle über die Durchfahrt von West nach Ost ausüben zu können und um dort die Festsetzung einer anderen Großmacht zu verhindern, bezw. im Falle einer solchen durch Festsetzung an anderen strategischen Punkten das Gleichgewicht wiederherzustellen. Dieser Zusammenhang kommt in der Äußerung eines zeitgenössischen Franzosen über die Eroberung Algiers zum Ausdruck. Dieser weist darauf hin, daß für Frankreich die Besitznahme Algiers eine Notwendigkeit geworden sei, da England seit 1705 in Gibraltar und seit 1805 auf Malta sitze, während der einzige französische militärische Stützpunkt Toulon sei.<sup>4</sup>

1. Vgl. dazu: Kjellén-Haushofer „Die Großmächte vor u. nach d. Weltkriege“. Für Frankreich und England u. Italien S. 46–101 u. S. 215/42. — Ferner Konrad Hofmann „Afrika“.

2. Geograph. Handbuch, Bd. Afrika, S. 79/80.

3. Vgl. Haushofer „Jenseits der Großmächte“, Kap. Afrika, S. 263 ff.

4. Mohr: Frankreich u. Marokko, S. 24. Und vgl. Mohr: Polit. Probleme im westl. Mittelmeer.

Der Festsetzung Frankreichs in Algier folgte 1881 die Monopolisierung des französischen Einflusses in Tunis. Inzwischen war die französische Stellung in Algier ziemlich gefestigt, die Kolonie hatte begonnen, dem Mutterlande Nutzen zu bringen (Handel, französ. Siedler).<sup>5</sup> Um so notwendiger wurde die Sicherung dauernder Ruhe. Ob die französische Marokkopolitik nur durch diesen Gesichtspunkt der Sicherung Algiers diktiert war unter Absehen von dem erheblichen Eigenwert Marokkos (Ausbreitung des franz. Handels, Sicherung des alger. marok. Handels, Rohstoffe, Menschenmaterial<sup>5</sup>), mag dahingestellt bleiben. Einen Teil des Problems treffen die Bemerkungen etwa Tardieu's<sup>6</sup> sicherlich, die besagen, daß es seit Frankreichs Herrschaft in Algier nicht mehr von ihm abhängt, ob es eine Marokkopolitik treiben wolle oder nicht. Die Betrachtung des Reliefs dieses Raumes mag den Gedanken nahelegen, daß Marokko ein durchaus unabhängiges Teilstück mit nur mangelhaften Verbindungen nach Osten ist. Aber ganz Marokko im Besitze einer fremden Macht wäre, jedenfalls für Frankreichs Mittelmeerstellung und besonders für seine Stellung in Algier eine bedeutende Gefahr. Denn durch die gleiche islamische Religion bestehen zwischen Marokkanern und Algeriern starke Gemeinsamkeiten, die die Trennung der Räume und eine geschichtliche Sonderentwicklung in einem für den christlichen Europäer ungeahnten Maße verwischen.<sup>7</sup> So könnte ein unabhängiges Marokko immer der Herd für Unruhen in Algier sein und als Ausgangspunkt für antifranzösische Agenten dienen. Ebenso kann eine fremde Großmacht durch Ausnutzung der religiösen Gleichgestimmtheit in den Atlasländern von Marokko aus sehr leicht die Sicherheit der französischen Stellung in Algier stören.

5. Mohr: Frankr. u. Mar. — Tardieu, S. 23/28. — Bernard, Confins (bes. für d. marok. alg. Grenzhandel). — Bernard, Maroc, S. 363/93. — Fischer, S. 3. — Kampffmeyer, S. 341/44. — Für Algier u. Marokko: Germain et Faye. — Greiser. — Jäger: Afrika, S. 91—111. — Geogr. Handbuch, Teil Afrika, S. 79/112. — Der franz. Außenminister über die franz. Interessen an den Nachbarländern Algeriens (hier Tunis) an Botschafter in Rom am 13. 10. 1878. in DD I (2), Nr. 352. — Delcassé an Gesandten in Tanger, Juli 1901 in DD II (1), 337.

6. Tardieu, S. 18/22. — Peyronnet, S. 284. — J. Cambon, S. 310,

7. Bernhard, Confins, S. 140 ff. — Tardieu, S. 18/19.

Diese Bedeutung Marokkos für Franz. Algerien wird verstärkt durch die unwegsamen Gebiete<sup>8</sup> zwischen beiden Räumen, die auch heute noch der Stützpunkt der unruhigen Berberstämme sind.<sup>9</sup> Von hier aus unternahmen sie ihre Überfälle auf die Siedlungen und Karawanen und hausen dort heute noch ziemlich ungestört. Dies galt noch viel mehr, als der Wüstenraum im Süden<sup>10</sup> zwar vom Sultan den Franzosen gegenüber für sich in Anspruch genommen wurde, aber von ihm keineswegs unterworfen war, so daß die französischen Siedler und Militärposten im südlichen Algerien dauernden Überfällen ausgesetzt waren.<sup>11</sup>

Nun handelt es sich für Frankreich nicht nur um diese Gebiete zwischen Wüsten und Mittelmeer. Die heutige politische Karte Afrikas zeigt nördlich des Äquators und westlich von 23 Grad Ost ein riesiges französisches Kolonialreich, das vom Kongounterlauf im Süden bis zum Mittelmeer im Norden, vom Atlantik im Westen bis zur Lybischen Wüste im Osten den Erdrum mit Beschlag belegt.<sup>12</sup> Es ist zwar ein recht uneinheitlicher Raum. Zwischen die Gebiete im Norden (Atlasländer) und die zentral- und westafrikanischen Gebiete legt sich der breite Wüstengürtel. Der Grundgedanke, der trotzdem die Erfassung dieses ganzen Raumes, also auch der westlichen Sahara, erwirkte, ist das Ziel, die wertvollen Tropenkolonien in eine gesicherte Verbindung mit dem Mutterland zu bringen. Eine gesicherte Verbindung, d. h. eine durch eigenes Hoheitsgebiet führende Landverbindung. An einer breiten und einer schmaleren Front stößt das französische Gebiet vom Norden her zum Golf von Guinea durch, an der Elferbein- und an der Sklavenküste (Togo, Dahome). Die gradlinige Verbindung zum Kamerun-Kongo-Raum ist zwar unterbrochen durch das bis zum Tschadsee reichende Brit. Nigeria. Aber nördlich und östlich des Tschadsees stellt ein breiter Gebietsstreifen die Verbindung her.

8. Der Hohe Atlas.

9. Vgl. Morocco (in: Round Table), S. 731.

10. Vor allem die Gebiete südl. von Figuig (Tuatoasen).

11. Bernard, Maroc, S. 299—314. — Bernard, Confins, S. 137 ff.

12. GP 8, 1922 vom 20. 7. 1891. — Peyronnet, S. 319.

Die italienische Kolonialpolitik, deren Stoßlinie Tripolis-Tschadsee-Guineaküste diese Verbindung bedroht, ist nicht müßig und sucht nach Möglichkeit die französischen Pläne zu stören, die auf einen festeren Anschluß des äquatorialen Raumes an den nordwestafrikanischen (vor allem durch Verkehrslinien) abzielen. Italien will vermeiden, daß eine vollendete Tatsache im Sinne der französischen Pläne ihm den Weg zur Durchführung seiner eigenen Absichten verbaut.<sup>13</sup> Eine solche besteht noch nicht. Erst in der jüngsten Zeit — 1931/32 — sind die schon seit 1880<sup>14</sup> gehegten, lange Zeit sehr vagen französischen Absichten auf eine Transsaharabahn<sup>15</sup> in den Bereich eines festen Projektes getreten. Der Nutzen einer solchen sicheren Verbindung mit dem Mutterland, zu dem man das dem französischen Innenministerium unterstellte Algier heute hinzurechnen kann, liegt in der Erleichterung und Sicherung der reichen wirtschaftlichen und militärischen (schwarze Truppen) Hilfsquellen Franz. Äquatorialafrikas. Es ist klar, daß zur Sicherung dieser Verbindung ein zuverlässiger Ausgangspunkt das erste Erfordernis ist. Diese Notwendigkeit mußte zwangsläufig die Tendenz auf eine möglichst in die Breite gehende Erfassung der südlichen Mittelmeerküste vertiefen, eine Erfassung, deren vorläufiger Schlußstein aus den oben erwähnten Gründen das Protektorat über Marokko war.

Diese Andeutungen sollen zeigen, wie sehr der Besitz Marokkos für Frankreich notwendig ist. Die Besorgnis vor der möglichen Festsetzung einer fremden Macht in Marokko, mehr noch der eigene Wunsch nach Erwerb dieses Gebietes ließ sich 1931—1932 aus den wohl als Versuchsballon zu wertenden französischen Pressenotizen ablesen, die — nach dem Sturz der spanischen Monarchie — von einer möglichen Abtretung Span. Marokkos und Rio de Oro's an Frankreich wissen wollten.<sup>16</sup> Man muß anerkennen, daß vom französischen Standpunkt aus, entsprechend den vorher angegebenen Gründen, eine Einbeziehung der bisher

13. Ztsch. f. Geopolitik 1931, S. 271 u. 420/21. — Über die ital. Kolonialpolitik vgl. Claar, Kolonialkampf in der Sahara.

14. GP 8, 1915 u. 1922 (aus 1891). — Egelhaaf, Geschichte der neuesten Zeit nach 1871, S. 328 ff.

15. Ztsch. f. Geopolitik 1931, S. 185 und 370 ff.

16. Vgl. Meldungen der Weser-Zeitung (Bremen), Ausg. B, Nr. 597, 619, 621, 626, alle vom November 1932.

spanischen Zone (Rifgebiet und Rio de Oro) in den französischen Machtbereich sehr wünschenswert ist. Im Rifgebiet ist die Lage ähnlich wie im algerisch-marokkanischen Grenzgebiet. Auch hier ist unwegsames Gebiet, das den Rifkabylen als Festung dient. Ihre Unruhen griffen 1924—26 auch auf französisches Gebiet über, bis nach Fez, wo sie die für den algerisch-marokkanischen Handel wichtige Verbindungsstraße über Taza nach dem Osten bedrohten. Die französische Marokkopolitik ist also durchaus noch nicht am Ende ihrer Wünsche. Die Teile Marokkos, die 1904 Spanien zugestanden wurden, sind ein wünschenswertes Ziel, zumal das schwache Spanien — genau wie früher der Sultan — nicht in der Lage ist, für die Befriedung seiner Zone, die den Unruhistifern als sicherer Zufluchtsort dient, zu sorgen.

In dem Augenblick, in dem eine neue Diskussion über marokkanisches Gebiet entsteht, würden die alten Gegensätze wieder aufleben.<sup>17</sup> Ein Bewerber, der für einen solchen Fall bereits seine Ansprüche angemeldet hat, ist Italien, dessen Interesse am politischen Gleichgewicht im Mittelmeer seit der Enttäuschung von Tunis sehr wach ist und durch die von Frankreich gegebene Zusage der Freien Hand in Tripolis und den später erfolgenden Erwerb dieser Kolonie doch nur vorübergehend beruhigt wurde. Italien wünscht einmal eine Verbindung dieser Kolonie mit dem Tschadseegebiet, wodurch sie erst ihren vollen Wert erhalten würde. Dieser italienische Wunsch wurde 1919 von England und Frankreich nicht erfüllt. Italiens ausgesprochene Mittelmeerpolitik der jüngsten Zeit (ausgehend von der direkten Einflußnahme auf Albanien — Gedanke des „mare nostro“, der sich heute gegen Jugoslawien richtet wie vor 1914 gegen Österreich-Ungarn) erstreckt sich vor allem auf das östliche Mittelmeer (unter Einbeziehung sogar der Türkei). Der Eingang aber in das östliche Mittelmeerbecken ist zur Hälfte in französischer Hand (Tunis mit Bizerta, gegenüber von Sizilien), ganz abgesehen von der französischen Bastion Corsica, die zwar durch das italienische Sardinien zum Teil neutralisiert wird, dafür aber den Vorteil der

---

17. Vgl. dazu auch den Geheimartikel 3 der sich auf Marokko u. Ägypten beziehenden Erklärung vom 8. IV. 1904: Spanien soll verpflichtet werden, weder das Ganze noch einen Teil der ihm überlassenen marokkanischen Gebiete zu veräußern (S. 163).

direkten Verbindung mit dem französischen Festlande hat.<sup>18</sup> Bei einer Erweiterung des französischen Kolonialbesitzes in Nordwestafrika (durch Erwerb der spanischen Zonen) würden sofort die auf das vornehmlich von Italienern besiedelte Tunis abzielenden Tendenzen wieder wach werden. Zum mindesten würde Italien Kompensationen in Richtung auf den Tschadsee fordern.

Auch England könnte nicht gleichgültig zusehen, wenn Frankreich die Gegenküste Gibraltars — auch abgesehen vom internationalen Tanger — besetzen würde. Dieser englische Standpunkt kommt in den diplomatischen Besprechungen der 90er Jahre oft und nachdrücklich zum Ausdruck (vgl. unten Kap. I). Die auf englische Forderung hin geschaffene internationale Zone von Tanger ist bei der heutigen militärischen Technik längst nicht mehr die Sicherung für Gibraltar wie noch vor 20, 30 Jahren.<sup>19</sup> Mag auch in näherer oder fernerer Zeit der Seeweg gerade nach Indien für England nicht mehr die Bedeutung haben, die er hatte und hat — die Ereignisse des Jahres 1931 z. B. lassen nicht auf einen baldigen Rückzug Englands aus Indien schließen —, so bleibt das Mittelmeer doch der Weg nach dem zwar nominell selbständigen, aber stark unter englischem Einfluß stehenden Ägypten, ferner nach dem Sudan und Britisch Ostafrika. Und es bleibt die kürzeste Verbindung zum Stillen Ozean, da der Westweg durch den von den Vereinigten Staaten beherrschten Panamakanal ginge, und zum Indischen Ozean, also nach Indien, Australien und Neuseeland.<sup>20</sup> Die anscheinend vorliegende Tendenz zu einer engeren Verbindung zwischen Mutterland und Dominions — ein Zeichen dafür waren z. B. die intensiven Vorbereitungen für die britische Reichskonferenz des Sommers 1932 (in Ottawa), deren Erfolg allerdings nicht ganz dem vorherigen Kräfteaufwand entsprach — wird

18. Vgl. die bei Schultheß 1902, S. 244 mitgeteilte Rede des franz. Marineministers über Corsica. Dieses ziele Italien mitten ins Herz, sei Bürgschaft für Frankreichs Sicherheit. Cors. sei das Hauptglied der Kette, welche das afrik. Frankreich mit d. Mutterland verbinde (Rede vom Sept. 1902).

19. Morocco (in: Round Table XV), S. 719.

20. Welche Bedeutung der Stille Ozean für die Weltpolitik hat, zeigt das Jahr 1933 mit der intensiven japanischen Aktivität, die unter anderem die engl. Stellung in Indien und vor allem in Australien bedroht. —

auch in Zukunft die Bedeutung des Mittelmeers sich für England nicht vermindern lassen. Und das gilt, solange von einem Britischen Reich gesprochen werden kann. Denn dies Reich ist auf eine sichere Verbindung zwischen seinen Teilen angewiesen. Der Schnittpunkt der englischen nach Osten tendierenden Kraftlinien und der französischen von Nord nach Süd verlaufenden ist heute wie vor 40 Jahren das westliche Mittelmeer.

Die in dieser Arbeit darzustellenden Jahre 1898—1904 geben nur einen knappen Ausschnitt aus dem Kampf um Marokko. Auch solch knapper Ausschnitt, der zudem durch einen Rückblick auf die vorhergehenden zwei Jahrzehnte erweitert ist, zeigt die am Werk befindlichen Kräfte, sei es daß sie sich voll durchsetzen können (Frankreich), sei es, daß sie um zunächst erreichbarer, wenn auch geringerer Vorteile willen Kompromisse mit dem Stärkeren schließen (Italien) oder um entsprechender Vorteile in anderen Gebieten willen unter Durchsetzung gehöriger Sicherungsmaßnahmen (Tanger, spanische Zone) einen Verzicht aussprechen (England). Zugleich zeigt dieser Ausschnitt doch eine gewisse Geschlossenheit: 1898 sind die französischen Pläne noch so gut wie aussichtslos, 1904 hat Frankreich sich den Vorrang in Marokko vertragsmäßig garantieren lassen.

Ein geschichtlicher Rückblick zeigt deutlicher, als ein Blick nur in die Gegenwart, die dynamische Struktur eines Raumes. Die erneute italienische Frontstellung gegen Frankreich, die nicht zuletzt durch die 1919 wieder enttäuschten kolonialen Absichten Italiens bestimmt ist, wird, wenn man sie nicht gänzlich unhistorisch als Episode der Gegenwart ansehen will, organisch erst verständlich durch eine Betrachtung der italienischen Mittelmeer- und Nordafrikapolitik in den letzten drei Vorkriegsjahrzehnten.<sup>21</sup>

Der überseeische Kolonialbesitz, namentlich im Raum des Indischen Ozeans ist für die europäischen Kolonialmächte sehr problematisch geworden, und man betont von den verschiedensten

---

21. Vgl. Claar, Die italien. franz. Gegensätze außerhalb Europas. — Für die kolonialpolitische Enttäuschung Italiens 1919 vgl. Claar: Kolonialkampf in der Sahara. — Claar, Prof. Dr. phil. et jur., seit 1897 in Rom als ordentlicher Professor für deutsche Literatur, 1904—1915 polit. Korrespondent deutscher u. österreich. Zeitungen und Pressechef der öst. ungar. Botschaft. —



## I. Kapitel.

### Vor Faschoda.

#### 1. Bis 1890.

Die Einstellung der deutschen Außenpolitik zur Marokkofrage in den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts findet in einer ganzen Reihe von Dokumenten der GP ihren Niederschlag.

An sich lag es im Interesse der deutschen Politik, den Franzosen in ihren kolonialen Plänen freies Spiel zu lassen. Aus diesem Gedanken heraus sicherte Bismarck dem französischen Botschafter sowohl gelegentlich der französischen Absichten auf Tunis um 1880 als auch aus Anlaß der Madrider Marokkokonferenz<sup>1</sup> sein Einverständnis und gegebenenfalls diplomatische Unterstützung zu. (Vgl. dazu unten: Angabe Eckardtsteins in seinen Memoiren über französischen Meinungs-austausch mit Bismarck). Je intensiver Frankreich sich mit kolonialen Plänen abgab und dementsprechend seine Kräfte festlegte, umso weniger Raum würde, so war die deutsche Überlegung, im Vorstellungskreis der französischen Politik für den Revanchegedanken bleiben.<sup>2</sup> In einem Schreiben an den deutschen Ministerresidenten in Tanger lehnte Bismarck das Bündnisangebot einer nordafrikanischen Eingeborenen-gruppe ab, die ein gegen Frankreich gerichtetes Bündnis mit Deutschland schließen wollte.<sup>3</sup>

Eckardtstein berichtet, daß schon 1883 Jules Ferry, damaliger französischer Ministerpräsident, einen eingehenden Meinungs-austausch über Marokko mit Bismarck, in der Hauptsache durch private Kanäle (z. B. Fürst Henckel von Donnersmarck), gehabt

1. GP 3, 664 v. 6. 5. 1880. — Über Unterredung des franz. Botschafters mit Bismarck über Tunis vgl. DD Série I, Bd. 2, Nr. 367/69, Januar 1879.

2. GP 3, 662/63 u. 668 a. d. J. 1880/81. Im selben Sinne schon Instruktion Bismarcks an den Botsch. i. Paris, 1875; vgl. GP 1, 194.

3. GP 3, 675 v. 6. 9. 1883.

habe. Bismarck sei schließlich einverstanden gewesen, daß Frankreich im gegebenen Augenblick das Protektorat über Marokko erkläre, und er habe dafür seine moralische und diplomatische Unterstützung in Aussicht gestellt.<sup>4</sup>

In der GP findet sich dafür kein Beleg. Auch Maurice spricht, um das deutsche Desinteresse an Marokko für die 80er Jahre zu beweisen, wohl von den auch in der Arbeit erwähnten Einzelheiten (anlässlich der Madrider Konferenz), gibt aber nicht an, daß es sich um ein so weitgehendes Einverständnis gehandelt habe, obwohl es doch durchaus im Interesse seines Buches gelegen hätte.<sup>5</sup>

Es mag immerhin sein, daß während der kolonialpolitischen Besprechungen Bismarcks mit dem französischen Botschafter von diesem die französischen Marokkowünsche betont wurden.<sup>6</sup> Dazu paßt ja auch die Ablehnung der italienischen Klagen.<sup>7</sup>

Bald nach Abschluß des ersten Dreibundvertrages (1883) setzten die italienischen kolonialen Absichten ausdrücklich ein. Sie mußten ihren Gegner in Frankreich sehen, das sich 1881 in Tunis festgesetzt hatte. Die oben skizzierte deutsche Haltung wurde dadurch kompliziert. Noch 1884 lehnte die deutsche Regierung die von italienischer Seite gestellte „Zumutung, zu der Frage der in Marokko von Seiten Frankreichs angeblich bedrohten italienischen Interessen Stellung zu nehmen, bevor noch die italienische Regierung ihrerseits einen Schritt in dieser Richtung unternommen hat“, ab. Sie nannte die italienischen Gedankengänge „höchst vage Sorgen über nicht einmal aktuelle, sondern erst von der Zukunft erhoffte italienische Interessen“.<sup>8</sup>

Bei den Verhandlungen (1886/87) und der schließlichen Fassung des Dreibundvertrages von 1887 mußte Deutschland den Wünschen seines italienischen Verbündeten in einem deutsch-

4. Eckardtstein 3, S. 90/91.

5. Maurice, S. 4/6.

6. Donner, S. 18 — Erst nach Abschluß der Arbeit lag DD I, Bd. 5 vor. Vgl. dort Nr. 270 vom 14. V. 1884. (Unterredung Bismarcks mit Courcel).

7. Vgl. dazu auch einen in der GP unveröffentlichten Erlaß an Keudell vom 26. 6. 1884, mitgeteilt bei Brandenburg, S. 9.

8. GP. 3, 678/79 v. 6. 4. u. 20. 6. 1884.

italienischen Zusatzabkommen nachkommen.<sup>9</sup> Graf Robilant<sup>10</sup> gab zu verstehen, daß von französischer Seite Verständigung über Tripolis angeboten sei, wenn die italienische Politik sich von der der Zentralmächte trenne.<sup>11</sup> Italien hatte also durchaus den Wert seiner Stellung im Dreibund erkannt.

Zwar handelte es sich im Art. 3 dieses Zusatzabkommens nicht schon um eine ausdrückliche Erwähnung Marokkos (das allerdings von Robilant in den Eröffnungsverhandlungen neben Tripolis genannt wurde).<sup>12</sup> Aber es wurde deutsche militärische Unterstützung für den Fall zugesichert, daß Italien einer Ausdehnung Frankreichs in den nordafrikanischen Territorien gegenüber zur Sicherung seiner Mittelmeerstellung eine Aktion in den genannten Gebieten unternahme oder auf dem französischen Gebiet in Europa zu äußersten Maßnahmen greife.<sup>13</sup>

Zur Entlastung der deutschen Politik, die im Mittelmeer nur durch Italien interessiert ist, versuchte nun Bismarck — und kam darin dem italienischen Wunsche durchaus entgegen —, England für Italien als Mittelmeermacht zu interessieren. Schon Ende 1886 wurde Graf Launay<sup>14</sup> deutscherseits darauf aufmerksam gemacht, „daß Italiens Militärmacht viel gewichtiger und ganz anders verwertbar sein würde, wenn es im Bunde oder doch in gemeinschaftlicher Aktion mit England auftreten würde“.<sup>15</sup> Die Verhandlungen, die schließlich zum englisch-italienischen Notenwechsel vom 22. 2. 1887 führten, wurden von deutscher Seite bei Salisbury gefördert.<sup>16</sup> Die Möglichkeit, England zu solchen Vereinbarungen zu veranlassen, war gegeben durch den scharfen englisch-französischen Gegensatz in Ägypten. In diesem Kon-

9. GP 4, Kap. 24 (der Vertrag Nr. 859). — Pribram, S. 42/47 und 169/206.

10. Italien. Auss. Minister 1885—1887.

11. GP 4, 823 v. 5. 10. 1886.

12. Pribram, S. 182. — GP 4, 836, Anlage 2.

13. GP 4, 859. — Pribram gibt den Art. 3 falsch wieder, insofern er Marokko als ausdrücklich erwähnt nennt, während im endgültigen Text nur von den „nordafrikan. Territorien“ die Rede ist. Vgl. Pribram, S. 46 u. S. 205.

14. Ital. Botschafter in Berlin 1867—1892.

15. GP 4, 841 v. 27. 12. 1886.

16. GP 4, Kap. 26.

flikt konnte Deutschland als Gegenleistung für englisches Entgegenkommen seine diplomatische Unterstützung versprechen.<sup>17</sup> Der Wunsch, England in Ägypten zu unterstützen, fand Ausdruck in Art. 2 des italienisch-deutschen Zusatzvertrages von 1887, der Ägypten aus dem Bereich der status quo-Formel herausnimmt und dort beiden Mächten freie Hand gibt.<sup>18</sup>

Italien erklärte sich in dem Notenwechsel vom Februar 1887 zur Unterstützung Englands in Ägypten bereit und erwartete dafür von England die Bereitwilligkeit, die Aktion Italiens an jedem anderen Punkt der Nordküste Afrikas und besonders in Tripolis und der Cyrenaika im Falle einer dort stattfindenden Invasion „einer dritten Macht“ zu unterstützen. Die Antwortnote Salisbury's war sehr viel unbestimmter gehalten, betonte das Ziel der Aufrechterhaltung des status quo und erklärte die Zustimmung Englands zu dem Wunsche, daß keine Ausdehnung der Herrschaft irgend einer anderen großen Macht über irgend einen Teil jener Küsten statthaben solle.<sup>19</sup>

In der Zeit dieser Besprechungen bat Salisbury Hatzfeldt, den Reichskanzler auf Marokko aufmerksam zu machen, „wo, wie er vertraulich hinzufügte, ein weiteres und westliches Vorgehen Frankreichs in seinen Augen für England ein Kriegsfall sein würde“.<sup>20</sup>

Im Mai 1887 fand ein spanisch-italienischer Notenaustausch statt. In ihm verpflichtete sich Spanien, hinsichtlich der nordafrikanischen Territorien mit Frankreich keinen Vertrag zu schließen, der direkt oder indirekt gegen Italien, Deutschland und Österreich gerichtet sei.<sup>21</sup>

Diese einer Entlastung der deutschen Politik im Mittelmeer dienenden Abmachungen waren ein Teil der sich überhaupt auf den status quo im Mittelmeer beziehenden Übereinkommen, denen auch Österreich beiträt<sup>22</sup> in den das östliche Mittelmeer betref-

17. Vgl. GP 4, 892 und Grey, 25 Years, Bd. I, S. 7 ff.

18. GP 4, 859.

19. Pribram, S. 37—42.

20. Pribram, S. 48/51. — Hatzfeldt ist deutscher Botsch. in London 1885 — Juli 1901.

21. Pribram, S. 48—51.

22. GP 4, Kap. 27.

fenden Fragen. So schloß Österreich einen Zusatzvertrag zum Dreibundvertrag mit Italien, der sich auf das östliche Mittelmeer bezog.<sup>23</sup> Sich für die Interessen Italiens im westlichen Mittelmeer einzusetzen, hatte Österreich in den Dreibundverhandlungen 1886/87 energisch abgelehnt. Im englisch-österreichischen Notenaustausch vom März 1887 erkannte auch England an, daß die österreichische Politik „eher“ im Ägäischen oder Schwarzen Meer engagiert sei als im westlichen Mittelmeer.<sup>24</sup>

Diese Entente à trois ist ein Ausschnitt aus Bismarcks großartigem Bündnissystem,<sup>25</sup> das der Sicherung Deutschlands dienen sollte. Deutschland sollte in die Lage versetzt werden, nur mit Frankreich als eventuellem Gegner rechnen zu müssen. Mit Rußland hatte er den Rückversicherungsvertrag geschlossen und sich durch die Förderung der oben erwähnten Abmachungen aus dem gefährlichen Komplex der mit der Türkei zusammenhängenden Fragen herausgehalten. Aus Rücksicht auf Rußland lehnte Bismarck auch die Anfügung des englisch-italienischen Notenaustausches an das Dreibundprotokoll von 1887 und den Beitritt zum österreich-englischen Notenaustausch ab.<sup>26</sup> „Es ist keinen Augenblick zu bezweifeln, daß Frankreich uns angreifen wird, sobald wir mit Rußland in Krieg geraten, und es liegt mithin in unserem eigenen Interesse als in dem Europas, daß wir an orientalischen Verwicklungen unbeteiligt und dadurch in der Lage bleiben, das französische Schwert in der Scheide zu halten.“<sup>27</sup>

In den geschilderten Abmachungen spielt Marokko schon — entweder ausgesprochen oder unter dem Sammelbegriff „nordafrikanische Territorien“ — eine nicht geringe Rolle, wie die Klagen Graf Robilants oder die Mitteilung Salisbury's an Hatzfeldt zeigen. Aus diesem indirekten Anzeichen darf man zugleich mit Sicherheit schließen, daß die französischen Absichten auf Ma-

23. GP 4, 859 und Pribram, S. 42—47.

24. GP 4, 905/06 v. 23. 3. 1887.

25. Eckardtstein II, S. 47—51. — BgD I, S. 6—23 u. 47 ff. Vgl. Brandenburg, S. 1/16 und Meinecke, Kap. I. — Ferner Rothfels, Zur Beurteilung . . . , S. 603/4.

26. GP 4, 856 v. 19. 2. 1887. — BgD I, S. 50/54 mit den entsprechenden Dokumenten.

27. GP 4, 900.

rokko schon damals sehr wach waren, nachdem sie in dem Jahrzehnt nach dem Frankfurter Frieden sich vorsichtig zurückhielten. (Vgl. folgenden Abschnitt).

2): 1890—1894.<sup>28</sup>

Sehr viel reger zeigte sich das Interesse an Marokko in diesem Jahrfünft. In Band 8 der GP behandelt ein besonderer Abschnitt die Marokkofrage.<sup>29</sup> Er gibt ein ausgezeichnetes Bild von den materiellen Absichten, den diplomatischen Plänen und Tendenzen, die sich in der Marokkofrage abzeichnen. In diesen Jahren handelt es sich um die Reaktion der Mächte auf die französische Absicht, die Tuatoasen zu besetzen.<sup>30</sup> Dieses Gebiet war zwischen Frankreich und Marokko insofern strittig, als im Vertrag von Lalla Marnia 1845, der die marokkanisch-algerische Grenze festsetzte, für die Wüstenzone (südlich des Teniet es Sassi) eine Grenzlinie nicht bestimmt war, da es sich um unbewohnbare Gebiete handele.<sup>31</sup> Wie weit dieses Offenlassen der Entscheidung ein geschickter Schachzug Frankreichs war,<sup>32</sup> der zudem durch englischen Druck auf Frankreich veranlaßt wurde, ist objektiv nicht zu entscheiden, wenn es angesichts der englischen Intervention, die dem weiteren Vordringen Frankreichs damals Halt gebot,<sup>33</sup> auch naheliegend erscheint.

Durch die notwendige Rücksichtnahme auf Italien hatte sich die Einstellung der deutschen Außenpolitik geändert. Es wurde zwar auch jetzt noch betont, daß eine intensive französische Kolonialpolitik durchaus im deutschen Interesse liege,<sup>34</sup> aber zugleich heißt es, daß die Rücksicht auf Italien zu einer zwar abwarten-

28. Für die allgemeine politische Kräfteverteilung und Gruppierung nach Bismarcks Rücktritt vgl. Wolfg. Herrmann: Dreibund, Zweibund, England 1890—1895. Herrmann legt betonten Akzent auf die Initiative des öst. ung. Auß. Min. Kalnoky.

29. GP 8, Kap. 53. C.

30. GP 8, 1915—1922 u. 1967/71.

31. Taillandier S. 1/44 u. Bernard, Confins, S. 394.

32. Mohr, Frkr. u. Marokko.

33. Dupuy, S. 23/26. — Tardieu, S. 61. — Bernard, Maroc, S. 303. Ders. Confins, S. 140 ff.

34. GP 8, 1914/15.

den, aber im Notfalle für Italien sich einsetzenden Haltung zwingen.

Dazu muß man beachten, daß im Jahre 1891 wieder Verhandlungen über Erneuerung des Dreibundvertrages liefen, in denen Italien von neuem versuchte, den deutsch-italienischen Zusatzvertrag zu erweitern und vor allem Marokko ausdrücklich einzubeziehen.<sup>35</sup> Dies italienische Bestreben wird verständlich durch die französischen Absichten auf die Tuatoasen, durch den französischerseits vorgenommenen Ausbau Bizertas zum Kriegshafen,<sup>36</sup> durch die Gerüchte über französische Pläne,<sup>36</sup> das Protektorat über Tunis in eine endgültige Annektion umzuwandeln. Auch jetzt machte Frankreich wieder den Versuch, Italien durch Versprechungen (Tripolis) vom Dreibund abzuziehen.<sup>37</sup>

Diese Beunruhigung Italiens zwang seinen deutschen Dreibundpartner zwar zu einer vertragsmäßigen Hilfsstellung, deren Definition im neuen Dreibundvertrag nicht nur ganz allgemein von den nordafrikanischen Territorien spricht, sondern ausdrücklich — zwar nicht Marokko — aber Tripolis und die Cyrenaika nennt.<sup>38</sup> Zugleich aber verbürgte dieser französisch-italienische Konfliktsstoff, wenn man sich deutscherseits entgegenkommend verhielt, daß Italien sich zum Dreibund halten würde, wie ja auch der ursprüngliche Beitritt Italiens zum deutsch-österreichischen Bundesverhältnis sehr stark durch die französische Besetzung von Tunis veranlaßt war. „Italien sucht bei uns Schutz gegen Frankreich, das es zwischen Toulon und Bizerta (Tunis) eingeklammert hält“.<sup>39</sup>

Und man hoffte, daß eine aus den gemeinsamen Mittelmeerinteressen beider Staaten sich ergebende Rücksichtnahme Englands auf Italien, bei dem immerhin die Möglichkeit eines Zusammengehens mit Frankreich — und dann gegen die englischen Interessen — bestand, England abhalten würde, sich allzu stark mit Frankreich einzulassen.<sup>40</sup> Aber diese Überlegungen blieben mehr

35. GP 7, Kap. 45.

36. GP 8, Kap. 53 B.

37. GP 7, 1402/03 u. GP 8, 1887/88.

38. GP 7, 1426.

39. GP 7, 1543 u. 8, 1862.

40. GP 8, 1769 v. 24. 11. 94.

deutsche Wünsche, als daß sie politische Wirklichkeit wurden, wenn auch Roseberry zugab, daß im Falle der Isolierung Englands im Mittelmeer England sich in einer unmöglichen Situation befinden und das Mittelmeer ein französischer See werden würde.<sup>41</sup>

Dazu trat deutscherseits ein weiterer Gedanke, den vor allem Holstein vertrat:<sup>42</sup> „England möchte Marokko mit Frankreich teilen, während unsere Erwartung eher dahin geht, daß England und Frankreich durch Marokko geteilt werden“. Holstein rechnete mit der englischen Absicht, Tanger zu besetzen, und hielt dadurch einen französisch-englischen Gegensatz für unvermeidbar, da Frankreich eine Festsetzung Englands zu beiden Seiten des westlichen Mittelmeerausganges nicht dulden könne und ganz Marokko haben wolle.<sup>43</sup> Diese Überlegung und der Versuch, England stärker im Mittelmeer zu engagieren, führten dazu, daß die deutsche Regierung durchaus geneigt war, sich mit englischem Landgewinn in Marokko — namentlich im Norden — einverstanden zu erklären.<sup>44</sup> Noch Anfang 1895 gab man sich von Berlin aus alle Mühe, England klar zu machen, daß mit dem Vordringen Frankreichs in Marokko auch die Gefahr wachse, daß die marokkanische Küste gegenüber Gibraltar ausschließlich in französisch-spanischen Besitz komme.<sup>45</sup>

Diese Erwägungen mußte man vor der italienischen Regierung natürlich geheim halten, deren Min. Präsident Crispi<sup>46</sup> namentlich eifersüchtig die Möglichkeiten des Landerwerbs jeder anderen Macht in Nordafrika betrachtete.<sup>47</sup> Man hoffte deutscherseits, Italien und ebenso Spanien durch geeignete nordafrikanische Entschädigungen, bzw. Versprechungen dafür zu gewinnen; besonders Italien, „das an einer Stärkung der englischen Mittelmeerposition sowie an der vermehrten Sicherheit englischen Eingreifens beim nächsten Krieg interessiert ist“.<sup>48</sup>

41. GP 9, 2161 v. 19. 11. 94.

42. GP 8, 1945 v. 4. 5. 92.

43. GP 8, 1916 v. 31. 3. 91.

44. GP 8, 1918/19, Juni 1891.

45. GP 8, 1969 v. 13. 10. 1895.

46. Min. Präsident 1893—96 (auch 1887—1891).

47. Gp 8, 1916, v. 31. 3. 1891.

48. GP 8, 1916 v. 31. 3. 1891.

Auch jetzt wieder war man deutscherseits auf italienischen Wunsch bemüht, England — seinem Interesse am Mittelmeer entsprechend — auch vertraglich zu binden. Aus der Zeit kurz nach Abschluß des dritten Dreibundvertrages liegt ein italienischer Entwurf<sup>49</sup> zu einem Notenaustausch zwischen den Dreibundmächten und England vor, der aber nach deutschem Urteil zu weit an eine Quadrupelallianz heranführte und dementsprechend umgearbeitet wurde.<sup>50</sup> Hatzfeldt wollte vermitteln, wenn Italien sich zunächst zurückhielt, da er die englische Scheu vor solchen Engagements nur zu genau kannte.<sup>51</sup> Bei einer Andeutung in dieser Richtung bat Salisbury Hatzfeldt, „noch etwas zu warten“.<sup>52</sup> Dies Zögern des englischen Außenministers ist aus innerpolitischen Gründen zu erklären. Anfang Juni 1891 erkundigte sich die Opposition im Unterhaus in einer Interpellation nach dem Vorhandensein englischer Bindungen an Italien aus dem Jahre 1887.<sup>53</sup> Die Antwort der Regierung darauf war ausweichend und nach Ansicht Hatzfeldts positiv als Festhalten Englands, d. h. der Regierung, an den Abmachungen von 1887 zu werten. Vor der jetzt von Italien gewünschten ausdrücklichen Verpflichtung Englands im westlichen Mittelmeer zu einer „cooperation effective“ scheute Salisbury nun aber zurück.

Durch den im August 1892 eintretenden Kabinettswechsel in England, der ein neues Kabinett Gladstone mit nach Ansicht Salisbury's<sup>54</sup> starken frankophilen Neigungen ans Ruder brachte, wurden die deutsch-italienischen Bemühungen zunächst hinfällig. Der neue Außenminister Roseberry unterlag zwar diesen Einflüssen nicht, war aber in seinen Entschlüssen durch die franzosenfreundliche Tendenz des Gesamtkabinetts sehr zur Zurückhaltung gezwungen, wenn er seine eigne Stellung nicht schwächen wollte.<sup>55</sup>

49. GP 8, 1714, v. 25. 5. 1891.

50. GP 8, 1715 v. 27. 5. 1891.

51. GP 8, 1717 v. 1. 6. 1891.

52. GP 8, 1722 v. 8. 6. 1891. — Vgl. Pribram, England and Europe, S. 50/51 über Erwähnung Marokkos in einer Unterhaltung Salisbury-Staatssekretär von Marschall im Juli 1891. Pribram sieht dort zu einseitig vom englischen Standpunkt aus!

53. GP 8, 1718/19 v. 2. u. 4. 6. 1891.

54. GP 8, 1732 v. 19. 7. 91.

55. GP 8, 1744 v. 24. 11. 92.

Hatzfeldt vermochte ihn immerhin zu einer schriftlichen Formulierung hinsichtlich des 1887er Notenaustausches zu veranlassen, die Italien beruhigte.<sup>56</sup>

Der englisch-französische Siamkonflikt (1893) ließ zwar den Gedanken einer Annäherung an den Dreibund in England nicht mehr so absurd erscheinen,<sup>57</sup> aber auch jetzt erklärte sich Roseberry außerstande, das Kabinett augenblicklich zu einer Abmachung mit Italien zu bringen,<sup>58</sup> wobei die indiskrete Erörterung der Frage des Beitritts Englands zum Dreibund in der deutschen Presse sicherlich eine Rolle spielte.<sup>59</sup>

Diese ausführlichere Darstellung der englischen Haltung soll die enge Verbindung der nordafrikanischen Fragen mit den Problemen der großen Politik aufzeigen. Vor allem läßt sie erkennen, wie stark Italiens Bindung an den Dreibund von England abhängig war. Jede Schwankung in den deutsch-englischen Beziehungen betrachtete Italien mit äußerster Besorgnis, so etwa anlässlich der Kongodifferenzen von 1894. Damals sagte Crispi: „Das Zusammengehen des Dreibundes mit England sei im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Mittelmeer eine Lebensfrage für Italien“.<sup>60</sup>

Das reservierte Verhalten Englands einer Aktivierung der *entente à trois* gegenüber ist bezeichnend für die damalige englische Einstellung zur europäischen Politik, die erst 1898 sich zu der Erörterung einer möglichen Allianz durchzuringen vermochte. In den vorhergehenden Jahren sieht man einen unablässigen diplomatischen Kampf Deutschlands gegen die englische Zurückhaltung, die man z. B. anlässlich der Tuatfrage durch Italien überwinden möchte.<sup>61</sup>

Für die Betrachtung der Marokkofrage im Rahmen der großen Politik ist natürlich das deutsch-englische Verhältnis von grund-

56. GP 8, 1737/41, Sept. 1892.

57. GP 8, 1759 v. 13. 9. 93.

58. GP 8, 1763 v. 29. 12. 1893.

59. GP 8, 1760 v. 19. 9. 93.

60. GP 8, 1765 v. 17. 6. 1894.

61. Vgl. GP 8, 1924 und 1964. Beide Dok. von Holsteins Hand. „England muß aber zunächst zur Überzeugung kommen, daß niemand sich für engl. Interessen einsetzt, wenn Engl. nicht irgendwie mitwirkt“.

legender Bedeutung; das wird ganz deutlich in den Jahren 1898–1904. Die einzelnen Phasen der deutsch-englischen Beziehungen in den Jahren bis 1898 sind hier nicht eingehend darzustellen, so interessant es im Einzelnen wäre. (Vgl. Kap. II : 1 mit den Literaturangaben).

Caprivi gab in einigen Aufzeichnungen einer von Holstein (vgl. S. 23) abweichenden Ansicht Ausdruck.<sup>62</sup> Er kalkulierte zwar nicht so raffiniert, sondern ging vor allem von militärischen Erwägungen aus. Er wies im Gegensatz zu Holsteins Behauptung von der Unmöglichkeit einer englisch-französischen Verständigung in diesem Gebiet darauf hin, daß die Stoßrichtungen Englands und Frankreichs ganz verschiedene Wege gingen, daß England sich an der Küste festsetzen wolle, während Frankreich im Süden vordringe. „ . . . Sollten wir da nicht lieber die Sache stille gehen lassen? Solange England und Frankreich auf diesem Stück Erde noch etwas wollen, wird die Unsicherheit sie in Rivalität erhalten. Haben sie aber, was sie brauchen, so werden sie gut miteinander leben, ein Zustand, den wir nicht beschleunigen sollten“. Dieselbe Erwägung stellte etwas später Crispi an, der auch nicht glaubte, daß England durch die Besetzung Tangers in unversöhnlichen Gegensatz zu Frankreich gerate, sondern fürchtete, daß England durch Konzessionen in Tunis, Tripolis oder im marokkanischen Hinterland Frankreich abzufinden suchen werde.<sup>63</sup>

Aber maßgebend waren Holsteins Gedankengänge, und in Holsteins Sinne war der deutsche Botschafter in Rom bemüht, durch den mit ihm übereinstimmenden Außenminister den Ministerpräsidenten Crispi „davon zu überzeugen, daß Italien den Engländern in Marokko carte blanche geben, selbst jedoch dort keine kleinlichen Kompensationsforderungen erheben müsse“.<sup>64</sup> Auch Blanc war der Ansicht, daß „die Festsetzung Englands in Tanger tatsächlich einem sicheren Bündnis zwischen Großbritannien und Italien gleichkommen würde“.<sup>63</sup>

Die starke Besorgnis der italienischen Regierung vor einem französischen Vordringen von Algier nach Westen machte der deutschen Außenpolitik das von Caprivi empfohlene „Stillegehen-

62. GP 8, 1922 v. 20. 8. 91.

63. GP 8, 1956 v. Febr. 1894.

64. GP 8, 1957 v. 9. 3. 1894.

lassen“ unmöglich. Als Italien im Ausw. Amt wegen der Tuatfrage dringend eine Demarche in Paris vorschlug, wies Berlin darauf hin, daß solche diplomatische Aktion mit England und Spanien verabredet werden müßte. Man wünschte die englische Regierung dadurch zu zwingen, Farbe zu bekennen, ob sie bereit war, gemeinsam mit Italien die Frage des Eigentumsrechtes von Tuat vor die Mächte zu bringen.<sup>65</sup> Damit setzten die Schwierigkeiten ein, und ein recht verwirrendes diplomatisches Spiel wickelte sich zwischen Berlin, London, Rom und Madrid ab.

Zwar liegen nur die deutschen Akten vor, aber sie geben in den verschiedenen einschlägigen Abschnitten, die z. T. schon oben benutzt wurden, ein ziemlich genaues Bild der — allerdings nicht immer ganz eindeutigen — Frontstellung und der Tendenzen der verschiedenen Kabinette.

Englands Außenpolitik unter Salisbury wollte sich an einer Demarche in Paris beteiligen, wenn Spanien und Italien mitmachten. Salisbury ließ in Rom sagen, er betrachte Italien und Spanien als zunächst interessiert in Marokko. Rudini (1891 italien. Auß. Min.) erwiderte, nach seiner Auffassung hätten England und Spanien das nächste Interesse.<sup>66</sup> Rom versuchte, Madrid zu einer Teilnahme zu bestimmen. Die spanische Außenpolitik wollte sich aber Frankreich gegenüber nicht vorschieben lassen und zögerte. Spanien erklärte sich bereit, seinen Vertreter in Tanger entsprechend zu instruieren, sobald England und Italien analog vorgingen. „Formellen Antrag in bezug hierauf sowie in bezug auf gemeinschaftlich in Paris zu unternehmende Vorstellungen bei Lord Salisbury zu stellen, vermöge Spanien nicht, da es seine bisherige durch die Umstände gebotene vorsichtige Haltung nicht aufgeben dürfe“.<sup>67</sup> Sofort setzte in Rom Mißtrauen ein, daß Spanien sich insgeheim mit Frankreich über eine Teilung Marokkos verständigt habe. Spaniens ausweichende Antwort,<sup>68</sup> „es werde dem Sultan raten, sich gegebenenfalls an die Mächte zu wenden“, gab in London zur Zurückhaltung Anlaß, die wiederum

65. GP 8, 1924 v. 21. 10. 1891.

66. GP 8, 1927 v. 27. 10. 91.

67. GP 8, 1936 v. 10. 11. 91.

68. GP 8, 1930/31 v. 2. 11. 91.

Italien verstimmt.<sup>69</sup> Zu einer gemeinsamen Aktion kam es im Jahre 1891 nicht.

Die deutliche Reserve der spanischen Außenpolitik wurde stark auch durch ein unbehagliches Gefühl England gegenüber bestimmt. England saß in Gibraltar, und man traute den Engländern noch weitergehende Absichten zu (Galicien). Zudem hatte man den Verlust Gibaltars noch nicht verwunden. Wie sehr dies Gefühl des Unbehagens noch etwa 1900 und später bestand, berichtet der damalige englische Botschafter in Madrid Sir Mortimer Durand.<sup>70</sup>

Als 1893/94 Spanien Schwierigkeiten durch rifberberische Unruhen bei Melilla hatte,<sup>71</sup> wandte es sich an die Mächte, um seine Forderungen beim Sultan durchzusetzen. Damals teilte Baron Blanc dem deutschen Botschafter in Rom mit, Spanien sei nicht ganz damit einverstanden, daß er (Blanc) die Unterstützung Spaniens in dieser Angelegenheit von Spaniens Verständigung mit England abhängig mache. „... das Zusammengehen mit Großbritannien sei in Spanien wenig populär; zwischen England und Spanien liege Gibraltar, dessen Verlust die spanische öffentliche Meinung nicht verwinden könne“.<sup>72</sup>

Italien beklagte sich bitter über die spanische Hinneigung zu Frankreich und gab bei dieser Gelegenheit England, dem es einen großen Teil der Schuld daran beimaß, einen recht deutlichen Wink.<sup>73</sup> „... et nous serons heureux . . . de voir Lord Kimberley<sup>74</sup> apprécier dans un esprit équitable et amical ce qu'il est de notre devoir de faire pour que nos intérêts communs cessent de graviter à notre grave detriment vers la France plutôt que vers la Triple Alliance“.

Wie weit in diesen Jahren zwischen Spanien und Frankreich über Marokko verhandelt wurde, geht aus den deutschen Akten natürlich nicht hervor. Aber von italienischer wie von eng-

69. GP 8, 1932 v. 3. 11. 91. Vgl. dazu Kap. 1:4 dieser Arbeit mit Angabe engl. Aktenstücke. Und GP 15, 4205.

70. Sykes, Durand, S. 259.

71. GP 8, 1954—1965.

72. GP 8, 1955 v. 27. 1. 94.

73. GP 8, 1966 v. 30. 11. 94.

74. Engl. Staatssekretär des Äußern 1894/95.

lischer Seite wurde angenommen, daß Frankreich bereit sei, Marokko mit Spanien zu teilen.<sup>75</sup> Deutscherseits war man der Ansicht, daß Frankreich 1891 von irgendeiner Seite, wahrscheinlich Madrid, über die englisch-italienisch-spanischen Verhandlungen unterrichtet wurde und deshalb damals die Ausführung des Tuatprojektes verschob.<sup>76</sup>

Anfang 1892 erschien in einer englischen Zeitschrift ein Aufsatz über Marokko, der nach Ansicht des Grafen von Tattenbach<sup>77</sup> vom englischen Gesandten in Tanger inspiriert war.<sup>78</sup> Dieser Aufsatz redete einer Teilung Marokkos zwischen England und Frankreich das Wort. England sollte Tanger und das fruchtbare Land bis zum Sebu einschließlich Fez erhalten, Frankreich das ganze Gebiet südlich des Sebu. Die sich darauf beziehende Äußerung der Wilhelmstraße („Konzept von der Hand des Vortragendes Rates von Holstein“!) enthält den schon erwähnten Satz: „Smith<sup>79</sup> möchte Marokko mit Frankreich teilen, während unsere Erwartung eher dahin geht, daß England und Frankreich durch Marokko geteilt werden . . . . Eine englische Politik, welche auf Lösung einer der wichtigsten Mittelmeerfragen mit Frankreich allein und folglich auf schwere Schädigung Italiens hinausliefe, würden wir nicht fördern können“.<sup>80</sup>

Wie weit die direkten<sup>81</sup> und indirekten Äußerungen des englischen Vertreters in Tanger durch die offizielle englische Politik bestimmt waren, ist nicht zu entscheiden. Salisbury bestritt zwar, „selbstsüchtige Hintergedanken“ hinsichtlich Marokkos zu haben.<sup>82</sup> Aber man scheint sich in London darüber klar gewesen zu sein, welch gutes Kompensationsobjekt Marokko für ein anderweitiges Entgegenkommen Frankreichs, vor allem in Ägypten, sein würde und scheint auch in dem Sinne an Frank-

75. GP 8, 1925 v. 23. 10. 1891. Und 1961—65 vom Juni—Okt. 1894.

76. GP 17, 5156 v. 27. 4. 1900 mit Rückblick auf 1891.

77. Deutscher Min. Resident (seit 1894 Gesandter) in Tanger, 1889—1895.

78. GP 8, 1944 v. 19. 4. 1892.

79. Engl. Gesandter in Tanger.

80. GP 8, 1945 v. 4. 5. 92.

81. GP 8, 1950 v. 11. 8. 1892.

82. GP 8, 1918 v. 10. 6. 1891.

reich Eröffnungen gemacht zu haben.<sup>83</sup> Zu solch englischen Erwägungen leiner Verständigung mit Frankreich und demzufolge zur Geneigtheit, französischem Vordringen in Marokko zuzustimmen, kam es in diesen Jahren vor allem, wenn sich deutsch-englische Gegensätze zeigten und eine gewisse englische Geiztheit bewirkten. Diesen ursächlichen Zusammenhang zeigt sehr klar ein Bericht Hatzfeldts über eine Unterredung mit Sir Th. Sanderson.<sup>84/85</sup> Wenn es dagegen galt, Deutschlands Zustimmung zu irgend welchen Fragen, z. B. zur Aufteilung der Türkei (1895) zu erlangen, war Salisbury durchaus einverstanden mit einer Befriedigung Italiens in Marokko, wo „die an sich bescheidenen eventuellen Wünsche Englands einer reichlichen Befriedigung Italiens durch marokkanisches Territorium nicht im Wege stehen würden“.<sup>86</sup>

Es war jedenfalls sehr unsicher, ob sich angesichts der deutsch-englischen Differenzen aus der Marokkofrage unbedingt ein englisch-französischer Gegensatz ergeben würde. Es handelte sich für England im Grunde nur um Tanger als südlichen Gegenpunkt Gibraltars an der Meerenge. Das kommt verschiedentlich zum Ausdruck. Der deutsche Botschafter berichtete aus Rom eine Andeutung des dortigen englischen Botschafters, „daß, wenn England Tanger bekomme, ihm das Schicksal des übrigen Marokko ziemlich gleichgültig sei“.<sup>87</sup>

Das Scheitern der Mission des englischen Gesandten in Tanger (1892) an den Hof des Sultans zum Abschluß eines neuen Handelsvertrages bewirkte eine englische Verstimmung gegen Frankreich, da der englische Gesandte den Grund in französischen Intriguen sah.<sup>88</sup> Aber England zog daraus nicht die von der deutschen Außenpolitik erwarteten Konsequenzen. Dazu trug vor allem der Wahlkampf 1892 bei. Dieser zwang Salisbury außenpolitisch zur Zurückhaltung, zumal die liberale Presse schon ankündigte, daß die liberale Partei die von Salisbury

83. GP 10, 2387 v. 14. 8. 1895 u. ff.

84. GP 10, 2392 v. 31. 8. 1895.

85. Ständiger Unterstaatssekretär im Foreign Office 1894—1906.

86. GP 10, 2375 v. 3. 8. 95.

87. GP 8, 1961 v. 21. 6. 94.

88. GP 8, 1948 v. 27. 7. 92.

hinterlassene Erbschaft in Marokko nicht anzutreten gedenke.<sup>88</sup> Nach dem Kabinettswechsel (vgl. oben) äußerte sich der neue Außenminister bald dahingehend, daß er hinsichtlich Tuats eine Intervention gegen Frankreich nicht für durchführbar halte.<sup>89</sup>

Von etwaigen englisch-französischen Verhandlungen erfährt man nur durch ihre Spiegelung in den deutschen Akten. Im Jahre des Kongokonfliktes (1894) scheint ein gewisses Einvernehmen zwischen England und Frankreich in der Marokkofrage bestanden zu haben, das aber „der Wahrnehmung englischer Sonderinteressen zum Opfer gebracht werden sollte“.<sup>90</sup>

Als 1895 die Frage noch einmal akut wurde, da die Franzosen von neuem gegen die Tuatoasen vorzudringen schienen, war das englische Kabinett (jetzt wieder konservativ mit Salisbury als Außenminister) durchaus zurückhaltend und glaubte nicht an ein direktes französisches Vorgehen. So kam es nicht zu näheren Besprechungen.<sup>91</sup>

Es handelte sich für Frankreich, wenn man von seinen Absichten auf die Tuatoasen spricht, um die militärische Beherrschung und Durchdringung der Gebiete im Süden und Südwesten Algeriens (heute „Südterritorien“). Seit den vierziger Jahren waren von Algier aus militärische Expeditionen unternommen worden, die aber in keinem Falle zu dauernder Besetzung führten.<sup>92</sup> Im Jahrzehnt nach dem Frankfurter Frieden war die französische Politik diesen Gebieten und Marokko gegenüber sehr vorsichtig und zurückhaltend gewesen. Als die Quittung dafür bezeichnet Bernard<sup>93</sup> den Aufstand in den Grenzgebieten (1881). Derselbe Verfasser beklagt, daß dann die günstige Gelegenheit für Frankreich, sich in diesen herrenlosen Gebieten festzusetzen, vorbeigewesen sei, nachdem durch die Madrider Konferenz (1881) die Marokkofrage teilweise internationalisiert

89. GP 8, 1952 v. 18. 11. 92.

90. GP 8, 1769 v. 24. 11. 94.

91. GP 8, 1967/71 v. 7.—28. 1. 95.

92. Zur französ. Marokkopolitik bis 1900 Bernard, *Le Maroc*, S. 299/314. Ders., *Confins*, S. 137 ff. — Dupuy, S. 23/37. — Maurice, S. 4/7. — Peyronnet, S. 284/319. Schultheß, *Eur. Gesch. Kalender*, bis Bd. 40 sehr wenig Notizen.

93. Bernard, *Maroc*, S. 313. — Ders., *Confins*, S. 137.

war. Der Aufstand von 1881 war für Frankreich der Anlaß, sich im Sahara-Atlas eine festere Stellung zu sichern. Diesem Ziel dienten auch die Anfang der 90er Jahre Frankreich zugeschriebenen Absichten auf die Tuatoasen. Zugleich schien man französischerseits den Bau einer Bahn, die von der algerischen Grenze nach Marokko hineinführen sollte, zu planen.<sup>94</sup> Es handelte sich um die Bahn Algier—(Oran)—Ain Sefra (100 km nördl. von Figuig), die schon 1887 bis Ain Sefra fertiggestellt war und nun Figuig erreichen sollte.<sup>95</sup> Dieser Plan wurde erst nach 1900 verwirklicht.

1892 wurde El Golea besetzt, 1893/94 Ft. Mac Mahon gebaut; beides waren Etappen auf dem Wege zu den Tuatoasen.<sup>95</sup>

Wie empfindlich Frankreich hinsichtlich Marokkos war, zeigte die Reaktion der französischen Presse auf eine deutsche Flottendemonstration vor Tanger. Da der Mord an einem deutschen Kaufmann von Seiten der marokkanischen Behörden nicht die erforderliche Sühne fand, wurde durch ein deutsches Geschwader im Juli 1895 ein Ultimatum überreicht.<sup>96</sup>

3): 1895—1897.

Die bisherigen Darlegungen zeigen den Platz, den die Marokkofrage im Gewebe der großen Politik einnimmt. Sie lassen sehr deutlich die Rolle erkennen, die sie in der deutschen Politik spielte, da die deutschen Akten ausführlich vorliegen. Man kann sehen, wie schon in diesem Jahrfünft 1890/95 in der Behandlung der Marokkofrage durch die großen Mächte sich die Probleme abzeichnen, die seit 1890 — Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages<sup>97</sup> — brennend wurden.<sup>98</sup> Für Deutschland ging es um die feste Bindung Italiens an den Dreibund und den Versuch, England zu einem positiven Zusammengehen mit dem Dreibund zu veranlassen, einmal um der Stärkung

94. GP 8, 1915 v. 6. 1. 1891.

95. Peyronnet, S. 316. — Kuhnert, S. 21.

96. GP 9, 2361/62 v. 13. 7. 95.

97. Vgl. Ward-Gooch, Brit. For. Pol., S. 274.

98. Vgl. Meinecke, Bündnisproblem, Kap. 1 und Rothfels, Zur Beurteilung, S. 604.

dieser Gruppe willen, zum zweiten, um eine Annäherung Englands an Frankreich zu verhindern. Eine Entscheidung war bis 1895 noch nicht gefallen.

Für die nun folgende Zeit 1895 bis Anfang 1898<sup>99</sup> herrscht in den deutschen Akten über Marokko völliges Schweigen. Nur im Jahre 1896 fiel in einer Unterredung Hatzfeldts mit Salisbury das Wort Marokko.<sup>100</sup> Hatzfeldt deutete die Möglichkeit einer italienischen Annäherung an Rußland angesichts der englisch-französischen Verständigungsversuche (Ägypten) an und erwähnte als Punkte, in denen für Italien die russische diplomatische Unterstützung — schon wegen des russischen Einflusses in Paris — von hohem Wert sein würde, Tripolis und Albanien. Salisbury bestritt das nicht und „fügte nachdenklich hinzu: vielleicht auch Marokko“.

Gerade für diese Jahre wären die französischen Akten von großem Interesse, zumal die englische Veröffentlichung erst 1898 einsetzt. Denn in diesen Jahren herrschte eine chronische Verstimmung zwischen England und Deutschland, die eine Behandlung solch delikater Fragen nicht zuließ. England spielte in diesen Jahren sehr mit dem Gedanken einer Verständigung mit Frankreich über alle kolonialen Fragen. Hatzfeldt berichtete<sup>101</sup> im August 1895, er habe aus seinen Unterhaltungen mit Salisbury und dem französischen Botschafter<sup>102</sup> den Eindruck, „daß beide besonders von Marokko präokkupiert schienen“. Es wäre im Zusammenhang dieser Arbeit von Interesse, genau zu erfahren, wie weit über Marokko, das Salisbury schon früher und auch jetzt Hatzfeldt gegenüber<sup>101</sup> als geeignetes Kompensationsobjekt für Frankreich bezeichnete, in diesen englisch-französischen Besprechungen eine Einigung erzielt wurde.<sup>103</sup>

---

99. Für diesen Zeitraum die Bände 10—14 der GP. Ferner Belg. Dok. Bd. 2 und ihr Kommentarband 1. — Brandenburg, S. 42—91. — Meinecke, S. 35—53. — Mecenseffy, S. 176/77.

100. GP 11, 2718 v. 25. 3. 1896.

101. GP 10, 2387 u. 2389 v. 14. u. 15. 8. 95. — Das war kurz nach der Ablehnung des Salisbury'schen Teilungsplanes. Vgl. Meinecke, S. 40—41 und Ward-Gooch, S. 275—76.

102. Baron de Courcel, 1894—98.

103. Rothfels, S. 607.

In diesen Zeitraum fällt das Krügertelegramm (Jan. 1896), das für die nächsten zwei Jahre die deutsch-englischen Beziehungen zu sehr gespannten machte. Auch das englische Verhalten deutschen kolonialen Absichten und Aktionen gegenüber trug zur Entfremdung bei. Zudem zeigte Deutschland in diesen Jahren eine starke Hinneigung zu Rußland, was England angesichts der brennenden Orientfragen beunruhigen mußte.<sup>104</sup> Im Zusammenhang der Bündnisproblematik ist vor allem die deutsche Absicht von Interesse, England zu Entgegenkommen dem Dreibund und den deutschen kolonialen Absichten gegenüber zu zwingen.<sup>105</sup>

Italien war in diesen Jahren vollkommen in seine ostafrikanischen Unternehmungen verstrickt. Die dort erlittenen Rückschläge ließen seine nordwestafrikanischen Aspirationen zum mindesten im diplomatischen Verkehr mit den anderen Mächten ruhen. Italien ließ eine stillschweigende Erneuerung des Dreibundes zu, mußte sie zulassen, da seine internationale Position sehr schwach war.

England benutzte die italienische Notlage als Anlaß für eine militärische Expedition in den Sudan, die rein englischen Interessen (Festigung der engl. Stellung in Ägypten) dienen sollte. Es erfuhr dabei energischen russisch-französischen Widerspruch. Die russischen Tendenzen zum Roten Meer, die sich dort zunächst gegen das in schwieriger Situation befindliche Italien richteten, waren für England ein bedrohliches Zeichen. Frankreich versuchte, Deutschland für seine ägyptische Politik zu gewinnen. Deutschland verhielt sich aber ablehnend.

Der italienische Wunsch nach einer Zusatzerklärung zum Dreibundvertrage, daß dessen Bestimmungen sich nicht gegen England richteten, lehnte Deutschland unter Hinweis auf die deutsch-russischen Beziehungen und das ja noch bestehende Zusatzprotokoll von 1891 ab. Seinen tieferen Grund hatte der italienische Wunsch in der Besorgnis über die deutsch-englische Verstimmung und Spannung, in der wohl auch der Grund für Englands Absage an die entente à trois zu suchen ist.

104. Über die deutsche Geneigtheit, Rußland diplomatisch zu unterstützen, und ihre Gründe vgl. Brandenburg, S. 58/63.

105. Vgl. BgD 2, 5.

Das alles erklärt, weshalb man in diesen Jahren nicht auf deutsche Dokumente zur Marokkofrage rechnen darf, die für Deutschland damals nur im Hinblick auf England und Italien von Belang war. Sie zeigen zudem die Unentschiedenheit der internationalen Situation, deren ausgewogenes Verhältnis, die Bismarcksche „Gesamtsituation“,<sup>106</sup> 1890 verfallen war.<sup>107</sup>

#### 4): Der Spanisch-Amerikanische Krieg 1898.<sup>108</sup>

Mit diesem Jahre setzen die englischen Akten ein. Die starke Schwächung Spaniens durch die Niederlagen zur See und die geschickte Friedensvermittlung Frankreichs ließen nahelegend erscheinen, daß Frankreich sehr starken Einfluß auf die spanische Politik gewinnen würde. Die sich darauf beziehenden Äußerungen der englischen Botschafter in Paris und Madrid, Sir Drummond Wolff und Sir Eduard Monson, stammen beide aus dem August 1898, also dem auf die vernichtende spanische Niederlage bei Santiago folgenden Monat.<sup>109</sup> Die Gefahr, die für die englischen Interessen in der Anlehnung der spanischen Politik an Frankreich liegen konnte, sahen beide Botschafter vor allem in der Möglichkeit systematischer spanisch-französischer Zusammenarbeit in Marokko, wo Frankreich die spanische geographische Lage und den spanischen Einfluß sich nutzbar machen könnte. Spaniens Niederlassungen in Marokko liegen an dem Teil der Mittelmeerküste, der sich nach Südosten an die Meerenge anschließt. Hier mußte den Engländern im Gedanken an Gibraltar ein stärkerer französischer Einfluß durchaus unerwünscht sein.

Im Verlauf der deutsch-englischen Verhandlungen über die portugiesische Anleihe verlangte Salisbury die unbedingte Geheimhaltung der sich auf die portugiesischen Kolonien beziehenden Klauseln, damit Frankreich darin keinen Präzedenzfall sehe und den für England höchst unerwünschten Versuch mache, „mit Spanien ein ähnliches Geschäft abzuschließen“.<sup>110</sup>

106. Rothfels, S. 604.

107. Vgl. dazu vor allem Meinecke, Kap. 5.

108. Vgl. dazu GP 15, Kap. 97.

109. BD 2, 302/303 v. 11.—14. 8. 1899.

110. GP 14 (2), 3847 v. 8. 8. 1898.

Auch im Interesse der Sicherheit Gibraltars mußte England einer spanisch-französischen Allianz, die in dieser Hinsicht gleichbedeutend war mit der Erlangung eines unkontrollierbaren Zuganges zum Hinterland von Gibraltar durch Frankreich, ablehnend gegenüberstehen.<sup>109</sup>

Daß es sich bei den erwähnten Berichten der englischen Botschafter nicht um eine bloße Episode handelte, sondern daß man englischerseits unter dem Gesichtspunkt der Marokkofrage der spanischen Politik eine dauernde Aufmerksamkeit schenkte, beweist auch eine aus dem Februar 1899 berichtete Unterredung Hatzfeldts mit Salisbury, in der dieser dieselben Gedanken entwickelte.<sup>111</sup> Über sich in gleicher Richtung bewegende englische Besorgnisse und über die sie veranlassenden diplomatischen Pläne anderer Mächte wird im Kap. III : 2 dieser Arbeit für 1899 noch zu berichten sein.

Die englische Besorgnis war doppelt wach angesichts der starken spanischen Verstimmung England gegenüber (vgl. S. 28), die noch eine Verschärfung erfuhr durch die während des spanisch-amerikanischen Krieges umlaufenden Gerüchte von einer englisch-amerikanischen Allianz.<sup>112</sup>

Das Gerede von russischen Absichten auf Ceuta nahm der englische Botschafter in Madrid kaum ernst und hielt es wohl mit Recht für ein Ergebnis der durch Sorge erregten spanischen Stimmung.<sup>113</sup>

---

111. GP 17, 5152 v. 8. 12. 1899.

112. BD 2, 300 v. 15. 5. 1898. — Vgl. GP 15. Kap. 98.

113. BD 2, 301 v. 23. 5. 98. — Vgl. die Äußerung Murawiew vom 5. 10. 1899 in GP 15, 4212; Murawiew sieht den Urheber dieses Geredes im engl. Botschafter, dessen Bericht aber entschieden dagegen spricht. Über ähnliche Gerüchte für 1899 vgl. Kap. III: 2 dieser Arbeit. — Murawiew ist 1897—1900 russischer Außenminister.

## II. Kapitel.

Faschoda 1898/99.

### 1): Die Faschoda-Krise.<sup>1</sup>

Die Faschoda-Affäre steht an sich in keinem Zusammenhang mit dem Marokkoprobem. Sie war die akute Zuspitzung eines seit Jahren drohenden Konfliktes, dessen Ursache die französische Sudanpolitik war. Schon 1892/93 befand sich eine französische Mission im Gebiet des oberen Ubangi.<sup>2</sup> Die Datenangaben<sup>3</sup> über den Einsatz der eigentlichen Marchandexpedition gehen auseinander. Jedenfalls herrschte seit Jahren in den fraglichen Gebieten eine erhebliche französische Aktivität, die schon 1895 eine ausdrückliche Erklärung Greys im Unterhaus hervorrief.<sup>4</sup> Ende 1897 wurde die englische Stellungnahme der französischen Regierung offiziell zur Kenntnis gebracht.<sup>5</sup> Die einzelnen Phasen der Krise interessieren hier nicht. Für den Zusammenhang dieser Arbeit ist es wesentlich, daß dieser englisch-französische Zusammenstoß in der bislang unentschiedenen internationalen Situation einen grundlegenden Umschwung herbeizuführen schien. Das Pendel der internationalen Lage schlug zu Ungunsten Frankreichs aus, das in ziemliche Isolierung hineingeriet. Ein Krieg zwischen England und Frankreich schien bis in das Jahr 1899 hinein nahe vor dem Ausbruch zu stehen. Auf beiden Seiten wurde gerüstet. Es ist hinsichtlich der englisch-deutschen Bündnisverhandlungen interessant zu sehen, wie im englischen Kabinett auch in dieser Frage, ob man es zum Kriege kommen lassen sollte oder nicht, ein Zwiespalt bestand.<sup>6</sup> Salisbury wollte den Krieg vermeiden, auch gegebenenfalls

1. GP 14, Kap. 93. — BD 1, S. 158—202. — Hasenclever, *Gesch. Ägyptens*, S. 318/30. — Brandenburg, S. 105—108. Hesse, S. 16 ff. — Gooch, *Mod. Europe*, S. 281 ff. — Ward-Gooch, S. 250/57. — Interessant vor allem E. M. Carroll, *French Public Opinion*, Kap. 8: „England or Germany“. —

2. BD 1, 191.

3. Vgl. Gooch und Ward-Gooch in Anm. 1. Und GP 14 (2), S. 371, Anmerk. 2. —

4. Ward-Gooch, S. 251/52.

5. BD 1, 185. — Newton: Lansdowne, S. 148 (Brief L's vom 22. 10. 1897).

6. GP 14 (2), 3908 v. 6. 11. 1898.

Konzessionen machen, um den Franzosen den Rückzug zu erleichtern. Chamberlain<sup>7</sup> nahm eine genau entgegengesetzte Stellung ein und wollte von keinerlei Nachgeben wissen. Mit Hilfe der hinter ihm stehenden öffentlichen Meinung setzte er seine Ansicht durch. Angesichts dieser energischen englischen Haltung lag also schließlich die Entscheidung bei Frankreich. Der russische Bundesgenosse riet sehr eindringlich zum Nachgeben, was in Paris erheblich verstimmt<sup>8</sup>. Frankreich versuchte — allerdings durch inoffizielle Mittelsmänner<sup>9</sup> — Deutschland auf seine Seite zu ziehen.<sup>10</sup> Von russischer Seite wurde betont, daß diese Annäherungsversuche nur auf Drängen der französischen Kolonialkreise erfolgt seien.<sup>11</sup> Die deutsche Außenpolitik bewahrte Zurückhaltung,<sup>12</sup> auch auf Empfehlung des Botschafters in Paris Graf Münster hin, der immer wieder erklärte, daß der Gedanke an Elsaß-Lothringen zwar jetzt ruhe, aber durchaus noch nicht ausgelöscht sei.<sup>13</sup> Den deutschen Standpunkt skizzierte von Bülow in einer Aufzeichnung<sup>14</sup> vom 14. 3. 1899: „Den französischen Annäherungsversuchen an uns stehen wir höflich, aber ohne Illusion gegenüber, da wir in denselben zunächst nur das Bestreben erblicken können, Deutschlands Schwergewicht unter einstweiliger Offenhaltung der elsass-lothringischen Frage zu benutzen zur Niederwerfung der Gegner Frankreichs auf kolonialem Felde, und zwar mit dem Hintergedanken, nach Lösung dieser Aufgabe, gestützt auf den dadurch erlangten Kraftzuwachs, zur endlichen Abrechnung mit uns wegen Elsaß-Lothringen zu schreiten“. Die oben berichtete russische Mitteilung, ebenso das französische Verhalten anlässlich

7. Staatssekretär der Kolonien 1895—1903.

8. BD 1, 215 u. 221, Okt. 1898. — GP 14 (2), 3893 v. 20. 10. 1898 und 3927 v. 6. 1. 1899.

9. Vgl. GP 15, 4206 u. GP 13, 3558.

10. GP 13, Kap. 88 u. 89.

11. GP 13, 3583 v. 6. 10. 99.

12. GP 14 (2), 3920 v. 15. 11. 98.

13. GP 13, 3555 v. 23. 11. 98. Und 3561 v. 4. 2. 99. — BgD 2, S. 1—3 mit entspr. Anlagen.

14. GP 14 (1), 3778 v. 14. 3. 99. Aufzeichn. zur polit. Orientierung des Prinzen Heinrich.

der russischerseits angeregten Intervention im Burenkrieg<sup>15</sup> bestätigen Bülow's Ansicht.<sup>16</sup>

Wie weit das französische Nachgeben England gegenüber bewußt von dem Wunsche bestimmt war, die endgültige Abrechnung mit Deutschland nicht unmöglich zu machen, läßt sich heute, da die französischen Akten für diese Zeit noch fehlen, aktenmäßig nicht beweisen.<sup>16</sup> Auch in der Muskatfrage steckte Frankreich eine Demütigung ein.<sup>17</sup>

Das den Konflikt beendende Abkommen wurde am 21. 3. 1899 unterzeichnet.<sup>18</sup> Es ist in diesem Zusammenhang in zweifacher Weise von Bedeutung. Es wurden die beiderseitigen Interessensphären in Zentralafrika in einer auch für Frankreich nicht unbefriedigenden Weise<sup>19</sup> abgegrenzt. Die etwa nord-südlich verlaufende Grenzlinie, die die englische Einflußsphäre von der französischen trennt, setzt erst am nördlichen Wendekreis ein, so daß also Frankreich hinsichtlich Ägyptens keinen Verzicht aussprach, wie auch England sich betreffend Marokko nicht festlegte. Das Abkommen vom April 1904 ist also die logische Ergänzung dieses Vertrages für die Gebiete nördlich des 23. Breitenkreises. Aber England erkannte Frankreich das Recht zu, "to expand from Westafrica towards the Sahara and the interior".<sup>20</sup> Für die auf die militärische Erfassung der westlichen Sahara abzielende Politik war diese „freie Hand“ jeden-

15. GP 13, 3567 v. 5. 5. 99. oder 3568 v. 29. 6. 99. — Für 1900 GP 15, Kap. 103.

16. Vgl. Carroll, French Publ. Opinion, S. 171. Dort eine Aufzeichnung Delcassé's der in seiner politischen Überzeugung nach Carrolls Ansicht sehr schwankend gewesen sei. Das erscheint mir nicht zutreffend. Immerhin sagt auch C., daß die französ. Versuche, deutsche Unterstützung zu erhalten, letztlich an Elsaß-Lothringen scheiterten (S. 178). Wichtig zur Beurteilung im Ganzen Kap. 8 und 9. von Carroll. Vgl. bei Staley eine interessante Notiz über grundsätzlich ablehnende Haltung Delcassé's Deutschland gegenüber (S. 53). — Vgl. auch Combarieu, S. 184.

17. BD 1, 255—260.—GP 14 (2), 3934/39, Februar 1899.

18. Staatsarchiv, Bd. 64, S. 333/34. — Nähere Angaben über das Zustandekommen der Grenzziehung macht Lord Gleichen in: A Guardsman's Memories. Ein kurzer Auszug, der gerade diese „Teilung Afrikas“ berührt, in: Europ. Gespr. X, 1932, S. 230—32.

19. GP 14 (2), 3943 v. 22. 3. 99.

20. Gooch, History, S. 296/97.

falls von Wert, wenn auch die Ende 1899 einsetzende französische Aktivität (vgl. Kap. 3) nicht durch diesen Vertrag zu erklären ist. Es war eine Frage der Auslegung, ob man diese Oasengebiete als unter den Vertrag fallend ansehen wollte, da ihre Zugehörigkeit zum marokkanischen Reich umstritten war (vgl. S. 31/32). Immerhin konnte Delcassé am 4. 4. 1900 sich vor der Kammer dahin aussprechen, „daß der 1899 abgeschlossene Vertrag uns wichtige Vorteile brachte, welche von niemandem bestritten werden können ... In Afrika beginnen wir in methodischer Weise unsere Kolonien auszudehnen“.<sup>21</sup> Diese Äußerung zeigt, daß man französischerseits durchaus gesonnen war, den Vertrag auch auf die südoranischen Gebiete (Südterritorien), mit deren Besetzung man gerade Anfang 1900 begonnen hatte, auszudehnen.<sup>22</sup>

Das zweite wesentliche Moment ist, daß Italien sich in seinen tripolitanischen Interessen bedroht fühlte, da das Hinterland von Tripolis unter die Frankreich zugestandene Einflußsphäre fiel.<sup>23</sup> Das war gleichbedeutend mit einer Schädigung des tripolitanischen Handels mit Innerafrika.<sup>24</sup> Italien mußte befürchten, daß der französische Einfluß in Tripolis dadurch vorherrschend werden würde. Frankreich hatte also durch den Vertrag von 1899 Italien gegenüber ein kräftiges diplomatisches Druckmittel gewonnen.

Italien verlangte deutsche Intervention. Deutschland erklärte sich mit dem italienischen Standpunkt einverstanden, ohne diese delikate Frage aktiv aufzunehmen. Frankreich versuchte wieder, Italien durch Konzessionen (Tripolis) vom Dreibund abzuziehen. Durch Mitteilung dieser Versuche an Deutschland erreichte Italien die erwähnte Erklärung des deutschen Einverständnisses.<sup>23/25</sup>

Dieser französische Versuch war Teil eines systematischen Vorgehens. Der englische Botschafter berichtete im gleichen

21. Europ. Gesch. Kalender (Schultheß), 1900, S. 233.

22. Vgl. Brinkmann, S. 184.

23. GP 14 (2), 3946/57, März/Juni 1899. — BD 1, 236 u. 246/54.

24. Das Problem heute akut, vgl. Einleitung.

25. Vgl. die engl. Ansicht über die deutsche Politik zur Zeit der Krise, die vom Wunsch beherrscht gewesen sei, Italien enger an sich zu ketten (BD 1, 243 v. 3. 2. 99).

Sinne über den Abschluß eines italienisch-französischen Handelsvertrages im Januar 1899.<sup>26</sup> Gerade in diesen Monaten hatte Frankreich das größte Interesse an einer freundschaftlichen Haltung Italiens, welches aber — veranlaßt durch Frankreichs äußerst kritische Lage — zurückhaltend blieb. Im März 1899 vermochte dann Italien von Frankreich hinsichtlich seiner tripolitischen Sorgen keine befriedigende Antwort zu erlangen. Daraus darf man schließen, daß es den französischen Werbungen gegenüber sich kühl zeigte.<sup>27</sup>

Für England war die deutsche „neutrale Reserve“<sup>28</sup> jedenfalls wertvoll,<sup>29</sup> ohne daß es allerdings daraus weitergehende Folgerungen für sein Verhalten zu Deutschland zog. Das kaiserliche Telegramm an den Zaren über die gefährliche Situation<sup>30</sup> und eventuell zu ergreifende Maßnahmen wurde vom A. A. aus Rücksicht auf England einer erheblichen Kürzung unterzogen, zumal man russische Indiskretionen fürchten zu müssen glaubte.<sup>31</sup>

Im Ganzen gesehen scheint im Laufe des Jahres 1898 der Boden für eine deutsch-englische Annäherung aufnahmefähiger gewesen zu sein als in den vorhergehenden Jahren.<sup>32</sup> Zu Beginn des Jahres ergingen die ersten Allianzfühler von englischer Seite.<sup>33</sup> Sie verdichteten sich in den Unterredungen Chamberlains — von ihm ging auf englischer Seite die Anregung aus — mit Eckardtstein und Hatzfeldt zum Angebot eines förmlichen Beitritts Englands zum Dreibund.<sup>34</sup> Der Grund dieser Bereitschaft Chamberlains war die Notwendigkeit für England,

26. BD 1, 347 v. 18. 1. 99.

27. Vgl. BgD 2, 12 v. 9. 5. 99.

28. GP 14 (2), 3920 v. 15. 11. 98 und 4021 v. 6. 5. 99. — BD 1, 125 v. 21. 12. 98. — Vgl. Meinecke, S. 145/46.

29. GP 14 (2), 3945 v. 30. 6. 1899.

30. GP 14 (2), 3913—19 aus Nov. 1898.

31. Vgl. Meinecke, S. 112 f.

32. BgD 2, S. 1/3 mit Anlagen. — Meinecke, Kap. 6. — Ritter, Legende S. 13/23. — Roloff, S. 1168/76. — Loeding, S. 15—44. Bei Loeding ausführliche Darstellung der Bündnisverhandlungen, auch der kolonial. Besprechungen. Bei ihm verschiedene interessante Literaturangaben, auch Zeitschr.-Aufsätze und Rezensionen der einschlägigen Bücher.

33. GP 14 (1), Kap. 91.

34. GP 14 (1), 3782 v. 29. 3. 1898.

wenn es zu einem Konflikt mit Rußland in Ostasien oder mit Frankreich in Zentralafrika kommen sollte, Deutschland auf seiner Seite zu haben. Denn die Gleichzeitigkeit der russischen Aktivität im Fernen Osten und der französischen in Zentralafrika war wohl nicht zufällig.<sup>35</sup> Auch der zunächst unbefriedigende Verlauf der englisch-französischen Verhandlungen über das Nigergebiet mag zum Teil die englische Bereitwilligkeit erklären. Auch war im Januar 1898 der englische Versuch einer Verständigung mit Rußland gescheitert. Es handelte sich dabei um den Vorschlag eines Abkommens, das im Wesentlichen auf eine Teilung Chinas und der Türkei in russische und englische Interessensphären hinauslief.<sup>36</sup>

Die deutsch-englischen Besprechungen führten nicht zu dem von Chamberlain gewünschten Resultat, wenn auch deutscherseits für den Fall eines englisch-französischen Duells wohlwollende Neutralität angeboten wurde.<sup>37</sup> Zunächst schlug Deutschland Verständigung in kolonialen Einzelfragen vor. (Über die Gründe der deutschen Zurückhaltung vgl. Anm. 38). Der Fehlschlag ging mehr auf Kosten Chamberlains, dessen Mißerfolg Salisbury nicht unlieb gewesen sein mag, da des ersteren einflußreiche Stellung im Kabinetts Salisbury oft zur Rücksicht auf ihn gegen seine eigene Überzeugung zwang.<sup>39</sup> Salisbury nahm keinen Anteil an diesen Besprechungen, die seiner politischen Überzeugung widersprachen.<sup>40</sup> Die von Deutschland geübte Reserve führte zunächst wieder zu einer Hinneigung des englischen Kabinetts zu Frankreich, so anlässlich der erwähnten Verhand-

35. GP 14 (1), 3783 v. 30. 3. 98.

36. Roloff, S. 1168/69.

37. Meinecke, S. 112. — GP 14 (1), 3783. Als weitere Etappe wäre das Gespräch des Kaisers mit Lascelles vom 21. 8. 98 zu nennen. Vgl. darüber Ritter, *Legende*, S. 19 ff.

38. Über die russ. Tendenzen — oder vorsichtiger — russischen Rücksichten der deutschen Außenpolitik und die Einstellung der führenden Männer zu Rußland vgl. Meinecke, Kap. V („Politik der freien Hand“). Über die politische Einstellung des Kaisers vgl. GP 13, 3396/97 aus Oktober 1896. — Rothfels, *Beurteilung*. — Brandenburg, S. 92—108. — Ferner sehr gut H. O. Meisner über Bülow, S. 168 ff.

39. GP 14 (1), 3801 v. 3. 6. 1898. — Gooch, *History*, S. 298.

40. GP 14 (1), 3796, Anm. 1.

lungen über Westafrika.<sup>41</sup> Auch die deutsch-englischen Verhandlungen über die portugiesische Anleihe zeigen einen beiderseitigen zähen Stellungskampf.<sup>42</sup> Ebenso lehnte Salisbury im September 1898 Abmachungen über Samoa ab.<sup>43</sup>

Dieser Unentschiedenheit schien die Fashoda-Krise ein Ende machen zu sollen. Wenn Hesse sie nur unter dem Gesichtspunkt einer bereinigten englisch-französischen Streitfrage und so als einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Entente cordiale auffaßt,<sup>44</sup> so übersieht er dabei doch die tiefe französische Verstimmung,<sup>45</sup> die dann im Burenkrieg nur zu sehr geneigt war, sich Erleichterung zu verschaffen. Aber es ist richtig, daß seit dem Amtsantritt Delcassés die französische Außenpolitik im Stillen von dem Wunsch nach Verständigung mit England geleitet war.<sup>46</sup>

Frankreich hatte sich zu entscheiden zwischen England und Deutschland. Das letztere war nur möglich bei ausdrücklichem Verzicht auf Elsaß-Lothringen, den sich keine französische Regierung leisten konnte, wenn sie Wert auf eine feste Stellung im Innern legte. Die betreffenden Kapitel der GP geben ein Bild von der äußerst unruhigen parlamentarischen Situation Frankreichs in den 90er Jahren. Sie zeigen auch, wie mißtrauisch und reizbar die französische öffentliche Meinung in allen Deutschland betreffenden Fragen war. Bei mancher Gelegenheit mußte der deutsche Botschafter in Paris dringend abraten, wenn der Kaiser das deutsch-französische Verhältnis durch höfliche Gesten zu bessern suchte.

Der Burenkrieg ist das Geschehen, das die folgenden Jahre beherrschte. Von deutscher Seite nahm man schon im April

41. Wie Anm. 40. Gemeint ist das Nigergebiet. —

42. GP 14 (1), Kap. 92. — BD 1, S. 44/81. — Vgl. Fritz Schwartz: Das deut.-engl. Abkommen über die portugiesischen Kolonien v. 30. 8. 98. (Göttinger Dissertation 1931).

43. GP 14 (2), 4034 v. 8. 9. 98.

44. Hesse, S. 22/24.

45. Vgl. Newton, Lansdowne, S. 209. Und BgD 2, 23 v. 8. 3. 1900.

46. Vgl. Reynald, und Lee, Bd. 2, S. 216/17. — Holsteins Ansicht über Delcassés' anglophile Neigungen in GP 18 (2), 5888 v. April 03. — Th. Barclay, Thirty Years.

1898 an,<sup>47</sup> daß der englische Allianzführer der diplomatischen Vorbereitung einer endgültigen Auseinandersetzung mit den Buren dienen sollte. Im Verlauf der Verhandlungen über die portugiesische Anleihe und die portugiesischen Kolonien forderte Deutschland direkt Kompensation "for their abandonment of the Boers and of the Transvaal".<sup>48</sup>

2): Die neue Einstellung der deutschen Außenpolitik zur Marokkofrage. 1899.

Noch in die Zeit der durch Faschoda bewirkten Spannung fällt eine Unterredung zwischen Salisbury und Hatzfeldt, die schlaglichtartig eine im Vergleich mit den beginnenden 90er Jahren vollständig neue Situation zeigt.<sup>49</sup> In dem deutschen Aktenwerk steht der Bericht zeitlich isoliert, so daß man nicht entscheiden kann, wann sich in der deutschen Außenpolitik diese Umstellung vollzog. Der einzige Hinweis findet sich in einem Bericht Hatzfeldts vom 29. 1. 97.<sup>50</sup> Auf eine Andeutung Salisburys, ob Deutschland denn nichts in Marokko wolle, „sah (Hatzfeldt) ihn erstaunt an und sagte: Marokko? Da haben Sie ja schon die fettesten Bissen für sich selbst in Aussicht genommen . . . . Wir verließen den Gegenstand, nachdem ich nochmals hervorgehoben hatte, daß wir, wie er wisse, keine Gebietsvergrößerungen im Mittelmeer suchten“. Von den jetzt erscheinenden deutschen Ansprüchen auf Teile der atlantischen Küste Marokkos war also Anfang 1897 überhaupt noch nicht die Rede. Andererseits sprach im Mai 1900 Hatzfeldt davon, daß er seit Jahren der Marokkofrage, „durch welche wesentliche deutsche Interessen berührt würden“, die lebhafteste Aufmerksamkeit geschenkt habe.<sup>51</sup>

In der oben erwähnten Unterredung (Februar 1899) betonte Hatzfeldt „den Grundsatz, daß wir England jede koloniale Vergrößerung gönnen können, vorausgesetzt, daß es dabei auch

47. GP 14 (1), 3792 v. 24. 4. 98.

48. BD 1, 85 v. 19. 8. 98. — Dazu Meinecke, S. 147 und BgD 2, 13 v. 2. 8. 98.

49. GP 17, 5152 v. 8. 2. 99.

50. GP 17, S. 15/15, Anm. 1.

51. GP 17, 5159 v. 21. 5. 1900.

unsere Interessen gebührend berücksichtigt“. Da Salisbury keine allzu große Dringlichkeit zeigte, verzichtete Hatzfeldt auf eine eingehende Erörterung der Frage und begnügte sich „mit der Wahrnehmung, daß Salisbury eintretendenfalls voraussichtlich nicht abgeneigt sein wird, sich mit uns über gegenseitige Zugeständnisse an der marokkanischen Küste zu verständigen“. Er ersuchte das Auswärtige Amt, sich darüber schlüssig zu werden, „welche Territorien in Marokko und welche Punkte an der Küste für uns besonders wertvoll sein würden“.

Das grundsätzlich Neue ist Deutschlands eigenes, wenn auch noch nicht sehr dringliches Interesse<sup>52</sup> an marokkanischem Gebiet. Die tiefere Ursache liegt in der seit 1890 immer intensiver werdenden Kolonial- und Flottenpolitik. 1890—1895 betrachtete die deutsche Außenpolitik die Marokkofrage eigentlich nur unter Gesichtspunkten der europäischen Politik. Jetzt war aber inzwischen das deutsche weltpolitische Interesse erwacht. Die damit gegebenen politischen Probleme waren: Möglichkeiten für den deutschen Handel in der Welt und Sicherung desselben wie der Kolonien durch eine starke Flotte, die ihrerseits Flottenstützpunkte erforderte.<sup>53</sup>

1890 hatte Deutschland einen Handelsvertrag mit Marokko geschlossen.<sup>54</sup> Im gleichen Jahr war durch eine Hamburger Vereinigung eine direkte Dampferverbindung Hamburg-Marokko geschaffen.<sup>55</sup> Aber erst 1899 rückte der deutsche Anteil am Außenhandel Marokkos an die dritte Stelle, wenn auch die absoluten Zahlen noch nicht übermäßig hoch waren.<sup>56</sup> Immerhin wurde schon 1897 anlässlich der Begründung des Marine-Etats im Reichstag uner den Ländern, in denen Deutsche zu schützen seien, neben Südamerika und Ostasien auch Marokko genannt.<sup>57</sup> Man darf sagen, daß bei dem afrikanischen Kolonialbesitz und seinen Handelsinteressen im Fernen Osten und Südosten ein

52. Reventlow, S. 220/42. Dazu auch Rückblick in GP 17, 5175 v. 22. 4. 1901.

53. Vgl. Tirpitz, Erinnerungen. — Donner, Vorgeschichte. — Brandenburg, S. 16/92.

54. Mohr, Handelsverträge, und Schultheß 1890, S. 308.

55. Kuhnert.

56. Kampffmeyer, S. 341/44 und Mohr, Handelsverträge, S. 43 ff.

57. Schultheß 1897, S. 69.

Flottenstützpunkt nahe dem Ausgang des Mittelmeeres für Deutschland sehr wertvoll war.<sup>58</sup>

Das Bedeutsame an der Unterredung des deutschen Botschafters mit dem englischen Außenminister ist zum Zweiten, daß die Frage einer Teilung Marokkos zwischen den beiden Mächten überhaupt in konkreter Form erwähnt wurde. Das deutete auf die durch die Faschoda-Krise veränderte internationale Situation hin, die eine deutsch-englische Annäherung in den Bereich der praktischen Möglichkeit gerückt hatte. Bis 1895 war England keineswegs geneigt, um Marokkos willen in diplomatische Konflikte mit Frankreich zu geraten. Salisbury war allerdings auch jetzt außerordentlich zurückhaltend. Ein in anderem Zusammenhang (Samoafrage) abgedrucktes Dokument, das zeitlich zwei Wochen später liegt, gibt Aufschluß über Salisburys Stimmung.<sup>59</sup> Hatzfeldt glaubte damals nicht mehr an ein Entgegenkommen Salisburys in der Samoa- und Marokkofrage. Dabei ist zu beachten, daß zu diesem Zeitpunkt die englisch-französischen Verhandlungen über das am 21. 3. 1899 dann abgeschlossene Abkommen in vollem Gange waren. Und die sich um Samoa erhebenden Schwierigkeiten standen wieder trennend zwischen Deutschland und England.

Das Auswärtige Amt kannte die uneinheitliche Struktur des englischen Kabinetts und erkundigte sich bei Hatzfeldt, ob man nicht Salisbury „in den uns berührenden Fragen durch einzelne seiner Kollegen schieben lassen könne“.<sup>60</sup> Das Auswärtige Amt

---

58. Über die Marokkofrage in der öffentlichen Meinung Deutschlands vgl. Kuhnert. Er weist nach, daß erst seit 1900 die Marokkofrage in der deutsch. Öffentlichkeit aktuell wurde.

59. GP 14 (2), 4044 v. 23. 2. 99. — Wie gespannt die Beziehungen Hatzfeldts zu Salisbury im Sommer 1899 wurden, darüber vgl. Gooch, History, S. 305. Ferner Memorandum Salisbury's für Königin Victoria v. 3. 6. 99 in „Letters . . .“ (1896—1901), S. 379/81, das eine Erwiderung auf einen Brief des Kaisers an die Queen v. 27. 5. 99 (ebenda S. 375/79) war, in dem dieser sich bitter über die ihm von der englischen Regierung in der Samoafrage gemachten Schwierigkeiten beklagte. Vgl. Thimme, Ausw. Politik u. Hochfinanz (Aus den Papieren Paul v. Schwabachs) in: Europ. Gespr. VII (1929), S. 288 ff., über Vermittlungstätigkeit v. Schwabachs.

60. GP 14 (2), 4045 v. 23. 2. 99.

dachte dabei an Cecil Rhodes<sup>61</sup> oder Chamberlain und erwähnte ausdrücklich die marokkanische Frage.<sup>62</sup> Hatzfeldt erwog in seiner Antwort die Schwierigkeiten, die darin lägen, hinter Salisburys Rücken dergleichen zu verhandeln,<sup>63</sup> wollte aber durch einen privaten Vermittler<sup>64</sup> ein kleines Promemoria über die schwebenden Fragen an Balfour gelangen lassen.<sup>65</sup>

In den Dokumenten der GP findet man für die nächsten Monate — bis Ende 1899 — keine Erwähnung Marokkos. Allerdings berichtete Eckardtstein,<sup>66</sup> daß zwischen ihm und Chamberlain neben der Samoafrage auch ständig die Marokkofrage und das Bündnisproblem erörtert und über alle drei Fragen vollstes persönliches Einverständnis erzielt worden sei. Diese Besprechungen fanden aber, da sie von beiden Seiten inoffiziell geführt wurden,<sup>67</sup> keinen Niederschlag in Hatzfeldts Berichten, obwohl dieser engste Fühlung mit Eckardtstein hatte.<sup>68</sup> Die nächsten Monate standen vor allem unter dem Zeichen der Samoafrage,<sup>69</sup> die in den Besprechungen in London zäh umkämpft wurde und die Marokkofrage zurücktreten ließ. Nur unter dem 7. 6. 1899 berichtete Salisbury an den britischen Botschafter in Rom, daß Hatzfeldt zu ihm über Marokko gesprochen habe und ein englisch-deutsches Einverständnis für notwendig halte, bevor es in Marokko zu unerwarteten Ereignissen komme.<sup>70</sup> In dem Bericht Hatzfeldts über die gleiche Unter-

61. Vgl. dazu Brief von Cecil Rhodes an den damaligen Prince of Wales vom März 1899 (in Letters of the Queen, S. 349/51) über deutsches Entgegenkommen, speziell des Kaisers.

62. Über die Gegensätze Salisbury-Chamberlain vgl. BD 1, 154 v. 6. 11. 99 und GP 15, 4401 v. 2. 12. 99. — In GP 14 (2), 4071 betonte Hatzfeldt, daß Chamberlain durchaus nicht der Deutschenfreund par excellence wäre, sondern in den Samoaverhandlungen noch hartnäckiger gewesen sei als Salisbury.

63. GP 14 (2), 4046.

64. Alfred Rothschild, Chef des Londoner Bankhauses.

65. Erster Lord des Schatzes 1895—1902, dann Premierminister.

66. Eckardtstein 2, S. 101.

67. Chamberlain war Kolonialminister, während Eckardtstein damals nicht aktiv im deutschen diplomatischen Dienst war.

68. Eckardtstein 2, S. 114.

69. GP 14 (2), Kap. 96 u. BD 1, 127/56.

70. BD 2, 307.

redung<sup>71</sup> ist dagegen von Marokko nicht die Rede, sondern von dem deutschen Entgegenkommen in der Transvaal-Angelegenheit. Es ist naheliegend, anzunehmen, daß davon ausgehend der deutsche Botschafter ganz allgemein von deutschen Wünschen gesprochen und vorsichtig auch die Marokkofrage berührt hat. Die Anfrage Salisburys an seinen römischen Botschafter, ob dort etwas Näheres über deutsche Absichten auf die atlantische Küste Marokkos bekannt sei, beweist, wie vorsichtig Hatzfeldt in dieser Frage vorging.

Daß die deutsche Regierung sich auch jetzt (vgl. S. 23 und Kap. III 3) bemühte, Italien nun durch die eigenen Wünsche nicht zu verstimmen, zeigte die Antwort auf Salisburys Anfrage aus Rom,<sup>72</sup> in der es heißt, daß dem italienischen Außenminister nichts von einer besonderen Anteilnahme Deutschlands an den Marokkoangelegenheiten bekannt sei.<sup>73</sup>

### III. Kapitel.

Das erste Jahr des Burenkrieges. 1899/1900.

1): Die englisch-deutschen Besprechungen. November 1899.<sup>1</sup>

Der Ausbruch des südafrikanischen Krieges brachte verstärkt den Anstoß wieder, den die Krise von Fashoda den deutsch-englischen Beziehungen gab. Die Zwischenzeit hatte keinerlei Fortschritt gebracht, wenn man von den inoffiziellen Unterredungen Chamberlains mit Eckardtstein absieht (vgl. S. 47).

Schon am 3. 11. 99 erwähnte Chamberlain in einer Unterredung mit Hatzfeldt<sup>2</sup> vertraulich Marokko, wo er russisch-

71. GP 15, 4361.

72. Sir Philip Currie, engl. Botschafter in Rom. Bericht vom 20. 8. 99 in BD 2, 309.

73. Die gleiche Antwort schrieb Currie im November, BD 1, 288 v. 2. 11. 99. — Salisbury schien der Frage des deutschen Interesses also immerhin Bedeutung beizumessen.

1. Für die Literatur über die deut.-engl. Bündnisbesprechungen vgl. Kap. II: 1 und Kap. IV:2.

2. GP 17, 5153 v. 3. 11. 99. Wahrscheinlich von Eck. (vgl. Eckardtst. 2, S. 92 u. 101). Da Eck. den erkrankten Hatzfeldt vielfach vertrat, andererseits damals nicht offiziell in deutsch. diplomat. Diensten stand, ist der Träger der Londoner Berichterstattung nicht immer mit Sicherheit festzustellen (vgl. GP 17, S. 14, Anm. 1).

französische Intriguen<sup>3</sup> fürchtete. Er hält es für notwendig, daß England und Deutschland zu einer geheimen Verabredung über Marokko kommen. England wünsche für sich vor allem die Mittelmeerküste, während es Deutschland dafür freistände, sich an der atlantischen Küste weitgehend zu entschädigen. Graf Bülow antwortete, daß man nach Erledigung der Samoa-angelegenheit diese Frage demnächst werde prüfen können.<sup>4</sup>

Der Ausbruch des Burenkrieges<sup>5</sup> veranlaßte England zum Einlenken in der Samoafrage, zumal es galt, den Besuch des deutschen Kaisers sicher zu stellen.<sup>6</sup> Ende November 1899 fand der von England dringend gewünschte Kaiserbesuch statt, der in seiner politischen Bedeutung — angesichts der damaligen Situation Englands — dort voll gewürdigt wurde.<sup>7</sup>

Als der Kaiser in England weilte, trug ihm Eckardtstein<sup>8</sup> über den zu einem großen Teil von ihm verhandelten Samoavertrag und die Marokkofrage vor, die in der letzten Zeit zwischen ihm und Chamberlain unter dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit eines deutsch-englischen Abkommens besprochen sei. Der Kaiser äußerte sich dahin, daß er selbst nie ein großes Interesse an dieser Frage genommen habe.<sup>9</sup> In einer Audienz beim Kaiser<sup>10</sup> sprach auch Chamberlain von Marokko. Er bezeichnete Tanger als das Ziel der englischen Wünsche und wollte Deutschland an der atlantischen Küste entschädigen. Der Kaiser sagte zu, daß diese Frage ein Gegenstand weiterer Besprechungen seines Botschafters sein könne, allzu große Dringlichkeit zeigte er also nicht.

Eckardtstein berichtet über die Einzelheiten des Planes, der in den Besprechungen zwischen ihm, Chamberlain und Rhodes<sup>11</sup>

3. Vgl. Abschnitt 2 dieses Kapitels.

4. GP 17, 5133, Fußnote 2.

5. GP 15, Kap. 101.

6. Deut.-engl. Einigung am 9. 11. 99. öffentlich verkündet (vgl. GP 13, S. 227, Anm. 3).

7. GP 15, 4401 v. 2. 12. 99.

8. Eckardtstein 2, S. 92/93.

9. Vgl. z. B. GP 15, 4212 v. 24. 11. 98, wo der Kaiser die Bemerkungen über Marokko ohne jeden Kommentar läßt.

10. GP 15, 4398 v. 24. 11. 1899.

11. Rhodes, Prem. Min. der Kapkolonie 1890/94 u. 1894/96.

hinsichtlich Marokkos Ende 1899 schon in großen Zügen festgelegt war.<sup>12</sup> Darnach sollte England Tanger besetzen und die Kontrolle über die ganze Mittelmeerküste mit Ausnahme der spanischen Besitzungen erhalten. Deutschland sollte Handels- und Kohlenstationen an der atlantischen Küste (z. B. Casablanca, Mogador, Rhabat) bekommen. Man wollte eine gemeinsame friedliche, wenn nötig auch kriegerische Durchdringung vornehmen und schließlich zu einer endgültigen Teilung Marokkos zwischen beiden Staaten schreiten.

Eckardtstein erwähnt ausdrücklich, daß Salisbury mit dieser Lösung einverstanden gewesen sei. Daran wird man zweifeln dürfen. Es ist verständlich aus der Tendenz des Eckardtsteinschen Buches, das die unbedingte Möglichkeit der englisch-deutschen Verständigung beweisen soll.<sup>13</sup> In der oben erwähnten Unterredung vom 3. 11. 99 verlangte Chamberlain ausdrücklich, „daß wir ihm die nötige Zeit und volle Freiheit in der Behandlung der Sache, namentlich dem Premierminister gegenüber, der nicht leicht zu behandeln sei, lassen sollten; vor allen Dingen müsse er dann auf unbedingte Geheimhaltung unseres eventuellen Einverständnisses mit ihm Lord Salisbury gegenüber rechnen können“. Also gab es bei Salisbury doch noch erhebliche Widerstände.<sup>14</sup> Aber es mag sein, daß diese nach dem deutschen Besuch tatsächlich geringer waren. So war Hatzfeldt anlässlich der Rede Chamberlains in Birmingham<sup>15</sup> „nicht abgeneigt anzunehmen, daß Mr. Chamberlain, als er seine Rede über die Allianz hielt, die prinzipielle Zustimmung Lord Salisburys dazu bereits in der Tasche hatte oder aber von der Überzeugung ausging, daß es ihm — wie in der Samoafrage — mit Hilfe der Majorität seiner Kollegen gelingen würde, den Premierminister zum Eingehen auf seine Wünsche zu bestimmen“.<sup>16</sup> Hatzfeldts Aussagen sind jedenfalls sehr viel vorsichtiger als die Eckardtsteins.

12. Eck. 2, S. 359.

13. Über die Tendenzen Eck's und seine Glaubwürdigkeit vgl. GP 17, S. 135, Anm. 2. Und Kap. IV: 2 dieser Arbeit.

14. Vgl. Meinecke S. 146/47 u. Anm. 47 über den Windsorvertrag, den ein französ. Autor als Akt der Salisbury'schen Politik im Gegenspiel gegen Chamberlain auffaßt.

15. GP 15, S. 424, Fußnote. Und Gooch, History, S. 312.

16. GP 15, 4401 v. 2. 12. 99.

Die ziemlich schroffe Zurückweisung, die Bülow Chamberlain in seiner Reichstagsrede vom 11. 12. 99 zuteil werden ließ,<sup>15</sup> verstimmte diesen und veranlaßte ihn,<sup>17</sup> „irgendwelch weitere Verhandlungen in der Bündnisfrage (einschließlich der Marokkofrage) fallen zu lassen“. Der deutsch-englische Zwischenfall, der sich um die Jahrhundertwende aus der Beschlagnahme deutscher Dampfer ergab,<sup>18</sup> führte zu sehr scharfen Auseinandersetzungen, die eine Besprechung verständigungspolitischer Fragen unmöglich machten.

2): Die „Kontinentalliga“. 1899.<sup>19</sup>

Es mag noch einiges über die Hintergründe dieser englischen Allianzversuche gesagt werden. Es handelte sich dabei vor allem um die sog. Kontinentalliga. Dieser Gedanke wurde 1899 dem Auswärtigen Amt gegenüber zunächst von spanischer Seite formuliert.<sup>20</sup> Spanien begründete seinen Wunsch nach einem Bündnis damit, daß es fürchte, England plane eine Änderung des status quo im Mittelmeer. Es ist anzunehmen, wenn auch Silvela<sup>21</sup> es bestimmt verneinte, daß spanisch-französisch-russische Besprechungen dieser dem deutschen Botschafter gemachten Eröffnung vorausgingen, daß es sich also nicht um eine rein spanische Initiative handelte. Deutschland lehnte eine engere Verbindung in dem gedachten Sinne ab unter Hinweis auf die Schwierigkeiten, die einer deutsch-französischen Verständigung immer im Wege ständen.<sup>22</sup> Wenn man von spanischer Seite auf die in Paris in bestimmten Kreisen herrschende Strömung, zu einer Allianz mit England zu gelangen, aufmerksam machte, so war das wohl zum Teil als Druckmittel gedacht, bestätigt aber doch auch, was oben für die Zeit der Fashoda-Krise gesagt wurde (S. 39 Anm. 16 und S. 43).

17. Brief Chamberlains an Eckardtst. vom 28. 12. 1899 mitgeteilt bei Eckardtst. 2, S. 124 ff.

18. GP 15, Kap. 102.

19. Vgl. Carroll: French Public Opinion, S. 198/200.

20. GP 15, Kap. 99.

21. Span. Auß. Min. und Min. Präs. 1899/1900.

22. GP 15, 4206 v. 27. 4. 99 und 4209 v. 16. 5. 99. Vgl. BgD 2, 19 v. 23. 11. 99.

Dann — nach dem Ausbruch des Burenkrieges — wurden von neuem diese Pläne von russischer Seite aus mit Nachdruck betrieben. Das geschah im Zusammenhang mit einer Reise Murawiew's, auf der dieser im Oktober 1899 die Königin-Regentin von Spanien und Silvela sah. Die ausdrückliche Betonung — von offiziöser spanischer Seite — der Spontanität dieses Besuches und die Versuche, seine politische Tragweite als belanglos hinzustellen, konnten den deutschen Beobachter mißtrauisch stimmen.<sup>23</sup> Man darf es für naheliegend halten, daß die Gruppe Rußland-Frankreich sich Spaniens als eines Sprachrohrs zur Sondierung Deutschlands bediente.

Diese auf eine Kontinentalliga mit deutlicher Spitze gegen England gerichteten Pläne mußten in der damaligen Lage die englische Außenpolitik beunruhigen und veranlassen, Deutschland aus solch möglicher Gruppierung herauszuhalten zu suchen.<sup>24</sup> Es ist vielleicht bezeichnend, daß mit dem Zarenbesuch in Berlin das englische Nachgeben in der Samoaangelegenheit zeitlich zusammenfällt.<sup>25</sup> Wie weit auch die gerade damals geplante Verstärkung der deutschen Flotte, zu der der Zar den Kaiser recht nachdrücklich ermunterte,<sup>26</sup> Chamberlain zu seinen Verständigungsversuchen veranlaßte, steht dahin.<sup>27</sup>

Es war kein Zufall, daß Chamberlain in seinen Angeboten gerade Marokko erwähnte. Der Köder, mit dem der Zweibund Spanien für sich gewinnen wollte, war Marokko.<sup>28</sup> Man wußte in England, daß Graf Murawiew den Spaniern eine Verständigung über Marokko mit Frankreich angeboten und empfohlen hatte.<sup>29</sup> Das vertiefte die Besorgnisse, die in England im Ge-

23. GP 15, 4212 v. 5. 10. 99. — BgD 2, 15 v. 31. 10. 99.

24. Die engl. Akten geben über diese Besprechungen keinen Aufschluß, da sie als private Initiative Chamberlains galten u. in den Akten des For. Off. keinen Niederschlag fanden.

25. GP 13 3547, v. 8. 11. 99.

26. Wie Anm. 25 und BgD 2, 18, v. 21. 11. 99.

27. Vgl. Meinecke, S. 152/3 u. 261/2. Und Gooch, History, S. 313/16.

28. GP 15, 4212 v. 5. 10. 99.

29. BD 1, 287 v. 27. 10. 99. — In Wien wird anläßlich der Reise Murawiew's nach Paris das Gerücht russ. Absichten auf das span. Ceuta kolportiert. Der engl. Botsch. nennt es „an absurd scheme“. (BD 1, 291 v. 3. 11. 99, Vgl. dazu hier S. 36.)

danken an eine spanisch-französische Allianz schon lange bestanden (S. 36).

Italien bemühte sich, diese englischen Vermutungen zu bekräftigen.<sup>30</sup> Italien selbst konnte nur mit größtem Mißtrauen den Plan einer Änderung des status quo wahrnehmen, zumal es bei der deutschen Haltung Rußland gegenüber nicht unbedingt auf deutsche Unterstützung gegen solch französisch-russische Pläne rechnen durfte.

In einer Meldung des Grafen Münster<sup>31</sup> vom 22. 10. 99 findet sich die Bestätigung für die englischen Befürchtungen.<sup>32</sup> Münster teilte mit, daß während der Anwesenheit Murawiew's in Paris Delcassé<sup>33</sup> Hanotaux<sup>34</sup> zu einer Reise nach Spanien veranlaßt habe, damit er dort „siehe, was in Gibraltar und an der marokkanischen Küste zu machen sei, und inwieweit auf Spanien zu rechnen sein würde“.

3): Die beginnende französische Aktivität in Marokko und die Stellungnahme der Mächte. 1900.

Zwei Monate nach Ausbruch des südafrikanischen Krieges, im Dezember 1899, besetzten die Franzosen In-Salla,<sup>35</sup> befanden sich also bereits auf dem Vormarsch nach den Tuat-Oasen. Ende März 1900 brach eine große französische Expedition aus Algier zur Besetzung der südlichen Oasen bis Tuat auf.<sup>36</sup> Bis Ende Juli 1900 war die militärische Aktion durchgeführt.

Der Zeitpunkt war klug gewählt.<sup>37</sup> England war durch den Burenkrieg gebunden, so daß von seiner Seite kein Einspruch zu erwarten war. Die Deutsche Regierung hatte gegen die Besetzung der genannten Oasen an sich nichts einzuwenden, aber sie befürchtete in Rücksicht auf Italien weitergehende, also auf eigentliches marokkanisches Gebiet abzielende französische

30. BD 1, 286 u. 288 (Okt., Nov. 1899).

31. Deutscher Botschafter in Paris 1885—1900.

32. GP 15, 4405 v. 22. 10. 99.

33. Franz. Auß. Min. 1898—1905.

34. Delcassés Vorgänger 1894/98.

35. Dupuy, S. 36 f. und Taillandier, S. 3/4.

36. Tidikelt, Tuat, Guara. — GP 17, S. 299, Anm. 3. — Schultheß 1900, S. 233. — Schiemann 1901, S. 172.

37. Vgl. BD 1, 302 v. 20. 12. 99.

Pläne. Da Hatzfeldt im März 1900 — es war also erst kurz nach der Beschlagnahme der deutschen Dampfer — den Eindruck hatte, daß Salisbury damals die marokkanische Frage nicht besprechen wollte,<sup>38</sup> man aber andererseits den italienischen Bundesgenossen beruhigen möchte,<sup>39</sup> wurde der deutsche Botschafter in Paris angewiesen,<sup>40</sup> im Sinne einer „leichten Andeutung“ Delcassé darauf aufmerksam zu machen, daß verschiedene Kabinette durch die französische Aktivität an der marokkanischen Ostgrenze beunruhigt seien. Die deutsche Regierung sei aber der Ansicht, daß bisher nichts geschehen sei, was man bei gutem Willen nicht mit dem Vertrage von 1845 in Einklang bringen könne, und habe in diesem Sinne beruhigend gewirkt. Bülow machte gleichzeitig seinen Botschafter darauf aufmerksam, daß abgesehen von der Stellung Deutschlands im Dreibunde „in Marokko, welches einen der Nervenknotten unseres Erdkörpers bildet, auch eigene maritime Interessen Deutschlands in Frage kommen könnten“. Er äußerte seine Befriedigung darüber, daß die italienische Beunruhigung nicht auf das Bestehen vertrauensvoller französisch-italienischer Beziehungen schließen lasse.

Delcassé verneinte alle über Tuat hinausgehenden Absichten.<sup>41</sup> In Berlin glaubte man nun, daß vorderhand mit französischen Aktionen größeren Stils an der marokkanischen Grenze nicht zu rechnen sei. Denn bisher hatte man deutscherseits in Paris über marokkanische Fragen nicht gesprochen, so daß diese leichte Andeutung „eines gewissen Ernstes“ nicht entbehrte.<sup>42</sup>

38. GP 17, 5155 v. 1. 3. 1900.

39. Über die dringenden ital. Anfragen in Berlin im März/Mai 1900 vgl. GP 17, 5156 u. 5158. Im Mai regte Italien sogar eine direkte Intervention in Paris wegen der Besetzung der Tuatoasen an, die man in Berlin unter Hinweis auf die gleichgültige engl. Haltung ablehnte. Aber es entspann sich nun eine lebhafte Diskussion zwischen Ausw. Amt. u. Hatzfeldt. Vgl. hier S. 55/57.

40. GP 17, 5156 v. 27. 4. 1900. Vgl. dazu rückschauende Aufzeichnung Holsteins vom April 1903 in GP 18 (2), 5888 (auch über die Wirkung des deutschen Schrittes).

41. GP 17, 5157 v. 9. 5. 1900.

42. GP 17, 5158 v. 14. 5. 1900. Und 5170 v. 2. 8. 1900.

Eine eingehende Erörterung der marokkanischen Frage mit Italien wollte Bülow vermeiden. „Denn für Deutschland ist es besser, an Italien erst heranzutreten, wenn wir mit England uns über die Grundzüge eines Vorgehens verständigt haben. Da die Vorbedingungen für eine solche noch fehlen, so werden die deutschen Interessen wohl am besten durch tunlichste Hinausschiebung der marokkanischen Liquidation gewahrt“.<sup>43</sup> Damit wurde diese Frage wieder in den Bereich des deutsch-englischen Bündnisproblems gerückt.

Die kräftige französische Aktivität schien zudem in Rom und von da aus in Berlin Mißtrauen gegen England zu wecken. Man glaubte, daß London den Franzosen freies Spiel geben wolle oder schon gegeben habe. In einer Unterredung mit dem englischen Botschafter gab der Kaiser diesem Mißtrauen Ausdruck (vgl. unten S. 57 f.). In den deutschen Akten findet sich für April 1900 kein Niederschlag solcher Erwägungen, obwohl die folgende Diskussion zwischen A. A. und Londoner Botschaft durchaus im Zeichen der Sorge vor einer englisch-französischen Verständigung stand. Der Hinweis auf die erwähnte Unterredung findet sich in einem englischen Botschaftsbericht.<sup>44</sup>

Die Bedeutung der Marokkofrage für die deutsch-englischen Beziehungen und die internationale Gruppierung zeichnen sehr klar Hatzfeldts verschiedene Berichte.<sup>45</sup> Dieser ging von dem deutschen Interesse an Teilen der marokkanischen Küste und der seines Erachtens feststehenden Tatsache aus, daß es Salisbury vollständig gleichgültig sei, welche Territorien im Innern Marokkos von Frankreich besetzt würden, „vorausgesetzt, daß England nicht nur im Mittelmeer, sondern auch an der atlantischen Küste von Marokko die wichtigsten Punkte in seinen Besitz bringen kann“.<sup>46</sup> Angesichts dieser englischen Absichten und des Umstandes, daß „sich auf eine längere Erhaltung des

43. Wie Anm. 41.

44. BD 1, 319 v. 20. 4. 1900. Antwort Salisbury's in Nr. 320 v. 25. 4. 1900: „England denke nicht daran, seine Status-Quo-Politik im Mittelmeer aufzugeben“. Sir Frank Lascelles, engl. Botsch. in Berlin 1895—1908.

45. GP 17, 5159 v. 21. 5. 1900. Und Nr. 5162 v. 27. 5. 1900. Und Nr. 5166 v. 1. 6. 1900.

46. GP 17, 5159.

gegenwärtigen Zustandes in Marokko sowohl im Innern als nach außen hin nicht mehr mit Sicherheit rechnen läßt“, hielt es Hatzfeldt für dringend erforderlich, mit England zu einer Verständigung über diese Frage zu kommen, damit nicht eine englisch-französische Verständigung darüber eintrat. Für den Augenblick erschien ihm eine solche in Anbetracht der zwischen den beiden Ländern bestehenden Entfremdung nicht wahrscheinlich, aber er hielt sie doch auch nicht für unbedingt ausgeschlossen. Und dann folgt ein Satz, der die Folgen der später Wirklichkeit gewordenen Entwicklung andeutet: „In einem solchen Falle würden wir kaum in der Lage sein, unsere Ansprüche auf Marokko mit Aussicht auf Erfolg zu vertreten“.<sup>47</sup> Einen weiteren Hinweis Hatzfeldts auf die Gefahren einer englisch-französischen Abmachung versah Bülow mit der Randbemerkung: „... würde für den weiteren Gang unserer inneren und äußeren Politik unberechenbare Folgen haben“.

Hatzfeldt empfahl, sich zunächst mit Chamberlain in Verbindung zu setzen. Bülow stimmte zu<sup>48</sup> und unterstrich in einem weiteren Telegramm<sup>49</sup> die Bedeutung eines solchen Spezialabkommens für England unter Hinweis auf die außenpolitische Behinderung, die England durch den Burenkrieg erleide. Eckardtstein leitete die Besprechungen mit Chamberlain ein. Dieser erklärte seine Bereitwilligkeit, wollte aber die Initiative bei Salisbury dem deutschen Botschafter zuschieben, „da er sich noch mehr als im vorigen Jahr scheut, sich durch Einmischung in äußere Fragen beim Chef des Kabinetts zu compromittieren“.<sup>50</sup>

Da Salisbury in der folgenden Zeit die Marokkofrage Hatzfeldt gegenüber, wie dieser annahm, mit Vorbedacht nicht erwähnte,<sup>51</sup> und andererseits weder Balfour noch Chamberlain — die an sich beide einer Annäherung an Deutschland zu-

---

47. Glosse v. Bülows: „Richtig“.

48. GP 17, 5160 v. 23. 5. 1900.

49. GP 17, 5161 v. 23. 5. 1900 (Konzept von der Hand Holsteins).

50. GP 17, 5166 v. 1. 6. 1900. Es heißt dort: „Die Einmischung Mr. Chamberlains in der Samoafrage trägt uns der Premierminister bis auf den heutigen Tag nach“.

51. GP 17, 5164 v. 29. 5. 1900.

neigten — Lust zeigten, ihre Anschauung dem Premierminister gegenüber zur Geltung zu bringen, wurde die deutsche Anregung vertagt.<sup>52</sup> Man fürchtete auch Indiskretionen Salisburys in Paris, wo er den deutschen Schritt dazu verwerten könnte, „den Eifer der Franzosen anzufachen“. Hatzfeldt erhielt eine Vollmacht, die ihn zu jederzeitiger Anregung der Frage bei Salisbury berechnete, wenn er den Zeitpunkt für günstig hielt.<sup>53</sup>

Hatzfeldt legte die Zurückhaltung Salisburys dahin aus, daß dieser nicht glaube, Deutschland werde es wegen Marokkos zum Kriege mit England treiben lassen, wohl aber einen Krieg mit Frankreich fürchte, wenn dieses mit dem ihm zufallenden Anteil nicht zufrieden sei. „Gerade deshalb ist der Premierminister ... bestrebt, eine Verständigung mit Frankreich herbeizuführen, in welcher er die sicherste Garantie gegen jede Kriegsgefahr für England in der marokkanischen Frage erblickt, ... (während) Chamberlain die gleiche und bessere Garantie in einer Abmachung mit uns erblickt, weil er von der Überzeugung ausgeht, daß Frankreich es nicht wagen würde, einer deutsch-englischen Verständigung ernstlichen Widerstand entgegenzusetzen und einen solchen Widerstand bis zum Kriege zu treiben“.<sup>54</sup>

Es ist noch hinzuzufügen, daß Hatzfeldt nach dem Fehlschlagen der Versuche bei Chamberlain und Balfour dem Auswärtigen Amt empfahl, nunmehr offiziell bei Salisbury die deutschen Ansprüche anzumelden, da er „kein anderes Mittel (sehe), einer uns höchst nachteiligen Verabredung mit Frankreich vorzubeugen“.<sup>54</sup> In der Wilhelmstraße erkannte man Hatzfeldts Sorge wohl als begründet an, nahm sie aber doch nicht ernst genug, um seinen Rat zu befolgen.<sup>55</sup>

Da man in Berlin argwöhnte, daß bereits eine englisch-französische Verständigung vorliege, und da erneut von Rom

52. GP 17, 5168 v. 13. 6. 1900.

53. GP 17, S. 324, Fußnote 1.

54. GP 17, 5166 v. 1. 6. 1900. Dazu vgl. Bericht des Gesandten Graf Metternich an Bülow, Nr. 4978 v. 24. 6. 1900. Metternich vertrat vom 8. II. bis 26. V. 1900 den erkrankten Hatzfeldt.

55. GP 17, 5159 mit den oben zitierten Randbemerkm. Bülows (S. 56). Zur Beurteilung vgl. Abschn. 4 dieses Kapitels.

dringende Vorstellungen ergingen,<sup>56</sup> die eine Intervention in Paris forderten, griff man zu einem Ausweg. Dem deutschen Geschäftsträger in Petersburg<sup>56</sup> wurde aufgetragen, sich bei Murawiew nach den Pariser Plänen zu erkundigen und dabei die deutsche Besorgnis durchblicken zu lassen. Murawiew versicherte,<sup>57</sup> Delcassé habe zur Zeit nicht die Absicht, mit Italien einen Konflikt wegen Marokko zu beginnen, und benutzte die Gelegenheit, vor englischen Intriguen zu warnen. Ein deutsches Mißtrauen gegen England konnte dem Russen nur erwünscht sein.<sup>58</sup>

Übrigens zeigt ein englisches Dokument,<sup>59</sup> daß man auch in Rußland Sorge hatte, der französische Verbündete könne sich allzusehr emanzipieren und England nähern. Diese Möglichkeit mußte dem russischen Zweibundpartner im Gedanken an seine ostasiatischen Differenzen mit England nicht unbedrohlich erscheinen.

Ob die von Eckardtstein berichtete Bemerkung Salisburys aus dem Juli 1900 über die im Falle eines englisch-deutschen Zerwürfnisses notwendig gewesenem weitgehenden Zugeständnisse an Frankreich in Marokko<sup>60</sup> ihren Grund in tatsächlichen englisch-französischen Besprechungen hatte, ist nicht zu erweisen.

Daß das von Bülow geargwöhnte englisch-französische Einverständnis nicht bestand, beweist ein Bericht Monsons aus Paris vom 17. 10. 1900, aus dem hervorgeht, daß man im Foreign Office über die französischen Absichten keineswegs

---

56. GP 17, 5167 v. 2. 6. 1900. — In Petersburg war von Tschirschky.

57. GP 17, S. 321, Anm. 1 (9. 6. 1900). „L'Angleterre travaille la France peut-être plus que vous ne pensez“.

58. Z. B. russ. Befriedigung anlässlich der Postdampferaffäre. Vgl. GP 15, 4463 v. 12. 1. 1900.

59. BD 2, 310 v. 9. 6. 1900. Bericht des engl. Botschafters über Gespräch mit russ. Botschafter.

60. Eckardtst. 2, S. 158/59. Salisbury dachte an die Postdampferaffäre. — Vgl. BGD 2, 20 v. 27. 1. 1900 und GP 15, 4460 v. 2. 1. 1900. Das belg. Zirkular spricht davon, daß Cambon Weisung haben sollte, sich mit Salisbury über die hauptsächlichsten Differenzpunkte zu unterhalten. Zugrunde lag allerdings eine Times-Meldung, die vielleicht gerade solche Möglichkeit vermeiden sollte.

orientiert war, sondern ihnen im Gegenteil erhebliches Mißtrauen entgegenbrachte.<sup>61</sup> Monson erkundigte sich — allerdings ohne daß er diesen Auftrag erkennen lassen sollte —, ob französische Absichten auf die marokkanische Ostgrenze beständen. Die Veranlassung zu dieser Anfrage war wohl ein Brief des Sultans von Marokko an die englische Königin,<sup>62</sup> in dem der Sultan um englische Intervention in Paris bat, da ihn das französische Vordringen im Osten Marokkos beunruhige. Auch italienische Bemühungen in London mögen zu diesem Schritt beigetragen haben.<sup>63</sup>

Da die englischen Akten in den meisten Fällen — sie sind ja auch an Umfang viel kleiner als die deutsche Veröffentlichung — nicht die Möglichkeit bieten, die Entwicklung bestimmter Fragen zu verfolgen, sondern nur typische Ausschnitte geben, läßt sich über die englische Marokkopolitik nichts Genaues aussagen. Die stereotype Betonung des unbedingten Festhaltens am Status Quo (*“maintenance of status quo”*) hatte ihren Grund in dem englischen Wunsch, während der Zeit der eigenen Gebundenheit (Burenkrieg) eine Entscheidung in Marokko zu vermeiden. Denn sehr wahrscheinlich würde eine solche Entscheidung zu einem scharfen Konflikt geführt haben.<sup>64</sup> Wenn aus französischen Äußerungen hervorgeht, daß auch England in Marokko diplomatisch recht tätig war,<sup>65</sup> so wird man annehmen können, daß England alles daran setzte, den Sultan in seinem Widerstand zu bestärken und die französischen Absichten auf marokkanisches Gebiet hintanzuhalten (vgl. Kap. IV : 1 a). Wenn Salisbury im Juni 1900 auf die deutschen

---

61. BD 2, 313 v. 17. 10. 1900.

62. BD 2, 312 v. 12. 10. 1900.

63. BD 1, 349/50 v. 23. 9. u. 12. 10. 1900.

64. Privatbrief Metternichs an Bülow v. 24. 6. 1900 in GP 17, 4978. „Will England darüber mit Frankreich und möglichst ohne uns stipulieren, so wird es für sich bessere Bedingungen erlangen können, wenn seine Hauptmacht nicht, wie jetzt, anderswo engagiert ist. Will es sie dagegen mit uns und möglichst ohne Frankreich lösen, so wird es erst recht in der Lage sein müssen, sich auf diesen Punkt konzentrieren zu können“.

65. Bernard, *Le Maroc*, S. 314. — Tardieu, S. 61, Anm. 1. — Über Nicolson, den englischen Vertreter in Tanger seit 1895 vgl. Kap. IV : 2 (S. 72 dieser Arbeit).

Wünsche nicht einging, so geschah das auch, um den bis dahin noch ruhenden Konfliktsstoff nicht akut werden zu lassen. In diesem Sinne ist die englische Versicherung, auf jeden Fall am status quo interessiert zu sein, sicher ehrlich.

Zur psychologischen Beurteilung der englischen Zurückhaltung sowohl Deutschland als Frankreich gegenüber sind zwei Bemerkungen eines deutschen und eines französischen Diplomaten aus dem Juni 1900 und Juni 1901 recht interessant. Graf Metternich<sup>66</sup> äußert über die englische Politik in der Marokkofrage: „Die englische Politik ist nicht sehr beweglich; sie handelt lieber nach dem negativen Grundsatz: let sleeping dogs lie. Auch hinsichtlich Marokkos dürfte dies zutreffen ... Sollten aber die Dinge dadurch eine andere Gestalt annehmen, daß die Interessenten sich regen, dann wird der schlafende Hund aufgerüttelt, und auch England wird Stellung nehmen“.

Daß man in England für den Notfall bereit war, zeigt eine Meldung des deutschen Gesandten in Tanger.<sup>67</sup> Aus ihr geht hervor, daß jeder Gouverneur in Gibraltar die Order hatte, für den Notfall bereit zu sein, um jederzeit auf telegraphische Weisung seiner Regierung Tanger besetzen zu können.

Sehr fein formuliert ist das Urteil Cambons,<sup>68</sup> das zwar erst im nächsten Jahr geprägt wurde, aber doch bei seiner allgemeinen Fassung in seiner Gültigkeit zeitlich nicht beschränkt ist:<sup>69</sup> „... bien souvent l'Anglais reste dans la vague, attendant les événements pour adopter une ligne de conduite, et sachant du reste profiter le moment venu, et sur l'heure, de ces événements avec beaucoup d'habilité et de décision“.

#### 4): England-Deutschland. 1900.

Nach dem verheißungsvollen Auftakt der Novemberbesprechungen von 1899 bietet das Jahr 1900 ein merkwürdiges Bild.<sup>70</sup> „Höchst provisorisch, höchst unbefriedigend“

66. GP 17, 4978 v. 24. 6. 1900. — Metternich wurde 1901 Nachfolger Hatzfeldts in London.

67. GP 17, 5171 v. 18. 9. 1900.

68. Paul Cambon, franz. Botsch. in London 1898—1920.

69. DD 1, 278 v. 11. 6. 1901.

70. Brandenburg, S. 128/36.

nennt Meinecke das Verhältnis beider Staaten um die Jahreswende 1900/1901.<sup>71</sup> Die Zwischenfälle zu Beginn des Burenkrieges, die burenfreundliche Haltung der deutschen Presse hatten die Stimmung auf beiden Seiten sehr verschärft.

Im Jahre 1900 spielte die Frage einer Intervention der kontinentalen Mächte im Burenkrieg.<sup>72</sup> Deutschland lehnte eine Beteiligung ab, allerdings in einer Formulierung, die keine unbedingte Ablehnung zu sein brauchte und von dem deutschen Wunsche diktiert war, Rußland nicht vor den Kopf zu stoßen und die eigene unabhängige Stellung nicht durch restloses Eintreten für England zu kompromittieren. Diese nach außen hin als Unentschlossenheit und Zweideutigkeit erscheinende deutsche Haltung ließ England das Positive der deutschen wohlwollenden Neutralität vergessen und nicht angemessen würdigen. Bezeichnend für die englische Stimmung ist die Antwort Salisburys auf einen Brief des Kaisers an die englische Königin.<sup>73</sup> Der Kaiser schrieb am 31. 3. 1900, er sei dankbar, daß er England vor einer äußerst gefährlichen Situation habe bewahren können durch Ablehnung einer Mächtegruppierung, die einen Schlag gegen England beabsichtigte. Salisbury erwidert der Königin am 10. 4. 1900: „... thanks for the most affectionate and satisfactory letter from the German Emperor. There lingers in Lord Salisbury's mind a doubt, wether a proposal for a combination against England was ever really made by France and Russia to Germany; but still it is very satisfactory to receive from the German Emperor such earnest expressions of his goodwill ...“

Das ganze Jahr 1900 stand unter dem Zeichen deutschen Bemühens, sich die „freie Hand“ zu bewahren.<sup>74</sup> Das Jangtse-Abkommen<sup>75</sup> zeigte zwar, daß die deutsche Außenpolitik — denn Deutschland war jetzt selbst in Ostasien engagiert — sich

71. Meinecke, S. 177.

72. GP 15, Kap. 103. — Gooch, History, S. 317—320. — Meinecke, Kap. 8. Meinecke und Gooch auch über die Rückwirkungen auf England.

73. Letters of the Queen Victoria 1896—1901, S. 519/20 und S. 526/27.

74. Vgl. Meinecke, S. 176/77.

75. GP 16, Kap. 105. — BD 2, Kap. 9. — Meinecke, Kap. 9 — Gooch, History, S. 324/26.

doch Sicherungen gegen Rußlands ostasiatische Pläne verschaffen möchte, ohne allerdings dadurch in ernstlichen Konflikt mit Rußland geraten zu wollen. Der deutsche und englische Partner gehen also mit ganz verschiedenen Wünschen an diesen Vertrag heran. Diese Zweideutigkeit, über die man sich gegenseitig ganz klar war, konnte ein wirkliches gegenseitiges Vertrauen nicht aufkommen lassen.<sup>76</sup> Schon wenige Wochen nach Abschluß des Vertrages kam es zu Differenzen über die Auslegung, vor allem da Deutschland sich nicht gegen Rußland vorschieben lassen wollte. Diese Unstimmigkeiten störten dann im nächsten Jahre die erneuten deutsch-englischen Besprechungen.<sup>77</sup> Der deutsche Wunsch, den „Draht nach Rußland“ nicht abreißen zu lassen, war auch die Ursache gewesen für die deutsche Reserve dem englischen Bündnisangebot von 1899 gegenüber, das eine — im Vergleich mit dem Allianzfühler von 1898 — zwar abgeschwächte, aber doch deutliche Spitze gegen Rußland enthielt.<sup>78</sup>

Zur Beurteilung der deutschen Politik muß man sich vor Augen halten, daß im August 1899 auf Delcassés Betreiben der Zweibund sein Programm erweiterte.<sup>79</sup> Vorher hieß es: „allgemeine Friedenswahrung“, jetzt: „Wahrung des europäischen Gleichgewichts“. Da man in Berlin glaubte, sich die freie Hand wahren zu können, wollte man auch hier — genau wie in England — schwierige Probleme wie die Marokkofrage vertagen und unterließ deshalb im Juni 1900 die zunächst beabsichtigte Initiative. Wenn man absieht von dem deutschen Mißtrauen gegen Salisbury, von dem man Indiskretionen in Paris besorgte,<sup>80</sup> so war dabei bestimmend der deutsche Wunsch, es mit keinem zu verderben. Die Prognose Hatzfeldts (S. 56/57)

76. Vgl. dazu Urteil Pücklers (in „Front wider Bülow“, S. 51/52): Das Jangtse-Abkommen hätte der Beginn einer Politik der Verständigung zu Zweien in großen Weltfragen werden können. Bülows Umfall (Preisgabe der Mandschurei an Rußland) vernichtete seinen Kredit bei den Engländern, ohne das Vertrauen der Russen wieder zu gewinnen.

77. Vgl. Mendelssohn-Bartholdy: Lord Lansdowne, S. 438/39 über das Mißtrauen Salisburys wegen des Jangtse-Abkommens, ein Mißtrauen, dessen Erbe Lansdowne zwangsläufig geworden sei.

78. Meinecke, S. 149.

79. Ritter, Legende, S. 25. Vgl. Combarieu, S. 33/34.

80. GP 17, 5167 v. 2. 6. 1900. Vgl. oben S. 57.

wurde in ihrer Richtigkeit zwar nicht bestritten, aber vom Auswärtigen Amt nicht als zwingend angesehen.

Wenn Bülow befürchtete, „daß England unentwegt bemüht ist, eine Lage zu schaffen, wo die Mächte des Kontinents sich feindlich mit der Waffe in der Hand gegenüberstehen und infolgedessen genötigt sein würden, dem englischen Unternehmungsgeist volle Freiheit außerhalb Europas zu lassen“,<sup>81</sup> so ist das eine der vielen Äußerungen des chronischen deutschen Mißtrauens gegen England, die aber an sich noch nichts beweist.

Heute wird man — allerdings klüger geworden durch 1914 — urteilen können, daß die deutsche Politik auch auf die Gefahr einer englischen Indiskretion in Paris hin die Anregung der Marokkofrage bei Salisbury hätte riskieren müssen. Einmal befand sich England im ersten Jahre des Burenkrieges, konnte also nicht ohne weiteres eine gänzlich ablehnende Haltung einnehmen.<sup>82</sup> Zum Zweiten war man doch der Zustimmung Balfours und Chamberlains sicher. Die Indiskretion in Paris hätte an den deutsch-französischen Beziehungen, wie sie tatsächlich waren, nichts geändert. Denn bei aller betonten Höflichkeit Frankreich gegenüber hielt sich die deutsche Politik in sachlichen Fragen — und dazu bestand ja aller Grund — doch konsequent zurück. Eine Annäherung Englands an Frankreich war damals kaum zu befürchten. Die Erinnerung an Faschoda war in Paris noch recht lebendig. Und Salisbury wußte, daß für eine englisch-französische Verständigung von England ein hoher Preis zu zahlen gewesen wäre.<sup>83</sup> Deutschland hätte also England sehr leicht zwingen können, Farbe zu bekennen.

Nur der Glaube an die Stärke der deutschen internationalen Stellung ließ die Vorstellung der deutschen Führer zu, daß man sich noch auf Jahre hinaus die freie Hand bewahren könne. Die Äußerung des Kaisers vom Februar 1901 gewann keine dauernde Bedeutung.<sup>84</sup>

81. GP 17, 5167 v. 2. 6. 1900.

82. Hasenclever, Roosevelt, S. 193. — Brandenburg, S. 130.

83. Eckardtstein, Bd. 2, S. 158/59.

84. GP 16, 4793 v. 4. 2. 1901. „Ich kann doch nicht dauernd zwischen Russen und Engländern schwanken. Ich würde mich dann schließlich zwischen zwei Stühle setzen“.

Daß die deutsche Zurückhaltung in der von Italien angeregten Interventionsfrage sehr unangenehme Folgen haben würde, zeigte allerdings erst das nächste Jahr (Kap. IV. : 1 a). Die recht platonischen Maßnahmen, zu denen die Wilhelmstraße sich entschloß (vgl. oben), gaben Frankreich Italien gegenüber freies Spiel.

#### IV. Kapitel.

##### Das Jahr der Entscheidung. 1901.

###### 1): Vordringen der französischen Diplomatie.

###### a) Französisch-italienische Annäherung.<sup>1</sup>

Schon für die 80er Jahre war von französischen Versuchen zu berichten, Italien vom Dreibund abzuziehen. Die italienische Niederlage bei Adua hatte 1896 das innere Ende des Dreibundes gebracht. Italien sah sich völlig isoliert und geschwächt.<sup>2</sup> Die deutsch-englische Entfremdung gerade in den Jahren 1895/98 nahm auch die Hoffnung auf englische Unterstützung. Die französischen Angriffe trafen jetzt einen widerstandslosen Gegner. So wurde 1898 der italienisch-französische Handelsvertrag geschlossen, der einem zehnjährigen, für Italien zermürbenden Wirtschaftskrieg ein Ende setzte.<sup>3</sup> Seit 1898 bemühte sich der französische Botschafter Barrère in Rom um eine italienisch-französische Verständigung.<sup>4</sup> Das englisch-französische Abkommen vom März 1898 gab den Franzosen — in Anbetracht der italienischen nordwestafrikanischen Pläne — einen wirksamen Trumpf in die Hand, da Italiens tripolitanische Interessen durch diesen Vertrag bedroht schienen.<sup>5</sup> Das Ende

1. Vgl. Claar, Abkehr Italiens vom Dreibund (für die Kenntnis der italien. innerpolitischen Entwicklung, der führenden Männer u. ihrer Bedeutung für die Orientierung der italien. Außenpolitik).

2. Italicus, Italiens Dreibundpolitik, S. 221/25.

3. In einem rückschauenden Dok. der DD wird der Handelsvertrag ausdrücklich als erste Etappe auf dem Weg zur Annäherung aufgefaßt (DD 1, 376 v. 28. 8. 01).

4. GP 18 (2), 5830 v. 1901.

5. DD 1, 17 v. 10. 1. 01. „La signature de la Convention africaine de Londres . . fait naître l'occasion d'ouvrir cette importante négociation“.

des Jahres 1899 bringt den Ausbruch des Burenkrieges, der England nach der Ansicht des Kontinents in seinem Bestand zu bedrohen schien. Das 1900 dadurch fortfallende englische Gegengewicht löste eine energische französische Aktivität in Nordwestafrika aus.<sup>6</sup> Italiens Besorgnis veranlaßte die deutsche Außenpolitik zu nur recht vorsichtigen Gegenaktionen. Die deutsche Warnung, die man über Petersburg nach Paris gelangen ließ, machte die Besetzung der Tuat-Oasen nicht rückgängig, sondern schob das französische Vordringen in marokkanisches Gebiet nur auf. Auch die englische Politik wich dem italienischen Drängen aus. In Rom war man mit der Haltung Lord Salisburys in der Tuatfrage „durchaus unzufrieden“.<sup>7</sup>

Die italienische Unruhe machte sich Frankreich zunutze. Italien ging nicht ohne weiteres und gern auf die französischen Lockungen ein, sondern erst, nachdem Salisbury im Oktober 1900 es noch einmal ablehnte, sich für Italiens Mittelmeerinteressen, bzw. den status quo im Mittelmeer einzusetzen.<sup>8</sup> Es kostete erst „de longs et délicats pour-parlers“,<sup>9</sup> bis der geheime italienisch-französische Notenaustausch über die beiderseitigen Mittelmeerinteressen im Dezember 1900 zustande kam.<sup>10</sup> Italien verzichtete auf jegliche Einflußnahme in Marokko gegen die französische Zusicherung absoluten eigenen Désintéressements in Tripolis.<sup>11</sup>

Das verschärfte sofort die italienischen Absichten auf Tripolis. Da ihre Verwirklichung durch den erwähnten Notenaustausch von dem französischen Eingreifen in Marokko abhängig gemacht war, drängte Italien schon im März 1901, Frankreich solle sich die durch den südafrikanischen Krieg geschaffene Lage zunutze machen und die marokkanische Frage in seinem

---

6. s. unten Kap. III:3 u. Kap. IV:1b.

7. GP 17, 5162, Mai 1900.

8. BD 1, 349/50 v. 28. 9. u. 12. 10. 1900.

9. DD 1, 376 v. 28. 8. 01.

10. DD 1, 6 v. 4. 1. 01. Und 81 v. 15. 2. 01. Dieser Notenwechsel noch zwischen Visconti-Venosta, an dessen Stelle im Februar 1901 Prinetti trat, und Barrère.

11. Dieser Notenaustausch diente zunächst nur zur Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären und gab Italien noch keine Chancen für ein direktes Vorgehen. Die franz. Interpretation in DD 1, 17.

Sinne regeln.<sup>12</sup> Auf beiden Seiten war man sich bewußt, daß es bei diesem Notenaustausch nicht nur um Marokko und Tripolis ging.<sup>13</sup> Frankreich unterstrich seine Genugtuung durch betonte Freundschaft und Höflichkeit,<sup>14</sup> setzte aber nun seine Angriffe auf den Dreibundvertrag verstärkt — und mit Mitteln, die im Hinblick auf die deutschen Erfahrungen der Jahre 1931/32 überaus modern anmuten — fort. Barrère machte in Rom darauf aufmerksam, daß Frankreich der wirtschaftlichen Entwicklung Italiens keine finanzielle Hilfe geben könne, so lange die militärischen Dreibundverpflichtungen für Italien beständen.<sup>15</sup> Am 25. 6. 1901 gab Prinetti<sup>16</sup> dem französischen Botschafter die mündliche Erklärung, daß er nicht zulasse, „que ces traités contiennent une disposition quelconque qui soit de nature à menacer directement ou indirectement la sécurité de la France, à éveiller ses inquiétudes ou à blesser ses susceptibilités“.<sup>17</sup>

Im Auswärtigen Amt war man sich über die von Italien im Jahre 1901 begonnene Kursänderung durchaus noch nicht im Klaren. Nach dem Thronwechsel im Sommer 1900 stand die deutsche Politik zwar dem jungen König mit Mißtrauen gegenüber, da man bei ihm zum Zweibund neigende Tendenzen vermutete.<sup>18</sup> Aber Bülow vertraute auf die „politische Logik“, die ihm Gewähr für Italiens Verbleiben im Dreibund zu bieten schien.<sup>19</sup> Der im April 1901 durchgeführte italienische Flotten-

12. DD 1, 152 v. 21. 3. 01.

13. DD 1, 81 u. 504 v. 15. 2. 01. Rückblick Barrères (Bericht an Poincaré v. 10. 3. 12) in DD 2, Annexe, S. 692.

14. DD 1, 6 und 81.

15. DD 1, 376 v. 28. 8. 01.

16. Ital. Auß. Min. 1901/03.

17. DD 1, 311 v. 2. 7. 01. Das ist eine recht deutliche Formulierung, die die italienische Umstellung charakterisierte.

18. GP 18 (2), 5703 v. 31. 7. 1900. Und BgD 2, 34 v. 19. 1. 01.

19. GP 18 (2), 5704 v. 30. 11. 1900. „Aber es gibt einen Instinkt, welcher die große Masse der Italiener verhindern wird, sich dem Zweibunde zuzuwenden, das ist das Gefühl einer dauernden politischen Interessengemeinschaft, ja Zusammengehörigkeit mit England . . . Daß aber in naher Zukunft England und der Zweibund sich näher kommen sollten, würde der politischen Logik kaum entsprechen“.

besuch in Toulon gab dem deutschen Botschafter in Rom<sup>20</sup> Anlaß, sich über die französischen Bemühungen, Italien vom Dreibund zu lösen, zu äußern. Er hielt es für ausgeschlossen, daß diese französischen „Zukunftsträume“ bei Prinetti irgendwelche Chancen haben, und ihm erschien sicher, daß der König „fest entschlossen ist, die Bahnen der bisherigen Politik nicht zu verlassen“.<sup>21</sup> In Gestalt von Vermutungen hat er allerdings von einer italienisch-französischen Verständigung über Tripolis gehört. Und ein leiser Ton der Besorgnis klingt doch durch seinen Optimismus hindurch, wenn er sagt: „Diese französischen Versuchungen gründlich zu durchkreuzen, wäre meiner unmaßgeblichen Meinung nach England in vorderster Linie berufen und geeignet“.<sup>21</sup>

Die deutsch-italienischen Verhandlungen über den zu erneuernden Handelsvertrag gaben Prinetti Anlaß zu betonen,<sup>22</sup> daß ein deutsches Entgegenkommen „jeder weiteren dreibundfeindlichen Agitation den Boden entziehen würde“. Aber beruhigend fügte er hinzu, „daß ein Verlassen des sich in langen Jahren bewährt habenden Dreibundes für Italien ein Sprung ins Unbekannte bedeuten würde“. Nach der im Juli 1901 erfolgten Veröffentlichung eines neuen deutschen Zolltarifs teilte das Auswärtige Amt dem italienischen Botschafter<sup>23</sup> mit, daß dieser Tarif den Abschluß eines Handelsvertrages nicht hindere. Der italienische Botschafter stellte dabei ausdrücklich fest, „daß er ohne Zustandekommen des Handelsvertrages es für die Regierung in Italien für ausgeschlossen halte, den Dreibundvertrag zu erneuern“.<sup>24</sup> Das sind Symptome, die man in Berlin aber nicht für bedrohlich hielt.

Erst im Dezember 1901 erfolgte nach einer Anspielung in der Presse<sup>25</sup> eine Mitteilung Prinettis<sup>26</sup> an von Wedel, daß

20. Graf Karl von Wedel, in Rom 1899—1902 (Oktober).

21. GP 18 (2), 5831/32 v. 31. 3.—10. 4. 1901.

22. GP 18 (2), 5706, Mai 01.

23. Graf Lanza 1892—1907.

24. GP 18 (2), 5707, Juli 1901.

25. GP 18 (2), 5834 v. 12. 12. 01.

26. Prinetti schob jede Verantwortung auf seinen Vorgänger. Erst nach mehreren Unterredungen (vgl. GP, Nr. 5836/37 v. 17.—18. 12. 01)

Ende 1900 ein französisch-italienischer Meinungs-  
austausch über Tripolis und Marokko stattgefunden habe. Dann gab Prinetti  
am 14. 12. 01 in der Kammer in Beantwortung einer Inter-  
pellation, die hinsichtlich der französischen Mittelmeerpolitik Miß-  
trauen äußerte, eine Erklärung ab.<sup>27</sup>

Nun erkannte man in Berlin die mögliche Bedeutung  
dieses italienisch-französischen Einverständnisses für den Weiter-  
bestand des Dreibundes<sup>28</sup> und erkundigte sich bei von Wedel  
nach der italienischen Bereitwilligkeit, den Dreibund zu erneuern  
und nach den Bedingungen, die Rom stelle. Besonderen Nach-  
druck legte Bülow auf die Frage: „Markiert sich der Wunsch  
nach zukünftigem Zusammengehen mit England noch so stark  
wie früher?“ Andererseits glaubte man jedoch, Italien noch  
fest in der Hand zu haben.<sup>29</sup> Die Hauptgefahr sah das A. A. in  
den nun akuten italienischen Absichten auf Tripolis, deren Zu-  
sammenhang mit dem türkischen Problem der deutschen Diplo-  
matie Veranlassung gab, in Petersburg darauf hinzuweisen,  
daß ein französisches Vordringen in Marokko die Italiener in  
Tripolis vorgehen lassen würde, wodurch die türkische Frage  
aufgerollt werden würde.<sup>30</sup> Zugleich erfolgten in Rom An-  
deutungen von Wedels in diesem Sinne.<sup>31</sup> Nachdem man den  
italienischen Plänen so einen Riegel vorgeschoben hatte, wurde  
erklärt, „daß jede weitere Verstärkung der italienischen Anwart-  
schaft auf Tripolis von Deutschland mit Befriedigung begrüßt  
werde“.

---

erfuhr der deutsche Botschafter ganz beiläufig, daß der betr. Meinungs-  
austausch in Notenform, also schriftlich, vorgenommen war (GP, Nr. 5842  
v. 26. 12. 01). Erst am 19. 1. 02 machte Visonti-Venosta in Privatge-  
sprächen über Zustandekommen des Notenwechsels nähere Mitteilung (Nr.  
5851).

27. GP 18 (2), 5708, Fußnote. Vgl. Schieman 1902, S. 48.

28. GP 18 (2), 5709 v. 17. 12. 01. Vgl. BgD 2, 47 v. 24. 1. 1902 über  
die polit. Tragweite der franz. ital. Abmachungen und über die Rede  
Bülow's am 8. Januar und ihre Wirkung.

29. GP 18 (2), 5844 (Aufzeichnung Holsteins) v. 31. 12. 01. Vgl. BgD  
2, 47 v. 24. 1. 1902.

30. GP 18 (2), 5838 und 5841 v. 21. und 26. 12. 1901. Mit Randbe-  
merkungen v. Bülow's und Holsteins.

31. GP 18 (2), 5712 v. 4. 1. 1902 und 5843 vom 27. 12. 1901.

Im Übrigen glaubte von Bülow, daß Deutschland ganz die Freiheit der Entscheidung habe, und daß keine Notwendigkeit vorliege, Italien irgendwie nachzugeben. „Wir haben heute nicht mehr wie in den ersten Jahrzehnten nach der Zurücknahme von Straßburg und Metz zu gewärtigen, daß wir der Gegenstand eines konzentrischen Angriffes sind“.<sup>32</sup> „Die großen Ziele der heutigen Interessenpolitik — Mittelmeer, Byzanz, Persien, Ostasien — sind Fragen, denen gegenüber wir die Freiheit der Entscheidung haben“ (!!).

Es sind also wieder dieselben Gedankengänge, die schon oben (S. 62) in Hinsicht auf das deutsch-englische Verhältnis im Jahre 1900 zu skizzieren waren. Das Entscheidende an den französisch-italienischen Abmachungen war, daß Italien sich seiner Ansprüche auf Marokko begab und dafür eine Anwartschaft auf Tripolis von der Macht erwarb, in der es bisher seinen schärfsten Rivalen in Nordwestafrika gesehen hatte. Dadurch und durch die sich darin ausdrückende italienisch-französische Verständigung in Verbindung mit den von Frankreich verwandten wirtschaftlichen Druckmitteln war wohl der schwerwiegendste Grund für Italiens Festhalten am Dreibund hinfällig geworden. Die italienische Geschicklichkeit, vielleicht auch die Gutgläubigkeit, jedenfalls aber der Optimismus der deutschen Diplomatie und ihr Glaube an Deutschlands starke und unabhängige Stellung vermochten diesen Sachverhalt zu verschleiern.<sup>33</sup>

So ergibt sich Ende 1901 die bedeutsame Situation, daß Deutschland die Verbindung mit England ausschlug (vgl. Abschnitt 2), da England dem Dreibund nicht beitreten wollte. Das deutsche Bestehen auf dieser Forderung hatte seinen Grund sicher auch in dem Bemühen, Italien im Dreibund festzuhalten.

32. GP 18 (2), 5709 v. 17. 12. 01.

33. So kennzeichnet mit Recht Claar die Reichstagsrede v. Bülows über die „Extratouren“ Italiens (Januar 1902) als gefährliches Bagatellisieren einer neuen diplomatischen Lage. Zudem nahm die ital. Öffentlichkeit diese Rede übel und mißverstand sie als Beleidigung. (Claar, Aus d. röm. Botschafterzeit . . ., S. 271/72). Vgl. DD 2, 58 v. 30. I. 1902: Visconti-Venosta zu Barrère über Bülows Rede. Und DD 2, 23 v. 11. 1. 1902 (Bericht Barrère's). „On y prend généralement très mal la métaphore de la danseuse . . .“ (Text der Bülowrede in Schultheß 1902, S. 2 ff.)

Aber man war sich nicht klar, daß der Dreibund selbst keineswegs mehr fest war, daß vielmehr Italien sich viel stärker an Frankreich gebunden, als dem Dreibund zugehörig fühlte. So hätte also der Dreibund durch eine bloße Annäherung Englands, nicht formellen Beitritt, nur gewinnen können. Denn die italienische Annäherung an Frankreich war Tatsache geworden nur auf Grund der englischen Zurückhaltung, die keine Gewähr für Italiens nordafrikanische Wünsche und ihre Erfüllung zu geben schien.

b) Frankreichs Marokkopolitik. 1901.<sup>34</sup>

In der ersten Hälfte des Jahres 1901 bemühte sich Frankreich, beim Sultan eine neue, seinen algerischen Interessen entsprechende Regelung der marokkanisch-algerischen Grenze durchzusetzen. Verschiedene Vorfälle (Ermordung eines Franzosen, Angriff auf französische Militärposten),<sup>35</sup> deren innerer Grund in der Besetzung der südoranischen Oasen lag,<sup>36</sup> gaben willkommenen Anlaß zu einer Festlegung der bisher (seit 1845) nicht bestimmten Grenze.<sup>37</sup> Als die marokkanische Regierung zögerte und sich an andere Mächte wenden zu wollen schien, wurde im Mai durch eine Flottendemonstration kräftiger Druck ausgeübt.<sup>38</sup> Der weitere Besuch eines französischen Geschwaders in Tanger unterstrich den französischen Willen<sup>39</sup> und war zugleich als leise Demonstration gegen England gedacht.<sup>40</sup> Am 20. Juli wurde in Paris von der marokkanischen Gesandtschaft ein Protokoll unterzeichnet, das der Ergänzung des Vertrages von 1845 dienen sollte.<sup>41</sup> Dieser Vertrag macht

34. Vgl. Bernard und Peyronnet. Vor allem Taillandier, S. 1/31.

35. Livre Jaune: Le Maroc, S. 1/4 u. 6/7. — DD 1, 136 v. 13. 3. 01 und 175 v. 5. 4. 01.

36. Eur. Gesch. Kal. 1900, S. 233. — Unruhen 1901, vgl. Schiemann 1901, S. 201 u. 218.

37. DD 1, 117 v. 2. 3. 01.

38. Livre Jaune S. 10/17.

39. DD 1, 314 v. 3. 7. 01.

40. DD 1, 224 v. 7. 5. 01.

41. Text im Livre Jaune, S. 20 und Déloncle, S. 13/17. Der näheren Durchführung dienten die Abmachungen von Algier des Jahres 1902 (vgl. Kap. V). Über die Bedeutung dieser Abmachungen vgl. Bernard, Le Maroc, S. 320/22 und Taillandier, S. 7 ff.

einen außerordentlich zurückhaltenden Eindruck. Einerseits wurde vermieden, eine genaue Demarkationslinie festzulegen, wie die marokkanische Regierung es wünschte.<sup>42</sup> Der Grund dafür war wohl hauptsächlich, die endgültige Entscheidung angesichts des Widerstandes des Auslandes offenzuhalten; aber auch die Überlegung, daß die in den Grenzgebieten nomadisierenden Stämme durch ihre Ortsunbeständigkeit eine linienmäßige Abgrenzung illusorisch machen würden. Deshalb wurde eine Grenzzone geschaffen und festgelegt, auf welchen Linien die beiden Nachbarstaaten Zoll- und Wachposten einrichten durften.<sup>43</sup> Zum Zweiten wurde jeder Übergriff auf marokkanisches Gebiet und in marokkanische Rechte vermieden.<sup>44</sup> Das Protokoll bezog sich ausdrücklich auf den Vertrag von 1845. Um diese französische Zurückhaltung zu verstehen, ist über die französischen diplomatischen Versuche zu berichten, die die einer Regelung der Marokkofrage im französischen Sinne entgegenstehenden Faktoren beseitigen sollten.

Der Zustimmung Italiens zu seiner Marokkopolitik hatte sich Delcassé versichert, ebenso des russischen Einverständnisses.<sup>45</sup> Eine französisch-spanische Einigung scheint erst später einzusetzen.<sup>46</sup> Aber schon im September 1901 konnte der französische Botschafter in Madrid über beginnende spanische Neigung zur Annäherung an Frankreich berichten.<sup>47</sup> Nun war Spanien immerhin keine Macht, mit deren Widerstand Frankreich zu rechnen hatte. Im Gegenteil, die starke spanische Ab-

42. DD 1, 175 u. 337, April—Juli 1901. Für 1900 vgl. GP 17, 5167 (Juni).

43. Für die franz. Überlegungen vgl. Taillandier, S. 7/11. Schieman 1901, S. 310/14.

44. Deshalb wurde auch den ital. Tripolisplänen von Paris aus ein Dämpfer aufgesetzt. Den ital. Rat, doch angesichts des südafrik. Krieges die Marokkofrage zu regeln, glossierte Paris mit der Bemerkung: „Les Italiens sont pressés de présenter leur lettre de change“ (DD 1, 152 v. 21. 3. 1901).

45. GP 18 (2), 5872. Vgl. Dazu bestätigend Schieman 1901, S. 314—315 (russ. Zeitungsartikel).

46. Bernard, *Le Maroc*, S. 327/28 und DD 2.

47. DD 1, 413 v. 26. 9. 01. Und 496 v. 26. 11. 01.

neigung gegen England und die französische Vermittlung im spanisch-amerikanischen Kriege gaben der französischen Politik in Spanien große Chancen. Immerhin ist festzuhalten, daß Spanien sowohl durch den englischen Botschafter als auch direkt durch den eigenen Botschafter in London seine Besorgnis äußerte, daß Frankreichs Aktivität an der marokkanischen Ostgrenze im Einverständnis mit England erfolge.<sup>48</sup> Andererseits ist es eigentümlich, daß der spanische Botschafter in Paris im Mai Vermittlungsversuche zwischen Delcassé und dem deutschen Botschafter gerade im Hinblick auf die Marokkofrage machte. Vielleicht darf man annehmen, daß der spanische Botschafter in Paris am ehesten Gelegenheit hatte, sich über die augenblicklichen Machtverhältnisse und die sich daraus für Spanien ergebenden Möglichkeiten zu unterrichten, zumal sein Urteil nicht beeinflußt war durch die Ansichten kolonialer Kreise in Madrid, die nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges von 1898 für die verlorene koloniale Stellung Ersatz in Nordwestafrika suchen wollten. Auf Grund der spanischen Animosität gegen England wird er das Heil für Spanien in einem engen Zusammengehen mit Frankreich und in einer Schwächung und Isolierung Englands durch Annäherung Deutschlands an den Zweibund gesehen haben.

Der englischen Marokkopolitik gegenüber war Frankreich außerordentlich mißtrauisch. Besonders die einflußreiche Stellung eines englischen Beraters beim Sultan, des Kaid Maclean,<sup>49</sup> gab Anlaß zu diesen französischen Besorgnissen,<sup>50</sup> die namentlich in den Berichten aus Tanger zum Ausdruck kamen. Das galt allerdings nicht für den englischen Gesandten in Tanger, Sir Arthur Nicolson. Zu dessen politischer Charakterisierung genügt die Angabe, daß Cambon Lansdowne gegenüber sehr anerkennend von ihm sprach. Seine Vorgänger seien nicht alle so taktvoll und klug gewesen.<sup>51</sup> Der Verfasser seiner

48. BD 2, 314/16 v. 13. 4.—1. 5. 01. Lansdowne verneinte natürlich.

49. Nach BD engl. Agent beim Sultan.

50. Taillandier, S. 21/22. Vgl. BD 2, 321 v. 22. 7. 1902. Über den englisch-französischen Wettstreit um Einfluß auf den Sultan vgl. Taillandier, S. 18 ff.

51. Nicolson, S. 142 und S. 120.

Biographie, sein Sohn, nennt es seine große Leistung während der neun Jahre in Tanger, daß er nichts getan habe.

In diesem Jahr erregte der Plan des Sultans, neben einer für Paris bestimmten Gesandtschaft eine zweite nach London zu schicken, die von dort nach Berlin gehen sollte, Unruhe und Unwillen in Paris.<sup>52</sup> Man befürchtete eine Störung der eigenen Marokkopläne, vor allem durch England. Es scheint die reservierte Haltung Nicolsons gewesen zu sein, die den Sultan veranlaßte, entgegen seinem ursprünglichen Plan, doch auch eine Gesandtschaft nach Paris zu schicken.<sup>53</sup>

Cambon berichtete unter dem 11. Juni von deutsch-englischen Besprechungen über Marokko, an deren Erfolg er aber nicht glaubte.<sup>54</sup> Das Tun und Lassen der marokkanischen Gesandtschaft in London wurde von ihm sorgfältig beobachtet.<sup>55</sup> Um eventuellen Erfolgen der Marokkaner vorzubeugen, gab er bei Lansdowne beruhigende Erklärungen ab.

Aber zunächst — im Juni/Juli — versuchte Delcassé, die deutsche Zustimmung zu seiner Marokkopolitik zu gewinnen.<sup>56</sup> Diese — allerdings durch inoffizielle Vermittler eingeleiteten — Versuche waren veranlaßt durch die von Cambon gemeldete Möglichkeit deutsch-englischer Marokkoabmachungen. Am 5. und 15. Juni berichtete Radolin,<sup>57</sup> daß der spanische Botschafter sich als Vermittler einer freundschaftlichen Verständigung mit Delcassé angeboten habe.<sup>58</sup> Delcassé habe diesen Wunsch geäußert. Es ist bezeichnend, daß Delcassé durch den spanischen Botschafter sagen ließ:<sup>59</sup> „Der öffentlichen Meinung gegenüber könne kein französischer Minister den Verzicht auf Elsaß-Lothringen aussprechen. Die allgemeine Stimmung sei jetzt noch

52. BD 1, 236 v. 11. 5. 01. Livre Jaune, 5 vom 27. 4. 01. — Taillandier, S. 1/2.

53. Nicolson, S. 139.

54. DD 1, 278. Vgl. dazu Weisung Delcassé's für d. neuen Gesandten i. Tanger. (DD 1, 337 v. 27. 7. 01).

55. DD 1, 305 und 315 v. 28. 6. und 4. 7. 01. Vgl. Taillandier, S. 11/13.

56. BgD 2, 42 v. 15. 6. 01.

57. Nachfolger Münsters an der Pariser Botschaft 1900—1910.

58. GP 18 (2), 5868/69.

59. GP 18 (2) 5870 v. 15. 6. 01.



nicht so weit.“ Wie beiläufig meinte dann der spanische Vermittler: „... und müsse man versuchen, inzwischen auf anderem Gebiete die Annäherung zu fördern“. Auf a n d e r e m Gebiete! Im Auswärtigen Amt war man sich über die Bedeutung dieser Anregung sehr klar, da zur gleichen Zeit in Leitartikeln der offiziellen französischen Presse darauf hingewiesen wurde, „daß Deutschland jetzt Gelegenheit haben würde, in der marokkanischen Frage seine gute Gesinnung gegen Frankreich anders als bloß in Worten darzutun“. <sup>60</sup> Berlin lehnte es ab, „neue Feindschaften sich aufzuladen, solange die alten noch unvermindert fortbeständen“. <sup>61</sup> Radolin erhielt Anweisung, einer solchen Aussprache, wie Delcassé sie wünschte, aus dem Wege zu gehen. <sup>62</sup>

Da die gewünschte deutsche Unterstützung zwar nicht ausdrücklich verweigert wurde, aber doch sehr fraglich blieb, versicherte Cambon am 3. Juli in London, daß seine Regierung nicht daran denke, „to raise serious questions in Morocco“. <sup>63</sup> In den französischen Akten ist dieses Gespräch nicht zu belegen, es findet aber seine Bestätigung durch den Bericht Cambons über die Aufmerksamkeit, mit der Lansdowne Delcassés Kammerkklärung über die französische Marokkopolitik vom 5. Juli gelesen habe. <sup>64</sup> Die französische Absicht war, die in diesen Monaten recht lebhaft englische Sorge um Marokko unbegründet erscheinen zu lassen. Die englische Politik sollte keinen Anlaß zu einem aktiven Eintreten für Marokko haben, welches die marokkanische Gesandtschaft und ihr Begleiter Maclean dringend erbat. Übrigens hatte Delcassé schon von sich aus

60. GP 18 (2), 5872 v. 5. 7. 01.

61. GP 18 (2), 5871 v. 19. 6. 01.

62. GP 17, 5180 v. 19. 7. 01. Ende Oktober wurde durch den franz. Agenten Jules Hansen noch einmal der Versuch gemacht, Fäden zwischen Deutschland u. Frankreich zu spinnen (GP 18 (2), 5873/74 v. 27. 10. u. 6. 11. 01). Vgl. dazu auch Konzept Holsteins für Unterredung mit dem Times-Korrespondenten Chirol, dem er über franz. Angebot Tangers Mitteilung machen wollte. Es ist zu vermuten, daß dem die Versuche Hansens zu Grunde lagen. Vgl. GP 17, 5027 v. 1. 11. 01. Hansens Bemühungen um Besuch Bülows in Paris, den B. zwar nicht kategorisch ablehnte, dessen Zeit er aber noch nicht für gekommen hielt.

63. BD 2, 318.

64. DD 1, 323, Fußnote 1.

entsprechende Vorsorge durch Druck auf die marokkanische Gesandtschaft in Paris getroffen. Er ließ ihr mitteilen, daß jede Abmachung politischer oder wirtschaftlicher Art, die in London oder Berlin ohne französische Zustimmung geschlossen würde, als ein unfreundlicher Akt betrachtet und mit Vorkehrungen an der marokkanischen Grenze beantwortet werden würde.<sup>65</sup>

Ende August stellte das französische Außenministerium beruhigt fest, daß die Marokkaner weder in London noch in Berlin politische Erfolge erzielt, also keinen Verbündeten, sondern nur Ratgeber gefunden hätten.<sup>66</sup> Die außerordentlich betonte deutsche Zurückhaltung nahm man in Paris mit Befriedigung zur Kenntnis und fragte dabei ein wenig spöttisch, ob diese Enthaltbarkeit wohl den wachsenden wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Marokko gerecht würde.<sup>67</sup>

Während der Rückreise des nach Berlin und London gefahrenen marokkanischen Gesandten Menebhi waren französische Intriguen am Werke, die ihn beim Sultan unmöglich machen sollten.<sup>68</sup>

## 2): Die deutsch-englischen Bündnisbesprechungen und die Haltung der beiden Mächte zur französischen Marokkopolitik im Jahre 1901.<sup>69</sup>

Am 18. Januar 1901 ergriff Chamberlain von neuem die

---

65. GP 18 (2), S. 781, Fußnote 1.

66. DD 1, 325 v. 13. 7. 01.

67. DD 1, 372 v. 27. 8. 01.

68. Über die deutsche u. engl. Haltung zu diesem Zwischenfall vgl. folg. Abschnitt. Über den Zwischenfall selbst vgl. Taillandier, S. 24/5. Ferner Nicolson, S. 143/44.

69. Es handelt sich hier nicht um den Verlauf der Besprechungen im Einzelnen. Vgl. Meinecke, Kap. 10 u. 11. Die Darstellung Meineckes ist vor Veröffentl. der engl. Dokumente geschrieben, und dementsprechend zu korrigieren (dafür Mecenseffy u. Roloff, die Eck's Stellung beleuchten, und Walther). Vgl. auch Meinecke in Delbrück-Festschr. „Am Webstuhl der Zeit“ — Gooch, Holstein (in Studies, S. 64 ff). — Loeding, S. 68—111. — Ritter, Legende, S. 24 ff. — S. B. Fay, Vorgeschichte, Bd. 1, S. 85 ff. — Roloff, S. 1176 ff. — Brandenburg, Kap. 7: „Deutschland und England am Scheidewege“ und Kap. 8. — Rothfels, S. 608 ff. — Ward-Gooch, S. 282 ff. („End of Anglo-German Conversations“). — Gooch, History, S. 326 ff. u. 337 ff. („Alliance discussions fail“). — GP 17, Kap.

Initiative in einer Unterhaltung mit Eckardtstein.<sup>70</sup> „Er und seine Freunde im Kabinett seien sich jetzt klar darüber, daß für England die Zeit einer Politik der splendid isolation vorüber sei ... Zunächst sei er dafür, daß ein geheimes Abkommen zwischen England und Deutschland in bezug auf Marokko auf der bereits früher erörterten Basis zustande käme. Er rate dazu, die Sache aufzunehmen, sobald Lord Salisbury sich nach dem Süden begeben habe“. In einem Privattelegramm an Holstein unterstrich Hatzfeldt die Bedeutung dieser Anregung.<sup>71</sup> Er machte allerdings Holstein die Konzession, daß sie beide „wohl darin übereinstimmten, daß der Gedanke einer Allianz vorläufig noch verfrüht ist“. Diese Ansicht schien aber Chamberlain zu teilen und die spätere definitive Verständigung durch besondere Abkommen über Marokko usw. einleiten zu wollen.

Wenn Eckardtstein den Chamberlainschen Vorschlag, zunächst über Marokko zu verhandeln, nur als Rücksichtnahme auf Holstein auslegen wollte, so darf man doch nicht übersehen, daß die französische Aktivität in Nordwestafrika die stärksten englischen Besorgnisse erregt hatte. Die Marokkofrage war für England akut geworden, so daß tatsächlich ein deutsch-englisches Abkommen in dieser Frage für England jetzt notwendig und wertvoll war.<sup>72</sup> Zudem fand seit Januar 1901 ein Vordringen Rußlands in Persien in Richtung auf die indische Grenze statt.<sup>73</sup>

In Berlin wollte man keine Dringlichkeit zeigen, sondern abwarten „und England die Initiative überlassen“.<sup>74</sup> Man war hier auch verstimmt über die englische Ablehnung des Ab-

---

109 und BD 2, Kap. 10. Vgl. auch Memorandum des For. Off. über die deutsch-engl. Beziehungen 1892/1904, verfaßt 1905 in BD 2, S. 332 ff. Newton, Lansdowne, Kap. VI: The European Situation 1900–1901. Und Bülow: Denkwürdigk., Bd. 1, S. 508 ff.

70. GP 17, 4979 und Eckardtstein 2, S. 238/39.

71. GP 17, 4980 v. 18. 1. 01.

72. Vgl. Meinecke, S. 179.

73. Ritter, Legende, S. 26.

74. GP 17, 4981 v. 20. 1. 01 u. Fußnote 3. Äußerung des Kaisers: „Also sie kommen scheint, worauf wir gewartet haben“ (Nr. 4982, 20. 1. 01).

kommens von 1898 über die portugiesischen Kolonien.<sup>75</sup> Am 20. Januar fuhr der Kaiser aus Anlaß der schweren Erkrankung seiner Großmutter nach London. Von Berlin aus warnte man ihn,<sup>76</sup> sich nicht von den Engländern festlegen zu lassen, und empfahl, die politischen Beziehungen zu Rußland nicht etwa als gespannte erscheinen zu lassen. Die von Chamberlain angedrohte Verständigung mit Rußland-Frankreich hielt Holstein für „vollständigen Schwindel“.<sup>77</sup>

In den nächsten Wochen wirkten deutsch-englische Unstimmigkeiten über den Jangtse-Vertrag störend ein.<sup>78</sup> Hatzfeldt warnte Holstein vor einer prinzipiellen und unbedingten Ablehnung der englischen Wünsche, die „sofort zu einem Wechsel der englischen Politik in China und zum Versuch direkter Verständigung mit Rußland resp. Frankreich über die schwebenden Fragen führen würde“.<sup>79</sup> In seiner Antwort verlangte Holstein<sup>80</sup> unter Hinweis auf die deutsche öffentliche Meinung „unmittelbare, direkte Vorteile für Deutschland, keine bloßen Versprechungen“ und betonte, daß das Angebot eines Bündnisses nicht von Deutschland ausgehen könne. Denn Holstein glaubte nicht an für Deutschland annehmbare Konzessionen und befürchtete wie im Jahre 1900 Indiskretionen Salisburys in Paris. Über die deutsche Gewährung wohlwollender Neutralität im Falle eines englisch-russischen Ostasienkonfliktes wollte er nicht hinausgehen. Anläßlich der englischen Sondierung über die Möglichkeit einer gemeinsamen Warnung in Paris (für den Fall eines japanisch-russischen Konfliktes)<sup>81</sup> erörterte Holstein in einem Telegramm an Eckardtstein wieder den Gedanken eines deutsch-englischen Defensivvertrages,<sup>82</sup> den aber Deutschland nicht anregen dürfe. „Nach meiner persönlichen Ansicht könnte Deutschland auf ein solches allgemein defensives Ab-

75. Vgl. dazu Nicolson, S. 133.

76. GP 17, 4983 v. 21. 1. 01.

77. GP 17, 4984 v. 21. 1. 01.

78. GP 17, 4988 bis 4997, Febr. — März 1901. Und GP 16, Kap. 105—106. Und BD 2, 26 ff.

79. GP 17, 4988 v. 10. 2. 01.

80. GP 17, 4989 v. 11. 2. 01.

81. GP 17, 4993 mit Fußnote 3.

82. Ritter, Legende, S. 29.

kommen eher eingehen, als auf ein Sonderabkommen, z. B. wegen Marokkos, wo das Risiko das gleiche, der Vorteil aber geringer ist“.<sup>83</sup> Nachdem bisher auch von Berlin die Einzelabmachung über koloniale Fragen einer allgemeinen Allianz vorgezogen wurde, zeichnete sich in dieser Holsteinschen Aufzeichnung schon die neue These ab, die Berlin dann weiterhin konsequent vertrat. Aber jegliche Bündnisbesprechungen ruhten, da Deutschland über die Neutralitätserklärung nicht hinausgehen und nicht aktiv gegen Rußland einschreiten wollte.<sup>84</sup>

Am 19. 3. berührte Eckardtstein Lansdowne gegenüber die deutsch-englische Defensivabmachung.<sup>85</sup> Lansdowne nannte dies Projekt “a novel and far reaching one, which would require careful examination and which obviously (he) could not encourage without reference to his colleagues. (He) said that assuming the two powers to be agreeable in principle to such an transaction, (he) saw at first sight the small difficulty in giving effect to it“.<sup>86</sup>

In Berlin glaubte man auf Grund des Eckardtsteinschen Berichtes,<sup>85</sup> daß dieser Vorschlag einer Defensivabmachung von Lansdowne ausgegangen sei.<sup>87</sup> Das Auswärtige Amt stellte jetzt die Forderung, daß nunmehr die beiden anderen Dreibundmächte zur Diskussion hinzugezogen werden müßten.<sup>88</sup> Deutsch-englische Differenzen über ostasiatische Fragen wirkten verzögernd.<sup>89</sup> Am 9. 4. wiederholte Lansdowne, daß er die Rückkehr Salisburys abwarten<sup>90</sup> müsse. Erst im Mai kam es zu neuen Besprechungen.

83. Vgl. Anm. 81 und Eckardtstein 2, S. 314/15.

84. Bülow's Reichstagsrede v. 15. 3. 01. Vgl. BD 2, 32. Es ist zu vermuten, daß dadurch auch Chamberlain verstimmt wurde und sich zur völligen Zurückhaltung veranlaßt sah.

85. BD 2, 77.

86. GP 17, 4994. Zur Korrektur BD 2, 77 und Mecenseffy, S. 184 Newton, Lansdowne, S. 199 ff.

87. Am 23. 3. konnte Hatzfeldt berichten, daß Lansdowne bereits den Gedanken im Kabinett, auch Salisbury gegenüber, zur Sprache gebracht habe und daß Salisbury im Prinzip mit einem streng definierten Defensiv-Vertrag einverstanden sei (GP 17, 4997).

88. GP 17, 4996 und 5001.

89. GP 17, S. 49, Fußnote 1.

90. BD 2, 80 v. 8. 4. 01.

Inzwischen war man in England besorgt geworden über die französischen Marokkopläne.<sup>91</sup> Der englische Gesandte in Tanger teilte seinem deutschen Kollegen vertraulich mit, daß der Sultan ihn durch direkte Vermittlung des Kaid Maclean dringend um Hilfe gegen Frankreich bitte.<sup>92</sup> Dieser Bericht aus Tanger wurde Hatzfeldt mitgeteilt, mit dem Bemerkungen, daß „diesseits Marokko stets als ein Gebiet betrachtet ist, auf welchem eine Einigung zwischen Deutschland und England — als Teil einer allgemeinen Verständigung gedacht — wohl zu erzielen sein würde“. In einem weiteren von Holstein entworfenen Schreiben an Hatzfeldt<sup>93</sup> heißt es: „Für uns ist der Standpunkt festzuhalten, daß ein englisch-deutsches Spezialabkommen, sei es wegen Marokko, sei es wegen Ostasien, das englische Bedürfnis nach einem allgemeinen Defensivabkommen mit Angliederung an den Dreibund vermindern, wenn nicht beseitigen würde“.

Da das Auswärtige Amt die englische Initiative wegen des Defensivabkommens annahm, lag die sich in den vorstehenden Zitaten aussprechende Verwertung der Marokkofrage als eines Druckmittels nahe.

Am 23. Mai wurde Hatzfeldt Mitteilung gemacht von einem Bericht des deutschen Botschafters in Madrid.<sup>94</sup> Dieser meldete Äußerungen des dortigen englischen Botschafters. Diese gingen dahin, daß England ein weiteres Vordringen Frankreichs nicht dulden dürfe, und daß eine internationale Kommission der Mächte die Festsetzung der marokkanischen Grenze vornehmen solle. Solch Plan einer internationalen Regelung der Marokkofrage war dem Auswärtigen Amt natürlich sehr unwillkommen, und man bezweifelte die Angabe Durands, daß Spanien an einer Intervention teilnehmen wolle. Aber nach einem englischen Dokument steht dieser spanische Wunsch außer Zweifel.<sup>95</sup>

91. Vgl. Schiemann 1901, S. 260 über Unterhausrede eines Liberalen gegen die Regierungspolitik, in der dieser auch von Marokko sprach.

92. GP 17, 5173 v. 13. 4. 01.

93. GP 17, 5174 v. 20. 4. 01.

94. von Radowitz. GP 17, 5176 v. 23. 5. 01 und Fußnote (Bericht aus Madrid v. 18. 5.).

95. BD 2, 314/16 v. 13. 4.—1. 5. 01 (spanische Besorgnis wegen vermuteten engl.-franz. Einverständnisses).

Die Bündnisbesprechungen von Ende Mai 1901<sup>96</sup> führten zu keinem Ergebnis. Lansdowne wünschte ein Memorandum über die Dreibundverträge, das man deutscherseits nicht liefern wollte,<sup>97</sup> bevor nicht die prinzipielle Übereinstimmung über die Einbeziehung Englands in den Dreibund erzielt sei. Daß das deutsche Mißtrauen unbegründet war, zeigt ein im Foreign Office ausgearbeitetes Memorandum für einen Vertragsentwurf. Dieses kam aber nicht zur Kenntnis der deutschen Vertreter, da diese von Berlin aus zur Zurückhaltung gezwungen wurden.<sup>98</sup> Am 9. Juni schrieb Lansdowne an Lascelles:<sup>99</sup> "I am quite content to mark time for a while".

Im Mai gab Holstein Eckardtstein Richtlinien für die Bündnisverhandlungen, in denen er auch Marokko erwähnte. „Jetzt warten wir, ohne Ungeduld zu zeigen, die englische Entscheidung ab. Wenn die Engländer sich jetzt nicht entschließen, dann können wir die Eventualität eines Zusammengehens mit England für die Zukunft füglich außer Berechnung lassen, denn stärkere Druckmittel, als sie jetzt gleichzeitig durch die Vorgänge in Marokko, in Südchina und in Persien auf die Entschlüsse Englands tatsächlich ausgeübt werden, kann man sich kaum vorstellen“.<sup>100</sup>

Im Juni reisten die erwähnten marokkanischen Gesandtschaften nach Europa, die eine begab sich nach Paris, die andere nach London und von da nach Berlin.<sup>101</sup> Für das Foreign Office ging es darum, ob das Auswärtige Amt gegen die Mitreise des Kaid Maclean etwas einzuwenden haben würde. In einem Brief an Holstein<sup>102</sup> sprach Eckardtstein aus, daß man in London über eine deutsche Ablehnung sehr mißtrauisch geworden wäre

96. BD 2, 82—89, Mai 1901. — GP 17, 5003/11.

97. GP 17, 5012/17, v. 27.—31. 5. 01. Und BD 2, 87/88 v. 30. 5.

98. BD 2, 85 v. 27. 5.

99. BD 2, 89.

100. Eckardtstein 2, S. 353/56 v. 25. 5. 1901. Vgl. auch Eck. 2, S. 344 (Schreiben Holsteins, in dem er die Defensivklausel dahin auslegte, daß es für die Partner auch außerhalb ihres Gebietes *intérêts majeurs* gäbe. Diese Fälle seien genau zu fixieren mit den dafür notwendigen Kompensationen. Als solchen Fall nennt er Marokko).

101. GP 17, 5177, Fußnote 1.

102. Eckardtstein 2, S. 363.

und den Umstand, daß deutscherseits keine Bedenken erhoben wurden, gewissermaßen als Vertrauensvotum aufgefaßt habe. Um jeden Eindruck eines Entgegenkommens, das man englischerseits darin sehen könnte, zu vermeiden, schrieb Holstein in seiner Antwort, das Auswärtige Amt wolle aus der Zurückhaltung in der marokkanischen Frage keineswegs heraustreten, „solange die gegenwärtige Gruppierung der Mächte fort-dauert“.<sup>103</sup> Das hieß also, so lange sich England nicht entschlossen hatte, dem Dreibund beizutreten.

In seinen Erinnerungen gibt Eckardtstein an, daß Anfang Juli Nicolson ihm im Auftrage Lansdownes den Vorschlag einer deutsch-englischen Zusammenarbeit zur Erhaltung des status quo gemacht und dabei den Gedanken einer gemeinsamen friedlichen Durchdringung Marokkos und besonderer Vorteile für Deutschland erwähnt habe. Holstein sei nicht darauf eingegangen. In den deutschen Akten findet sich nichts von den „langen, offiziellen Ziffertelegrammen“, die Eckardtstein in dieser Angelegenheit nach Berlin geschickt haben will. In der Nicolson-Biographie wird auch diese Übertreibung Eckardtsteins richtig gestellt. Diese Vorschläge hätten auch nicht in die Linien seiner Politik gepaßt, die von seinem Sohn ausdrücklich als eine negative bezeichnet wird. Es hatte Nicolson nur daran gelegen, Deutschland für den Bau einer Telegraphenlinie nach Mogador zu interessieren.<sup>104</sup> Im Übrigen machte Hatzfeldt am 3. Juli nach Berlin Mitteilung<sup>105</sup> nur von dem Druck, den Frankreich auf die marokkanische Gesandtschaft in Paris ausübte (vgl. oben S. 75). Diese Mitteilung konnte Hatzfeldt bzw. Eckardtstein allerdings von Nicolson haben, wahrscheinlicher aber vom Kaid Maclean. Das Auswärtige Amt beantwortete am 5. Juli diese Mitteilung damit, daß Lansdowne vertraulich in Kenntnis gesetzt werden solle von den französischen Versuchen, Deutschland für seine Marokkopolitik zu gewinnen (vgl. S. 73). Man fügte hinzu, daß die Radolin befohlene Zu-

103. Eck. 2, S. 364.

104. GP 17, 5178, Fußn. 2. Nicolson, S. 141/42.

105. GP 18 (2), 5872, Fußnote 1.

rückhaltung wohl nicht ohne Einfluß auf die dann von der französischen Presse geübte Reserve gewesen sei.<sup>106</sup>

Mitte Juli sondierte England durch den Kaid Maclean, wie es um die deutsche Geneigtheit zu einer gemeinsamen Aktion in Paris stand. Die ihm erteilte Antwort<sup>107</sup> war außerordentlich steif und reserviert. In der Wilhelmstraße glaube man nicht an ein französisches Vorgehen, da die deutsche Reserve den inoffiziellen französischen Angeboten gegenüber in Paris wohl Zurückhaltung bewirkt habe. Aber andererseits sei es „für die deutsche Regierung ein Gebot der Ehrlichkeit, im voraus zu erklären, daß für sie ein Angriff Frankreichs auf Marokko an und für sich noch kein Grund zum Kriege gegen Frankreich sein würde“.

Klassischen Ausdruck fand die deutsche Stellungnahme in einer Randbemerkung von Bülow's zu einem Londoner Bericht vom 19. Juni: „Wir müssen (bei aller Höflichkeit in der Form gegenüber England) meines Erachtens alles vermeiden, was uns in der marokkanischen Angelegenheit nach außen hin als irgendwie im englischen Schlepptau befindlich erscheinen lassen könnte. In dieser Angelegenheit müssen wir bis auf Weiteres uns ganz reserviert und als Sphinx verhalten“.<sup>108</sup>

Die einzige Maßnahme, zu der man sich entschloß, war der Rat an Lansdowne, daß es die Franzosen zur Zurückhaltung veranlassen würde, wenn die fremden Botschafter in Paris gelegentliche Erkundigungen anstellen würden.<sup>109</sup> Aber: „Ew. wollen sich gelegentlich in diesem Sinne Lord Lansdowne gegenüber aussprechen, ohne jedoch direkte Anträge zu stellen“. Das beweist übrigens auch, daß eine direkte englische Initiative, wie sie von Eckardtstein behauptet wird, nicht erfolgt war.

Ende Juli versuchte Eckardtstein noch einmal, seine Regierung zu einem Entgegenkommen in der Marokkofrage zu

---

106. GP 18 (2), 5872. Darin auch die Erwähnung, daß Delcassé sich Radolin gegenüber ungefragt dahingehend geäußert habe, daß die marok. Angelegenheit für jetzt erledigt sei.

107. GP 17, 5180 v. 19. 7. 1901.

108. GP 17, 5177.

109. GP 17, 5181 v. 19. 7. 01.

bewegen.<sup>110</sup> Lansdowne hatte ihm mitgeteilt, alles scheinere darauf hinzudeuten, daß Frankreich die marokkanische Frage jetzt aufzurollen gedenke. Die eventuelle Stellungnahme der deutschen Regierung hatte Lansdowne nicht berührt (auch das spricht gegen Eckardtsteins Behauptung). In einem gleichzeitigen Privatbrief an Holstein<sup>111</sup> knüpfte Eckardstein daran den Schluß, er halte es „für den Fall, daß die marokkanische Frage jetzt wirklich akut werden sollte, (nicht für ausgeschlossen), daß Lord Lansdowne auf den Bündnisgedanken zurückkommt. Dagegen (sei er) überzeugt, daß er ohne einen solchen Anstoß bis auf Weiteres kaum diesen Gedanken allein aufnehmen dürfte“. Im gleichen Brief mußte Eckardstein zugeben, daß Lansdowne in der Bündnisfrage „gewissermaßen den Mut verloren habe“, und daß Lord Salisbury „nunmehr davon abgekommen sei, besonders da keine äußere Notwendigkeit vorliege“.<sup>112</sup> Durch diese beiden Hinweise wollte Eckardstein wohl dem Auswärtigen Amt einen deutlichen Wink geben, der aber bei der Einstellung Berlins nicht verfiel. Denn hier sah man darin nur die Bestätigung der eigenen Ansicht (Mißtrauen gegen Salisbury usw.).

Als in denselben Tagen der englische Geschäftsträger in Berlin anläßlich der französischen Intriguen am marokkanischen Hof von „gemeinsamen Schritten“ der beiden Regierungen sprach,<sup>113</sup> betonte man das im Vergleich mit dem englischen sehr viel geringere deutsche Interesse.<sup>114</sup>

Das Auswärtige Amt gab sich alle Mühe, dem Kaiser, der in Homburg den Besuch König Eduards erwartete, klar zu machen, daß Deutschland sich in der Marokkoangelegenheit nicht enga-

110. 5182 v. 29. 7. 01. — Lansdowne hatte geäußert, daß „er — durch die offiziellen Erklärungen Delcassés und die ihm gemachten Mitteilungen Cambons irregeleitet — einer zu optimistischen Auffassung über die gegenwärtige französische Politik in Marokko Raum gegeben habe“.

111. GP 17, 5021 v. 29. 7.

112. Vgl. dazu die in BD 2, 86 mitgeteilte Ansicht Salisbury's vom 29. 5. 01: "It would hardly be wise to incur novel and most onerous obligations in order to guard against a danger in whose existence we have no historical reason for believing".

113. GP 17, 5177, Fußnote 1 und 5183 v. 8. 8. 1901.

114. 5184 v. 8. 8. 01.

gieren dürfe.<sup>115</sup> Bülow hielt dem Kaiser Vortrag<sup>116</sup> und konnte dann an das Auswärtige Amt über die Ansicht des Kaisers berichten:<sup>117</sup> „Die Gefahr, daß wir in Marokko von England pour les beaux yeux de l'Angleterre gegen andere Mächte vorgeschoben werden könnten, erscheint unserm allergnädigsten Herrn näher und größer als ein etwaiger französisch-russischer Erfolg auf Kosten der Engländer“. Bülow hatte also verstanden, den Kaiser in seinem, bzw. Holsteins Sinne zu beeinflussen.

Für die politische Unterhaltung der beiden Herrscher bereiteten das Foreign Office und das A. Amt Memoranden vor,<sup>118</sup> in denen unter anderem die Marokkofrage gestreift wird. Während Lansdowne schrieb: „With regard to Morocco, the policy of the German and British Government would appear to be identical. Both desire the maintenance of the status quo...“, hieß es in der deutschen Gegendenschrift: „In Morocco we follow a policy of reserve. The Morocco Question by itself is not sufficiently important for us to justify a policy by which Germany might incur the risk of serious international complications“.

Das war eine deutliche deutsche Ablehnung. Es ist ein *circulus vitiosus*: Das Auswärtige Amt sah keinen Grund, sich in Marokko mit und für England zu engagieren, da die Bündnisverhandlungen seit Anfang Juni vollkommen geruht hatten. Der englische Partner hatte keine Neigung zu einer solchen weitgehenden Bindung (Anschluß an den Dreibund), wenn ihm praktische, direkt greifbare Vorteile vorenthalten wurden. Zum Verständnis der deutschen Haltung ist zu sagen, daß die deutsche Außenpolitik auf Grund der Eckardtsteinschen Meldungen bei England eine viel größere Dringlichkeit voraussetzen konnte und mußte, als sie bestand. Daß man in England diese deutsche Zurückhaltung in der Marokkofrage sehr übel nahm, zeigt eine englische Denkschrift vom 9. November 1901<sup>119</sup> und eine von

115. GP 17, 5184, v. 8. 8. 01. (Brief Holsteins an Bülow).

116. GP 17, S. 93, Fußnote 3.

117. GP 17, 5185 v. 9. 8. 01.

118. Näheres über ihre Entstehung in GP 17, S. 94, Fußnote 1. — Text in GP 17, Anhang zu Kap. 109, S. 119 ff.

119. BD 2, 91.

Metternich berichtete Äußerung Chamberlains<sup>120</sup> von Ende November.

In Berlin war man nicht abgeneigt, zu einem Bündnis zu kommen. So ließ man immer wieder durchblicken, daß zwischen Deutschland und Rußland keinerlei ernstliche Differenzen beständen, um auf England einen Druck auszuüben.<sup>121</sup> Vor dem Besuch Eduards VII. wurde dem Kaiser vom A. A. dringend nahe gelegt, die guten Beziehungen zu Rußland hervorzuheben.<sup>122</sup> Der geplante Besuch des Zaren in Danzig,<sup>123</sup> auf den der Kaiser den englischen König ziemlich deutlich hinwies, unterstrich die Bedeutung der in diesem Sinne gemachten Bemerkungen.<sup>124</sup> Aber diese Warnung vor der Möglichkeit einer deutsch-russischen Annäherung schien in England nicht mehr ganz die frühere Wirkung auszulösen. Man wußte dort, daß die deutsch-russischen Beziehungen nicht mehr die glänzendsten waren.<sup>125</sup> In einer Denkschrift vom 1. 6. 1901 erkannte Metternich dies sehr klar.<sup>126</sup> Er hielt den Hinweis darauf, „daß wir uns definitiv auf die andere, d. h. die russische Seite schlagen würden“, nicht mehr für sehr wirksam. „Das russisch-französische Bündnis redet dafür eine zu deutliche Sprache“.

---

120. Nachdem Chamberlain im Januar die Bündnisfrage angeregt hatte, ist von ihm in den Akten nicht mehr die Rede. Die engl. Dokumente setzen für dies Problem erst im März ein, also erst von da an handelte es sich um offizielle Besprechungen. Man darf annehmen, daß Chamb. durch die deutsche Zurückhaltung in den ostasiatischen Fragen verstimmt wurde. Da die Chamb. Biographie von Garvin erst bis 1895 reicht, läßt sich über seine Haltung nichts Näheres sagen. — Oben erwähnte Bemerkung aus in GP nicht veröffentlichten Dokumenten des Ausw. Amtes mitgeteilt bei Brandenburg, S. 152, Anm. 47. — Vgl. dazu Brief Rothschilds an Eckardtstein (bei Eckardtstein 2, S. 300) vom 14. 6. 1901.

121. Daß die Möglichkeit einer Zweibundorientierung Deutschlands in London nicht ohne Sorge betrachtet wird, zeigt ein Bericht Hatzfeldts über Audienz bei Eduard VII. (GP 17, 5020 v. 15. 6. 1901).

122. GP 17, 5022 v. 2. 8. 1901.

123. Sept. 1901. Vgl. GP 18 (1), 5384 ff. Und: BgD 2, 43/45.

124. GP 17, 5023 v. 23. 8. 01 und BD 1, 323.

125. Bericht Hatzfeldts v. 16. 5. 1901 (GP 17, 5005). Vgl. BgD 2, 41. v. 5. 6. 01.

126. GP 17, 5018. Metternich vertrat 1900/1901 gelegentlich Hatzf. in London. Seit Oktober 1901 war er dort als Botschafter akkreditiert.

Man kann sagen, daß der innere Abschluß der Bündnisverhandlungen, der eigentlich schon Ende Mai erreicht war, noch hinausgezögert wurde durch die französische Aktivität in Marokko. Als Deutschland sich auch dann versagte, um England die Notwendigkeit einer Allianz recht deutlich zu machen, da war die Frage eines deutsch-englischen Bündnisses damit endgültig verneinend entschieden. Da man beiderseits an seinem Standpunkt festhielt, brachten die nächsten Monate nur das abklingende Nachspiel, ohne daß schon beide Teile sich des Endes bewußt geworden wären.

In Deutschland war man verärgert über das englische Zögern in der Frage der südafrikanischen Reklamationen.<sup>127</sup> Doch lehnte man im Oktober die erneute russische Anregung einer Intervention im Burenkriege ab.<sup>128</sup> Die diesbezügliche Mitteilung an den englischen Botschafter wird in London nicht mehr allzu großen Dank ausgelöst haben, da seit dem Frühjahr 1901 die Lage in Südafrika nicht mehr bedrohlich war.<sup>129</sup> Die aus Chamberlains Edinburger Rede über die Kriegsgreuel sich ergebende Diskussion<sup>130</sup> verstimmte auf beiden Seiten.<sup>131</sup>

Die gerade im September besonders in der „Times“ lebhaft geführte Preßkampagne<sup>132</sup> zu Gunsten einer englisch-russischen Annäherung veranlaßte das Auswärtige Amt zu einer Gegenaktion. Holstein empfing Chirol<sup>133</sup> und bewies ihm an Hand von Akten die England erwiesenen guten Dienste. Zugleich

127. GP 17, 5025 (Sept. 1901).

128. GP 17, 5067/72, Sept.—Okt. 1901. — Vgl. dazu die Haltung des Ständigen Internat. Schiedsgerichts im Haag gegenüber einer von Dr. Leyds eingebrachten Adresse. Leyds war Gesandter der Burenrepublik im Haag, Berlin und Paris. Der Haager Gerichtshof verneinte seine Zuständigkeit (GP 17, 5076/77 v. 21. 11. 1901 u. 7. 1. 1902).

129. Brinkmann, S. 178/80. Vgl. BD 2, 91.

130. GP 17, 5073/75, Nov. 1901. Und BD 1, 325/32, Nov. 1901—Januar 1902.

131. Brandenburg, S. 151. Und GP 17, 5073 v. 19. 11. 01 und ff. Bülow, Denkw., Bd. I, S. 552 ff. — DD 2, 41 (Bericht der Berliner Botschaft an Delcassé). — BgD 2, 48 v. 3. 2. 02.

132. Bericht Metternichs vom 13. 9. 01 in GP 17, 5024.

133. GP 17, 5026 v. 31. 10. 01. Vgl. Ward-Gooch, S. 285. — Chirol war 1890/96 Korrespondent der Times in Berlin, dann Direktor des Foreign Departments der Times in London.

betonte er: „Unter diesen Umständen hat Deutschland keinen Anlaß, krampfhaft nach weiterer Anlehnung zu suchen“. In einer weiteren Unterredung<sup>134</sup> wollte er ihm von den französischerseits angebotenen Verständigungsversuchen über Marokko Mitteilung machen (vgl. oben S. 74, Anm. 62). Deutschland habe demnach Tanger für sich nehmen sollen. Der Kernpunkt seiner Aufzeichnung ist: „Es trifft sich glücklich, daß wir warten können“. Ob es zu dieser zweiten Unterredung gekommen ist, geht aus den deutschen Akten nicht hervor.<sup>135</sup> Aber die Äußerungen sind in diesem Zusammenhang wesentlich für die Stimmung im Auswärtigen Amt, das den Bündnisgedanken fördern möchte, ohne selbst aus der Zurückhaltung hervortreten zu wollen. Holstein legte wieder besonderen Nachdruck auf die deutsche Bedingung, daß es sich um eine Angliederung Englands an den Dreibund, nicht an Deutschland allein handeln müsse.

In einer Unterredung Metternichs mit Lansdowne am 19. 12. 1901 fiel die endgültige Entscheidung.<sup>136</sup> Die englischen Minister hatten sich im November noch eingehend mit dem Bündnisproblem beschäftigt. Der Grundgedanke der Denkschriften eines For. Office-Beamten und Lansdownes<sup>137</sup> ist, daß die Solidaritätserklärung sich nur auf Europa und das Mittelmeer beziehen solle. Das war den deutschen Absichten gegenüber eine sehr starke Einschränkung. Lansdowne drückte sich ziemlich positiv aus. Er wolle sich zunächst mit diesem geringeren Projekt begnügen — ganz ausgesprochen aus Rücksicht auf Salisbury.<sup>138</sup> Und wenn Lansdowne in einer weiteren Denkschrift für Salisbury hinzufügte, er persönlich glaube, die deutsche Regierung wolle mehr und würde ein solches Angebot ablehnen, er wolle aber den eventuellen deutschen Vor-

134. GP 17, 5027 v. 1. 11. 01. Vgl. Meinecke, S. 225 f.

135. Bei den engl. Akten befindet sich ein im selben Sinne gehaltener Brief Holsteins an Chirol v. 3. 1. 1902 (In BD 2, 96).

136. BD 2, 94.

137. Denkschrift Berties (Hilfssekretär im F. O. 1893—1903) in BD 2, 91 v. 9. 11. 01. — Die Denkschr. Lansdownes in BD 2, 92/93 v. 11.—22. 11. und vom 12. 12. 01.

138. "in face of the decided views which the Prime Minister has expressed" (BD 2, 93).

wurf, England habe den Bündnisgedanken fallen lassen, entkräften, so steht neben dieser rein taktischen Erwägung doch die andere Äußerung: „... as a tentative and provisional step it might be not without value“ oder der Einwand gegen Salisburys Urteil über die deutsche öffentliche Meinung, die, wie Lansdowne fest annahm, durch einen solchen Umschwung in der britischen Politik umgestimmt werden würde. Überhaupt läßt die Tatsache dieser Kabinettsrörterungen auf ein tatsächliches Interesse Lansdownes schließen.

Auf englischer wie auf deutscher Seite war also eine gewisse, wenn auch zögernde Bereitschaft zu gewissen Bindungen da. Nur über das Maß dieser Bindung bestanden erhebliche Meinungsverschiedenheiten, die schließlich im Dezember den eigentlichen Abschluß brachten. Auf die Frage Lansdownes — in der erwähnten Unterredung vom 19. 12. 01 —, “whether it might not be possible for the two countries to arrive at an understanding with regard to the policy which they might pursue in reference to particular parts of the world”, antwortete Metternich — übrigens seinem eigenen Bericht an das Auswärtige Amt nach viel schärfer und ablehnender als nach der Aufzeichnung Lansdownes —, “that no such minor proposal was likely to find favour with the German Government. It was the question of ‘the whole or none’”.<sup>139</sup>

Der Sommer 1901 hatte hinsichtlich Marokkos eine ähnliche Situation gebracht wie der Juni 1900, aber mit Umkehrung der Vorzeichen. Im Juni 1900 (Tuatoasen) versuchte Deutschland eine Initiative in London. Im Juni/Juli 1901 sondierte genau so vorsichtig London, ob es eine offizielle Anregung dieser Frage in Berlin wagen darf. London war besorgt wegen des französischen Vordringens, von dem man annahm, daß es auch das marokkanische Reich nicht mehr verschonen würde. In London wußte man wohl auch, daß Italien als Figur im Spiel gegen Frankreich kaum noch in Frage kam.<sup>140</sup> Auf die vorsichtigen Fühler Englands ging das Auswärtige Amt nicht ein,

139. Die Aufzeichnung Lansdownes in BD 2, 94. — Bericht Metternichs nach Berlin vom 28. 12. 01 in GP 17, 5030.

140. BD 1, 352 v. 14. 4. 1901.

es betonte das sehr viel geringere deutsche Interesse,<sup>141</sup> das keine Veranlassung gäbe, sich um Marokkos willen in irgend welche Komplikationen zu stürzen. Am schärfsten formuliert ist diese deutsche Ablehnung in der dem Kaid Maclean erteilten Antwort (S. 82 oben). Durch diese Zurückhaltung glaubte man England auf die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Defensivallianz deutlich genug hingewiesen zu haben. Die Wilhelmstraße wollte sich keineswegs — ohne gleichwertige englische Gegenleistungen — gegen Frankreich vorschieben lassen.

Genau wie 1900 glaubte das A. A. nicht an eine baldige Änderung der internationalen Gruppierung, die der deutschen Außenpolitik eine Aufgabe des Prinzips der Freien Hand nahelegen könnte. Zudem befürchtete man in Berlin genau so wenig wie eine englisch-russische Verständigung in Asien eine englisch-französische Verständigung in kolonialen Fragen, speziell über Marokko. Beide Punkte wurden als Druckmittel gegen England benutzt. Man erwartete Erfolg, besonders da man bei England eine viel größere Dringlichkeit voraussetzte. Darin lag auch das Bedenkliche der Eckardtsteinschen Berichterstattung, die vermitteln wollte, tatsächlich aber trennte.<sup>142</sup> Im Übrigen hatte die deutsche Diplomatie selbst ihre Taktik bis zu einem gewissen Grade — hinsichtlich eines Erfolges England gegenüber — dadurch neutralisiert, daß sie sich den französischen Versuchen versagte und dadurch Frankreich zur vorläufigen Mäßigung zwang.

Mit der endgültigen Erledigung der englisch-deutschen Bündnisversuche und der Tatsache der deutschen Zurückhaltung in der Marokkofrage ist nunmehr ein Abschnitt erreicht. Der

---

141. Vgl. die Memoranden aus London und Berlin vom August 1901 (S. 84). Dazu Schiemann 1901, S. 227 u. 261. Schiemann 1902, S. 6: „Das Vorgehen der Franzosen hat die Grenzen nicht überschritten, von denen wir wünschen müssen, daß sie eingehalten werden“ (Geschr. am 1. 1. 02).

142. Sehr scharf urteilt über Eck. Roloff. Er weist Eck, die gefährlichen Falschmeldungen nach. Ebenso Ritter über Eck's Unzuverlässigkeit in seinen Memoiren (Daten- und Namenänderungen, die er im Interesse seiner These vorgenommen habe, um die Vorkriegsdiplomatie der Wilhelmstraße zu belasten). (Legende, S. 28). — Ebenso Loeding. — Vgl. auch Bülow über Eckardtsteins Unzuverlässigkeit in seinen Denkwürdigkeiten, Bd. 1, S. 516. —

Weg war frei für die im Jahre 1904 erreichte Lösung des Marokkoproblems zwischen England und Frankreich, mit der sich zugleich die internationale Gruppierung entscheidend umgestaltete. Nach 1904 führte Deutschland hinsichtlich Marokkos nur mehr ein von vornherein aussichtsloses Rückzugsgefecht gegen Frankreich, — aussichtslos wegen der englischen Unterstützung, die seit 1904 hinter Frankreich stand. Und wenn man den Weltkrieg noch einbeziehen will, dann ist 1919 der deutsche Rückzug auch formell zur Tatsache geworden im Versailler Vertrag, in dem Deutschland sich aller wirtschaftlichen Rechte und Vorrechte in Marokko zu geben hatte.

Stellt man die Fragestellung auf die große Politik ab, in welchem Zusammenhang es nicht auf die Tatsache irgend eines kolonialen Abkommens als solchen, sondern auf den Tatbestand einer vollzogenen Generalbereinigung<sup>143</sup> aller englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten ankommt, dann muß der Einschnitt innerhalb der Entwicklung auf den Zeitpunkt fallen, in dem die Möglichkeit einer deutsch-englischen Verbindung endgültig erledigt und damit der Weg für eine andere Kombination frei geworden war.

Im Dezember 1901 — in der oben erwähnten Unterredung — wies Metternich Lansdowne warnend auf die französisch-italienische Annäherung (kurz vorher die Prinetti-Erklärung vom 14. 12. 01) und die darin für England und seine Mittelmeerinteressen liegenden Gefahren hin. Lansdowne erwiderte mit der Gegenfrage, ob das Verhalten Italiens nicht auch als italienischer Versuch aufgefaßt werden könne, sich vom Dreibund zu emanzipieren. Beide hatten recht mit ihrer Warnung.<sup>144</sup>

Dem deutschen Vertrauen auf die Stärke der eigenen Stellung<sup>145</sup> und dem deutschen Glauben an die Unabänderlichkeit des englisch-russischen Gegensatzes entsprachen auf englischer Seite die Äußerung Salisburys von den Kreidefelsen, die für England der sicherste Schutz seien und es unangreifbar machten,

---

143. Einer der wichtigsten Punkte war Marokko, über das Chamberlain ausdrücklich gesondert zu verhandeln wünschte.

144. BD 2, 94 und GP 17, 5030.

145. Vgl. Urteil H. O. Meisners über Bülow's Außenpolitik (in: Fürst Bülow, S. 169/70 ff.)

und die Bemerkung Berties,<sup>146</sup> daß im Falle drohender Gefahr für England durch einen Krieg mit dem Zweibund Deutschland auch ohne Vertrag mit England helfend einspringen müßte, um nach einer Niederlage Englands nicht dem Angriffe des Zweibunds preisgegeben zu sein.

Aber die englische Politik klammerte sich nicht an diese Gedanken als an feste Glaubenssätze. Die Annäherung Italiens an Frankreich zeigte ihr das Bedrohliche ihrer Lage, wenn die Politik der *splendid isolation* fortgesetzt würde.<sup>147</sup> Im Januar 1902 stellte Barrère fest, daß England in Rom mehr und mehr an Terrain verliere.<sup>148</sup> Die englische Diplomatie verstand es aber, den französischen Vorsprung z. T. wieder auszugleichen, obwohl natürlich nicht zu verkennen ist, daß sie sich nunmehr einer vollkommen neuen Lage gegenüber befand. Ende Januar 1902 berichtete Cambon von einer Rede Chamberlains, in der dieser sich bemühte, Italien entgegenzukommen.<sup>149</sup> Am 7. März erhielt der italienische Botschafter in London befriedigende Erklärungen über das englisch-französische Abkommen von 1899, soweit es die italienischen Besorgnisse um Tripolis berührte.<sup>150</sup> Dabei legte Lansdowne großen Wert darauf, daß nicht schon damals die Tripolisfrage und damit die Marokkofrage ins Rollen gebracht wurde.<sup>151</sup> Am 29. Mai 1902 fand zur Bestätigung der guten Beziehungen ein englischer Flottenbesuch in Palermo statt.<sup>152</sup> Daß auch Italien besonderen Wert auf die guten Beziehungen zu England legte, zeigte im folgenden Jahr der italienische Königsbesuch in London, der kurz vor dem Kaiserbesuch in Rom stattfand.<sup>153</sup>

146. BD 2, 91.

147. BD 1, 353/62, Dez. 1901—April 1902. Wirkung der Prinetti-Erklärung auf England vgl. DD 1, 569, 572 u. 587. — Desgl. GP 18 (2), 5835 v. 18. 12. 01.

148. DD 2, 23.

149. DD 2, 59.

150. BD 1, 360. — GP 18 (2), 5852/53 (Febr.—März 1902). — DD 2, 152/53 v. 21. 3. 02. — Urteil Schiemanns 1902, S. 216 (Neutralisation der ital. franz. Abmachungen). — Oberhauserklärung Lansdownes im Juli 1902, vgl. Schultheß 1902, S. 228/29 und Schiemann, 1902, S. 267.

151. DD 2, 270 v. 30. 5. 02.

152. Schultheß 1902, S. 258 u. Schiemann 1902, S. 226.

153. Schultheß 1903, S. 300 (27./29. April 1903).

Daß es England mit dem Aufgeben des Prinzips der splendid isolation sehr viel ernster war, als Berlin glaubte, beweist der schon im Januar 1902 vollzogene Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses.<sup>154</sup>

Salisbury war durchaus nicht der Franzosenfreund, als den ihn die deutsche Diplomatie sah. Sicherlich hatte er eine Vorliebe für Frankreich, die sich aber nicht soweit politisch auswirkte, daß er zu einer Art Allianz geneigt gewesen wäre.<sup>155</sup> Er war noch ein Staatsmann der alten englischen Schule, deren Grundsatz die splendid isolation war.<sup>156</sup> Cecil sagt von ihm: "... he had known to keep five balls in motion with two at least always in the air".<sup>157</sup> Das Foreign Office verließ er Ende 1900, als Premierminister trat er Herbst 1902 nach Abschluß des Burenkrieges zurück. So brauchte er sich nicht mehr zwischen Zweibund und Dreibund zu entscheiden.

Wenn ein amerikanischer Historiker versichert, daß ein wesentlicher Faktor für die englisch-französische Annäherung in der Übernahme des Foreign Office durch Lansdowne gelegen habe,<sup>158</sup> so ist das doch in dieser Formulierung nicht richtig. Allerdings konnte erst unter Lansdowne die britische Politik zu einer Entente kommen, da er — im Gegensatz zu Salisbury — die Gefahren der englischen Isolierung in der damaligen Weltlage zu sehen begann.<sup>159</sup> Auch Gooch nimmt in seiner Holstein-Studie bei Lansdowne größere Besorgnis vor politischer Vereinsamung an.<sup>160</sup> Erst als die deutsch-englischen Bemühungen endgültig scheiterten, zeigte er sich — schon 1902, ernstlich erst 1903 (vgl. Kap. VI) — bereit zu einer englisch-französischen Verständigung. Cecil sagt von ihm, er habe dem Projekt einer englischen Verständigung mit Deutschland soweit

154. GP 17, Kap. 110. — Ward-Gooch, S. 286/93. — Vgl. unten Kap. V:2.

155. Vgl. Barclay, S. 210 über Salisbury's Ablehnung einer Entente. So urteilt auch Mendelssohn-Bartholdy in „Lord Lansdowne“, S. 436.

156. Newton, Lansdowne, S. 200 u. 207. — Cecil: Brit. For. Secretaries, S. 308/09.

157. Cecil, S. 309.

158. Stuart, French For. Policy, S. 108.

159. Newton, S. 216/17.

160. Gooch, Studies, S. 74.

Ermütigung und Chance gegeben, wie er es als Staatssekretär, der dabei nicht auf des Premiers Sympathie und Beistand rechnen konnte, zu tun imstande war.<sup>161</sup> Lansdownes Biograph Newton teilt mit, daß es nach der Amtsergreifung im For. Office einer der ersten Schritte Lansdownes gewesen sei, dem englischen Botschafter in Berlin mitzuteilen, "that while he entered upon the duties of his new office with very few preconceptions, there was one to which he pleaded guilty, viz. the idea that we should use every effort to maintain and, if we can, to strengthen the good relations which at present exist between the Queen's Government and that of the Emperor".<sup>162</sup>

Ritter beurteilt in seiner „Legende vom englischen Bündnisangebot“ die englische Bündnisneigung zu negativ, wenn man sich den aktenmäßigen Tatbestand der BD vor Augen hält.<sup>163</sup> Ritter spricht in diesem Zusammenhang von der fundamentalen Verschiedenheit der Staatsräson eines Inselstaates von der eines kontinentalen Staates, einer Verschiedenheit, die es für den englischen Partner kurzsichtig erscheinen ließ, wenn er sich auf Gedeih und Verderb mit einer Macht verband, die so leicht in Konflikte mit kontinentalen Nachbarn geraten konnte.

Dies Problem soll am Schluß noch gestreift werden, nämlich ob es überhaupt möglich war und ist, zu einem deutsch-englischen Bündnis zu gelangen. Wenn trotzdem in diesem Kapitel gelegentlich ablehnend über die deutsche Politik geurteilt wurde, so konnte ich dabei von diesem durch Ritter berührten Problem absehen. Denn die deutsche Illusion der Freie-Hand-Politik war und ist unhaltbar,<sup>164</sup> namentlich für einen Staat, der zugleich Weltpolitik betrieb, wie das Deutsche Reich vor 1914. Sicherlich steckte in dem Bemühen der deutschen Diplomatie, wenn es England an den Dreibund binden wollte, ein sehr richtiger Gedanke, nämlich der der vorwiegend kontinentalen Gebundenheit und Gefährdung Deutschlands. Aber man war in der Wilhelmstraße nicht konsequent, indem man dann doch im

161. Cecil, S. 311.

162. Newton, S. 196/97. Ohne Datierung, etwa Ende Oktober, Anfang November 1901.

163. Ritter, S. 38/40.

164. Vgl. etwa Pückler in „Front wider Bülow“, S. 51 (Es fehlten die

Vertrauen auf die eigene unantastbare Stellung den von Lansdowne ausdrücklich als vorläufig bezeichneten, nicht so weit gehenden englischen Vorschlag einer nur deutsch-englischen Entente ablehnte.<sup>165</sup> Es ist eine dritte Frage, ob eine deutsch-englische Entente wirklich zu dem Ziele einer wirklichen Verständigung geführt haben würde. Die englische Öffentlichkeit nahm schon 1902 eine dermaßen antideutsche Haltung ein (vgl. Kap. V : 2), daß das zum Mindesten fraglich erscheinen muß. Den Versuch hätte es aber gelohnt!<sup>166</sup>

## V. Kapitel.

### Europäische Umgruppierung — Isolierung Deutschlands. 1902—1904.

#### 1): Dreibunderneuerung und italienisch-französische Rückversicherung. 1902.<sup>1</sup>

Die Prinettische Kammerrede vom Dezember 1901 und die sich daran anschließenden Erörterungen ließen die Frage der Dreibunderneuerung in den Mittelpunkt des Interesses treten. Seit Dezember 1901 rissen die Besprechungen zwischen den Dreibundmächten nicht mehr ab. Der 1891 abgeschlossene und 1897 stillschweigend verlängerte Dreibundvertrag lief im Mai 1903 ab. Es bestand Unklarheit darüber, ob bei nicht er-

---

zwei zur Rechtfertigung der Politik der Freien Hand unerläßlichen Voraussetzungen: Die Bürgschaft für eine dauernde Neutralität Englands wie für eine freundschaftliche Haltung Rußlands gegen uns).

165. So tadelt auch Pribram (England and Europe, S. 90) die deutsche Ablehnung der Verständigung über Einzelfragen, welche das gegenseitige Vertrauen beider Nationen verstärkt haben würde. — Im gleichen Sinne spricht sich Meisner aus in seiner Bülow-Skizze, S. 179 ff.

166. Herzfeld, S. 113/14 (Kleinmut der deut. Politik).

1. Pribram: Geheimverträge, S. 240 ff. Die Darst. trifft in allen Einzelheiten nicht mehr zu. — Es gibt eine Untersuchung von Hoernigk: „Italien zwischen Frankr. und dem Dreibund 1890—1906“. Das Verhältnis Frankr.-Italien ist nicht gründlich genug behandelt, die DD sind so gut wie gar nicht benutzt; so muß auch die Darstellung des deut.-ital. Verhältnisses namentlich in der Beurteilung in der Luft hängen (so etwa über 1902, S. 70/71).

folgter Kündigung — die vorgesehene Kündigungsfrist von einem Jahr machte eine Verständigung über eventuelle Änderungen bis zum Mai 1902 nötig — der Vertrag selbsttätig weiterlief oder erlosch. Berlin und Wien hielten eine Verständigung über eine diesbezügliche protokollarische Erklärung für erforderlich. Immerhin waren sich Wien und Berlin klar darüber, daß das deutsch-österreichische Bündnis von 1879 als fortbestehend gelten soll, auch wenn es 1892 nicht ausdrücklich verlängert war. Man legte also beiderseits großen Wert auf das Zweikaiserbündnis. Berlin wollte wohl dadurch die Österreicher über den Bündniswillen Deutschlands beruhigen, dessen Stärke nach der Bülow-Rede vom Januar 1902 zweifelhaft war.<sup>2</sup> Ob auch eine Besorgnis beider Staaten vor einer jetzt möglich erscheinenden Emanzipation Italiens dabei mitsprach, läßt sich nicht entscheiden.<sup>3</sup>

Juristisch bestand jedenfalls für Italien die Notwendigkeit, seine eventuellen Revisionswünsche vor Ablauf der Kündigungsfrist anzumelden. Im Anschluß an die Erklärungen Prinettis über eine erfolgte italienisch-französische Verständigung versuchte Italien zunächst, Deutschlands Haltung zur Tripolisfrage zu sondieren, besonders nachdem von Berlin aus einer sofortigen Aufrollung der Tripolisfrage Hindernisse in den Weg gelegt wurden.<sup>4</sup> Prinetti äußerte zu von Wedel, er plane eine friedliche Verständigung mit dem Sultan.<sup>5</sup> Daraufhin gab Holstein in einer Aufzeichnung vom 31. 12. 1901<sup>6</sup> der Ansicht Ausdruck, daß diese von Prinetti geplante Angliederung von Tripolis eine Verletzung des Dreibundvertrages von 1891 sei, in dessen Artikel 9 sich Italien und Deutschland zur Aufrechterhaltung des status quo in diesen Gebieten verpflichtet hätten. Der dort vorgesehene Fall, daß die fernere Erhaltung des status quo unmöglich werde und daß dann Italien mit deutscher Unterstützung zu weiteren Eventualitäten schreiten dürfe, könne seiner

22. Vgl. oben S. 69, Anm. 33.

3. Ausführlich darüber, auch über die Frage der Geltungsdauer der Dreibundverträge GP 18 (2), Kap. 121, Januar 1902.

4. Vgl. Kap. IV: 1, S. 68.

5. GP 18 (2), 5843 v. 27. 12. 01.

6. GP 18 (2), 5844.

Ansicht nach nicht als eingetreten gelten. Man müsse Italien den Glauben nehmen, daß es die diplomatische Lage beherrsche.

Die deutscherseits gezeigte Zurückhaltung in der Tripolisfrage verstimmte Prinetti, der daraus schloß, daß Deutschland einer Angliederung von Tripolis an Italien feindlich gegenüberstände. Er versuchte, Frankreichs freundschaftliche Geneigtheit gegen Deutschlands reservierte Haltung auszuspielen.<sup>7</sup> Dazu bemerkte Bülow, daß es „sich schwer rächen könnte, wenn wir den Italienern gegenüber wegen Tripolis, das uns völlig Hekuba sein kann, irgendwelche Mißgunst oder wegen eines allgemeinen Krieges, den wir nicht mehr als andere zu fürchten brauchen, übertriebene Ängstlichkeit zeigen“.<sup>7</sup> In gleicher Weise äußerte sich von Wedel, der für den Fall einer Brüskierung Italiens durch Deutschland in der Tripolisfrage annahm, daß „wir Italien unwiderruflich in Frankreichs Arme treiben“.<sup>8</sup> Am 12. Januar 1902 gab Bülow dem italienischen Botschafter außerordentlich positive Erklärungen über die deutsche Haltung in der Tripolisfrage, in denen er die von Holstein gewünschte strenge Tonart nicht anschlug.<sup>9</sup> Nunmehr ermächtigte Prinetti Graf Lanza zu der Erklärung, daß Italien sofort bereit sei, in Unterhandlungen wegen Erneuerung des Dreibundes einzutreten.<sup>10</sup>

Die Dreibundverhandlungen waren belastet durch die außerordentlich schwierige Handelsvertragsfrage, deren Einwirkung schon für 1901 (S. 67) zu erwähnen war. Zunächst forderte

7. GP 18 (2), 5846 v. 9. 1. 02 mit Bemerkungen Bülows.

8. GP 18 (2), 5848 v. 10. 1. 02.

9. GP 18 (2), 5850. „Wir dächten gar nicht daran, Ital. in dieser Beziehung Ratschläge oder Warnungen zu erteilen“. — Vgl. dazu auch Bülows Bemerkung zu einer Aufzeichnung Holsteins v. 30. 4. 02 (Dok. Nr. 5855), in der er seine durch voriges Zitat skizzierte Haltung im Gegensatz zu der Holsteins betonte u. auf d. großen Wert hinwies, den der Kaiser dem Dreibund beimißt.

10. GP 18 (2), 5849 v. 11. 1. Die weiteren italienischen Versuche, die Tripolisfrage aufzurollen, interessieren hier nicht mehr. Es handeln davon GP 18 (2), 5852 ff. (Febr. bis Juli 1902). Vgl. auch Schiemann 1902, S. 116/17. Von Interesse ist der immer wieder zum Ausdruck kommende deutsche Grundsatz, daß man Rußland nicht verstimmen will (dafür besonders GP 18 (2), 5857 v. 10. 5. 02).

Prinetti eine Klärung der Handelsbeziehungen, da er anderenfalls Störungen von Seiten einer dreibundfeindlichen Agitation in Italien fürchtete. Außerdem wünschte er eine Erweiterung der die Balkanfragen betreffenden Vertragspunkte. Er begründete das mit seinem Wunsche nach Sicherung gegen die rapide fortschreitende panslawistische Gefahr, die Österreich und Italien gleichermaßen bedrohe. Tatsächlich steckte dahinter aber die starke Besorgnis vor österreichischen Absichten auf balkanisches Gebiet jenseits der Adria.<sup>11</sup> Schließlich erwähnte er sein Barrère gegebenes Versprechen, daß der Vertrag nichts Agressives gegen Frankreich enthalte. Dies wünschte er in einer zur Veröffentlichung geeigneten Einleitung dem Vertrag vorangestellt zu sehen.<sup>12</sup> Um diese verschiedenen Punkte, zu denen noch die Tripolisfrage kam, entstand ein sehr zäher Kampf, dessen einzelne Phasen hier nicht dargestellt werden sollen.<sup>13</sup> Deutscherseits erklärte man angesichts dieser umfangreichen Revisionswünsche Anfang Januar, man erwäge in Berliner politischen Kreisen, welches Maß von Vorteil Deutschland überhaupt aus dem Dreibund ziehe.<sup>14</sup> Zugleich betonte Berlin das gute Verhältnis zu Rußland, das die Gefahr konzentrischen Angriffs in weite Ferne rücke. Auch warnte man Italien vor einem eventuellen klerikalen Regiment in Frankreich, wie es z. B. von Rußland sehr gewünscht würde.<sup>15</sup>

Erst nach langem Hin und Her erklärte sich Prinetti mit der unveränderten Erneuerung des Vertrages einverstanden,<sup>16</sup> mußte auch die Forderung nach einer zunächst nur auf drei

11. Vgl. dafür aus 1903 GP 18 (2), 5775 (Gespräche des Kaisers in Rom).

12. Prinettis Wünsche in GP 18 (2), 5711 v. 5. I. 02.

13. Ausführlich darüber GP 18 (2), Kap. 122.

14. Im gleichen Sinne, wenn auch nicht so scharf, Reichstagsrede Bülow vom 8. I. 1902: „Wenn somit für uns der Dreibund nicht mehr eine absolute Notwendigkeit ist, so bleibt er doch im höchsten Grade wertvoll als verstärkte Garantie für den Frieden und den status quo“. (in: Penzler, Fürst Bülow's Reden, Bd. I, S. 245).

15. GP 18 (2), 5712. v. 9. I. 02. — Ähnliche Warnungen werden auch in d. deut. Presse gebracht; darüber Mitteilung Barrères an Delcassé (DD 2, 176 v. 31. 3. 02).

16. GP 18 (2), 5759 v. 2. 5. 02.

Jahre laufenden Verlängerung — um im Falle eines Nichtzustandekommens der Handelsverträge politisch nicht gebunden zu sein<sup>17</sup> — fallen lassen.<sup>18</sup> Eine Diskussion entstand noch über die Erklärungen, die im Mai Goluchowski vor den Delegationen in Budapest und Prinetti in der italienischen Kammer abgeben wollten.<sup>19</sup> Prinetti wünschte keine Anspielung auf die unveränderte Erneuerung des Vertrages, um Frankreich nicht zu verstimmen. Daher rührte auch der italienische Wunsch, die Erneuerung nicht durch ein Protokoll, sondern durch die Unterzeichnung neuer Vertragsurkunden vorzunehmen.<sup>20</sup> Goluchowski und Bülow wünschten keine Erklärung, die in Frankreich den Eindruck machen konnte, als ob erst auf seine diplomatische Aktivität hin dem Dreibund die gegen Frankreich gerichteten Tendenzen genommen seien. Die Unterzeichnung des Vertrages erfolgte erst am 28. Juni, da Prinetti diesen Aufschub aus Rücksicht auf die Durchberatung des Etats in der italienischen Kammer gewünscht hatte. Zu diesem Aufschub gab Bülow seine Einwilligung nur auf Grund eines offiziellen Notenaustausches, der die Bereitwilligkeit der Regierungen zur Erneuerung des Vertrages in Form einer Verpflichtung festlegte.<sup>21</sup> Nicht im Rahmen des — ja unveränderten — Vertrages, aber als Erklärung gibt Österreich 2 Tage nach Unterzeichnung seinem italienischen Bundesgenossen kund, daß es in keinerlei Form einer eventuell notwendigen italienischen Aktion in Tripolis Widerstand entgegensetzen würde.<sup>22</sup>

Dieses zähe Ringen Prinettis ist nur verständlich durch die damals bereits erfolgte italienische Annäherung an Frankreich. Dadurch hatte Barrère die Möglichkeit, Prinetti dauernd unter Druck zu setzen, wobei ihn die Parteien der italienischen Linken

17. GP 18 (2), 5748 v. 20. 4.

18. GP 18 (2), 5757 v. 30. 4. 02.

19. Prinetti wünschte: „...renouveler en temps utile le traité“ (GP 18 (2), 5757). Goluchowski: „... maintenir intacte le traité“ (Nr. 5759). Man einigte sich auf „maintenir dans toute sa valeur“ (Nr. 5763 v. 5. 5. 02). — Text der Prinettirede in Schultheß 1902, S. 256/57.

20. GP 18 (2), 5772 v. 6. 6. 02.

21. GP 18 (2), 5762 v. 3. 5. 02. und 5767 v. 15. 5. 02.

22. Text bei Pribram, Geheimverträge, S. 97.

unterstützten.<sup>23</sup> Der für Italien jetzt notwendig gewordenen Rücksichtnahme auf Frankreich hatte Prinetti in den Dreibundverhandlungen verschiedentlich sehr naiv Ausdruck gegeben. Die französischen Dokumente zeigen, mit welcher gespannten Aufmerksamkeit Barrère die Haltung der italienischen Presse und Politiker in Sachen des Dreibunds und ihre Einstellung zu einer französisch orientierten Politik ihres Landes und auch die österreichischen und deutschen Pressestimmen beobachtete.<sup>24</sup> Jede Äußerung von offizieller italienischer Seite, in der etwa dem Dreibund oder auch den guten Beziehungen zu England ohne gleichzeitige Betonung der neuen guten italienisch-französischen Beziehungen das Wort geredet wurde, wurde von Barrère mit Mißfallen vermerkt.<sup>25</sup> Er scheute sich nicht, jedesmal bei Prinetti darüber Beschwerde zu führen.

Die einzelnen Schritte auf dem Wege zur engen italienisch-französischen Bindung sind hier nicht darzustellen, ebensowenig wie die in Frage kommenden französischen Dokumente näher auszuwerten sind. Man darf annehmen, daß die Arbeit von *Italicus* fortgesetzt wird. Von großer Bedeutung ist aber die auf den italienisch-französischen Notenwechsel über die Mittelmeerfragen (vgl. oben S. 65) folgende Etappe des Notenwechsels vom Juli 1902, die sogenannte „italienische Rückversicherung“.<sup>26</sup> Nachdem es Prinetti nicht gelungen war, eine Italiens neue Beziehungen zu Frankreich berücksichtigende Klausel in den neuen Dreibundvertrag hineinzubringen,<sup>27</sup> begannen die italienisch-französischen Besprechungen über eine von Italien abzugebende Erklärung zur Beseitigung des französischen Mißtrauens gegen Italiens Verbleiben im Dreibund. Diese Besprechungen, die Anfang Mai 1902 begannen,<sup>28</sup> fanden

23. Vgl. z. B. DD 2, 222 v. 26. 4. 02.

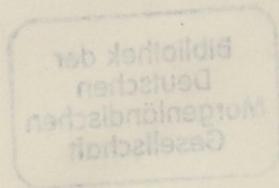
24. Z. B. DD 2, Nr. 19, 23, 26, 57, 76 v. Januar 1902 (Barrère an Delcassé) u. Nr. 182 v. April 1902.

25. DD 2, 99 v. 23. 2. 02 über ital. Thronrede. Nr. 141 v. 18. 3. „ . . . un peu d'étonnement de la chaleur de sa déclaration sur les relations anglo-italiennes“.

26. Bredt, Die ital. Rückversicherung.

27. Vgl. sein diesbezügliches wiederholtes Versprechen (DD 2, 133 v. 13. 3. 02).

28. DD 2, 235 v. 8. 5. und Nr. 263 v. 24. 5. 02.



ihre Krönung in einem Briefwechsel vom 10. Juli 1902.<sup>29</sup> Sein Sinn war, im Falle eines direkten oder indirekten Angriffes auf Frankreich dieses der strikten Neutralität Italiens zu versichern. Strikte italienische Neutralität sollte auch für den Fall eintreten, daß Frankreich sich infolge einer direkten Provokation genötigt sah, zur Verteidigung seiner Ehre(!) oder Sicherheit von sich aus den Krieg zu erklären. In seiner Auslegung des Begriffes „direkte Provokation“ berief sich Prinetti auf seine mündlichen Äußerungen. Er hatte am 29. 6. 1902 Barrère mitgeteilt, daß z. B. Faschoda, die Veröffentlichung der Emser Depesche, die Weigerung König Wilhelms, Benedetti zu empfangen, der Fall Schnäbele solch direkte Provokationen seien.<sup>30</sup> Bezeichnend ist, daß dieser Briefwechsel schon am 30. Juni stattfand, während die Briefe das Datum des 10. Juli trugen.<sup>31</sup> Außerdem wurde eine auf den 1. November lautende Ausfertigung dieses Briefwechsels mitunterzeichnet(!). Prinetti hatte auf jeden Fall die formale Gleichzeitigkeit dieser Briefe mit dem Abschluß des Dreibundvertrages vermeiden wollen. Um sich gegen Todesfall oder Amtrücktritt Prinettis zu sichern, wurden die auf den 10. Juli ausgestellten Briefe unterzeichnet, die dann am 1. November vernichtet wurden.<sup>32</sup> Zugleich wurde nochmal auf die nordafrikanischen Abmachungen eingegangen und vor allem betont, daß jede der beiden Mächte ihre Einflußsphäre ausbauen könne, ohne daß die Aktion der einen Macht notwendigerweise mit der der anderen gleichzeitig sein müsse. Damit wollte sich Frankreich dagegen sichern, daß Italien im Falle einer französischen Marokkoaktion gleichzeitig — trotz der internationalen Schwierigkeiten — aktiv in Tripolis vorging.

Italicus kommt nach eingehender Prüfung dieser Rückversicherung zu dem Ergebnis, daß ihre Tragweite nicht mit dem Dreibundvertrage vereinbar war.<sup>33</sup> Hier interessiert nicht

29. DD 2, 329.

30. DD 2, 312.

31. DD 2, 313.

32. DD 2, 329 (Kommentar Barrères). Und DD 2, S. 391, Anm. 1. Dieser Sachverhalt wurde erst klar aus diesem Bande der DD, nicht schon aus dem Livre Jaune von 1920, auf das sich z. B. Hoernigk stützt. Daher in der Literatur überall noch der gleiche Irrtum.

33. Italicus, Italiens Rückversicherung ein Vertragsbruch? — Bredt

Bibliothek der  
Deutschen  
Morgenländischen  
Gesellschaft

so sehr die rechtliche Seite dieser Frage als vielmehr die politisch-psychologische Tendenz dieses Notenwechsels, der bestimmt war, den Dreibundvertrag zu lockern. So sagt auch Fay:<sup>34</sup> „Praktisch hieß es, daß Italien nicht mehr als loyales Mitglied des Dreibundes angesehen werden konnte“. Es ist hier wesentlich, daß Frankreich in Zukunft der italienischen Neutralität sicher sein konnte, und daß andererseits Italien zwischen den beiden kontinentalen Bündnisgruppen für den Fall einer allmählich entstehenden Spannung, die schließlich auf beiden Seiten keinen anderen Ausweg ließ als den Krieg, sich die freie Entscheidung vorbehielt.

Am 2. Juli 1902 gab Delcassé in der Kammer Erklärungen ab über das italienisch-französische Verhältnis:<sup>35</sup> „Die Erklärungen, welche uns (von Italien) gegeben wurden, haben uns gestattet, die Gewißheit zu erlangen, daß die Politik Italiens infolge seiner Bündnisse weder direkt noch indirekt gegen Frankreich gerichtet sei, daß sie in keinem Fall eine Drohung für uns bedeute, weder in der diplomatischen Form, noch durch die internationalen Protokolle oder militärischen Stipulationen, und daß endlich Italien in keinem Fall und in keiner Form ein Werkzeug oder ein Gehilfe eines Angriffs gegen unser Land werden könne“.

Die Wirkung dieser überaus deutlichen französischen Erklärung auf Deutschland suchte Prinetti abzuschwächen, indem er sie aus dem Bestreben Delcassés ableitete, die französische Öffentlichkeit wegen der fatalen Tatsache der Dreibunderneuerung zu beschwichtigen.<sup>35</sup> Schon die Herausgeber der GP sahen darin eine festgelegte Absicht der italienischen Regierung, die schließlich durch den Notenaustausch vom 1. 11. 02. gekrönt worden sei. Daß diese Kundgebung Delcassés auf Grund eines bereits im Juni/Juli erfolgten Notenwechsels stattfand,

(in: Berliner Mon. Hefte 1928) kommt zu einem etwas anderen Ergebnis. Beide stellen Vergleiche an mit der deutsch-russischen Rückversicherung von 1887.

34. Fay, Origins, Bd. 1, S. 98.

35. GP 18 (2), S. 758, Anmerkung — Schiemann 1902 S.269/70. — Vgl. dazu auch Delcassé-Rede vom 20. 1. 02 bei Schultheß 1902, S.237—38 und Schiemann 1902, S. 46 ff.

konnten sie nicht ahnen, da ihnen nur das französische Gelbbuch von 1920 zur Verfügung stand.<sup>36</sup>

Wie sich das italienisch-französische Verhältnis in den folgenden zwei Jahren weiter entwickelte, braucht im Einzelnen nicht mehr dargestellt zu werden. Sowohl hinsichtlich der Marokkofrage (vgl. Kap. VI) als besonders im Hinblick auf die allgemeine Mächtegruppierung war ein weiterer entscheidender Schritt getan. Es war der zweite positive Schritt zur Isolierung Deutschlands, nachdem schon vor einem Jahrzehnt Rußland und Frankreich sich gefunden und 1899/1902 ihre Allianz noch ausgebaut hatten.

Bewundernswert ist die zielbewußte Arbeit der französischen Politik, die seit 1897 Italien gegenüber in Barrère ihren geschickten Vertreter fand. Wenn auch nach außen hin die Dreibunderneuerung als Niederlage der französischen Politik erschien,<sup>37</sup> so zeigen doch diese Abmachungen, daß tatsächlich Frankreich im Kampf um die Bundesgenossenschaft Italiens der Sieger war. Anerkennung kann man auch der italienischen Politik nicht versagen, die es in erstaunlicher Geschicklichkeit verstand, den Dreibund zu erneuern und sich dabei doch weitgehend von ihm freizumachen. Daß das geschehen konnte, damit rechnete man im Auswärtigen Amt nicht (siehe Schluß dieses Abschnittes).

So ganz einhellig war allerdings die Haltung der offiziellen italienischen Diplomaten nicht. Prinetti war teilweise wohl nicht der treibende Faktor, sondern mußte auf den Ministerpräsidenten Zanardelli und dessen starke antiösterreichische Stimmung sowie auf den König Rücksicht nehmen.<sup>38</sup> Andererseits hatte er Schwierigkeiten mit seinen Botschaftern, die — so jedenfalls Nigra in Wien — dreibundgeneigter waren.<sup>39</sup> Ebenso scheint Tornielli in Paris mit den Plänen seines Chefs nicht ganz einverstanden gewesen zu sein und ihm Schwierigkeiten

36. Obwohl Hoernigk schon DD 2 anführt, ist auch ihm die Datierungsfrage entgangen.

37. So Schiemann 1903, S. 264/65 u. 285. Ebenso BgD 2, S. 136.

38. Claar, Abkehr Italiens, S. 431.

39. Vgl. z. B. GP 18 (2), 5721 u. 5723 (Anfang 1902), woraus hervorgeht, daß man von Berlin aus die dreibundgeneigtere Haltung Nigras benutzte, um Rom zu beeinflussen.

gemacht zu haben.<sup>40</sup> Wie sehr Prinetti sich windet, zeigte etwa sein Besuch bei Bülow in Venedig, um den er nachweislich selbst nachgesucht hatte,<sup>41</sup> während er zu Barrère von einer Anregung Bülows sprach.<sup>42</sup> Claar, ein guter Kenner Italiens, sieht in Prinettis Politik das Bestreben, Italien unabhängiger zu machen und ihm ein gutes Verhältnis mit den Westmächten zu sichern.<sup>43</sup>

Pribram teilt mit, daß schon Anfang 1903 Graf Monts<sup>44</sup> nach Berlin über ein weitgehendes italienisch-französisches Abkommen berichtet habe, das den Dreibundverpflichtungen Italiens nicht entsprach.<sup>45</sup> Nach einer Anmerkung der Herausgeber der GP trifft das nicht zu.<sup>46</sup> In seinen jetzt erschienenen Erinnerungen<sup>47</sup> bestätigt Monts, daß er von diesen Abmachungen natürlich keine Ahnung hatte, wenn er auch fühlte, daß manches in den Beziehungen der Dreibundmächte nicht stimmte.<sup>47</sup> Monts Briefwechsel mit Holstein setzte infolge persönlicher Differenzen für die Jahre 1900—1906 aus.<sup>48</sup> Einigen Ersatz bietet sein Briefwechsel mit dem damaligen Gesandten in Hamburg von Tschirsky. Diesem schrieb er kurz nach Antritt seines Postens, der König erscheine ihm höchst unzuverlässig, sein Haß gegen Österreich sei sehr groß.<sup>49</sup> Dies Urteil findet seine Bestätigung in Dokumenten der GP aus 1903.<sup>50</sup> In Unterredungen des Kaisers mit Viktor Emanuel im Mai 1903<sup>51</sup> kam des letzteren starke Besorgnis vor österreichischen Absichten auf balkanisches

40. Warnung Barrère's an Delcassé in: DD 2, 278 u. 293 (Juni 1902).

41. GP 18 (2), 5734 u. 5736.

42. DD 2, 168 v. 26. 3. 02.

42. Claar, Abkehr, S. 437/38.

44. Nachfolger von Wedels in Rom Januar 1903—1909.

45. Pribram (Geheimverträge, S. 259, Anm. 311).

46. GP 18 (2), S. 758, Fußnote. — Monts, S. 207.

47. Vgl. für Monts „Erinnerungen und Gedanken“ auch Luckwaldt in „Front wider Bülow“ und Thimmes Aufsätze.

48. Monts, S. 317. Der in den Preuß. Jahrbüchern 1933 veröffentlichte Briefwechsel Monts-Bülow bringt über diese Zeit nichts.

49. Monts, S. 411.

50. GP 18 (2), Die Dreibundmächte 1902/04, S. 611 ff.

51. Besuch des Kaisers in Rom 2./5. 5. 03. Schultheß 1903, S. 300.

Gebiet jenseits der Adria zum Ausdruck.<sup>52</sup> Zur gleichen Zeit erklärte der Vorgänger Prinetti, Visconti-Venosta, dem deutschen Reichskanzler, daß es sich dabei um montenegrinische Einflüsse — die italienische Königin war montenegrinische Prinzessin — handele.

Der italienische Königsbesuch in Paris im Oktober 1903 bot das Bild einer erheblichen Intimität<sup>53</sup> trotz des deutschen Hinweises,<sup>54</sup> daß, wenn der italienische Besuch von französischer Seite benützt würde, ihn als Etappe auf dem Wege der Loslösung Italiens vom Dreibund erscheinen zu lassen, die Folge eine Schwächung des Dreibundes und eine ungünstige Beeinflussung der deutsch-italienischen Beziehungen sein werde. Interessant ist der Kommentar, der in den Brüsseler Rundschreiben an diesen Besuch geknüpft wurde.<sup>55</sup> Ob das Urteil des Königs über Barrère (in der Unterredung mit dem Kaiser) ganz seiner Stimmung entsprach, kann man nicht feststellen, da die italienischen Akten fehlen. Er nannte ihn „a liar and a nasty man“.<sup>56</sup> Ich möchte daraus schließen, daß die italienisch-französische Verständigung von italienischer Seite keineswegs aus gefühlsmäßigem Überschwang unternommen wurde, daß man vielmehr bei dem Bemühen, Italiens internationale Stellung selbständiger zu gestalten, die Aufdringlichkeit Barrère's in Kauf nehmen mußte.

Ein Schlaganfall ließ Prinetti im Januar 1903 von der politischen Bühne abtreten. Sein Nachfolger wurde Admiral Morin. Nun setzten irredentistische Kundgebungen ein, die die Regierung duldeten, ja denen sie nach Claars Ansicht zustimmte.<sup>57</sup> Jedenfalls galt das für den Ministerpräsidenten. Claar nennt die 10 Monate des Außenministeriums Morin ein Chaos, das für die italienischen Eindrücke von Monts entscheidend gewesen sei.<sup>58</sup>

52. GP 18 (2), 5775.

53. Schultheß 1903, S. 290. Die österr. Ansicht in GP 18 (2), 5783 v. 20. 10. 03. Der ital. König sprach in Paris „von dem glücklich vollendeten Werk der Annäherung“ (Pribram, Geheimverträge, S. 259, Anm. 312).

54. GP 18 (2), 5781.

55. Vgl. BgD 2, 59.

56. GP 18 (2), 5775 v. 9. 5. 03.

57. Vgl. GP 18 (2), 5777/78, Berichte von Monts aus Juni 1903.

58. Claar, Aus d. röm. Botschafterzeit, S. 273.

So konnte Monts den besten Einblick in die italienische Stimmung gewinnen, da sie nicht gehemmt war durch einen ruhigen, besonnenen Außenminister.

Im November 1903 wurde das Kabinett Zanardelli durch ein Kabinett Giolitti ersetzt. Giolitti, Innenminister des vorigen Kabinetts, war aus diesem ausgetreten wegen dessen auswärtiger Politik, die er vor allem in den Beziehungen zu Österreich für verhängnisvoll hielt. Nach Amtsantritt versicherte Giolitti sofort aus eigener Initiative dem deutschen und österreichischen Botschafter, daß unter seiner Ministerpräsidentenschaft die auswärtige Politik Italiens wieder vollkommen in die Bahnen der Dreibundpolitik einlenken werde.<sup>59</sup>

Zum Außenminister berief Giolitti Tittoni, einen vollkommenen Neuling auf diesem Gebiet. Nach einer Äußerung zu Cirmeni tat er das mit Vorbedacht, weil er zur Beendigung der Polemik zwischen Anhängern und Gegnern des Dreibundes und um die italienische Außenpolitik wieder in die Bahnen des Dreibundes hineinbringen zu können einen Außenminister brauchte, der in keiner Weise politisch festgelegt oder an die Vertreter der einen oder anderen Richtung gebunden war.<sup>60</sup>

Claar betont den entschiedenen Dreibundwillen Tittonis,<sup>61</sup> der erst 1908 nach der Krise der bosnischen Annektion das Vergebliche seiner Bemühungen, Wien zum Verständnis der politischen Lage der italienischen Regierung zu bestimmen, eingesehen habe. Das außenpolitische Programm Tittonis, wie er es Ende 1903 und Mai 1904 auch im Parlament formulierte, war: Unererschütterliche Treue zum Dreibund und aufrichtige Freundschaft mit England und Frankreich.<sup>62</sup> Im Dezember 1903 verurteilte er sehr herbe den „Dilettantismus und Irredentismus gewisser Professoren, Studenten und Parlamentarier“ und die Agitation, welche daraufhin in Italien getrieben würde.<sup>63</sup> Aber man darf

---

59. Cirmeni, S. 1056/57. Nach vertraulichen Mitteilungen Giolittis an Cirmeni, der in nahen Beziehungen auch zu Tittoni und anderen Staatsmännern stand. — Vgl. dafür auch GP 18 (2), 5785 v. 5. 11. 03.

60. Cirmeni, S. 1056/57.

61. Claar, Tittoni u. d. Dreibundpolitik Italiens.

62. Claar, Tittoni, S. 421.

63. Schultheß 1903, S. 307 f.

Es ist ein wenig merkwürdig, daß er zur gleichen Zeit (Juli) Annäherung an Frankreich empfahl.<sup>75</sup> Erst seit Ende 1905 erkannte er, daß sein ursprünglicher Gedanke: „Zentraleuropa inklusive Frankreich“ nicht mehr möglich war, und forderte Zusammengehen mit England, auch wenn es deutsche Opfer kostete.<sup>76</sup> 1906 heißt es in einem Brief: „Ich wurde es auch müde, in das italienische Danaidenfaß weiter und unausgesetzt Dreibundwasser zu füllen in Gemäßheit der törichten Instruktionen Bülow's“.<sup>77</sup> Ich begnüge mich hier mit einer Wiedergabe dieser Ansichten, deren eingehende Besprechung zu weit führen würde. In seinem Nachruf für Tittoni meint auch Herre,<sup>78</sup> es wäre Sache der Wilhelmstraße gewesen, durch eine Änderung der Voraussetzungen dem Bündnis einen neuen Inhalt zu geben oder aber ihm und damit auch dem doppelten Spiel Italiens ein Ende zu machen.

Aus den Denkwürdigkeiten erfährt man über Bülow's Italienpolitik eigentlich nur banale Selbstverständlichkeiten. Sie zeigen eine Politik des Lavierens, nicht eine feste politische Linie, die ihren sicheren Grund in einer gesamtpolitischen Konzeption gehabt hätte.<sup>79</sup> Bülow lobt z. B. sein vortreffliches Verhältnis zu Tittoni.<sup>80</sup> Über seine Reichstagsrede von 1902 (Januar) schreibt er: „Ich wußte sehr wohl, daß die italienische Diplomatie am Dreibund festhalten, aber gleichzeitig sich für den Fall, daß Italien einmal seine Hand nach Tripolis ausstrecken sollte, gegen französische Opposition zu sichern wünschte. Sie wollte sich überhaupt möglichst alle Wege offenhalten. Ich wußte auch, daß Italien, darin tatsächlich wie manche schöne Frau, am ehesten treu blieb, wenn ihm gegenüber alles vermieden wurde, das nach scharfem Zwang oder gar zu enger Bindung aussah. Ich war immer der Ansicht, daß es weniger auf den Buchstaben ankomme, als auf den Geist, nicht auf diesen oder jenen Einzelpunkt, sondern auf die Gesamtpolitik ... Ich wußte, daß die Italiener möglichst viele Eisen im Feuer zu halten traditionell bestrebt

76. Monts, S. 17/18, auch S. 146.

77. Monts, S. 158.

78. Herre, Tittoni, S. 271/72.

79. Für seine ital. Politik vgl. auch bei Schiemann 1902, S. 148/49 Mitteilung über ein Interview Bülow's. — Für Reichstagsrede vom März 1903 vgl. deren Besprechung in BgD 2, S. 134 ff.

80. Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 468.

waren“.<sup>81</sup> Der sich in diesen Äußerungen ausdrückende Optimismus<sup>82</sup> bedarf keines Kommentars. Claar spricht in seinem Monts-Aufsatz von der Verschlechterung des Verhältnisses Bülow-Monts. Bülow war verärgert, daß der selbständige Kopf des Botschafters das Evangelium von der unübertrefflichen Kennerschaft des Kanzlers in italienischen Dingen über den Haufen zu werfen drohte. Amüsant ist in seiner widerwilligen Anerkennung das Urteil Bülows über Monts vom Mai 1903,<sup>83</sup> ganz zu schweigen von den gehässigen Glossen über Monts Fähigkeiten in den Denkwürdigkeiten.<sup>84</sup>

Sehr viel angenehmer berühren in ihrer klaren realpolitischen Auffassung zwei Aufzeichnungen Holsteins vom 3. März und 12. Mai 1904.<sup>85</sup> Die letztere Aufzeichnung war zum Gebrauch Bülows für eine Unterredung mit Lanza bestimmt.<sup>86</sup> Holstein wies auch darauf hin, daß die Annäherung zwischen England und Frankreich ungünstig auf die Lebenskraft des Dreibundgedankens in Italien wirke. Wie außerordentlich nüchtern wirkt gegenüber den geistreichen Formulierungen v. Bülows der Satz: „Der offen ausgesprochene Gedanke, welcher den Wiederezusammenschluß in beiden Ländern so populär macht, ist einfach der, durch gemeinsame Anstrengung Elsaß-Lothringen für Frankreich, und die italienischen Provinzen und adriatischen Küsten für Italien zu erwerben“.<sup>87</sup>

Man bedauert, daß bisher eine italienische Aktenveröffentlichung noch aussteht. So fehlt eine primäre Quelle, die Auskunft über die ursprünglichen Absichten und politischen Gedanken der politischen Führer Italiens geben könnte.

Aus der Fülle der Dokumente in GP 18 (2) und 20 (1) geht klar hervor, daß Italiens Politik, soweit sie auf Entente mit Frankreich und dadurch notwendig auf Lockerung des Dreibundes ab-

81. Denkw., Bd. 1, 578/79.

82. Der gleiche Optimismus hinsichtlich der Bündnistreue Italiens auch bei Schiemann 1903, S. 299.

83. GP 18 (2), 5775.

84. So anlässlich der Berufung von Monts nach Rom, Denkw., Bd. 1, S. 606/7. — Vgl. dazu Oppenheimer in „Front wider Bülow“.

85. GP 20 (1), 6388 und 6416.

86. GP 20 (1), 6417.

87. Nr. 6416.

zielte, durch drei Gründe vor allem bestimmt wurde. Einmal konnte das in keiner Weise am Mittelmeer interessierte Deutschland sich für Italiens Tripoliswünsche in dem von Italien gewünschten Ausmaß nicht einsetzen, so daß dieses darüber Verständigung mit Frankreich suchen mußte. Hierfür ist auch das Fehlschlagen der deutsch-englischen Bemühungen von Bedeutung; denn ein mit dem im Mittelmeer schon durch eigene Interessen engagierten England verbündetes Deutschland wäre für Italien ein viel wertvollerer Verbündeter gewesen, als es so war, wertvoller auch als Frankreich.

Zum Zweiten wurde der Dreibundzusammenhalt übermäßig belastet durch das italienische Mißtrauen gegen Österreichs Balkanpolitik.<sup>88</sup> Der Hauptstein des Anstoßes war Albanien.<sup>89</sup> Dazu traten noch die Schwierigkeiten der Handelsvertragsverhandlungen zwischen beiden Staaten.<sup>90</sup> Deutschland bemühte sich zu vermitteln. Es ist dabei von Interesse festzustellen, daß diese Verhandlungen über den Handelsvertrag besonders durch die Vertreter der ungarischen Reichshälfte erschwert wurden.<sup>91</sup> Man kann daraus einen Maßstab für die Beurteilung der Aussichten der heutigen, auf einen engen ungarisch-italienischen Zusammenschluß abzielenden Bestrebungen gewinnen. Es würde für Ungarn schwer sein, sich allianzmäßig in einer Richtung festzulegen, die seinen wirtschaftlichen Interessen zuwiderläuft, wenn es infolge dieser Festlegung die Beziehung zu anderen Staaten vernachlässigen müßte.<sup>92</sup>

Als dritter Faktor ist der italienische Irredentismus zu nennen, der das sowieso schon schwierige italienisch-österreichische Verhältnis störte. In einem Bericht vom 15. Dezember 1903<sup>93</sup> beschäftigte sich Monts mit dem Irredentismus und der italienischen

88. Für Febr.—März 1904 GP 18 (2), 5792/96.

89. GP 20 (1), 6389 v. 6. 3. 04.

90. GP 18 (2), 5785/91, Nov.—Dez. 1903.

91. GP 18 (2), 5791 v. 31. 12. 03.

92. Vgl. in Europ. Gespr. XI, 1933, H. 3/4, S. 74/86: Arpad Török „Ungarn in der West-Ostspannung“. (Hinweis auf Schwäche der ungar. Italienpolitik u. auf das notwendige Interesse Ungarns an guten Beziehungen zum deutschen Mitteleuropa).

93. GP 18 (2), 5789. Vgl. Monts, S. 208.

Neigung für Frankreich. Er untersuchte die Verankerung dieser Stimmungen in den verschiedenen Alters- und Bildungsschichten. Seine Schlußfolgerung ist: „Geht aber alles im bisherigen Geleise weiter . . . , so sind in absehbarer Zukunft die gebildeten Italiener dem Dreibund und ihren bisherigen Verbündeten entfremdet“.

Der Kampf der französischen Außenpolitik galt vor allem den, wie sie glaubt, gegen Frankreich gerichteten aggressiven Tendenzen des Dreibundes<sup>94</sup> und darüber hinaus dem Ziel, Italien überhaupt aus dieser Front herauszulösen. Das Bismarcksche Bündnissystem, das Frankreich in eine restlose Isolierung hineingebracht hatte, um ihm jede Möglichkeit einer Revanche zu nehmen und Deutschland vor der Gefahr eines Zweifrontenkrieges zu schützen, sollte durchbrochen werden. Nachdem — nach Bismarcks Ausscheiden aus dem Amt und nach der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages als dessen Folge — Rußland und Frankreich sich im Zweibund fanden und ein Jahrzehnt später auch die Möglichkeit einer deutsch-englischen, wenn auch noch so lockeren Entente zunichte wurde, war dieses französische Ziel nicht mehr schwer zu erreichen. Italiens übermäßig lange Küstenlinie zwang es, in erster Linie auf England Rücksicht zu nehmen, aber gleichzeitig auf Frankreich, dessen Mittelmeerflotte ihm gefährlich werden konnte.<sup>95</sup> Italien als Mittelmeeranlieger war zu allererst darauf angewiesen, sich in diesem Raum eine machtpolitisch gesicherte Stellung zu bauen. Deutschland hatte wiederholt betont, daß es an diesen Problemen unbeteiligt sei und es zu bleiben wünschte. Die Erfüllung des großen außenpolitischen, auch heute überaus lebendigen Ziels,<sup>96</sup> die Adria zu einem italienischen Meer zu machen und dadurch die lange Küstenlinie gleichsam zu verkürzen, konnte Italien letzten Endes nicht vom Dreibund erwarten, dessen einer Teilhaber einen Teil der Adriaküste in der Hand hatte und nicht gewillt war, die zur euro-

94. DD 2, 168 v. 26. 3. 02 ist ein besonders aufschlußreicher Bericht über Unterredung Barrère-Prinetti kurz vor der Zusammenkunft Bülow's mit Prinetti mit Venedig.

95. Vgl. dafür Einleitung, S. 13, Anm. 18.

96. Italiens Balkanbündnispolitik, die bis zur Türkei reicht und alle nicht zur Kleinen Entente, der „Neuen Großmacht“ von 1933, gehörenden Staaten zusammenzufassen sucht.

päischen Türkei gehörigen Küstengebiete an Italien fallen zu lassen.<sup>97</sup>

Seit dem Weltkriege ist Deutschlands und Österreichs Stellung zu Italien außerordentlich erleichtert worden. Der Staat, der es verhindert, daß Italien aus der Adria das „mare nostrum“ macht, ist Südslavien, ein Verbündeter Frankreichs. Dadurch ist der Druck, der vor 1914 sich gegen Österreich und damit gegen Deutschland richtete, verlagert und lastet nunmehr auf Frankreichs osteuropäischem Bündnissystem. Für die Beantwortung der Frage nach den deutsch-italienischen Beziehungen ist es wesentlich, ob die italienischen außenpolitischen Tendenzen, die sich auf den Donaauraum richten, nur dem Ziel der Abschnürung Südslaviens von der Kleinen Entente dienen, oder ob sie wirklich eine Einbeziehung des Donaupraums in das italienische Machtgebiet erreichen wollen. Die rege diplomatische Aktivität Italiens in diesem Raum läßt das nicht unmöglich erscheinen; ebenso die Tatsache, daß Italien dem Anschluß Deutsch-Österreichs an das Reich durchaus ablehnend gegenüber steht, ja ihn durch Förderung der auf eine neue österreichisch-ungarische Monarchie hinweisenden Pläne direkt zu verhindern sucht.<sup>98</sup>

## 2): Deutschland—England 1902/03.

Im Grunde genommen haben beide Abschnitte dieses Kapitels mit der Marokkofrage und ihrem Zusammenhang mit der internationalen Politik nichts mehr zu tun. Denn zwischen Italien und Frankreich war diese Frage durch den Akkord von 1901 geregelt und zwischen Berlin und London wurde sie überhaupt nicht mehr konkret berührt, sondern nur „akademisch“ besprochen. Aber um der Vollständigkeit der in dieser Arbeit skizzierten Entwicklungslinien willen zog ich es vor, über die italienisch-französischen Beziehungen auf ihrem Wege zur Verständigung bis zu ihrer Krönung durch die Rückversicherung und über die Auswirkungen dieser Verständigung auf das Verhältnis Italiens

97. GP 17, 5018, Aufzeichnung Metternichs vom Juni 1901, in der dieser sehr klar die italien. Notwendigkeiten beurteilt (S. 77). — Vgl. dazu Josef März, Die Adriafrage (11. Beiheft zur Ztschr. f. Geopolitik. 1933).

98. Ich erinnere an die jüngsten ital. österr. ung. Unterhaltungen vom Februar 1934.

zu seinen Dreibundpartnern zu berichten. Zum Zweiten ist aus dem gleichen Grunde darzustellen, wie sich die deutsche und englische Außenpolitik in diesen Jahren berührten. Hier zeigt sich, daß eine Verständigung in dem 1901 geplanten Ausmaße jetzt vollkommen unmöglich wurde. Das galt sogar für die noch 1901 von England vorgeschlagene Verständigung in Einzelfragen. So war es ausgeschlossen, daß eine so delikate Frage wie das Marokkoprobem zwischen beiden Staaten erwähnt wurde. In verschiedenen Berichten Metternichs aus dem Jahre 1903 wird gesagt, daß Lansdowne nicht geneigt schien, mit ihm über Marokko zu reden.<sup>99</sup> Im November 1903 erklärte ihm Lansdowne, daß man Frankreich als dem Nachbarn Marokkos den überwiegenden Einfluß zugestehen müsse — einen Einfluß, der sich zunächst auf die algerisch-marokkanische Grenzzone, dann aber naturnotwendig auch auf das Innere Marokkos erstrecken würde.<sup>100</sup> Damit war eine Diskussion über deutsche Wünsche schon im Keim erstickt. Ausführlicher wird über die deutsche Marokkopolitik im 2. Abschnitt des Kapitels VI gesprochen.

Die sachlichen Probleme, die zwischen England und Deutschland in diesen Jahren auftauchen, lassen sich kurz aufzählen: Englisch-japanischer Vertrag, Räumung Shanghais, Durchfahrt russischer Torpedoboote durch die Dardanellen, Venezuela und Bagdadbahn.<sup>101</sup> In diesem Zusammenhang soll keine ins Einzelne gehende Darstellung dieser verschiedenen Aktionen gegeben werden. Hier ist von Interesse, welche Tendenzen sich in ihnen für die beiderseitige Diplomatie und öffentliche Meinung offenbarten. Die deutsche Politik war dabei merkwürdig zwiespältig. Die Freie-Hand-Illusion erklärt diesen Zwiespalt.

Am 11. Februar 1902 wurde der anglo-japanische Vertrag bekannt.<sup>102</sup> Von seinem Abschluß hatte London schon am 3. Febr.

99. GP 17, 5204 v. 30. 9. 03.

100. GP 17, 5207.

101. Vgl. das recht einseitige Memorandum des For. Office v. 5. 1. 05 über die deu. engl. Beziehungen 1892—1904 (BD 1, S. 322/37).

102. BD 2, Kap. 11. — GP 17, Kap. 110. — Newton, Kap. 7. Lee, Bd. 2, S. 140 ff. — Über seine Aufnahme BgD 2, 49. v. 25. 2. 02. — Schiemann 1902, S. 73/77 u. 82/83. P. Ostwald: Engl. jap. Bündnis v. 1902 (in: Berl. Mon. H. IX. 1931, S. 1081/97).

Berlin unterrichtet,<sup>103</sup> das seine Zustimmung aussprach. Aber Bülow legte Wert darauf festzustellen, daß Deutschland zwar die „Geburtsanzeige des Abkommens erhalten“ habe. „Aber wir haben nicht bei dem Abkommen Pate gestanden, und mit der Vaterschaft haben wir erst recht nichts zu tun“.<sup>104</sup> Diese Äußerungen waren vor allem an die Adresse Petersburgs gerichtet, wo man „keinen Zweifel über die Loyalität der deutschen Haltung“ lassen möchte.<sup>105</sup> Lamsdorff regte an — und man muß hinzufügen: veranlaßt durch die entgegenkommende Sprache der deutschen Mitteilung —, ob es nicht zweckmäßig sei angesichts des neuen Vertrages, daß Deutschland und Rußland ihre Hand in Hand-Politik im Fernen Osten von neuem zum Ausdruck brächten.<sup>106</sup> Bülow lehnte unter Hinweis auf eine mögliche Schädigung der deutschen Handelsinteressen in Japan sofort ab, um sich nicht gegenüber England und Japan zu sehr zu exponieren. Er wies dabei auch auf die Möglichkeit eines aggressiven französischen Vorstoßes gegen Deutschen hin. In einem späteren Brief an Alvensleben, den deutschen Botschafter in Petersburg, begründete Bülow seine Stellungnahme auch mit der Rücksicht auf Italien, das in keinem Fall Front gegen England machen würde.<sup>107</sup> In Petersburg waren der Zar und Lamsdorff über die deutsche Ablehnung außerordentlich enttäuscht.<sup>108</sup> Am 20. März wurde eine russisch-französische Erklärung veröffentlicht, die die Solidarität der beiden Regierungen in Angelegenheiten des Fernen Ostens bekunden sollte.<sup>109</sup> Sie war allerdings so vage gehalten, daß 1904 Frankreich sich dann doch der Teilnahme am russisch-japanischen Krieg entziehen konnte.<sup>110</sup>

103. GP 17, 5043. Bülow an Kaiser 5044. Und BD 2, 128.

104. GP 17, 5045 u. Fußnote (Bülow an Radolin), Reichstagsrede v. 3. 3. 02. — Vgl. Eckardtstein (2, S. 284 ff.) über die von ihm ausgegangene Anregung zu diesem Bündnis und zur Korrektur GP 17, S. 135, Fußnote 2.

105. GP 17, 5048 zeigt ganz betonte Russenfreundschaft.

106. GP 17, 5049/50. Die weitere deu. russ. Diskussion 5051/60. — Lamsdorff russ. Auß. Min. 1901/06.

107. GP 17, 5063.

108. GP 18 (1), 5403, Fußnote.

109. GP 17, 5064, Anlage. — BD 2, 145. — Schiemann 1902, S. 123—24. — Vgl. die Dokumente in DD 2 (Zusammenstellung auf S. X/XI).

110. Brandenburg, S. 163/64. — Schiemann 1903, S. 376/77.

Genau umgekehrt standen die Fronten anlässlich der Diskussion über einen internationalen Einspruch gegen die vom Sultan erteilte Erlaubnis zur Durchfahrt russischer Torpedoboote durch die Dardanellen.<sup>111</sup> Deutschland lehnte es auf Anfrage Lansdownes im November 1902 ab, sich an einem Protest zu beteiligen. Dabei wiesen der Kaiser und Metternich auf die deutschfeindliche Haltung der englischen Presse hin, die es Deutschland durchaus verbiete, sich in den Vordergrund schieben zu lassen.<sup>112</sup> Gerade im November 1902 war der Kaiser zu einem Familienbesuch in London.<sup>113</sup> Es geschah, wie Cambon in Berichten an Delcassé feststellte, zum ersten Mal, daß die englische Presse sich bei einem Besuch des Kaisers keine Mühe gab, ihr Mißfallen an der deutschen Politik zu verhüllen. Die Gründe des deutsch-englischen Mißverstehens sind, so schrieb Cambon, zu wesentlich und zu tief, als daß ein Familienbesuch sie austilgen könnte.<sup>114</sup> Übrigens zeigte der Kaiser bei diesem Besuch eine betonte politische Zurückhaltung. Erst auf Anregung Eduards kam es zu einer Unterhaltung mit Lansdowne.

Schon im Spätherbst 1901 setzte die Serie der antideutschen Hetzartikel in der *National Review* ein, die man als ABC-Artikel kennt.<sup>115</sup> Sie setzten sich unter Ablehnung jeglichen Zusammengehens mit Deutschland für eine englische Verständigung mit Frankreich und Rußland ein.<sup>116</sup> Daß es sich bei den englischen Publizisten dieser Richtung um Männer handelte, die in Fühlungnahme mit Beamten des Foreign Office standen, weist Lutz in seiner Studie über die deutschfeindlichen Kräfte im For. Office der Vorkriegszeit nach. Im April 1904 schrieb ein französischer Journalist über die *Times*, den *Spectator* und die *National Review*:<sup>117</sup> „Nie wäre die deutschfeindliche und franzosen-

111. GP 18 (1), 5646 ff. (Okt.—Nov. 1902).

112. GP 18 (1), 5657 u. 5659.

113. Lee, Bd. 2, S. 151 ff.

114. DD 2, 475 u. 480 (Hinweis Cambons auf die *National Review*). Vgl. Schiemann 1902, S. 419 ff. und BgD 2, 52. (Dez. 1902).

115. Mendelssohn-Bartholdy, Lansdowne, S. 445/46. — Über die *National Review* vgl. Schiemann 1903, S. 1 ff.

116. Schiemann 1903, S. 363. Ebenso die *Times*, vgl. Schöttle, S. 16. — GP 17, 5079 v. 17. 2. 02 (mit Fußnote auf S. 206).

117. Schiemann 1904, S. 123/25.

freundliche Stimmung in der öffentlichen Meinung Englands zu einem Machtfaktor geworden, wenn nicht seit Anfang 1901 die berufensten Organe der konservativen Presse eine methodische Kampagne organisiert hätten. . . . Einmal ließen sie keine Gelegenheit vorübergehen, um ihre Landsleute auf einen französischen Erfolg, eine französische Tugend aufmerksam zu machen . . . Andererseits aber ist jedes der drei Organe mit gleicher Zähigkeit bemüht gewesen, die althergebrachten Sympathien für Deutschland, ja sogar die Erinnerung daran zu zerstören“. Für diesen Zusammenhang sei auf die Arbeiten von Lutz, Schöttle und Fay verwiesen.<sup>118</sup>

Eine Reihe von Dokumenten der GP zeigt, daß die Wilhelmstraße mit Aufmerksamkeit, nicht eigentlich mit Besorgnis diese steigende antideutsche Strömung beobachtete.<sup>119</sup> Verschiedentlich führte man in London über die Deutschfeindlichkeit der englischen Presse Klage.<sup>120</sup> So wies etwa im Juni 1902 Metternich, der dem englischen König die Glückwünsche des Kaisers zum südafrikanischen Friedensschluß zu überbringen hatte, den König auf die Deutschfeindlichkeit der Times hin.<sup>121</sup> An dieser Stimmung vermochten auch Beweise deutscher Courtoisie (Gratulation des Kaisers zum Frieden von Vereeniging, Rede Waldersees vor englischen Offizieren,<sup>122</sup> kaiserliche Ablehnung des Empfangs der Burengenerale<sup>123</sup>) nicht zu ändern. In dem Augenblick, wo es um konkrete Fragen ging, erhoben sich sofort die Schwierigkeiten, die sich leicht zur Verstimmung auswuchsen, wofür die Frage der Räumung Shanghais, die kurz nach dem Besuch des

---

118. Fay, Einfluß der Vorkriegspresse, S. 422 ff. über die Deutschfeindlichkeit der Northcliffe-Presse (Times, Daily Mail).

119. GP 17, 5080 ff. — Schiemann 1902, S. 240/41: Verweis Richtofens an den Berliner Vertreter der Times.

120. Juni 1902, GP 17, 5080/81. — November 1902: GP 18 (1), 5657 und 5659.

121. Vgl. dazu GP 17, S. 209, Fußnote. Eduard soll Anfang 1903 versucht haben, auf die Times einzuwirken. Ob das zutrifft, läßt sich nicht nachweisen. Lee erwähnt nichts davon.

122. GP 17, 5084/86 (Juni 1902).

123. GP 17, 5090 ff. Trotz scharfer Kritik der deu. Presse lehnte der Kaiser den Empfang ab. (GP 17, S. 233, Fußnote). Vgl. Schiemann 1902, S. 330 ff.

Kaisers im November 1902 akut wurde, als Beispiel gelten mag.<sup>124</sup>

Wie sehr der englischen Regierung ein Zusammengehen mit Deutschland durch die öffentliche Meinung erschwert wurde, zeigte die Venezuela-Affäre.<sup>125</sup> Metternich betonte in einem Bericht, daß in England täglich der Widerwille und die Opposition gegen die gemeinsame Aktion wachse.<sup>126</sup> Bei seiner Politik der Zusammenarbeit hatte Lansdowne auch mit Widerständen im Kabinett zu rechnen.<sup>127</sup> Ebenso war der König für eine möglichst schnelle Liquidation.<sup>128</sup> Aus allen deutschen Dokumenten spricht der deutsche Wille, auf keinen Fall das Einvernehmen mit England zu stören. Das ging so weit, daß man in Berlin trotz der Pressehetze darauf verzichtete, festzustellen, daß die Anregung zur gemeinsamen Aktion von Lansdowne ausgegangen war. „Nur keine retrospektive Rechthaberei“, betonte Bülow.<sup>129</sup> Keinesfalls sollte Lansdowne, dessen Verhalten die Wilhelmstraße als überaus loyal beurteilte, angesichts der Stimmung im englischen Parlament<sup>130</sup> in innenpolitische Schwierigkeiten geraten.

In seiner Lansdowne-Skizze sagt Cecil (S. 312), daß 1899 die Stimmung des deutschen Volkes die von Chamberlain und Bülow geplante Verständigung zu Fall gebracht habe, 1902 sei es das englische Volk gewesen, das die gemeinsame Aktion in Sachen Venezuela heftig ablehnte. Das machte der englischen Regierung die Annahme des „denkwürdigen“ (so Cecil) deutschen Angebots betreffend die Bagdadbahn im Jahre 1903 unmöglich. „That offer will always stand to Germany's credit in any fair representation of events“. So lautet das Urteil Cecils (S. 312). Im gleichen Sinne urteilen auch Ward-Gooch, das englische Kabinett sei sich der Unpopularität der Venezuela-Partnerschaft wohl bewußt gewesen

124. BD 2, 150 ff. — GP 16, Kap. 108.

125. BD 2, 171 ff. — Newton S. 255 ff. — GP 17, Kap. 112. — Ward-Gooch, S. 297. — Über Haltung der englischen Presse vgl. Schultheß 1902, S. 234/35. Schiemann 1903, S. 6, 12 ff., 37 ff., 56 ff.

126. GP 17, 5125 v. 16. 12. 02.

127. GP 17, 5143.

128. GP 17, 5140 u. 5149.

129. 5149 v. 4. 2. 03 u. Fußnote 2.

130. Vgl. dafür ablehnende Rede Roseberry's am 2. 3. 03 im Oberhaus (Schultheß 1903, S. 243) und über Unterhaltung Metternichs mit Roseberry in GP 17, 5105 v. 12. 3. 03.

und habe erkennen müssen, daß seine Gefolgschaft jede Erneuerung der Zusammenarbeit eifersüchtig und kritisch betrachten würde.<sup>131</sup> Wenn Cecil meint, daß erst mit dem Scheitern der deutsch-englischen Zusammenarbeit in der Bagdadbahnfrage die Krise der kommenden diplomatischen Revolution erreicht war, so muß man ihm Recht geben. Denn erst 1903 verdichteten sich die englisch-französischen Unterhaltungen zu konkreten Besprechungen über eine koloniale Verständigung. Lansdowne selbst — und das mag auch noch zur Beurteilung der Frage seiner Bündniswilligkeit für 1901 (vgl. oben S. 92/93) dienen — wollte die Zusammenarbeit. In einem bei Newton (S. 253/54) mitgeteilten Brief vom 24. 4. 03 bedauerte Lansdowne das Scheitern der Bemühungen, da eine Zusammenarbeit in diesem Fall durchaus im englischen Interesse gelegen habe. Presse und Parlament zwangen ihn zum Rückzug gegen seine Überzeugung. Noch im März 1903 lehnte er es in seiner Antwort auf kritische Stimmen zur Venezuela-Affäre ab, daß die Regierung sich in ihrem Urteil durch die Empfindlichkeit Englands wegen gewisser Vorkommnisse während des südafrikanischen Krieges in solchem Maße beeinflussen lasse, daß man an solche Fragen von einem nicht geschäftsmäßigen Standpunkt herantrete.<sup>132</sup> Im April mußte er vor dem "sharp recrudescence of the anti-German fever"<sup>133</sup> zurückweichen.

Zudem lag auch des englischen Königs Einstellung mehr in der Richtung einer Verständigung mit Frankreich.<sup>134</sup>

Für die Stimmung Chamberlains, der als Kolonialminister eine wichtige Rolle spielte und zudem persönlich großen Einfluß besaß,<sup>135</sup> ist ein Bericht Eckardtsteins vom September 1902<sup>136</sup> bezeichnend. Chamberlains Enttäuschung rührte her vom

131. Ward-Gooch, Bd. 3, S. 300 f.

132. Antwort auf Rede Roseberry's (vgl. Anm. 130), GP 17, S. 235, Fußnote.

133. Newton, S. 254. — In späteren Jahren äußerte Lansdowne, "he had been forced, to yield to an insensate outcry" (Newton, S. 254). Interessant dafür Brief eines engl. Bankmannes, Dawkins, an den Direktor der Deutschen Bank (GP 17, 5262 mit Anlage, April 1903).

134. Vgl. Kap. VI:1. — Auch Eckardtstein 2, S. 378.

135. GP 17, 5031 (Nov. 1902).

136. GP 17, 5094.

Scheitern der Bündnisbemühungen. Newton teilt eine spätere Äußerung Lansdownes mit, nach der auch Chamberlain gegen das Projekt der deutsch-englischen Zusammenarbeit in Vorderasien gewesen ist.<sup>137</sup>

Der Zusammenbruch der Bagdadbahn-Verhandlungen war ein glatter Erfolg der ABC- und der ihnen verwandten Artikel.<sup>138</sup> Die Rede Lansdowne's vom 5. Mai 1903 im Oberhaus, die sich deutlich gegen die russischen Absichten in Vorderasien richtete, war zwar ein Rückschlag gegen den allzu lauten Jubel der deutschfeindlichen Clique, die materiell aber doch gesiegt hatte.<sup>139</sup>

Und die Gründe für diese ausgesprochen deutschfeindliche Einstellung der englischen Öffentlichkeit? Zu einem großen Teil war dafür verantwortlich die proburische Haltung der deutschen Presse in den Jahren 1896—1901,<sup>140</sup> aber in mindestens gleichem Ausmaße auch das Vordringen des deutschen Handels auf dem Weltmarkt,<sup>141</sup> so daß nach einem späteren Worte Ballins Deutschenhaß und schlechte Geschäftslage dem Geist des Durchschnittsengländers zusammengehörig erschienen.<sup>142</sup> Verschiedene Zirkulare der BgD beschäftigten sich mit diesem Problem in sehr sachlicher Weise.<sup>143</sup> So heißt es an einer Stelle: „Deutschland muß, da der Boden die Einwohner nicht mehr ernähren kann, notwendigerweise seine Flotte, seinen Handel und seine Industrie außer Landes entwickeln. Das kann nur auf Kosten Englands geschehen, und das englische Volk weiß das“.<sup>144</sup>

Im Übrigen lassen sich für eine solche tiefgehende Mißstimmung zwischen zwei Völkern nicht nur einzelne Gründe anführen. Es wäre vermessen, wollte man in wenigen Sätzen darüber urteilen. Auf der einen Seite stand das alte Kolonialvolk,

137. Newton, S. 254.

138. Schiemann 1903, S. 144/45.

139. Schiemann 1903, S. 161 ff. — GP 17, 5261 v. 24. 4. 03. — Mendelssohn Barth., Lansdowne, S. 448.

140. Gooch, Studies, S. 77. — Vgl. GP 17, 5094, Chamberlain zu Eckardtstein (Sept. 1902). — Eckardtstein 2, S. 380 (Rothschild an Eckardtstein).

141. Herzfeld, S. 106 (engl. Zitat).

142. Herzfeld, S. 106.

143. BgD 2, 46. (12. 12. 01), 48. (3. 2. 02). 50. (6. 3. 02).

144. BgD 2, 52 (10. 12. 02).

das fest in seinen politischen und wirtschaftlichen Traditionen wurzelte und aus ihnen notwendig den Anspruch auf eine übertragende Stellung ableitete und kein Verständnis für die Lage eines jungen, erst aufstrebenden Volkes aufbringen konnte.<sup>145</sup> Ihm gegenüber stand das deutsche Reich ohne solch sichere politische Tradition, der der wirtschaftliche Aufstieg weit vorausgeeilt war. Das ist der psychologische Grund für die Ungeschicklichkeiten der deutschen Presse, über deren Gefährlichkeit das Deutsche Ausw. Amt sich 1902 klar zu werden begann. So heißt es in einer Aufzeichnung vom 17. 2. 02: „... Es ist ein Fehler, sich auf eine gereizte Polemik mit der engl. Presse einzulassen... man erreicht nur, daß eine sehr gehässige Stimmung erzeugt wird, die nicht ohne Einfluß auf die Haltung des For. office bleibt“.<sup>146</sup>

Ward-Gooch behaupten,<sup>147</sup> der Hauptgrund der englisch-deutschen Spannung in den auf den Burenkrieg folgenden Jahren habe nicht in den oben erwähnten Einzelfragen gelegen, sondern in dem deutschen Entschluß „to build a formidable fleet“. Für die Jahre bis 1904 trifft das nicht zu. In einer ausgezeichneten Untersuchung weist Herzfeld nach, daß „mit der politischen Gegnerschaft Englands, die sich dank der erfolgreichen Politik Eduards VII. seit 1904 ganz auf Deutschland konzentrieren konnte, die deutsche Flotte mit dramatischer Plötzlichkeit als einzig ernstzunehmender Gegner Englands allein stehen blieb“.<sup>148</sup> Auch Meinecke betont, daß die entscheidende Verschärfung der deutschen Flottenrüstung erst die Folge der Entente von 1904 gewesen sei.<sup>149</sup> Er nennt den intensiven Ausbau der deutschen Flotte

145. GP 17, 5079: „... Von fremden Verhältnissen vollends fehlt ihnen meist eine genauere Vorstellung“.

146. GP 17, 5079. — Vgl. Schiemann 1902, S. 118 ff. (26. 3. 02): Referat über den Artikel eines Grafen von Berchem, der sich sowohl gegen diejenigen richtete, die es für ihr gutes Recht hielten, ihrer Begeisterung für die Buren jenen für England beleidigenden Ausdruck zu geben, als gegen diejenigen, welche von der Erregung der öffentl. Meinung eine Beschleunigung des Tempos der deutschen Flottenvermehrung erwarteten.

147. S. 302/04.

148. Herzfeld, S. 105. So auch Frauendienst in Berl. M. H. IX., 1931, S. 778 (Nachträgl. Rechtfertigung der Entente cordiale mit der Flottenfrage. Vgl. Herzfeld, S. 117).

149. S. 265/66.

ein Surrogat für die mißlungene englische Allianz, ein ungenügendes Verzweiflungsmittel, zu dem Deutschland durch die Politik der Freien Hand geführt wurde. Allerdings war es in außenpolitischer Hinsicht eine Ungeschicklichkeit deutscherseits, wenn man den deutschen Flottenbau in diesen Jahren mit dem Hinweis auf die übermächtige englische Flotte begründete, wenn man also die deutsche Animosität gegen England ausnutzte, um den Bauprogrammen zur Annahme zu verhelfen.<sup>150</sup> Dagegen wandte sich Bülow in einer Reichstagsrede vom Januar 1903,<sup>151</sup> aber nicht mehr mit allzu großem Erfolg. Den englischen Beschluß von 1903, für eine Nordseeflotte (home-fleet) eine Flottenbasis in Rosyth zu bauen, verhinderte seine zur Ruhe mahnende Rede nicht. Immerhin geben auch Ward-Gooch zu, daß die deutsche Besorgnis durch gelegentliche Indiskretionen der englischen Presse (1897: Artikel der *Saturday Review*) verstärkt worden sei.

Daß die deutsche Orientpolitik zugleich ein Vorstoß gegen Rußland war, mag hier noch angemerkt werden.<sup>152</sup> Durch die Bagdadbahnpolitik verpflichtete sich Berlin zur Erhaltung der Türkei und gab dadurch sein traditionelles Désintéressement am Orient zwangsläufig auf. Meinecke nennt es den evidentesten Fehler unserer Vorkriegspolitik, daß sie Flottenbau und Bagdadbahnpolitik gleichzeitig betrieb und dadurch England und Rußland zugleich verstimmte<sup>153</sup> und sie erst recht reizte, ihre Annäherung und Verständigung zu betreiben. Mit dieser Verständigung hatte es damals — 1903 — allerdings noch gute Weile. Sie kam erst zustande, nachdem Rußland durch den japanischen Krieg in seiner internationalen Stellung geschwächt war.

Ein warnender Bericht Eckardtsteins aus London vom Mai 1903 über einen drohenden Dreibund England—Frankreich—Ruß-

150. Über d. deu. Flotteninnenpolitik vgl. E. Kehr: Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894—1901. (In: *Histor. Studien*, H. 197, Berlin 1930). Bespr. durch A. Vagts in *Europ. Gespr.* X., 1932, S. 71/81.

151. Ward-Gooch, S. 303/04. — Für Bülows Stellung vgl. GP 17, 5375 (Mai 1903) u. Fußnote 2.

152. Frauendienst, Bülow u. Engl., S. 534/5. Herre, Tirpitz, S. 405.

153. Meinecke, S. 267.

land veranlaßte eine Rundfrage Bülow's an die Botschafter.<sup>154</sup> Das Scheitern der deutsch-englischen Bemühungen um die Bagdadfrage, die Reise Eduards VII. nach Paris, die Nachricht, daß zwischen England und Frankreich über Beseitigung der kolonialen Differenzen verhandelt werde, stimmten Bülow und Holstein doch ein wenig nachdenklich, wie auch die Rundfrage an die verschiedenen Botschafter beweist. Aber Berlin glaubte, die bisherige Politik des Abwartens fortführen zu können.<sup>155</sup> In einem Bericht an den Kaiser über Eckardtsteins Warnung<sup>156</sup> gab Bülow der Ansicht Ausdruck, daß Eckardtstein mit seinem pessimistischen Urteil alleinstehe. Schon eine generelle englisch-französische Verständigung sei schwer (vor allem durch die Marokko-Frage), noch schwerer aber sei eine englisch-russische Verständigung. Zwar bemühte man sich von Berlin aus in diesen Jahren um gute deutsch-russische Beziehungen.<sup>157</sup> Aber wie man Anfang 1902 es ablehnte, gemeinsam mit Rußland gegen den anglo-japanischen Vertrag Stellung zu nehmen, so glaubte man auch im April 1903 (Aufzeichnung Holsteins) hinsichtlich der deutschen Rußlandpolitik: „Die Zeit läuft für uns, und unsere heutige, durch allseitiges Mißtrauen erschwerte Lage wird sich bessern, wenn wir uns nicht vor der Zeit, d. h. bevor ein deutscher Vorteil als Zweck mit in Betracht kommt, wirklich oder scheinbar festlegen“.<sup>158</sup>

---

154. GP 17, Kap. 115: Akademische Erörterungen über eine drohende englisch-franz. Tripelentente 1903.

155. Für diesen Absatz vgl. Brandenburg, S. 169 ff.

156. GP 17, 5375 v. 20. 5. 03.

157. Deutsch-russ. Beziehungen 1902/03, vgl. GP 18 (1), 5402 ff.

158. GP 18 (1) 5421. — Vgl. dazu Meisner in seiner Bülowstudie, S. 181: Man kann für die deu. These von der Unversöhnlichkeit Englands u. Rußlands immerhin anführen, daß sie solange verständlich war, als Rußland im Vordringen nach dem Stillen Ozean verharrete. Daß Japan durch seinen Sieg die russische Politik wieder auf Europa zurückstieß, konnte man nicht ohne Weiteres einkalkulieren.

VI. Kapitel.

England und Frankreich auf dem Wege zur  
Entente cordiale vom 8. April 1904.

1): Frankreichs Marokkopolitik 1902—1904.

a) Bis Anfang 1903.

Italiens Rivalität im Kampf um Marokko hatte Delcassé durch die Abmachungen von 1900—02 ausgeschaltet.<sup>1</sup> Es blieben also noch die drei Mächte England, Spanien und Deutschland, mit deren rivalisierenden Plänen der Quai d'Orsay zu rechnen hatte. Delcassé dachte nicht daran, mit Deutschland zu verhandeln. Combarieu, der Sekretär des Präsidenten Loubet, erzählt in seinen Erinnerungen von einer Unterhaltung mit dem Generalgouverneur von Algier, Révoil, im März 1902.<sup>2</sup> Révoil tadelt Delcassé's Politik, da dieser es ablehne, sich mit Deutschland über Marokko zu unterhalten, und hielt es dagegen für notwendig, Deutschland hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Interessen zu beruhigen.<sup>7</sup> In einer Ende Dezember 1902 stattfindenden Unterredung Cambons mit Lansdowne über die marokkanischen Unruhen und eventuell notwendige Maßnahmen zum Schutz der Europäer betonte Cambon unter Hinweis auf deutsche Marokkopläne, es sei notwendig, daß nur die wirklich interessierten Mächte an einer Aktion teilnähmen. Man müsse Deutschland vor die vollendete Tatsache eines englisch-französisch-spanischen Einverständnisses stellen.<sup>3</sup> Im Übrigen wurde natürlich von Taillandier, dem französischen Vertreter in Tanger, und dem Marquis de Noailles, dem Botschafter in Berlin, sorgfältig und mit Mißtrauen beobachtet, was auf deutsche Absichten in Marokko hindeutete.<sup>4</sup>

1. Vgl. dazu Bericht Barrère's vom 9. 1. 03 in DD 3, 18. Die ital. Presse zeige wohlwollende Haltung gegenüber den Gerüchten von franz. Abmachungen mit England u. Spanien. „L'opinion italienne est entrée dans l'esprit de l'accord intervenu entre les gouvernements“.

2. Combarieu, S. 182/84.

7. Vgl. dazu auch GP 18 (2), 5885 v. 23. 10. 02 (Angriffe auf Delcassé's auswärt. Politik in der franz. „Revue politique . . .“. Hier die gleichen Vorwürfe.)

3. DD 2, 552 u. BD 2, 330 (Dezember 1902).

4. Vgl. DD 2, 44 und 70 (Jan.—Febr. 02). Ferner 341, 360, 377 Juli—August 1902).

Unter dem 15. Juli 1902 ist in den DD eine Aufzeichnung über die französische Marokkopolitik mitgeteilt,<sup>5</sup> allerdings ohne Angabe des Verfassers. In dem, was das Deutschland gegenüber einzuschlagende Verfahren angeht, stimmt sie mit den Ansichten Delcassé's, so wie sie in seiner Politik zum Ausdruck kommen, nicht überein. Hier wurde vorgeschlagen, daß Frankreich allen Mächten die Aufrechterhaltung der Handelsfreiheit mit Marokko garantieren müsse. Deutschland, das vermutlich damit nicht zufrieden sei, müsse man an anderer Stelle in Afrika (hier Hinweis auf die Portugiesischen Kolonien) entschädigen. Aber diese Gedanken blieben akademische Erörterungen. Delcassé zog es vor, Deutschland ganz aus dem Spiel zu lassen, da er dessen eigene Marokkowünsche ahnte und überschätzte. Auch aus innenpolitischen Gründen mußte ihm ein Verhandeln mit Deutschland höchst unbequem sein.<sup>6</sup>

Diese Aufzeichnung nun bezeichnete Spanien als die nächst Frankreich am meisten in Marokko interessierte Macht infolge seiner Besitzungen an der Mittelmeerküste Marokkos. Dementsprechend sollten Frankreich und Spanien sich zu einem Konsortium zusammenschließen und über die weiter notwendigen diplomatischen Aktionen verständigen. Eine solche Union wäre dann auch kräftig genug, sich gegen jegliche Überraschung — und als solche wurde ausdrücklich ein englischer Handstreich auf Tanger genannt — zu schützen. Man könne England beruhigen, indem man ihm anbiete, Tanger unter ein internationales Regime zu stellen.

In dieser Aufzeichnung, wie auch in einer Fülle weiterer Dokumente der DD ist der Ansicht Ausdruck gegeben, es liege im Interesse Frankreichs, den status quo in Marokko so lange als möglich aufrechtzuerhalten. Das erscheint beim Gedanken an die wahren französischen Pläne nur als Heuchelei. Die folgenden Angaben mögen es erklären. Paris befürchtete, daß andre Mächte — England vor allem — zu großen Einfluß gewinnen könnten durch Anleihen, Erlangung von Konzessionen usw.<sup>8</sup> Das eng-

5. DD 2, 333.

6. Vgl. S. 38 u. 43 und Kap. VI: 2 dieser Arbeit.

8. Vgl. DD 2, 125 v. 9. 3. 02 über engl. wirtschaftl. Pläne.

lische und deutsche Verhalten wurde mißtrauisch beobachtet. Besonders die einflußreiche Stellung des Caid Maclean, eines englischen Beraters am Hofe des Sultans, bot Anlaß zur Sorge. In einer Unterredung mit Lansdowne vom 22. Januar 1902 gab Cambon im Auftrage Delcassé's diesen Besorgnissen Ausdruck.<sup>9</sup> Lansdowne erklärte sie für übertrieben und betonte den Wunsch auch seiner Regierung, den status quo aufrechtzuerhalten. Diese Unterredung sollte England warnen vor Maßnahmen, die das französische Interesse berührten.

Es kann keine Rede davon sein, daß schon Anfang 1902 die englisch-französischen Verhandlungen begannen, die zum Aprilabkommen von 1904 führten. Daß allerdings die französischen Pläne schon damals an eine kolonialpolitische Verständigung mit England dachten, beweisen Pariser Pressemeldungen vom Januar, in denen schon das ganze französische Programm entwickelt wurde, das ja neben Marokko auch Siam, Neufundland und die Neuen Hebriden betraf.<sup>10</sup> Wenn Delcassé Anfang 1902 noch nicht auf eine Verständigung mit England rechnen konnte, so mußte ihm jedenfalls daran liegen, den status quo aufrechtzuerhalten. Denn in der damaligen Lage wäre ein Antasten desselben, also ein Aufrollen der Marokkofrage, für Frankreichs Ansprüche gefährlich gewesen, da England als scharfer Rivale danebenstand. Dies Motiv der Sorge vor englischen Absichten erklärt völlig das französische Bemühen um Bewahrung des status quo, das im Hinblick auf die tatsächlichen französischen Absichten als Farce erscheinen könnte. Zugleich galt es für die französische Politik zu verhindern, daß während des damaligen Zustandes eine andere Macht sich Handhaben vor allem wirtschaftlicher Art verschaffte, die ihr für den Fall einer plötzlichen „Liquidation“ Marokkos einen Vorsprung vor Frankreich gesichert haben würden. Deshalb wurde zugleich der Sultan in die Zange genommen. Anfang

9. DD 2, 49 und BD 2, 320.

10. Schiemann 1902, S. 57. — Die von Eckardtstein (2, S. 376 ff.) berichtete Unterredung Cambons mit Chamberlain vom Februar 1902, in der über Marokko u. Ägypten gesprochen wurde, läßt sich aktenmäßig nicht belegen. Sie würde zeigen, daß der engl. Kolonialminister durch die Ereignisse des Jahres 1901 und die Diskussion über seine Edinburger Rede gegen Deutschland verstimmt war. Diese Unterhaltung sowohl wie die

Februar 1902 fuhr der französische Gesandte in Tanger, Taillandier, nach Rhabat, um auch an Ort und Stelle etwaigen Erfolgen der englischen Aktivität beim Sultan vorzubeugen.<sup>11</sup> Man kann Taillandier als vorzüglichem Repräsentanten der französischen Marokkopolitik ansehen. Seine Erinnerungen umfassen die Jahre 1901—1906, also einen außerordentlich interessanten Zeitraum, in dem die französische Diplomatie nach Jahrzehnten äußerster Zurückhaltung zur Offensive überging. Die einzelnen französischen Aktionen beim Sultan sind hier nicht darzustellen. Auskunft gibt über sie Taillandier, ferner das Gelbbuch „Affaires du Maroc 1901/05“, dieses allerdings nur bruchstückweise, so daß seine Berichte durch die zahlreichen Dokumente der DD zu ergänzen sind.

In einer Audienz beim Sultan führte Taillandier eine deutliche Sprache. Anleihen von dritten Staaten, die Erteilung von Konzessionen an sie (Eisenbahnbauten, Telegraphenlinien, andere öffentliche Arbeiten), das Eindringen der Angehörigen solcher Staaten in einflußreiche Stellungen, alles das würde von der französischen Regierung als Einmischung in die Angelegenheiten Marokkos angesehen und würde sie zwingen, ernste und unmittelbare Entschlüsse zu fassen.<sup>12</sup> In einem solchen Falle würde sich Frankreich die Garantien verschaffen, die es für notwendig halte, bis es volle Genugtuung erlangt hätte. Den ersten und zweiten Entwurf einer Antwortnote des Sultans wies Taillandier zurück. Ben Sliman hatte Schwierigkeiten, man verübelte ihm seine frankophile Politik.<sup>13</sup> Erst am 26. Februar erhielt Taillandier eine Note mit Verbalerklärungen, da der Sultan angesichts der Opposition an seinem Hof nicht wagte, alle französischen Forderungen schriftlich anzunehmen.<sup>14</sup> Die mündlichen

---

etwas spätere Cambos mit Lansdowne, über die Cambon in späteren Jahren in der Times berichtete (Lee Bd. 2, S. 217/18) waren nur Dinnergespräche, sind aber auch als solche nicht uninteressant für die psychologische Beurteilung der Atmosphäre zwischen London und Paris (vgl. unten Abschnitt 2 des Kapitels). —

11. DD 2, 83 v. 13. 2. 02. — Vgl. Taillandier, S. 32 ff.

12. Taillandier, S. 49.

13. DD 2, 102 v. 25. 2. 02. Ausführlicher Bericht über seine Mission DD 2, 125 v. 9. 3. 02 (mit der Note des Sultans). Vgl. Taillandier.

14. Taillandier, S. 58/59. Und DD 2, 115, ausführlich 125.

Erklärungen bezogen sich auf die Heranziehung ausländischen Kapitals für öffentliche Arbeiten. Der Sultan wolle nichts tun ohne vorherige Verständigung Frankreichs. Die Abgabe von Verbalerklärungen anstelle schriftlicher Zusagen geschah von marokkanischer Seite wohl auch, um sich nicht allzusehr zu binden. Es war vom Sultan eine echt orientalische Taktik des Ausweichens. Die französische Politik kannte die widerstreitenden Kräfte am Hof des Sultans. Der eigentliche Verfechter einer frankophilen Politik war Ben Sliman, dem aber von anderen Ministern — so Menebbhi, dem Führer der Londoner Gesandtschaft von 1901 — Schwierigkeiten gemacht wurden.

Taillandier glaubte, daß durch sein Auftreten in Rhabat die unmittelbarsten Gefahren abgewandt waren.<sup>15</sup> Der Sultan konnte es seiner Ansicht nach jetzt nicht wagen, Konzessionen an andere Mächte zu erteilen. Den Einfluß der englischen Gruppe am Hof des Sultans hielt Taillandier aber auch jetzt noch für sehr stark. Er sah voraus, daß der Sultan alles tun würde, um den Franzosen keine effektive Genugtuung zu geben.<sup>16</sup> Durch die ganzen Kapitel der Erinnerungen Taillandiers zieht sich die Sorge wegen des starken englischen Einflusses auf den Sultan. Taillandier drängte Delcassé zur Initiative, damit nicht plötzlich der englische Einfluß vorherrschend werde.

Eine gemeinsame französisch-russische Flottendemonstration vor Tanger im April 1902 unterstrich, daß Frankreich hinsichtlich seiner Marokkointeressen auf volle Unterstützung Rußlands rechnen konnte. Taillandier machte im März diesen Vorschlag im Hinblick auf die anderen Mächte. Zudem fürchtete er, daß England eine rein französische Flottendemonstration mit Leichtigkeit übertrumpfen könne.<sup>17</sup>

Am 20. April wurde nach Verhandlungen zwischen einer französischen und marokkanischen Kommission ein Akkord zur Vervollständigung des Pariser Protokolls vom 20. Juli 1901 ab-

15. Taillandier, S. 64 ff.

16. Vgl. die eifersüchtige Schilderung Taillandiers in DD 2, 121 v. 6. 3. 02.

17. DD 2, 134, 175, 187, 206 (dies Dok. v. 17. 4. 02 mit Bericht Taillandiers über die Wirkung).

geschlossen.<sup>18</sup> In der Präambel heißt es: „Ces dispositions ... sont destinés à affermir définitivement leur entente et le double et mutuel appui qu'ils se prêtent, dans les conditions spéciales qui correspondent à leur situation respective, pour assurer la prospérité et le développement des deux pays“. Taillandier stellte triumphierend fest, daß von marokkanischer Seite damit zum ersten Mal die besondere Stellung Frankreichs Marokko gegenüber anerkannt würde. Wichtig war, daß der Plan des Pariser Protokolls, Postenketten zu errichten, aufgegeben wurde. Taillandier sagt, das sei 1901 eine Konzession an die Wünsche der Marokkaner gewesen, eine feste Grenzlinie zu erhalten, und nennt es eine nicht ungefährliche Konzession.<sup>19</sup> Mit der Ratifikation dieses Abkommens ließ sich der Sultan allerdings Zeit, wünschte auch wieder eine feste Postenkette. Erst am 4. Oktober konnte Taillandier nach Paris melden, daß die Regierung des Sultans die Akkorde von April—Mai annehme.<sup>20</sup> Die englische Zurückhaltung gegenüber den marokkanischen Bitten um Unterstützung zwang den Sultan zum Nachgeben. Auch waren die Versuche Macleans, in London eine Anleihe unterzubringen, erfolglos geblieben (über die Reise des Caid Maclean vgl. unten).

Inzwischen benutzte Taillandier die Notlage des Sultans, der französischer Unterstützung für den Transport marokkanischer Truppen nach Figuig bedurfte, um die Lage der französischen Militärmission am Hof des Sultans zu verbessern.<sup>21</sup> Bisher konnte sie keinerlei positive Arbeit leisten und war zur Untätigkeit verurteilt.<sup>22</sup> Am 14. Juli erfolgte darüber ein Notenaustausch, der festlegte, daß in den Grenzgebieten nur französische Militärinstruktoren arbeiten sollten.<sup>23</sup>

Eine wichtige Rolle in der französischen Marokkopolitik spielte die Investition französischen Kapitals. In einer Aufzeich-

---

18. Texte bei Déloncle, S. 17/24. Livre Jaune, S. 24/38. Bei Taillandier hierüber keine ausführliche Auskunft, da die Verhandlungen von Révoil geführt wurden.

19. Taill., S. 75.

20. Livre Jaune, Nr. 31.

21. Taillandier, S. 70/73.

22. Taill., S. 53 ff.

23. Livre Jaune, S. 44/47 und Taillandier, S. 80/81.

nung Delcassé's vom 17. September heißt es:<sup>24</sup> „La France n'a qu'une intérêt: c'est que le Sultan soit de plus en plus lié vis-à-vis d'elle. Peu nous importe l'instrument . . . il nous suffit qu'il soit efficace . . . Nous ne nous préoccupons que du côté publique et patriotique de la demande faite par le Sultan”.

Mit Genugtuung stellte Ende Oktober 1902 Taillandier fest, daß der Sultan sich wegen einer Anleihe an eine französische Bank gewandt habe.<sup>25</sup> Vorher war von Delcassé dieser Bank geraten, sich in steter Fühlung mit dem Quai d'Orsay zu halten.<sup>26</sup> Zugleich aber warnte Taillandier, wenn der Sultan diese französische Anleihe als Präzedenzfall für weitere Anleihen von anderen Staaten ansehe, dann riskiere Frankreich, daß bei der katastrophalen Finanzlage Marokkos dessen internationale Verpflichtungen zu groß und die Intervention anderer Regierungen erleichtern würden.<sup>27</sup> Deshalb rät er, in den Anleihevertrag eine Präferenzklausel aufzunehmen.

Frankreich gab sich also alle Mühe, den status quo vor dem Eingriff fremder Mächte zu schützen und zugleich sich selbst in Marokko eine Vorzugsstellung zu sichern. Aber damit begnügte sich Delcassé nicht. Die zerrütteten, unsicheren Verhältnisse des Landes ließen eine plötzliche Katastrophe möglich erscheinen. Auch für diese Eventualität will man in Paris gerüstet sein. In einer Instruktion für Taillandier heißt es: „Je m'attache, vous le savez, à distinguer dans les affaires marocaines la question internationale de la question franco-marocaine, et à régler la première avec chaque puissance successivement et séparément, pour rester en fin de compte maître de régler la seconde, seul à seul et en toute liberté“.<sup>28</sup> Die oben erwähnte Juli-Aufzeichnung beweist, daß Paris zunächst an eine Verständigung mit Spanien dachte, um die man sich übrigens schon seit 1901 bemühte.

Trotzdem versuchte Cambon schon im Juli,<sup>29</sup> sich Auskunft zu verschaffen über die Stimmung Lansdownes. Den Anlaß gab ihm eine Erklärung Lansdownes im Oberhaus über die Be-

24. DD 2, 397 (ähnlich 487 v. 17. 11. 02).

25. DD 2, 461 u. 464.

26. DD 2, 345 (26. 7.).

27. Taillandier, S. 96/97. — DD 2, 461.

28. DD 2, 382 v. 23. 8.

29. BD 2, 321 u. DD 2, 369.

ziehungen zu Frankreich und Italien. Cambon sprach wieder von dem französischen Mißtrauen gegen den Caid Maclean. Er leugnete ab, daß das französisch-italienische Übereinkommen Marokko berühre.<sup>30</sup> Trotz des französischen Wunsches, den status quo zu bewahren, sei es seiner Ansicht nach nützlich, wenn die beiden Regierungen sich freimütig über die Lage aussprächen. Er entwickelte dann Lansdowne kurz die Gedanken der Juliaufzeichnung. Es handelte sich dabei zunächst nur um seine eigenen Überlegungen, er wolle sich aber mit Delcassé in Verbindung setzen, um in einiger Zeit offiziell über diese Fragen sprechen zu können. Lansdowne erklärte sich zu einer solchen Aussprache bereit.

Zu der zweiten Unterredung, in der Cambon sich ausführlich über die französischen Überlegungen äußerte, kam es am 6. August.<sup>31</sup> Er sprach von der Neutralisierung Tangers und der Notwendigkeit, Spanien eine Einflußzone zuzugestehen. Tanger dürfe nach Ansicht seiner Regierung nicht in die Hand irgend einer europäischen Macht kommen. Delcassé glaube nicht, daß England weitere Interessen an diesem Gebiet habe, wenn der Punkt Tanger zur englischen Zufriedenheit erledigt sei. Lansdownes Antwort war zurückhaltend, er persönlich sei mit einigen der Vorschläge — die Unterhaltung bezog sich auch auf Siam — einverstanden, könne aber unmöglich eine offizielle Antwort geben, ohne sich vorher mit dem Kabinett zu beraten. Da gerade die Ferien begännen, könne er für einige Wochen nicht darauf zurückkommen.

Man kann diese beiden Unterredungen als die ersten französischen Erkundungsvorstöße auffassen, die aber immer noch das erhebliche französische Mißtrauen zeigen, so daß man sie mindestens so sehr als Warnung wie als Anregung zu gemeinsamen Besprechungen zu betrachten hat. Cambon erwähnt in

---

30. Hier ist nachzutragen, daß man im März 1902 auf Lansdowne's Wunsch dem engl. Botsch. in Rom den franz. ital. Akkord zeigte, dabei aber betonte, es handele sich nur um eine italienische Waffenfabrik in Fez (BD 1, 361). Erst im Dezember gab Cambon zu, daß Italien desinteressiert sei.

31. DD 2, 369 u. BD 2, 322. Cambon hatte vorher mündlich mit Delcassé den Inhalt seiner Erklärungen verabredet.

seinem Bericht, er habe nicht auf baldiger Antwort Lansdownes bestanden, da er Delcassés Wunsch kenne, zunächst die Verhandlungen mit Spanien zu einem guten Ende zu führen.<sup>32</sup> Aber bevor diese kurz darzustellen sind, ist noch einiges über die englische Marokkopolitik zu sagen.

Aus der Antwort Lansdownes ging hervor, daß er noch keineswegs gesonnen war, die französischen Marokkowünsche anzuerkennen. Allerdings war die englische Marokkopolitik äußerst vorsichtig. Die englische Regierung setzte alles daran, vorläufig eine Liquidation Marokkos hintanzuhalten. Im September war der Caid Maclean nach London gereist, um im Auftrage des Sultans sich der Unterstützung Englands zu versichern. In einem Memorandum vom 24. 10. 02,<sup>33</sup> das für Maclean bestimmt war, lehnte Lansdowne es ab, die Integrität Marokkos für 7 Jahre zu garantieren. Der Vorschlag Macleans war gewesen, daß entweder England allein oder England und Deutschland gemeinsam diese Garantie übernehmen sollten. Zur Beruhigung der marokkanischen Besorgnisse versicherte Lansdowne, daß keine der beteiligten Mächte jetzt an eine Störung des status quo denke, auch die französische Regierung habe ihm das wiederholt und ausführlich versichert. England betrachte zwar immer noch die marokkanische Frage als ein Problem, an dem es besonderes Interesse habe.

Lansdownes Politik ist also die der äußersten Vorsicht und Zurückhaltung nach beiden Seiten hin.<sup>34</sup> Im gleichen Sinne riet 1901 und 1902 Nicolson immer wieder dem Sultan, den französischen Autoritäten auch nicht den leisesten Grund zur Klage zu geben. Anlässlich eines Besuchs beim Sultan im Januar 1902 stellte er fest, daß die Franzosen mit ihrem Mißtrauen gegen den Caid Maclean Recht hätten. Er urteilte über ihn: "These men do not render any service to British interests,

32. DD 2, 369.

33. BD 2, 328.

34. Vgl. Mitteilung bei Lee, Bd. 2, S. 221. Brief Lansdowne's an Eduard VII: Der König solle Maclean mit Zurückhaltung empfangen und ihm keinen Rat geben, ob er auch nach Berlin zum Kaiser fahren solle.

while their employment causes irritation among those who reproach the Sultan for his alleged English proclivities".<sup>35</sup>

Man fühlt sich versucht, die englische und französische Diplomatie psychologisch zu vergleichen. Ich weise dafür hin auf die oben zitierten Äußerungen Cambons und Metternichs (S. 60). Auch die englische Diplomatie wollte den status quo aufrechterhalten, aber sie tat diplomatisch zwar alles, ihn zu sichern, nichts jedoch um für Eventualitäten gerüstet zu sein ("let sleeping dogs lie"). Es prägt sich darin die politische Tradition der splendid isolation aus, die in äußerster Zurückhaltung die beste Taktik sah und sich für den Notfall schon stark genug fühlte, um ihre eigenen Interessen und Ansprüche durchzusetzen. Erst 1903 verstand London sich zu Verhandlungen, und es ist bemerkenswert, daß das erst nach dem Scheitern der Bagdadbahnverhandlungen geschah. Ganz anders, viel konstruktiver arbeitete die französische Diplomatie, die von vornherein sich auch im internationalen Feld die nötigen Sicherungen zu schaffen suchte. Immer von neuem wurden Angriffe auf die englische Zurückhaltung unternommen.

Die Reise des Caid Maclean nach London, wo dieser vom englischen König ehrenvoll empfangen wurde, erregte wieder Nervosität in Paris.<sup>36</sup> Taillandier glaubte, daß der Sultan an englische Hilfe appellieren und mit englischem Kapital große öffentliche Arbeiten unternehmen wollte.<sup>37</sup> Aber man stellte beruhigt fest, daß England sich den marokkanischen Bitten gegenüber zurückhaltend verhielt, vielmehr dem Sultan den Rat gab, alles zu vermeiden, was Vorwand für eine französische Aktion sein könne. Cambon nahm an, daß deshalb der Sultan so plötzlich der Ratifizierung der oben erwähnten Akkorde zustimmte.<sup>38</sup> Zugleich wirkte Taillandier durch ernste Vorhaltungen auf den Sultan ein,<sup>39</sup> während es in London zu einer erneuten Aussprache zwischen Cambon und Lansdowne kam.<sup>40</sup> Lans-

35. Nicolson, S. 143 ff.

36. DD 2, 421 v. 4. 10. 02.

37. DD 2, 443 v. 17. 10. 02 (Taill. an Delcassé). 448 v. 20. 10. 02 (Antwort Delc's).

38. DD 2, 456 v. 23. 10. 02.

39. DD 2, 454.

40. DD 2, 456. — BD 2, 325 v. 15. 10. 02.

downe kam auf die französischen Anregungen vom August zurück, die er dem Kabinett vorgelegt habe. Die Regierung sei jetzt aber durch innenpolitische Fragen so stark in Anspruch genommen, daß man noch etwas warten müsse. Cambon betonte von neuem, daß England nur an Tanger Interesse habe, denn der übrige Teil der Küste sei doch unwirtlich und wertlos. Lansdowne erwiderte, das sei keine zutreffende Beschreibung, das englische Kabinett sei überhaupt nicht darauf vorbereitet, sich über eine mögliche Liquidation Marokkos zu unterhalten. So weit er sehe, seien die ihm vorgetragenen Bedingungen derart, daß man englischerseits Schwierigkeiten haben würde, sie anzunehmen. Diese energische Ablehnung war sicher veranlaßt durch die Berichte des Caid Maclean über französische Intriguen. Ihm hatte Lansdowne geraten, der Sultan solle alle Differenzen mit Frankreich vermeiden.

Übrigens kommt die energische Ablehnung im Bericht an Delcassé nicht so scharf zum Ausdruck. Es lag dem französischen Botschafter anscheinend daran, den Verständigungswillen seines Chefs nicht zu schwächen.<sup>41</sup>

Schon im Februar 1902 konnte der französische Botschafter in Madrid feststellen, daß beim spanischen Außenminister Besorgnis vor englischen Marokkoplänen bestände.<sup>42</sup> Spanien wünsche zwar grundsätzlich den status quo zu erhalten, sei aber für den Fall von Ereignissen, die das unmöglich machten, bereit, sich mit Frankreich über das einzuschlagende Verfahren zu verständigen. Am 11. September berichtete Delcassé an Tailandier,<sup>43</sup> daß die Verhandlungen mit Spanien sehr weit fortgeschritten seien. Wenn sie zum Abschluß eines Akkords geführt hätten, dann werde man sich für die Verhandlungen mit England eine gute Ausgangsstellung gesichert haben. Noch im gleichen Monat meldete die Madrider Botschaft nach Paris,<sup>44</sup>

41. Vgl. dazu Urteil Monsons über Cambon v. 9. 1. 03 in BD 2, 334 und Newton, S. 270. Brief Monsons v. 31. 12. 02. Dort über Cambon: ". . . I believe that he plays very much for his own hand and counts upon being approved and supported without waiting for any definite instructions".

42. DD 2, 66.

43. DD 2, 394.

44. DD 2, 410.

daß man sich dort im Anschluß an englische Pressemeldungen über die Marokkofrage unterhalte. Eine bedeutende spanische Zeitung sprach aus, man könne nicht leugnen, „que le courant le plus fort de l'opinion (peut-être moins prononcé, après tout, qu'on ne se le figure à l'étranger) ne nous porte vers une alliance avec la France“. Bereits unter dem 8. November ist in den DD das Projekt einer spanisch-französischen Konvention mitgeteilt.<sup>45</sup> Am 16. November meldete der französische Botschafter, daß in den spanischen Cortes sich kaum Opposition gegen den Akkord mit Frankreich erheben würde.<sup>46</sup>

Am 23. November unterrichtete der französische Bevollmächtigte, der mit dem spanischen Botschafter in Paris über den Konventionsentwurf verhandelte, seinen Chef, der Botschafter habe ihn zu verschiedenen Malen und mit frappierender Dringlichkeit darauf hingewiesen, daß das ganze Abkommen, um praktischen Wert zu haben, eine Verständigung mit England voraussetze.<sup>47</sup> Damit setzen die Dokumente über die so erfolgreich begonnenen Verhandlungen bis zum 30. Januar 1903 aus. In Madrid war inzwischen, im Dezember 1902, das liberale Kabinett Sagasta durch ein konservatives Kabinett Silvela ersetzt. Der Kabinettswechsel allein wird kaum diesen Aufschub der Besprechungen erklären können. Weder aus den BD noch den DD kann man ersehen, was inzwischen vorgefallen war. Morel teilt mit (nach Reden in den spanischen Cortes vom Juni 1904), daß ein englischer Einspruch in Madrid erfolgt sei.<sup>48</sup> Ich fand dafür keinerlei Bestätigung. Die englischen Akten bringen aus dem Jahr 1902 kein Dokument über die englisch-spanischen Beziehungen. Anfang Januar 1903 versuchte Spanien, seine marokkanischen Interessen von England anerkannt zu sehen.<sup>49</sup> Der spanische Außenminister warnte den englischen Botschafter direkt, nicht an den anscheinenden Wunsch Frankreichs zu glauben, den status quo zu erhalten. Im Übrigen versicherte er,

45. DD 2, 473. Hier wird verwiesen auf eine geplante Convention vom Juni 1900.

46. DD 2, 490.

47. DD 2, 501.

48. S. 55/59.

49. BD 2, 332 v. 3. 1. 03.

daß von einer spanisch-französischen Allianz keine Rede sei und sein werde. Er sehe eine Verständigung mit England als lebensnotwendig für Spanien an. Die recht vorsichtige Antwort Lansdownes anerkannte das spanische Recht, im Falle eines Zusammenbruchs Marokkos bei den dann unvermeidlichen internationalen Besprechungen eine Stimme zu haben.<sup>50</sup> In seinem Bericht über die Unterredung mit Abarzuza, dem Außenminister, schrieb Durand, daß der Außenminister hinsichtlich einer Allianz mit Frankreich seine früheren Versicherungen wiederholt habe. Es ist also möglich, daß der Außenminister in früheren Besprechungen mit Durand den Eindruck gewann, daß England einer spanisch-französischen Verständigung gegenüber mißtrauisch sein würde.

In seiner Instruktion für den neuen Botschafter in Madrid, Jules Cambon, den Bruder des Londoner Botschafters, erwähnte Delcassé den spanischen Wunsch, sich auch mit England zu einigen, da Spanien andernfalls für seine Besitzungen im Atlantik und Mittelmeer fürchte.<sup>51</sup> Er wies Cambon an, abzuwarten. Die erste Anregung zu erneuten Besprechungen müsse von Spanien ausgehen. Übrigens wird auch der Botschafterwechsel erfolgt sein, um Spaniens Zögern zu überwinden. Denn J. Cambon hatte sich während seiner Botschafterzeit in Washington außerordentlich um das Zustandekommen des spanisch-amerikanischen Friedensschlusses bemüht.

Diese Unterbrechung der spanisch-französischen Verhandlungen, die die Hoffnung Delcassés auf eine sofortige „Union der lateinischen Völker“ fürs erste zerstörte,<sup>52</sup> zeigt deutlich das Dilemma der spanischen Politik.<sup>53</sup> Spanien hegte Befürchtungen vor England, das sich in doppelter Form auf der Halbinsel festgesetzt hatte: durch Gibraltar und durch die Allianz mit Portugal. So mußte also Spanien England mit der größten Vorsicht behandeln. Es durfte nicht wagen, hinter Englands Rücken —

50. BD 2, 333.

51. DD 3, 14. v. 8. 1. 03.

52. Combarieu, S. 214/15 u. 223 (Mitteilungen über Unterredungen Delcassé's mit der spanischen Königin 1902).

53. Vgl. Sykes: Sir Mortimer Durand, S. 259/62. Bei ihm wenig exakte Angaben.

letzten Endes also gegen England — Abmachungen mit Frankreich zu treffen. Aus diesem Grunde wird dem neuen Kabinett in Madrid die schon durch den Regierungswechsel bedingte Verzögerung nicht unlieb gewesen sein. Daher rührte dann auch wohl der spanische Wunsch, der seit Anfang 1903 hervortrat und über den auch mit Petersburg gesprochen wurde, daß Rußland einer spanisch-französischen Abmachung beitreten möge, ja von Madrid wurde direkt ein Anschluß Spaniens an den Zweibund vorgeschlagen. Zudem — und auch das wird bei der plötzlichen spanischen Zurückhaltung keine geringe Rolle gespielt haben — wird sich Spanien bei Abmachungen mit Frankreich allein nicht wohl gefühlt haben, weil es befürchten mußte, ohne eigene gute Beziehungen zu England von Frankreich überverteilt zu werden. Schon in der November-Unterredung in Paris kam zum Ausdruck, daß Spanien nicht zufrieden war mit der südlichen Abgrenzung der spanischen Zone, wie sie Paris vorgeschlagen hatte. Spanien legte den größten Wert auf Fez, während Frankreich sich die für eine Bahnverbindung vom nördlichen Marokko nach Algier allein geeignete Linie Fez—Taza sichern wollte.

Es war jedenfalls Delcassé nicht gelungen, sich ohne Wissen Englands mit Spanien zu einigen. England, das inzwischen durch die Beendigung des Burenkrieges seine volle diplomatische Aktionsfähigkeit wiedererlangt hatte, hatte sich nunmehr in Madrid eingeschaltet, wobei es offenbleiben mag, ob aus eigener Initiative oder — und das erscheint wahrscheinlicher — auf Anregung Spaniens, das vielleicht hoffte, England werde seine marokkanischen Ansprüche besser anerkennen, und nun England gegen Frankreich ausspielen möchte.

Die weitere Entwicklung zeigt, daß Spanien mit seinem Versuch kein Glück hatte. Die in den BD mitgeteilten Dokumente zeigen das unbehagliche Gefühl Spaniens, zwischen zwei Stühlen zu sitzen.<sup>54</sup> Madrid versuchte, in London Mißtrauen gegen Frankreich zu stiften; es trieb eine ziemlich zweideutige Politik.

---

54. BD 2, 342/45 (März 1903), 347/50 (Mai 1903) 366 v. 11. 8. 03., 392 v. 27. 2. 04.

Entsprechend der Instruktion Delcassés legte sich J. Cambon erhebliche Zurückhaltung auf. Erst am 30. Januar 1903 kam eine Unterredung zwischen ihm und Silvela zustande, nachdem ihm dieser erst durch Vermittlung des russischen Botschafters seinen Wunsch nach einer Unterredung hatte aussprechen müssen.<sup>55</sup> Silvela selbst war früheren Angaben nach persönlich einer möglichst engen Entente mit Frankreich zugeneigt,<sup>56</sup> während der Außenminister Abarzuza anscheinend mehr für eine spanisch-englische Entente eintrat.<sup>57</sup> Von einer nahen Unterzeichnung des schon im November vorliegenden Vertragsentwurfes war in dieser Unterhaltung keine Rede. Silvela äußerte seinen Wunsch, Rußland möge einer spanisch-französischen Abmachung beitreten. Außerdem sei es seiner Ansicht nach besser, England zu unterrichten. In einer weiteren Unterhaltung erkundigte sich Silvela, was aus dem französisch-spanischen Vertragsentwurf werden solle.<sup>58</sup> Die Antwort Cambons lautete, die vorige Regierung habe es nicht verstanden, die gebotene Chance wahrzunehmen.

Delcassé wandte nichts ein gegen eine Verständigung Lansdownes von den spanisch-französischen Verhandlungen von 1902, betonte aber, daß diese Konfidenzen nicht über das hinausgehen dürften, was tatsächlich erreicht sei. Die Einzelheiten der Abmachungen seien noch vollkommen offen.<sup>59</sup> Es ist amüsant zu sehen, wie wenig die Mitteilungen Abarzuzas an Durand sich im Rahmen dieser französischen Direktiven halten.<sup>60</sup> Er sagte ihm vielmehr, Delcassé dränge jetzt auf Antwort, die er aber erst nach Fühlungnahme mit England erteilen wolle. Man spürt deutlich das spanische Bemühen, die befürchtete Einigung Englands mit Frankreich ohne genügende Berücksichtigung

---

55. DD 3, 53.

56. DD 2, 327.

57. Abarzuza sollte nicht sofort von der Unterredung Silvelas mit Cambon unterrichtet werden (DD 3, 53). In BD 2, 332 äußerte Durand sein Vertrauen zu Abarzuza, besorgte, aber, "that Silvela might him throw over".

58. DD 3, 71 v. 8. 2. 03.

59. DD 3, 64, 68, 83.

60. BD 2, 336/37.

Spaniens zu verhindern.<sup>61</sup> So wünschte auch der spanische Außenminister, daß doch die Besprechungen über eine englisch-spanisch-französische Marokkoabmachung in Madrid geführt werden sollten.<sup>62</sup>

Die spanisch-französischen Verhandlungen von 1903 sollen nicht mehr in diese Darstellung einbezogen werden. Denn die französische Taktik stellte sich nunmehr darauf ein, zunächst mit England abzuschließen. Selbstverständlich wurden, aber von beiden Seiten sehr zögernd, die Besprechungen fortgeführt. Sie wurden zudem gestört durch abermaligen Ministerwechsel im Juli 1903. Von da an blieb Frankreichs Haltung sehr zurückhaltend, denn es war inzwischen die erste direkte englisch-französische Besprechung erfolgt. In einer Unterredung vom 5. September<sup>63</sup> entschuldigte der neue Außenminister sein langes Schweigen über die Marokkoabmachung mit dringender innenpolitischer Inanspruchnahme. Cambon wies ihn jetzt darauf hin, daß vor einem Jahr die spanische Regierung zu ihrem eigenen Nachteil zu zurückhaltend gewesen sei. Von Verhandlungen könne nicht die Rede sein, sondern es handele sich um eine einfache Unterhaltung ohne jede Verbindlichkeit, von der Delcassé nicht einmal sein Kabinett unterrichtet habe. Auch wenn die französischen Absichten im Großen und Ganzen dieselben geblieben seien, so würden doch für eine endgültige Regelung wichtige Änderungen nötig sein. Mit diesem Hinweis war vor allem die Frage der südlichen Abgrenzung der spanischen Zone gemeint.

Im November 1903 zeigte die spanische Regierung ihre Enttäuschung, daß man sie von Paris aus über die in London geführten Verhandlungen im Ungewissen ließ.<sup>64</sup> Sie schloß daraus, daß die spanischen Interessen nicht genügend berücksichtigt würden. Zu einem spanisch-französischen Abkommen kam es nach langen Schwierigkeiten<sup>65</sup> erst im Oktober 1904.<sup>66</sup>

61. DD 3, 71.

62. DD 3, 83.

63. DD 3, 419.

64. DD 4, 91.

65. Vgl. BgD. 2, 67 v. 2. 7. 04 und 69 v. 5. 8. 04. — GP 20 (1), Kap. 144. — BD 3, Kap. 17.

66. Vgl. Fay, Bd. 1, S. 109/10.

Frankreich hatte Spanien gegenüber seit April 1904 leichtes Spiel, da es sich mit England geeinigt hatte, und konnte ihm seine eigenen Bedingungen aufzwingen. So erfolgte auch die endgültige Festsetzung der Demarkationslinie im Süden in Übereinstimmung mit den französischen Forderungen, ohne die Interessen Spaniens zu berücksichtigen.

Nach Unruhen bereits im Sommer 1902 brach im Oktober 1902 ein ernstlicher Aufstand mit der Erhebung eines Gegenkultans aus.<sup>67</sup> Einen großen Teil der Schuld daran maß Taillandier der intimen Freundschaft des Sultans mit der englischen Gruppe an seinem Hof bei, die ihn immer wieder zu „europäischen Torheiten“ verleite.<sup>68</sup> Daß in der europäischen Presse Gerüchte auftauchten, die behaupteten, Frankreich stände hinter den aufständischen Elementen, mag am Rande verzeichnet werden.<sup>69</sup>

Unruhen in Tetuan veranlaßten die Entsendung eines englischen Kreuzers.<sup>70</sup> Delcassé ersuchte Cambon, dem For. Office zu zeigen, daß Frankreich mit Aufmerksamkeit diese Vorgänge verfolge.<sup>71</sup> Cambon selbst befürchtete, daß im Fall ernster Ereignisse England in der Lage sein würde, sich vor der Ankunft französischer Kriegsschiffe dank der Nähe Gibraltars alle Garantien zu verschaffen. Es wurde deshalb ein französisches Schiff nach Oran geschickt, das die französische Politik vor einer durch England geschaffenen vollendeten Tatsache schützen sollte. Auf Anfrage Cambons versicherte Lansdowne, daß die Entsendung des britischen Kreuzers nicht durch die Regierung, sondern durch die Behörden in Gibraltar angeordnet sei. Auch in dieser Unterredung wiederholte Cambon seine Anklagen gegen die englische Umgebung des Sultans, dessen zu moderne Tendenzen diesen Aufstand verursacht hätten.

---

67. Taillandier, S. 96 ff. — Schiemann 1902, S. 390/91 und 437—39. — Livre Jaune, Nr. 33 ff.

68. DD 2, 500.

69. Schiemann 1902, S. 427. Vgl. auch Morel, S. 55. Ähnliche Mitteil. des span. Auß. Min. an Durand in BD 2, 345 v. 31. 3. 03.

70. DD 2, 482 v. 14. 11. 02.

71. DD 2, 500 v. 21. 11. 02.

Also auch dies Gespräch Cambons mit Lansdowne zeigte noch keine Spur von Verständigung, und der im August so optimistische Cambon riet seiner Regierung, mit der Admiralität wirksame Maßnahmen zu verabreden. Die ernste Lage in Marokko veranlaßte ihn, im Dezember von neuem zu Lansdowne über die absolute Notwendigkeit einer Aussprache über die Marokkofrage zu sprechen.<sup>72</sup> Lansdowne weicht aus, schrieb Cambon an Delcassé, er ist jetzt weniger zugänglich als im August. Die Unterredung berührte dann einige Einzelfragen, aus denen sich eine Rivalität ergeben könnte. Cambon riet Delcassé, die bevorstehende Erneuerung der französischen Militärmission zu benutzen, um ihr einen größeren Einfluß zu sichern. Das Londoner Kabinett werde sich seiner Ansicht nach kaum für den Caid Maclean einsetzen.

Delcassé wollte auf keinen Fall in die inneren Unruhen in Marokko eingreifen und alles vermeiden, was die Bevölkerung, die bisher nur mit dem Sultan unzufrieden sei, auch gegen Frankreich aufhetzen könnte.<sup>73</sup> Taillandier hatte zur Entlastung des Sultans eine Besetzung von Oudja (an der marok.-alg. Grenze) vorgeschlagen.<sup>74</sup> Das lehnte Delcassé ab, teilte aber mit, daß ein französischer Kreuzer in Oran bereit liege, und daß er auch in Toulon für die Bereitstellung von Kriegsschiffen sorgen werde. Im gleichen Sinne erfolgte eine Mitteilung an Berlin, Wien, Rom und Petersburg, die eine eventuelle Entsendung von Kriegsschiffen ankündigte. Frankreich werde sich aber zurückhalten, solange keine fremde Intervention den status quo bedrohe.<sup>75</sup>

Auf Anweisung Delcassés sprach Cambon noch am 31. Dezember mit Lansdowne.<sup>76</sup> Den beiden Anregungen Delcassés: Keine Einmischung in den Konflikt — keine isolierte Aktion einer Macht, stimmte Lansdowne zu. Cambon warnte dann vor der Möglichkeit einer deutschen Einmischung. Nur die drei Mächte England, Frankreich und Spanien hätten nach An-

72. DD 2, 529 v. 17. 12. 02. (Vgl. dazu 540, Meldung Taillandiers).

73. DD 2, 545 mit Fußnote.

74. Taillandier, S. 104.

75. DD 2, 550 v. 31. 12. 02. Vgl. DD 3, 2 vom 3. 1. 03.

76. DD 2, 548 v. 30. 12. 02. — DD 2, 552 und BD 2, 330.

sicht Delcassés politische Interessen in Marokko. Keine andere europäische Macht habe Grund, sich in Marokko einzumischen. Die einzige Macht außer den drei genannten, die mehr als einmal ihre Absichten auf Marokko kundgetan hätte, sei Deutschland. Cambon unterrichtete Lansdowne ausführlich über deutsche Versuche, dort Fuß zu fassen. Das einzige Mittel, Deutschland auszuschalten, sei ein Meinungs-austausch zwischen den drei interessierten Mächten (*de mettre l'Allemagne en présence d'une entente établie et des faits accomplis*). In dieser Unterredung sprach Cambon nicht mehr von einer Abgrenzung der Interessensphären, sondern stellte Frankreich als den Vertreter der Nicht-Intervention und der Aufrechterhaltung des *status quo* hin. Wenn er aber über den notwendigen Meinungs-austausch sagte, man müsse alle Möglichkeiten in Rechnung stellen und im Falle der Gefahr schnell handeln, so steckte darin doch mehr als der Gedanke nur an *status quo* und Nicht-Intervention. Jedenfalls war Cambons Sprache vorsichtiger als im Sommer. Was die Anregung eines Dreierabkommens und die Ausschaltung Deutschlands anging, so äußerte Lansdowne, er wolle darüber zunächst mit Balfour sprechen, die Frage bedürfe der Überlegung. Übrigens berichtete Cambon nach Paris, daß Lansdowne sich im Prinzip mit der Ausschaltung anderer Mächte einverstanden erklärt habe, während sich Lansdowne in seinem Bericht an Monson vorsichtiger ausdrückte. Es sei zwar wünschenswert, den Kreis der interessierten Mächte nach Möglichkeit zu beschränken, aber es sei eine delikate Frage, die er näher prüfen wolle, bevor er sich dafür oder dawider entscheide.

Monson nahm mit Interesse den Unterschied in der Sprache Cambons, verglichen mit der August-Unterredung, wahr.<sup>77</sup> Er spricht von Cambons "ardent interest in the 'agressive' element, which he would undoubtedly like to characterize the foreign policy of France". Das bringe ihn dazu, die von Delcassé erteilten Instruktionen mehr in Übereinstimmung mit seinen eigenen Ansichten als denen seines Chefs zu akzentuieren. Interessant für die Taktik Cambons ist auch, daß er seinem

---

77. BD 2, 334 v. 9. 1. 03 (Vgl. S. 133, Anm. 41 dieser Arbeit).

Chef gegenüber die englische Zurückhaltung ein wenig milderte und die englische Bereitwilligkeit stärker betonte, als beide in Wirklichkeit waren. So teilte im März der spanische Außenminister mit, Cambon habe Delcassé überzeugt, England sei nicht an der Marokkofrage interessiert, so daß Spanien und Frankreich sich ruhig verständigen könnten.<sup>78</sup> Die Absicht Cambons dabei war natürlich, Spaniens allzu große Vorsicht gegenüber England zu beschwichtigen. Andererseits sollte die spanische Mitteilung an Durand Mißtrauen stiften zwischen London und Paris. Auch daraus darf man schließen, daß Spanien sich aus eigener Initiative in seinen Verhandlungen mit Frankreich zurückhielt. Ende März kam der spanische Außenminister noch einmal darauf zurück, daß Delcassé durch Cambon hinsichtlich des englischen Interesses an der Marokkofrage irreführt werde.<sup>79</sup>

In den folgenden Monaten geschah zwischen London und Paris nichts, was man als entscheidenden Schritt zu einer endgültigen Verständigung bezeichnen könnte. Man unterhielt sich über eine gemeinsame englisch-französisch-spanische Anleihe.<sup>80</sup> In einer diesbezüglichen Unterredung erkundigte sich Lansdowne nochmal nach den Gedanken, die die Marokkopolitik Delcassés leiteten.<sup>81</sup> Aber er ging nicht weiter darauf ein, sondern zeigte Cambon nur eine Times-Korrespondenz aus Madrid, die die Marokkofrage in Verbindung brachte mit der ägyptischen Frage. Cambon schloß daraus, Lansdowne wolle zeigen, daß die Marokkofrage sich nicht ohne gleichwertige Kompensationen für England lösen lassen werde. Dies ist der allererste Hinweis in den Akten auf die Einbeziehung Ägyptens, die erst in den Verhandlungen von Ende 1903 Tatsache wurde (vgl. Abschnitt b dieses Kapitels).

Die Besprechungen über eine gemeinsame Anleihe bedürfen hier keiner Schilderung.<sup>82</sup> Cambon legte Wert darauf, daß die

78. BD 2, 338 v. 21. 2. 03.

79. BD 2, 343.

80. Vgl. Taillandier, S. 140/42.

81. DD 3, 64 v. 4. 2. 03.

82. DD 3, 69, 86, 104, 109. Betr. Spaniens Teilnahme Nr. 114. und 123 (März 1903).

Regierungen sich nicht allzusehr einmischten.<sup>83</sup> So müßten die Anleiheverhandlungen nur Sache der Banken sein, während die Regierungen nachher davon Kenntnis nehmen sollten. Auch Delcassé hielt es für riskant, von einer gemeinsamen Aktion im Falle der Nichteinhaltung der marokkanischen Zahlungsverpflichtungen zu sprechen. Die Ausdehnung einer solchen Aktion zu Dreien sei schwer zu begrenzen, zumal die englische Regierung sich über ihre eigenen Ansichten in der Marokkofrage nicht geäußert habe.<sup>84</sup>

Auf eine Besprechung über die eventuelle "Liquidation" Marokkos ging Lansdowne nicht ein, bemühte sich aber, im Übrigen mit Frankreich zusammenzuarbeiten. Er zeigte Marokko gegenüber eine außerordentliche Zurückhaltung, so daß jetzt die Nicolsonische Politik zu ihrem Recht kam.<sup>85</sup> Die englische Gesandtschaft in Tanger hielt sich in enger Fühlung mit der französischen Legation. Daß Lansdowne nicht die Absicht hatte, der französischen Marokkopolitik Schwierigkeiten zu bereiten, zeigt seine Stellungnahme zur Affäre von Figuig im Juni 1903. Er brachte der französischen militärischen Aktion gegen aufrehrerische Stämme volles Verständnis entgegen.<sup>86</sup>

Die Ereignisse in Marokko im ersten Halbjahr 1903 und die Stellung Frankreichs zu ihnen brauchen hier nicht dargestellt zu werden.<sup>86</sup> Die für diese Zeit in Frage kommenden Kapitel der Erinnerungen Taillandiers machen den Eindruck, daß es der französischen Diplomatie immer mehr gelang, sich beim Sultan eine Vorrangstellung zu sichern.<sup>87</sup> Man kann kurz sagen, daß die aufständische Bewegung, deren Überwindung dem Sultan große Schwierigkeiten machte, für Frankreich arbeitete. Denn militärische Hilfe, besonders in dem algerisch-marokkanischen Grenzgebiet, auf das allmählich der Aufstand übergriff, konnte nur Frankreich geben. In verschiedenen Einzelfragen kam diese Zusammenarbeit zum Ausdruck. Selbstverständlich wurde die

83. DD 3, 69.

84. DD 3, 86.

85. Vgl. Taillandier's Bericht über die Haltung der ausw. Vertreter in Tanger. DD 3, 131 v. 10. 3. 03.

86. Taillandier, Kap. VI/VII. — Für Lansdownes Haltung DD 3, 293.

87. Vgl. auch Urteil bei Schiemann 1903, S. 43.

Notlage des Sultans von Taillandier nach Kräften ausgenutzt, so etwa zur Stärkung der Stellung der französischen Militärmission. Dafür kam er dem Sultan, wenn dieser irgendwie französische Unterstützung erbat, weit entgegen. Taillandier konnte schon im Januar feststellen, daß bei den marokkanischen Ministern jetzt durchweg eine größere Neigung zur Annäherung an Frankreich bestehe. Ein ausführlicher Bericht vom 21. Juli bestätigt das.<sup>88</sup> Dem entsprach, daß der Sultan seiner englischen Umgebung gegenüber jetzt viel zurückhaltender war, schon um sich nicht vor seinem Volk bloßzustellen.<sup>89</sup>

Die im Livre Jaune für diese Zeit mitgeteilten Dokumente sollten vor allem die französische Beschießung von Zenaga rechtfertigen.<sup>90</sup> Im Kapitel VII seiner Erinnerungen spricht Taillandier ausführlich über die verschiedene Sehweise, mit der Tanger und Paris einerseits, die militärischen Kreise in Algier andererseits die Marokkofrage betrachteten.<sup>91</sup> Die dauernde Beschäftigung mit den Schwierigkeiten der Grenzregion ließ den Kreisen in Algier die Marokkofrage als eine rein militärische erscheinen. „La région frontière leur cachait le Maroc“. Sie ignorierten den Sultan. In Paris und Tanger rechnete man indessen damit, daß für Europa Marokko ein Staat war, wie schwach es auch sein mochte. Außerdem waren der Sultan und seine Regierung die einzige Instanz, mit der man wirklich über die marokkanische Frage verhandeln konnte. So sah man in Paris und Tanger als die Hauptaufgabe an: „obtenir le désistement des puissances intéressées et amener le makhzen, par l'évidence de son intérêt, à ne chercher qu'en nous la protection dont il aurait bientôt besoin pour vivre ... Ce programme impliquait de notre part une observation scrupuleuse des engagements pris et une fidélité imperturbable à la ligne de conduite qui tendait à nous assurer à la longue la confiance et l'amitié du makhzen“.<sup>92</sup>

88. DD 3, 409.

89. Taill., S. 114/17 u. 119. — DD 3, 186.

90. Livre, Jaune, Nr. 44 ff. (meist Berichte aus Algier vom Generalgouvernement).

91. Taillandier, S. 121 ff. — Vgl. auch Morel, S. 54/55.

92. Vgl. die in Übereinstimmung mit Delcassé vom franz. Innen-

b) Ab Mai 1903.

Wenn hier der Besuch des englischen Königs einen Einschnitt kennzeichnen soll, so darf man natürlich nicht verkennen, daß die Anfänge dieser Verständigungsbewegung schon im Jahre 1902 liegen. Im vorigen Abschnitt wies ich darauf hin, daß man den Einsatz der zur Entente vom April 1904 führenden Verhandlungen nicht schon im Jahre 1902 suchen darf.<sup>93</sup> Im ganzen Jahr 1902 und Anfang 1903 waren es immer wieder erneute Angriffe Cambons auf die englische Zurückhaltung, von der Lansdowne nicht abging. In anderem Zusammenhang urteilte Cambon über Lansdowne: „Il ne va pas au devant des gens; il ne prend jamais d'initiative et il faut un peu lui forcer la main pour obtenir ses confidences“.<sup>94</sup> Auch im Januar 1903, als Lansdowne selbst nach den Absichten Delcassés fragte, ging er nicht weiter aus sich heraus. Aber es ist klar: Diese Unterredungen zwischen Lansdowne und dem französischen Botschafter mit der offenen Sprache Cambons waren überhaupt nur möglich in einer Atmosphäre wachsenden Verständigungswillens.

Im 2. Abschnitt des Kapitels V ist schon über die Stimmung der englischen Presse berichtet, die sich in steigendem Maße deutschfeindlich zeigte und eine Annäherung an Frankreich propagierte. Durch Berichte Cambons vom März und April 1903<sup>95</sup> wird das bestätigt, ebenso in einem Rundschreiben Delcassés an die auswärtigen Vertreter Frankreichs über den englischen Königsbesuch.<sup>96</sup> In einem gleichzeitigen Schreiben sprach Cambon über die Stimmung der englischen Presse, deren Annäherungswillen an Frankreich er mit ihrer wachsenden Deutschfeindlichkeit in Zusammenhang brachte.<sup>97</sup> „La France reste ici l'adversaire indiqué de l'Allemagne et nous profitons toujours, de ce qu'elle perdra en popularité“.

minister an den Generalgouverneur erteilten Instruktionen. DD 3, 380 und 389 (August 1903).

93. So noch Pribram, *England and Europe*, S. 94.

94. DD 3, 393.

95. DD 3, 137 und 192.

96. DD 3, 237.

97. DD 3, 229.

erkannte diese Zusammenhänge sehr klar, was z. B. ein Bericht vom 2. Juni 1903 beweist.<sup>98</sup>

Von Interesse ist hier ein Bericht Cambons über die Haltung Chamberlains vom Januar 1903.<sup>99</sup> Chamberlain hatte sich sehr positiv über eine englisch-französische Annäherung ausgesprochen. Cambon erklärte das damit, daß er von Deutschland enttäuscht worden sei. Er urteilte dann über Chamberlain, dieser habe kein politisches Prinzip, sondern sei ein Mensch des Augenblicks und ändere seine Ansichten unglaublich leicht. Er habe ein sehr feines Gefühl für die öffentliche Stimmung und folge allen ihren Schwingungen, indem er vorgebe, sie zu lenken. Darin liege das Geheimnis seiner Popularität.

Schon im Sommer 1903 trat Chamberlain aus dem Kabinett wegen innerer Schwierigkeiten aus. Einen Anteil an den Besprechungen vor Mai 1903 kann man für ihn nicht nachweisen. Nach Juli 1903 war er nicht mehr Minister.

Es sei hier noch darauf verwiesen, daß die britische Handelskammer in Paris und ihr Vorsitzender Th. Barclay sich schon seit 1900 um eine Versöhnung beider Völker bemühten.<sup>100</sup> Von beiden Regierungen wurde der Anteil Barclays am Zustandekommen der Verständigung anerkannt. Seine Arbeit galt unter anderem der Propaganda für einen englisch-französischen Schiedsgerichtsvertrag.<sup>101</sup> In der History of British Foreign Policy wird es als erstes dokumentarisches Symbol der Annäherung bezeichnet, daß im Juli 1903 Cambon dem englischen Kabinett eine von der französischen Regierung gebilligte Formel für einen Schiedsgerichtsvertrag vorlegen konnte.<sup>102</sup> Schon am 19. Mai, also kurz nach Eduards Pariser Aufenthalt, regte Cambon unter Hinweis auf eine Gruppe von 200 französischen Abgeordneten, die für einen solchen Vertrag arbeiteten,

98. GP 17, 5376. — Vgl. auch BgD 2, 60 v. 1. 8. 03. „Man kann annehmen, daß England . . . nie den Gedanken gefaßt haben würde, einen Stützpunkt in Paris zu suchen, wenn ihm jetzt noch daran gelegen wäre, ihn in Berlin zu finden“.

99. DD 3, 37.

100. Vgl. Hesse, S. 27 ff. — Vor allem Barclay, S. 190–237.

101. BD 2, 319 v. 20. 1. 02 und 353 v. 22. 5. 03.

102. Ward-Gooch, S. 308/09.

die Frage bei Lansdowne an.<sup>103</sup> Ende Juli, also nach dem französischen Gegenbesuch in London, veranlaßte die London-Reise dieser französischen Vertreter eine neue Anfrage Cambons, der nun einen Vertragsentwurf vorlegte,<sup>104</sup> den das englische Kabinett als Verhandlungsbasis annahm.<sup>105</sup> Am 14. Oktober erfolgte die Unterzeichnung in London.<sup>106</sup> Cambon konnte nach Paris melden, daß der Lord Mayor von London eine Glückwunschsadresse an den König, Lansdowne und Loubet gerichtet habe.<sup>107</sup> Ende Oktober 1903 besuchten eine große Anzahl Vertreter der Londoner Geschäftswelt Paris, wo sie auch von der Regierung begrüßt wurden.<sup>108</sup>

Zu Beginn des Jahres 1903 aber hielten das französische Mißtrauen gegen englische Absichten und der englische Wille, sich nicht zu früh zu binden, diesem Verständigungswillen noch durchaus das Gleichgewicht. Darin brachte der englische Königsbesuch in Paris einen gewaltigen Fortschritt.<sup>109</sup> Der Plan, außer Rom und Lissabon auch Paris zu besuchen, entsprang der eigenen Initiative Eduards.<sup>110</sup> Das englische Kabinett hielt diesen Plan zunächst für recht gewagt.<sup>111</sup> Eduard wünschte, so offiziell wie nur möglich empfangen zu werden.<sup>112</sup>

Der Biograph Eduards, Sidney Lee, nennt diesen Besuch eine der kritischsten Episoden des politischen Lebens Eduards. In den 90er Jahren hatte der Siamkonflikt und gegen Ende des Jahrhunderts die Faschoda-Affäre Bitterkeit in Frankreich erregt, die sich während des südafrikanischen Krieges Luft machte. Namentlich die nationalistische Presse in Paris opponierte in

103. BD 2, 352.. Vgl. DD 4, 8 mit Fußnote 1.

104. BD 2, 360 — Über die Reise der Abgeordneten vgl. BgD 2, 61/62 (August 1903). Und Cambon in DD 3, 384 v. 31. 7. 03.

105. BD 2, 362 v. 24. 7. und 368 v. 23. 9. 03.

106. BD 2, 371. Text in DD 4, 10.

107. DD 4, 41 v. 27. 10. 03.

108. BD 2, 375.

109. Carroll, S. 200 ff. — Lee, Bd. 2, S. 221 ff. und S. 236/43. Combarieu, S. 245/49. — Schieman 1903, S. 128 ff., 152 ff. 188 ff. — DD 3, 138 v. 14. 3. 03.

110. Vgl. auch DD 3, 178.

111. Newton, S. 279.

112. Bestätigt durch DD 3, 237 v. 11. 5. 03. — Ebenso GP 17, 5376 (Bericht Metternichs).

den Tagen vor der Ankunft des Königs heftig einer englisch-französischen Entente. Es gelang aber dann dem König, die anfängliche Kühle des Publikums zu überwinden. Seine Reden trugen dazu bei.<sup>113</sup> In einem belgischen Rundschreiben vom 13. 5. 03 heißt es: „Seine Majestät hat von einer ‚Annäherung‘ gesprochen, und gewiß hat man eine Annäherung zustande gebracht“.<sup>114</sup> Nach Abreise des Königs konnte Monson nach London melden, daß der Erfolg des Besuches alle Erwartungen übertroffen habe.<sup>115</sup> In einem Bericht vom 11. Mai wies Delcassé auf die glänzende Presse hin, die dieser Besuch auch in England gefunden habe.<sup>116</sup> Er schloß daraus auf ein einmütiges Bestreben des englischen Volkes und der englischen Regierung, die beiderseitigen Beziehungen enger und freundschaftlicher werden zu lassen. In Anbetracht der Handelsbeziehungen und vor allem der Berührung, die Frankreich überall in der Welt mit England habe, erachtete er das für sehr wertvoll. Denn die sich aus diesen Berührungen notwendig ergebenden Schwierigkeiten würden zu Konflikten ausarten, wenn die Regierungen nicht zu einer versöhnlichen Haltung geneigt wären. In Bezug hierauf sagte er, Frankreich könne mit Recht hoffen, daß dieser Besuch seiner Politik nützlich sein werde.

Anfang Juli 1903 erfolgte der Gegenbesuch des Präsidenten Loubet, in dessen Begleitung sich Delcassé befand.<sup>117</sup> Am 7. Juli fand eine eingehende Besprechung der beiden Außenminister statt.<sup>118</sup> In ihr wurden sämtliche Fragen berührt, die zwischen beiden Ländern zur Debatte standen. Damit begannen die englisch-französischen Verhandlungen über eine allseitige kolonialpolitische Verständigung, während bisher nur von fran-

---

113. Lee, Bd. 2, S. 237/39 (Rede vor der brit. Handelskammer und beim Staatsbankett).

114. BgD 2, 55.

115. Lee, Bd. 2, S. 240. Vgl. auch Brief eines Sekretärs der Pariser Botschaft vom 20. 5. 03 (bei Newton, S. 278).

116. DD 3, 237.

117. Lee, Bd. 2, S. 244/45. — Combarieu, S. 251/61. — Schiemann 1903, S. 236 ff. u. 244 ff. (auch russ. Stimmen). — BgD 2, 58/60.

118. BD 2, 357. — DD 3, 362.

zösischen Versuchen, solche Verhandlungen herbeizuführen, die Rede sein kann.

Hier mag noch für einen Moment innegehalten und über den Anteil König Eduards am Zustandekommen der Entente gesprochen werden. Auf dem Kontinent überschätzte man den Einfluß des englischen Königs auf die auswärtige Politik seines Landes.<sup>119</sup> In einem Brief an Lansdowne (Januar 1915) äußerte sich Balfour über das Buch eines englischen Historikers, in dem dieser die Entente-Politik dem englischen König zuschrieb.<sup>120</sup> Nach Balfours Ansicht aber hatte der König zu wichtigen politischen Fragen nie einen entscheidenden Vorschlag gemacht. Newton nennt den König einen sehr erfolgreichen konstitutionellen Monarchen, der auf Grund seiner Persönlichkeit besonders befähigt gewesen sei, eine sympathische politische Atmosphäre zu schaffen.<sup>121</sup> Aber es gibt seiner Ansicht nach für das letzte halbe Jahrhundert kein Beispiel dafür, daß der Wille des englischen Monarchen in einer wichtigen Angelegenheit sich gegen ein Kabinett mit anderer Ansicht durchgesetzt hätte. Und er fügt hinzu: “. . . King Eduard was not of a studious disposition, and as he read little, his knowledge of complicated international questions can scarcely have been profound”.

Die im Verlauf dieses Kapitels bereits benutzten Dokumente beweisen, daß die ursprüngliche Initiative zu den Verhandlungen durchaus auf französischer Seite lag.<sup>122</sup> Das Verdienst aber, eine Atmosphäre geschaffen zu haben, in der diese vollständige Bereini-

---

119. Pribram, *England and Europe*, S. 96.

120. Newton, S. 293.

121. Newton, S. 292. — Vgl. Hesse, S. 29 ff. — Eine sehr gute Charakteristik des Königs gibt Brinkmann, S. 182/83: Sachlich fielen mit Eduard die letzten Bindungen, die bei seiner Mutter daran erinnert hatten, daß die engl. Dynastie trotz aller verfassungsrechtlichen Einbeziehung in die nationale Aristokratie ursprünglich eine fremde, durch hundert Fäden mit den festländischen Herrschergeschlechtern zusammengehaltene Dynastie war. Hier war ein König, der mit allen maßgebenden Kreisen der engl. u. internationalen, namentlich kapitalistischen und parlamentarischen Gesellschaft in Fühlung trat und den elterlichen Beziehungen zu deutschen Fürstenhäusern die der zweiten Generation natürliche Kritik entgegenbrachte.

122. Vgl. Lee, Bd. 2, S. 254.

gung aller kolonialpolitischen Differenzen möglich wurde, kommt Eduard VII zu. So schrieb Lansdowne am 8. April 1904: "... the movement... received a powerful impulse from the visit paid to France by H. M. King Edward . . . and by the return visit of President Loubet to this country".<sup>123</sup> Dem englischen König lag daran, von sich aus die Voraussetzungen zu schaffen für eine englisch-französische Verständigung. So bemühte er sich in Lissabon kurz vor seinem Eintreffen in Paris zu zeigen, daß er der Politik seines Landes eine unzweideutige Orientierung zum Zweibund hin geben wolle.<sup>124</sup> Der König von Portugal konnte nach dem Gespräch mit Eduard dem französischen Gesandten sagen, es bestehe die Möglichkeit, daß der König auch Petersburg besuchen werde.<sup>125</sup> Dom Karlos wies den französischen Gesandten darauf hin, wie ungeheuer wichtig es sei, daß der englische König in Paris eine gute Aufnahme finde, denn eine Enttäuschung würde ihn von dem Wege, den er zu gehen gedenke, vielleicht unwiderruflich ablenken.

Combarieu teilt mit, daß Loubet und Eduard VII sich unter vier Augen unterhalten und dabei ihre Übereinstimmung in allen Fragen der äußeren Politik festgestellt hätten, besonders auch über die Rolle, welche Frankreich in Marokko zukäme.<sup>126</sup> Für den Gang der Verhandlungen zwischen Quai d'Orsay und Downing Street blieb das ohne Einfluß. In seinem Bericht an die auswärtigen Vertreter Frankreichs über den Königsbesuch sagte auch Delcassé,<sup>127</sup> es gehe nicht an, den privaten Äußerungen des Königs allzu große Tragweite beizumessen. Da der König ohne Ministerreise, sei er nicht in der Lage gewesen, über Allgemeinheiten hinauszugehen. Aktiv hat er an den späteren Verhandlungen nicht teilgenommen. Lansdowne legte ihm teilweise die englischen Entwürfe vor, nahm aber durchaus nicht jede vom König vorgeschlagene Änderung an.<sup>128</sup> Bezeichnend für die doch ein

123. BD 2, 416. Vgl. DD 3, 384.

124. DD 3, 178 v. 12. 4. 03 (franz. Bericht aus Lissabon).

125. Ähnliche Gerüchte auch in BgD 2, 56 v. 16. 5. 03.

126. Combarieu, S. 247.

127. DD 3, 237 v. 11. 5. 03.

128. Lee, Bd. 2, S. 246/47. — BD 2, S. 400 über Randglossen und Änderungsvorschläge des Königs.

wenig dekorative Stellung des Königs ist nachher 1904 der Streit über die Frage, ob das Parlament die Abmachungen mit Frankreich ratifizieren müsse. Der König verneinte diese Frage und beanspruchte für sich das Recht, über Gebietsabtretungen zu entscheiden. Er gab nur sehr ungern nach.<sup>129</sup> Damit war eins der letzten bedeutenden Vorrechte der Krone vom Parlament übernommen.

Der holländische Historiker Enthoven legt starken Akzent auf die persönliche Initiative Eduards, der den berühmten Besuch trotz der Widerstände seines Kabinetts durchgeführt habe, und entwickelt ein regelrechtes System der Außenpolitik Eduards, dessen Schlußstein eine deutsch-englische Rückversicherung hätte sein müssen.<sup>130</sup> Auf diese Gedankengänge kann hier nicht weiter eingegangen werden. Der Lansdowne-Biograph Lord Newton nennt die kontinentale Auffassung von Eduard als einem Intrigieur, der unermüdlich an der Einkreisung Deutschlands arbeitete, eine internationale Halluzination.<sup>131</sup> Tatsache bleibt jedenfalls daß Eduard eine Annäherung an Frankreich wünschte und die deutsch-englische Zusammenarbeit in der Venezuela-Affäre sehr wenig schätzte.<sup>132</sup>

Kurz vor der Unterredung der beiden Außenminister am 7. Juli 1903 besuchte der deutschfeindlich eingestellte<sup>133</sup> Chef der französischen Kolonialpartei Etienne Lansdowne.<sup>134</sup> Etienne unterstrich, daß es Frankreich vor allem auf Marokko ankomme, erwähnte auch verschiedene andere koloniale Fragen. Lansdowne erwiderte, nichts würde ihm größere Genugtuung bereiten als die Förderung eines "give and take" Abkommens. Wenn die französische Regierung ihre Karten offen auf den Tisch lege und ihre Gedanken und Absichten frei ausspreche, dann werde das englische Kabinett ihr mit der gleichen Offenheit antworten. Diese

129. Lee, Bd. 2, S. 251/53.

130. Enthoven, Koning Edward VII, S. 423 ff.

131. Newton, S. 292. Vgl. auch Stern über Eduards ausw. Politik. Er fällt kein abschließendes Urteil, hält aber die Behauptung von Eduards Willen zur Isolierung Deutschlands für nicht bewiesen.

132. Vgl. oben S. 117 mit GP-Dokumenten und DD 3, 49 v. 29. 1. 03. Über Russenfreundlichkeit Eduards VIII. vgl. Schiemann 1904, S. 80.

133. Angabe Radolins, GP 17, 5206, Fußnote.

134. BD 2, 356 v. 2. 7. 03.

Unterredung war der Auftakt für die Unterhaltung der beiden Minister, um die Delcassé Lansdowne gebeten hatte.<sup>135</sup>

Es ist nicht meine Absicht, im Rahmen dieser über Marokko handelnden Arbeit über die nunmehr bis zum April 1904 nicht mehr abreißenden Verhandlungen zwischen Paris und London, deren Einsatz in dieser Besprechung vom 7. Juli lag, vollständig zu berichten. Es handelte sich um ein kolonialpolitisches Tauschgeschäft, das sich außer um Marokko um Ägypten, Neufundland, Siam und die Neuen Hebriden drehte. Im Laufe der Besprechungen tauchten noch weitere koloniale Fragen zweiten Ranges auf. Hier kann nur der sich auf Marokko beziehende Faden verfolgt werden mit einiger Erwähnung Ägyptens. Das waren für die beiden Partner die wichtigsten Punkte. Ich erinnere an das englisch-französische Abkommen vom März 1899 (vgl. oben S. 39), in dem die Entscheidung über die afrikanischen Gebiete nördlich des Wendekreises — also für Marokko und Ägypten — vollkommen offengelassen wurde.

Am 7. Juli betonte Delcassé, nachdem man zunächst über Neufundland gesprochen hatte, daß eine Verständigung tatsächlich von der Haltung abhängt, die England gegenüber den französischen Interessen in Marokko einnehme. Frankreich wolle, so versicherte er, weder den Sultan beseitigen, noch das Land annektieren, sondern im Gegenteil den Sultan stützen. Das sei ein bequemerer Verfahren als eine französische Verwaltung. Lansdowne nannte unter Hinweis auf die durchaus loyale Haltung Englands die drei englischen Forderungen, die die unbedingte Voraussetzung für jede Unterhaltung über die Marokkofrage seien. Zunächst sei England an der Mittelmeerküste und besonders an Tanger und der angrenzenden atlantischen Küste interessiert. Zweitens müßten die spanischen Interessen berücksichtigt werden. Drittens dürfe der englische Handel in keiner Weise geschädigt werden. Delcassé hielt es für durchaus sicher, daß Frankreich England über diese drei Punkte beruhigen könne. Lansdowne erwähnte dann Ägypten, an dessen Räumung England nicht denke. Trotz des guten Verhältnisses der englischen und französischen Beamten sei es möglich, daß

135. BD 2, 357.

Frankreich, wenn es wolle, den Engländern Schwierigkeiten mache. Das müsse man berücksichtigen, wenn eine generelle Verständigung erstrebt werde. Delcassés Antwort ging dahin, daß die ägyptische Frage ein Teil der größeren afrikanischen sei, die zufriedenstellend gelöst werden könne, wenn man nur zu einer Abmachung über Frankreichs Stellung in Marokko kommen könne. Diese Antwort war vage, aber entgegenkommend. Delcassés Bericht an Cambon über diese Unterredung<sup>136</sup> zeigt deutlich sein Bestreben, eine Beschäftigung mit der Ägyptenfrage möglichst zu vermeiden. Er erwähnte, Lansdowne habe angesichts seiner Reserve die politische Frage nicht berührt, sondern nur über finanzielle Fragen Ägyptens gesprochen, und wies Cambon darauf hin, daß er Lansdowne gegenüber als den Ausgangspunkt der ganzen Besprechungen die Regelung der marokkanischen Frage im Sinne der französischen Ansichten bezeichnet habe.

Dementsprechend versuchte Cambon in einer Unterredung mit Lansdowne am 15. Juli,<sup>137</sup> die Marokkofrage ausschließlich in den Vordergrund zu schieben. Er wolle im Einverständnis mit seinem Chef dem englischen Kabinett ein Memorandum über die französischen Ansichten betr. Marokko vorlegen. Lansdowne lehnte das nicht ab, betonte aber mit Nachdruck, daß die Besprechungen unvermeidlich über Marokko hinausgehen würden.

Auf englischer Seite zeigte sich an der Ägyptenfrage vor allem Lord Cromer interessiert, der seit 1885 englischer Generalkonsul und Agent in Kairo war. Schon im Februar 1903 konnte der französische Vertreter aus Kairo melden, daß Cromer Ägypten von der internationalen Finanzkontrolle befreien wolle.<sup>138</sup> Von Beginn der Verhandlungen an stand Cromer mit Lansdowne in Briefwechsel.<sup>139</sup> Anfang August legte er Lansdowne eine Denkschrift über die notwendigen englischen Forderungen hinsichtlich Ägyptens vor.<sup>140</sup>

136. DD 3, 362.

137. BD 2, 358. — DD 3, 363.

138. DD 3, 183 u. Fußnote 1.

139. BD 2, 359 v. 17. 7. 03.

140. BD 2, 365.

Auf Anfrage vom 21. Juli<sup>141</sup> erhielt Cambon am 27. Juli eine Aufzeichnung Delcassés,<sup>142</sup> von deren Inhalt er am 29. Lansdowne unterrichtete.<sup>143</sup> Von Interesse ist darin, daß Delcassé vorschlug, die einzelnen Fragen nacheinander zu verhandeln und schließlich zum Gegenstand ein und desselben Abkommens zu machen. Um dem englischen Wunsch nach Neutralisierung der Küste entgegenzukommen, sollten auf der marokkanischen Seite der Straße von Gibraltar keine Befestigungen errichtet werden. Ägypten wurde überhaupt nicht erwähnt. Lansdowne hielt die Neutralisierung eines größeren Teils der Küste für notwendig. Denn es sei nicht richtig, daß England nur an der Küste der Meereenge selbst interessiert sei. Lansdowne machte Cambon diese Forderung mundgerecht durch den Hinweis auf deutsche Absichten, an der atlantischen Küste Marokkos eine Kohlenstation, vielleicht sogar einen Kriegshafen zu errichten. Die Hauptschwierigkeit, die sich in dieser Unterredung offenbarte, war die von Lansdowne geforderte Einbeziehung Ägyptens in die Verhandlungen. Cambon erklärte, dafür keine Instruktionen zu haben. Er empfand sehr richtig, daß Ägypten für England der empfindlichste Punkt war, und empfahl Delcassé, für den Fall der französischen Zustimmung zur englischen Besetzung Ägyptens höhere Forderungen in Marokko zu stellen.

In der Antwort auf Cambons Bericht entsprach Delcassé dieser Anregung.<sup>144</sup> Er verlangte für den Fall, daß Spanien mit seiner Zustimmung zu einem französisch-spanischen Akkord zu lange warte oder sie überhaupt verweigere, England solle seine dritte Bedingung — Berücksichtigung Spaniens — dann als erfüllt ansehen.

In der nächsten Unterredung mit Cambon am 5. August<sup>145</sup> forderte Lansdowne wieder die Einbeziehung Ägyptens. Cambon machte ihn auf die französische Stimmung aufmerksam, der Delcassé eine französische Anerkennung der englischen Vorherrschaft

141. DD 3, 363.

142. DD 3, 372.

143. BD 2, 363. DD. 3,381.

144. DD 3, 387 v. 2. 8. 03.

145. BD 2, 364. — DD 3,392.

in Ägypten nicht zumuten könne. Aber er stellte der englischen Regierung frei, in einem Memorandum ihre Wünsche zu äußern. Auch in dieser Unterredung betonte Lansdowne, daß unbedingt Spanien berücksichtigt werden müsse. Man darf in diesem Punkt der englischen Forderungen nicht selbstlose englische Fürsorge für Spanien sehen, sondern es lag sehr eindeutig im englischen Interesse, daß sich in der Nähe der Meerege kein starker Staat festsetze. England wollte mit dieser Forderung das gleiche erreichen wie mit der geforderten Neutralisierung der Küste.

Der Beginn der englischen Ferien unterbrach die Besprechungen bis Ende September. Diese erste Serie von Unterhaltungen zeigt das In-Stellung-Gehen der beiden verhandelnden Parteien. So sagt auch ein in den BgD wiedergegebener Bericht aus London vom 31. Juli<sup>146</sup>, daß man in Paris damals gewillt war, die ganze Frage auf den praktischen Boden zu schieben und die verschiedenen Punkte einzeln und nacheinander durchzugehen. Und „seitdem hört man in England die Stimme der Klugheit, und der praktische Geist des Volkes erwacht . . . man muß sich hüten, seinen neuen Freunden etwas zuzugestehen, ohne Gegenleistungen zu verlangen“.

Erst am 1. Oktober legte Lansdowne dem französischen Botschafter eine Denkschrift über die englischen Forderungen und Ansichten vor.<sup>147</sup> Hinsichtlich Marokkos wurden die drei englischen Forderungen wiederholt: Sicherheit für den englischen Handel — Berücksichtigung Spaniens — Neutralisierung jetzt der ganzen marokkanischen Küste. Am 7. Oktober folgte eine Unterhaltung mit Cambon über das englische Memorandum.<sup>148</sup> Cambon, der inzwischen mit Delcassé gesprochen hatte, teilte Lansdowne als die Ansicht seines Chefs mit, daß die zwei hauptsächlichsten Fragen Ägypten und Marokko seien. Delcassé habe im Juli nicht verstanden, daß England die ganze ägyptische Frage aufrollen wolle. Er schlage vor, daß man sich schrittweise über Ägypten verständige. Lansdowne machte ihm klar, daß England einer unbegrenzten Hinausschiebung der Anerken-

146. BgD 2, 63.

147. BD 2, 369.

148. BD 2, 370 und DD 4, 7.

nung des permanenten Charakters der englischen Besetzung Ägyptens nicht zustimmen könne. Seine Regierung verlange ein sofortiges Ja oder Nein. Cambon äußerte noch Bedenken über die von England geforderte Neutralisierung der ganzen Küste, denen Lansdowne Rechnung tragen wollte. Im Übrigen wünschte der englische Minister, daß man möglichst bald zu einer Verständigung komme, da sich sonst in Verbindung mit dem Zusammentritt des Parlaments möglicherweise innere Schwierigkeiten ergeben könnten.<sup>149</sup> Mit der offiziellen Antwort ließ Delcassé auf sich warten. Am 21. Oktober erkundigte sich Lansdowne von neuem, ob Delcassé sich inzwischen über das englische Memorandum geäußert habe.<sup>150</sup> Cambon erwiderte unverbindlich, daß Delcassé eine unmittelbare Aufgabe Ägyptens durch Frankreich für unmöglich halte.

Inzwischen war der Caid Maclean nach London gereist, wo er sich von neuem um eine Anleihe bemühte.<sup>151</sup> Lansdowne unterrichtete Cambon darüber. Die englischen Bankiers wollten eine Anleihe geben, wenn die englische Regierung sie dazu ermutige. Cambon meinte, es sei unzutunlich, wenn sich jetzt noch englische Finanzleute beim Sultan engagieren, da binnen kurzem doch Frankreich als der privilegierte Geldgeber anerkannt werden müsse. Lansdowne schlug unter Hinweis auf die Dringlichkeit einer Anleihe für den Sultan doch eine Teilung der Anleihe vor, zumal man die englischen Bankiers nicht auf Antwort warten lassen könne, bis die Verhandlungen über Marokko zu einem guten Ende geführt wären. Im Übrigen fielen in die gleiche Zeit Kundgebungen der englischen Geschäftswelt, die in einer Adresse an das Foreign Office die Aufforderung richtete, die Interessen des englischen Marokkohandels energisch zu vertreten.<sup>152</sup> Aus Rücksicht darauf riet Cambon seinem Chef, in dieser Übergangszeit doch noch einer gemeinsamen englisch-französischen Anleihe zuzu-

149. BD 2, 371 vom 14. 10. 03 und DD 4, 27 v. 21. 10. 03.

150. DD 4, 30.

151. DD 4, 30. Vgl. auch DD 3, 452 v. 2. 10. 03 über Besuch Macleans in der Londoner französ. Botschaft.

152. DD 4, 28 v. 21. 10. — Vgl. auch Schiemann, 1903, S. 301 f. über Angriffe der engl. Presse gegen die englische Politik (Englands große Stellung im nordwestl. Afrika sei einer „altruistischen Donquichoterie“ geopfert worden).

stimmen. Das englische Kapital würde kaum allein eine Anleihe riskieren, und dann bestände die Gefahr, daß Marokko eine Anleihe von Deutschland aufnähme. Am 26. Oktober ermächtigte Delcassé seinen Botschafter, Lansdowne über eine gemeinsame Anleihe positive Zusicherungen zu geben.<sup>153</sup> Allerdings sollte dann nach Abschluß des Akkords diese Anleihe mit Hilfe einer neuen, nur für französische Kreditinstitute reservierten Finanzoperation getilgt werden. Der Caid Maclean hatte keinen Erfolg. Darauf machte ein englisches Bankhaus einen neuen Vorschlag, den Delcassé wegen der daran geknüpften Bedingungen ablehnte. Er hielt den Mißerfolg des Caid Maclean für überaus erwünscht, denn es sei für den französischen Einfluß in Marokko besser, wenn der Sultan nicht anderswo finanzielle Hilfe fände.<sup>154</sup>

Nach eingehender Prüfung des Lansdowneschen Briefes vom 1. Oktober durch Delcassé<sup>155</sup> legte Cambon am 26. Oktober dem englischen Außenminister die offizielle Antwort aus Paris vor.<sup>156</sup> In seinem Begleitschreiben an Cambon<sup>155</sup> stellte Delcassé fest, daß in Ägypten die Zeit gegen Frankreich gearbeitet habe, daß England seine zunächst sehr prekäre Position in ein verhülltes Protektorat umgewandelt habe. Die französischen Rechte in Ägypten würden von Jahr zu Jahr immer theoretischer. Je länger man warte, umso geringer seien die Vorteile, die man bei einem Verzicht auf diese Rechte einhandeln könne. Hiermit lenkte Delcassé deutlich ein (vgl. auch den sich auf Ägypten beziehenden Passus im Brief Cambons an Lansdowne vom 26. Oktober). Bezüglich Marokkos sprach Delcassé von einer Neutralisierung der Küste bis zu den Bergen nördlich der Mündung des Sebou. Außerdem sollten sich beide Regierungen verpflichten — vorbehaltlich der Konsequenzen der zu treffenden Abmachung —, den territorialen status quo in einem Umkreis von 500 Meilen um Gibraltar aufrechtzuerhalten. Delcassé wollte damit deutschen Absichten begeben und die Meer-

153. DD 4, 39.

154. DD 4, 75, 78/79 (Nov. 1903). — Ausführlich über die franz. Anleihepolitik gegenüber Marokko Taillandier, S. 152/3 und S. 158/78. S. 166 über die Gründe der oben erwähnten Ablehnung.

155. DD 4, 36, Fußnote 3.

156. DD 4, 40 u. BD 2, 373.

enge und ihr Nachbargebiet vor allen gefährlichen Unternehmungen sichern.<sup>157</sup>

Lansdowne vermied zunächst eine eingehende Besprechung der französischen Vorschläge, hielt aber die französischen Ansprüche auf territoriale Entschädigung (Forderung nach Abtretung Gambias als Ersatz für Verzicht auf die französischen Rechte in Neufundland) für sehr weitgehend.<sup>158</sup> Cambon kritisierte das Zögern Lansdownes als echt britisch. Man behandle die Fragen der territorialen Kompensation im Foreign Office wie in einem Büro der City.<sup>159</sup> Cambon empfahl, man solle von Paris aus keine Eile zeigen, sich nicht drängen lassen, denn: „Les Anglais deviendront intraitables s'ils nous sentent trop désireux d'en finir“.

Erst am 19. November, mehr als drei Wochen nach Empfang der französischen Vorschläge teilte Lansdowne Cambon schriftlich die Ansicht seiner Regierung mit.<sup>160</sup> In der Marokkofrage zeigten sich kaum noch Schwierigkeiten. England wünschte jetzt nur mehr eine Neutralisierung der Küste bis Rhabat (südlich der Sebou-Mündung), hatte also die Oktober-Forderung erheblich herabgesetzt. Nur die Garantie für den status quo in einem Umkreis von 500 Meilen um Gibraltar lehnte das englische Kabinett ab. Von Interesse ist in diesem Brief die Anregung Lansdownes, daß zwar beide Regierungen Marokko, bzw. Ägypten nicht annectieren wollten, daß aber für den Fall einer eventuell notwendigen Modifikation dieses Grundsatzes die Verpflichtungen jeder Regierung betreffend Handelsfreiheit bestehen bleiben sollten. Das ist eine ganz andere Haltung als 1902, wo jede französische Erwähnung solcher Möglichkeit auf die äußerste Zurückhaltung Englands stieß.

In diesem Stadium der Verhandlungen schrieb Lansdowne an Cromer, daß die einzigen Schwierigkeiten die finanzielle Seite der ägyptischen Frage und die Frage territorialer Kompensationen seien.<sup>161</sup> Er erwähnte auch das Geschrei der Presse,

157. Vgl. DD 4, 117 (Delcassé) v. 6. 12. 03.

158. DD 4, 46 v. 28. 10. 03. und 59 v. 4. 11. 03.

159. DD 4, 89.

160. BD 2, 376/77.

161. Newton, S. 286/87 v. 7. 12. 03.

die Regierung habe das westliche Mittelmeer aufgegeben und die Interessen des Empire an anderen Punkten verraten. "We must make our minds up to face that sort of music, and I don't want another Bagdad Railway Fiasco".<sup>162</sup> Lord Cromer lag vor allem an der endgültigen Festigung der englischen Stellung in Ägypten. Er drang in Lansdowne, die gegenwärtige günstige Gelegenheit auszunutzen. Für ihn war es eins der Hauptziele, daß England freie Hand in den Finanzangelegenheiten Ägyptens und des Sudans bekam.<sup>163</sup> "We must not fail ... we must manage to come to terms".<sup>164</sup>

Am 11. Dezember nahm der englische Ministerrat Stellung zu den neuen französischen Vorschlägen vom 6. Dezember,<sup>165</sup> die hinsichtlich Marokkos die gleichen waren wie die von Ende Oktober.<sup>166</sup> Schon am 9. Dezember hatte Lansdowne geäußert, daß er eine Neutralisierung der Küste bis Rhabat für notwendig halte.<sup>167</sup> Das wurde durch das Gesamtkabinettt bestätigt, dem auch die französische Forderung betr. status quo 500 Meilen um Gibraltar herum die Tragweite dieses Abkommens zu überschreiten schien. Aus dem Bericht Cambons an Delcassé geht übrigens hervor, daß man in Paris nicht so sehr deutsche, als vielmehr englische Absichten auf die Balearen besorgte.

Jedenfalls waren das keine entscheidenden Fragen mehr. Die Hauptschwierigkeiten lagen nun in der Frage der von England zu gewährenden territorialen Entschädigung für die Aufgabe der französischen Rechte in Neufundland. Am 7. Januar 1904 schrieb Cambon nach Paris,<sup>168</sup> man dürfe keine zu nachgiebige Haltung zeigen. Nach Ablehnung der französischen

162. Vgl. darüber Schiemann 1903, S. 301 f.

163. Vgl. Berichte des franz. Vertreters in Kairo (DD 4, 94 v. 22. 11. 114 v. 3. 12. 1903). „Il s'agissait . . . de faire 'table rase' de toutes les institutions actuelles qui gênent encore l'Angleterre en Egypte“.

164. Newton, S. 283/84. Ähnlich am 27. 11. 03 (S. 285/86). Dort auch über die franz. Hoffnung, daß Engl. sich auch mit Rußl. verständigen u. so Deutschland isolieren werde.

165. DD 4, 120 u. BD 2, 380.

166. Vgl. DD 4, 36 u. 40. Wiederholt in Delcassé's Antwort v. 6. Dez. auf Lansdowne's Brief v. 19. 11. in DD 4, 117.

167. DD 4, 119 u. BD 2, 378.

168. DD 4, 158.

Vorschläge müßten nunmehr neue Vorschläge von England ausgehen.<sup>169</sup> Vor allem müsse man Lansdowne klar machen, daß man in der Besprechung der ägyptischen Frage erst fortfahren könne, wenn eine Verständigung in der Neufundlandfrage und hinsichtlich Marokkos erzielt worden sei.

Am 13. Januar wurde vor allem über Neufundland gesprochen.<sup>170</sup> Lansdowne erwähnte beiläufig, daß ein Nachgeben seiner Regierung in der Frage der Neutralisierung der Küste (bis Rhabat oder nördlich vom Sebou) nur erwogen werden könne, wenn Frankreich in der Neufundlandfrage nachgäbe. Cambon bat Delcassé zu erwägen, ob man nicht eine neue territoriale Entschädigung fordern könne, um Zeit zu gewinnen. In der Zwischenzeit könne man dann vielleicht Lord Cromer, dem sehr viel an einer Regelung der ägyptischen Frage liege, gewinnen, um ihn auf das englische Kabinett einwirken zu lassen. In diesem Sinne erhielt der französische Vertreter in Kairo Anweisung.<sup>171</sup> Am 20. Januar sprach er zu Lord Cromer über den Stillstand der Verhandlungen.<sup>172</sup> Lord Cromer versprach „sein Möglichstes zu tun“ und schrieb in diesem Sinne an Lansdowne.<sup>173</sup> Er empfahl, entweder Konzessionen in der Neufundlandfrage zu machen oder zunächst über Marokko und Ägypten allein zu verhandeln. Das erste halte er für die beste Lösung, während die zweite immerhin der Untätigkeit vorzuziehen sei. „To allow negotiations to break down now would in my opinion be little short of a calamity, whether from the general or the local Egyptian point of view“. Cromer hielt die französischen Zugeständnisse in Ägypten für wertvoller als die englischen in Marokko. Den gleichen Standpunkt hatte schon in den Unterredungen von Ende 1903 Cambon vertreten. Aber Lansdowne wollte das große französische Interesse, die eigene Stellung in Marokko anerkannt zu sehen, in Rechnung stellen.<sup>174</sup>

169. BD 2, 383 v. 5. 1. 04.

170. BD 2, 384 und DD 4, 178.

171. DD 4, 198 v. 19. 1. 04.

172. DD 4, 201 v. 20. 1.

173. BD 2, 387. Telegramm schon am 20. 1. (Newton, S. 289).

174. So etwa am 17. 11. 03 an Cromer (Newton, S. 285).

Der ganze Februar verging, ohne daß man weiterkam, obwohl beide Partner es bedauerten, da gerade jetzt eine Übereinstimmung zwischen beiden Staaten von höchstem Werte war.<sup>175</sup> Denn inzwischen war am 7. Februar der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Petersburg und Tokio erfolgt. In England war man unruhig und wünschte nicht in den Konflikt hineingezogen zu werden.<sup>176</sup> Cambon hielt es für gut, wenn man England über die Tragweite der russisch-französischen Abmachung von 1902 im Unklaren ließ.<sup>177</sup> Sicherlich trug der Kriegsausbruch dazu bei, den Willen zur Verständigung auf beiden Seiten zu erhöhen.<sup>178</sup>

Anfang März brachte die Annahme eines neuen englischen Angebots durch Delcassé die Angelegenheit weiter. Man begann schon, sich über die Form der Abmachungen und der Veröffentlichung zu unterhalten. Mitte März reiste der englische Bevollmächtigte für die Verhandlungen über die ägyptische Frage nach Paris. Welch Schwierigkeiten Delcassé in Paris selbst befürchtete, kann man daraus ersehen, daß er Anfang März den französischen Kolonialminister noch nicht ins Vertrauen gezogen hatte.<sup>179</sup>

Am 11. März konnte Cambon Lansdowne wieder an die Frage der neutralisierten Zone an der marokkanischen Küste erinnern.<sup>180</sup> In einer weiteren Unterredung vom gleichen Tage, der eine englische Kabinettsitzung vorausgegangen war, erklärte Lansdowne sich nunmehr mit einer Neutralisierung der Küste bis nördlich vom Sebou einverstanden.<sup>181</sup> Er hielt für nötig, daß man jetzt auch Spanien unterrichte. Was die Veröffentlichung der Abmachungen anging, so war Lansdowne für den Abschluß eines formellen Vertrages, der den Parlamenten vorgelegt werden solle. Ein besonderes und geheimes Abkommen könne sich dann mit den Verabredungen befassen, die für den Fall

---

175. DD 4, 263 v. 11. 2. 04.

176. DD 4, 289 u. 297 v. 18/20. 2. 04.

177. DD 4, 246 v. 8. 2. 04.

178. Brandenburg, S. 177. u. Eckardtstein, Bd. 3, S. 73.

179. BD 2, 394 v. 2. 3. 04.

180. BD 2, 398 u. DD 4, 341.

181. DD 4, 342 u. BD 2, 398.

einer Liquidierung Marokkos getroffen werden. Delcassé war gegen eine solche Veröffentlichung und vertrat die Ansicht, daß die Kammern sich mit einer mündlichen Erklärung zufrieden geben würden. Eine Benachrichtigung Spaniens erachtete er für angebracht erst dann, wenn die englisch-französische Übereinstimmung endgültig erreicht sei.<sup>182</sup>

Am 16. März wurde ein englischer Entwurf für die Abmachungen vorgelegt, den Delcassé am 21. März mit einem französischen Entwurf erwiderte.<sup>183</sup> Diese Entwürfe wurden zwischen Cambon und Lansdowne ausführlich besprochen. Am 30. März versuchte Delcassé noch einmal, in Neufundland bestimmte Vorteile für Frankreich durchzusetzen.<sup>184</sup> Das veranlaßte Lansdowne zu einer außerordentlich scharfen Ablehnung, er drohte, die ganzen Verhandlungen abzubrechen. Daraufhin lenkte Delcassé ein. Am 28. März war noch eine weitere Verzögerung entstanden durch den französischen Wunsch, sich allzu weitgehenden Verpflichtungen in bezug auf Ägypten zu entziehen. Die Formel Delcassés lautete: Frankreich werde die englische Aktion in Ägypten nicht dadurch stören, daß es die Initiative ergreife, die Festsetzung eines Endpunktes für die englische Besetzung zu fordern.<sup>185</sup> Auch dieses sehr durchsichtige Manöver schlug Lansdowne ab.<sup>186</sup> Am 6. April wurde auch darüber eine Einigung erzielt. Am 8. April erfolgte dann die Unterzeichnung der Abmachungen.<sup>187</sup> Eine Konvention befaßte sich mit den von England gewährten territorialen Entschädigungen, je eine Erklärung mit Ägypten/Marokko und Siam/Madagaskar/Neuen Hebriden. Die Ratifikation durch die Parlamente geschah im Laufe des Jahres 1904.

Dieser Abriß der sich über drei Vierteljahre hinziehenden Verhandlungen zeigt, daß die Marokkofrage an sich die geringsten Schwierigkeiten machte. Sie war aber bei dem Wert,

182. BD 2, 399 u. DD 4, 343.

183. BD 2, 417. — DD 4, 354 v. 20. 3. (ausführliche Besprechung des engl. Entwurfes durch Delcassé). Und DD 4, 359 mit Anhängen.

184. BD 2, 405/06 u. DD 4, 372 u. 381, Fußnote 1. — BD 2, 408—409 u. DD. 4, 381 v. 31. 3.

185. BD 2, 409 u. DD 4, 370 (Fußnote 1 auf S. 512).

186. BD 2, 410 u. 411.

187. Texte in BD 2, 417 und DD 4, 389.

den Delcassé im Sinne seiner nordafrikanischen Politik gerade auf Marokko legte, für Lansdowne ein geeignetes Druckmittel, um die Ägyptenfrage im englischen Sinne zu erledigen.

Über die einzelnen Bestimmungen der sich auf Marokko und Ägypten beziehenden Erklärung braucht nicht mehr ausführlich gesprochen zu werden. In Art. 1 und 2 erklärten beide Regierungen, nicht die Absicht zu haben, den politischen status quo in Marokko, bezw. Ägypten ändern zu wollen. Frankreich will die englische Aktion in Ägypten nicht stören. England anerkennt Frankreichs Vorrecht, in Marokko Ordnung zu schaffen und der marokkanischen Regierung zum Zweck von verwaltungsmäßigen, wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Reformen Beistand zu leisten. Artikel 3 und 4 legen fest, daß die vertragsmäßigen Rechte beider Staaten intakt bleiben sollen, und daß das Prinzip der Handelsfreiheit gewahrt werden soll. Beide Regierungen behalten sich das Recht vor, darauf zu achten, daß die Konzessionen für Straßen, Eisenbahnen, Häfen usw. nur unter solchen Bedingungen erteilt werden, die die Staatsautorität nicht antasten. Art. 6 und 7 garantieren die freie Durchfahrt durch Suezkanal und Straße von Gibraltar. Artikel 8 legt die Berücksichtigung Spaniens fest, mit dem Frankreich zu einem Übereinkommen gelangen wird. Sehr wichtig ist der Art. 9, in dem sich die beiden Regierungen diplomatische Unterstützung zur Durchführung dieser Klauseln zusichern. Die 4 Geheimartikel treffen Vorsorge für den Fall, daß die Regierungen zu einer Modifikation ihrer Politik des status quo gezwungen werden sollten. In diesem Fall sollen die Art. 4, 6, 7 des Abkommens intakt bleiben. Art. 3. legt für einen solchen Fall die Ausdehnung der spanischen Einflußzone fest, die der in Art. 7 festgelegten neutralisierten Zone entspricht. Spanien muß sich ausdrücklich auf Art. 4 und 7 des öffentlichen Abkommens verpflichten. Es darf weder einen Teil noch das Ganze seiner marokkanischen Territorien veräußern. Wenn Spanien die Bestimmungen des Artikels 3 nicht annimmt, dann sollen die englisch-französischen Abmachungen trotzdem gültig bleiben.

Welche Bedeutung diese Abmachungen für Frankreichs Marokkopolitik haben, ergibt sich ganz eindeutig aus dem

Text, vor allem dem der geheimen Artikel, die erst 1911 bekannt wurden. Frankreich hatte jetzt die freie Hand, die es seit Jahren erstrebte. Schon seit Sommer 1903 zeigte die französische Politik in den marokkanisch-algerischen Grenzgebieten eine erhöhte Aktivität, die durch die Beschießung von Zenaga (Affäre von Figuig) eingeleitet wurde.<sup>188</sup> Am 9. Oktober 1903 legte der französische Ministerrat die Richtlinien für die in dem Grenzgebiet durchzuführenden Maßnahmen fest.<sup>189</sup> In diese Zeit fällt auch die Ernennung des Colonel Liautey, der in den folgenden Jahren das Werk der militärischen Befriedung des Grenzraumes weiterführte.<sup>190</sup>

Die französische Politik in Marokko selbst beschäftigte sich im Jahre 1903 und Anfang 1904 vornehmlich mit Anleiheprojekten (vgl. S. 156/157 mit Anm.). Erst nach Abschluß der englisch-französischen Übereinkunft vom 8. April erhielt Marokko eine französische Anleihe.<sup>191</sup> Der Kontrakt wurde am 12. Juni unterzeichnet, am 28. Juni ratifiziert. Taillandier sagt von ihm: „Il faisait de nous les seuls créanciers du Maroc et dans les conditions qui paraissaient nous mettre en mesure, moyennant quelque vigilance, de garder définitivement cette situation privilégiée“.

Aber in diesen Einzelabmachungen erschöpfte sich die Bedeutung des 8. April 1904 nicht. Es wurde eine vollständige Abgrenzung der kolonialen Interessensphären beider Mächte über die ganze Erde hin erreicht, wodurch die Reibungsflächen zwischen beiden Staaten so gut wie beseitigt wurden. Eine neue Affäre von Faschoda war nunmehr ausgeschlossen. Bedeutsam für die Zukunft war auch, daß beide Mächte sich ausdrücklich diplomatische Unterstützung zusagten. „Obwohl kein

188. Livre Jaune, S. 83 ff.

189. Taillandier, S. 154 ff.

190. Bernard, Les confins, S. 158 ff.

191. Taillandier, S. 176/78. — Vgl. für Oktober 1903 bis April 1904 auch die Aktenstücke in DD 4. — Bemerkenswert ist, daß Ende 1903 der bisherige Kriegsminister Menebhi wegen seiner militär. Mißerfolge beim Kampf gegen den Aufstand gestürzt u. durch den sehr frankophilen El-Guebbhas ersetzt wurde. Auch das konnte der französ. Politik nur willkommen sein. Siehe Schiemann 1903, S. 382. (Über Menebhi vgl. oben S. 75, Anm. 68: Franz. Intriguen gegen Menebhi Herbst 1901).

formelles Bündnis geschlossen wurde, schuf dieser Vertrag eine so breite gemeinsame Interessengrundlage, daß ein Zusammengehen in wichtigen weltpolitischen Fragen leicht daraus hervorgehen konnte<sup>192</sup>

Während sowohl Grey<sup>193</sup> wie Campbell-Bannermann<sup>194</sup> sich 1904 lobend über das Abkommen äußerten und in ihm ein Vorbild sahen, wie man internationale Streitfragen zu lösen hat, war das Urteil Roseberrys, des liberalen Außenministers der 90er Jahre, sehr pessimistisch. Er begründete seine Einwände mit der Wahrscheinlichkeit, daß England in marokkanische Komplikationen verwickelt werden würde.<sup>195</sup> In einem Brief vom 4. 8. 04 schrieb er: "... My mournful and supreme conviction in the matter is that this agreement is much more likely to lead to complications than to peace". Die spätere Entwicklung gab ihm recht.<sup>196</sup> Es wäre von der deutschen Diplomatie klüger gewesen, hätte sie sich im nächsten Jahr nicht mehr so weit vorgewagt (vgl. folgenden Abschnitt). Aber verlangen konnte Frankreich diesen Verzicht nicht. So tadeln auch die Verfasser der Cambridge History of British Foreign Policy, daß die englische Regierung nicht sah — oder es jedenfalls Frankreich nicht verständlich machte, daß es besser war, die deutsche Zustimmung gegen irgend eine Kompensation einzuholen.<sup>197</sup> „Zugegeben, die Geheimverträge von 1904 sahen keinen direkten Anteil Englands bei Aufteilung Marokkos vor —, zugegeben auch, daß es vielleicht erklärlich und vernünftig war, sich auf den Fall der inneren Auflösung Marokkos vorzubereiten und gegenseitige Zugeständnisse zu machen —, es bleibt die Tat-

192. Brandenburg, S. 179.

193. Grey, Bd. 2, S. 284/87.

194. Spender, Campb. Bannermann, Bd. 2, S. 150/51.

195. Crewe, Roseberry, S. 580/82.

196. BD 3. Dieser Band führt den bezeichnenden Titel "The Testing of the Entente" (1904—1906). — Vgl. E. Brandenburg, Zur engl. Politik während der Marokkokrise von 1905. (In: Europ. Gespr. V, 1927, S. 28—38). Und Graf Max Montgelas, Die englische „Garantie“ an Frankreich April—Oktober 1905 (nach BD 3). (In: Berl. Mon. Hefte VI, 1928, S. 978/92).

197. Ward-Gooch, S. 340. — Vgl. auch Pribram, England and Europe, S. 99: Die Verträge von 1904 bedeuteten das Ende einer langen Periode mit gesichertem Frieden.

sache, daß unsere Regierung an dem unaufrichtigen Handel teilgehabt und damit auch einen Teil der Verantwortung für die Krisen von 1905 und 1911 zu tragen hat“.

2): Deutschlands Stellung zur Marokkofrage 1902—1904.

Im Sommer 1901 hatte Deutschland es abgelehnt, sich gemeinsam mit England gegen die französischen Marokkopläne einzusetzen (vgl. oben S. 89). In der Folgezeit ist die Rolle, die Deutschland dem Marokkoprobem gegenüber spielte, eine durchaus platonische. Bis Mitte 1903 beschränkte sich die deutsche Außenpolitik darauf, die Gerüchte über eine sich anbahnende englisch-französische Verständigung betr. Marokko mit ziemlichem Unglauben zu verzeichnen.

Am 30. Januar 1902 meldete Metternich aus London, daß zwischen Chamberlain und Cambon Verhandlungen zur Austragung sämtlicher zwischen Frankreich und England bestehenden kolonialen Differenzen schwebten.<sup>198</sup> Am 3. Februar fügte er hinzu, Lansdowne habe ihm gegenüber in Abrede gestellt, daß eine Einigung erfolgt sei.<sup>199</sup> In Berlin schloß man daraus, daß also jedenfalls verhandelt wurde, und suchte über Madrid und Petersburg Näheres zu erfahren. Aus Madrid meldete Radowitz am 6. Februar, für den spanischen Außenminister stehe es außer Zweifel, daß eine engere Verständigung zwischen den beiden Staaten erstrebt werde, die aber kaum zu festen Ergebnissen geführt habe. Der russische Außenminister wollte nur an akademische Besprechungen glauben.

Durch diese Meldung Metternichs wird die Berichterstattung Eckardtsteins bestätigt, der am 8. Februar ein Gespräch Chamberlains mit Cambon beobachtet hatte, bei dem auch Marokko erwähnt wurde.<sup>200</sup> Es ist auch hierfür zu bedauern, daß die Chamberlain-Biographie von Garvin erst bis zum Jahre 1895 reicht. Wenn man an die äußerste Zurückhaltung Lansdownes den französischen Vorschlägen gegenüber denkt, die das ganze Jahr 1902 andauerte, so gewinnt man den Eindruck, als ob der Kolonialminister zu englisch-französischen Verhand-

198. GP 17, 5186.

199. GP 17, S. 343 Fußnote, auch für die folgenden Angaben.

200. Eckardtstein Bd. 2, S. 376 ff.

lungen geneigter war als der Außenminister. Immerhin äußerte auch Chamberlain im September 1902 zu Eckardtstein, vorderhand würde das englische Kabinett keine Abmachungen mit Frankreich zu vertreten wagen, welche unter Umständen eine Gefährdung Gibraltars und der gesamten Position Englands im Mittelmeer herbeiführen könnten;<sup>201</sup> aber, was nicht sei, könne noch werden. Ich weise auch für diesen Zusammenhang auf den Bericht Chambons über Chamberlain vom Januar 1903 hin (vgl. S. 146).

Am 3. Februar gab Berlin dem deutschen Gesandten in Tanger die Anweisung,<sup>202</sup> den Sultan darauf hinzuweisen, daß es immerhin für Marokko ratsam sei, Reibungen an der Grenze, die als Provokationen ausgenützt werden könnten, zu vermeiden, wenn auch infolge der von Deutschland angeregten Erörterung der marokkanischen Frage in Petersburg Frankreich augenblicklich wohl nicht über Grenzregulierungen hinausgehen würde.

Die deutsche Politik glaubte an den Erfolg ihrer recht komplizierten Taktik, die Frankreichs Marokkopläne durch Rußland mattsetzen wollte. Aufschlußreich ist dafür eine Aufzeichnung Holsteins vom 30. 4. 1902: „Denn Frankreich möchte gern möglichst bald, bevor England sich vom südafrikanischen Kriege erholt hat, gegen Marokko vorgehen, wird daran aber, wie wir wissen, durch Rußland gehindert“.<sup>203</sup> Aus den französischen Akten geht hervor, daß Petersburg die französische Marokkopolitik keineswegs behinderte, sondern ihr wohlwollend gegenüberstand. Z. B. fand kurz vor der Aufzeichnung Holsteins eine gemeinsame russisch-französische Flottendemonstration vor Tanger statt.<sup>204</sup>

Im September 1902 machte Menebhi dem deutschen Konsulatsverweser in Fez Mitteilung von englisch-französischen Verhandlungen über Marokko.<sup>205</sup> Das veranlaßte eine Anfrage des

---

201. Eckardtstein Bd. 2, S. 397/99 und Telegramm vom 16. 9. 02 an Lichnowsky (Votr. Rat im Ausw. Amt), ebenda S. 415/16.

202. GP 17, 5187.

203. GP 18 (2), 5855. Dies Dokument im Zusammenhang mit der deutschen Stellungnahme zu den ital. Tripolisplänen (vgl. oben S. 96).

204. Vgl. oben S. 127. Vgl. für 1901 auch DD 1, 359 v. 17. 8. 01.

205. GP 17, 5188 v. 14. 9. 02. Ursache dieser Gerüchte ist in den

Auswärtigen Amtes bei Eckardtstein.<sup>206</sup> Eckardtstein, zurzeit Geschäftsträger in London, konnte kurz darauf melden, er entnehme den sehr vorsichtigen Äußerungen Lansdownes, daß französische Vorschläge gemacht seien, daß die englische Regierung jedoch vorderhand nicht daran denke, auf sie einzugehen.<sup>207</sup> Auch Ende des Jahres versuchte Lansdowne, das deutsche Mißtrauen zu beschwichtigen. Er äußerte zu Metternich, er habe aus seinen Unterhaltungen mit Cambon den Eindruck, daß Frankreich nicht an die marokkanische Frage rühren wolle.<sup>208</sup>

Die Meldung des „Standard“ (Februar 1903), daß Delcassé mit Lansdowne wegen der Überlassung Marokkos an Frankreich verhandele, führte zu einer neuen Anfrage Bülow's an Metternich.<sup>209</sup> Bülow meinte, es sei wegen der deutsch-englischen Entfremdung vielleicht nicht zeitgemäß, darüber mit Lansdowne zu sprechen. Lansdowne bezeichnete kurz darauf Metternich gegenüber aus freien Stücken die Standard-Meldung als apokryph.<sup>210</sup> Zugleich scheint man wieder von Berlin aus in Petersburg angefragt zu haben, denn Alvensleben meldete am 25. 2. 03 ans Auswärtige Amt, daß Lambsdorff den englischen Pressemeldungen über angebliche Angebote Frankreichs keine Bedeutung zumesse.<sup>211</sup> Eine gleiche Meldung kam aus Tanger, wo der russische Gesandte äußerte, daß er an eine ernstliche englisch-französische Verständigung nicht glaube.<sup>212</sup> Diese russischen Beschwichtigungen sehen sehr nach bestellter Arbeit aus, deren Zweck — Beruhigung des deutschen Argwohns — voll erreicht wurde.

Die Verschlechterung des deutsch-englischen Verhältnisses seit Ende 1902 und die wachsende Tendenz zu einer englisch-

---

Unterredungen Cambons mit Lansd. zu suchen (vgl. oben S. 130/131). Menebbi's Quelle war der Times-Korrespondent Harris, den aber Nicolson vor Veröffentlichung dieser Gerüchte warnte (GP 17, 5191, aus Fez v. 29. 9.).

206. GP 17, 5189 v. 25. 9. 02.

207. GP 17, 5190 v. 4. 10.

208. GP 17, 5192 v. 31. 12. 02.

209. GP 17, 5193 v. 20. 2. 03.

210. GP 17, 5194 v. 25. 2.

211. GP 17, 5195.

212. GP 17, S. 350, Fußnote 1 vom 27. 2. 03.

französischen Verständigung drückten sich also auch in den deutsch-englischen Unterhaltungen über das Marokkoprobem aus. Der englische Königsbesuch in Paris gab Eckardstein, der inzwischen aus dem aktiven diplomatischen Dienst ausgeschieden war, Anlaß, sich in einer ausführlichen Denkschrift vom 10. 5. 1903<sup>213</sup> über die englisch-französischen Verhandlungen warnend auszusprechen. Diese Warnung veranlaßte Bülow zu einer Rundfrage an sämtliche deutsche Botschafter.<sup>214</sup> In einer Aufzeichnung für den Kaiser gab Bülow seiner eigenen Ansicht dahin Ausdruck, „daß mit Rücksicht auf die heutige Weltlage und die französische Volksstimmung die Frage des Besitzes von Tanger ohne Gewaltmittel in absehbarer Zeit schwer zu lösen sein werde“.<sup>215</sup> Daß in den Augen Bülows die englisch-russische Verständigung vollkommen unmöglich war, ist selbstverständlich.<sup>216</sup> Auch die Botschafterberichte stimmten darin überein, daß sie eine russisch-französisch-englische Verbrüderung „vorläufig und für absehbare Zeit“ für so gut wie ausgeschlossen hielten.

Am 30. September 1903 meldete die Londoner Botschaft, daß Lansdowne alle Gerüchte über eine englisch-französische Verständigung dementiere, er zeige überhaupt eine entschiedene Abneigung, über die Marokkofrage zu sprechen.<sup>217</sup> Am 26. November äußerte Lansdowne, daß „Frankreich infolge seiner langen algerischen Grenze mit Marokko naturgemäß der vorwiegende Einfluß in diesem Lande mit der Zeit zufallen müsse“.<sup>218</sup> Darin kündigt sich der völlige Umschwung der englischen Politik deutlich genug an.

Beim Antrittsbesuch des neuen französischen Botschafters in Berlin im Januar 1903 sprach Bülow sehr allgemein über die marokkanischen Unruhen. Er sagte, Deutschland habe dort

213. GP 17, 5369. Vgl. Eck. Bd. 3, S. 73.

214. Vgl. GP 17, 5370 ff. mit den Antwortnoten (Mai 1903).

215. GP 17, 5375 v. 20. 5. 03.

216. Vgl. oben S. 121/122.

217. GP 17, 5204. Vgl. dazu auch Schreiben Metternichs v. 4. 10. 03 über das von Deutschland einzuhaltende Verfahren in der Marokkofrage (Bülow, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 5).

218. GP 17, 5207.

sozusagen keine Interessen, so gering und unbedeutend seien sie bis jetzt.<sup>219</sup> Delcassé gab seinem Botschafter den Auftrag, im Falle eines Gesprächs über Marokko die äußerste Zurückhaltung zu wahren. Er sehe nur Unbequemlichkeiten („inconvenients“) darin, wenn man jetzt eine Unterhaltung über Marokko bei der kaiserlichen Regierung nachsuche.<sup>220</sup> Von Paris aus wurden alle Aktionen und Äußerungen von deutscher Seite mit Mißtrauen beobachtet,<sup>221</sup> auch wenn es sich um Äußerungen handelte, die nur von einem rein wirtschaftlichen Interesse Deutschlands an Marokko sprachen und den politischen französischen Plänen nicht hinderlich sein wollten.<sup>222</sup>

In einem Bericht über die Haltung der Vertreter der Mächte in Tanger (vom März 1903) schrieb Taillandier, er selbst sei ernstlich der Ansicht, daß Deutschland kaum noch politische Pläne in bezug auf Marokko hege.<sup>223</sup> Daß aber Delcassé den von deutscher Seite in diesem Sinne gegebenen Versicherungen keinen Glauben schenkte, geht aus dem gleichen Bericht hervor.

Eine eigentümliche Seitenlinie der deutschen Außenpolitik waren ihre Beziehungen zu Spanien. Im Oktober 1902 berührte wiederum (vgl. oben S. 72/73) der spanische Botschafter seinem deutschen Kollegen in Paris gegenüber die Frage einer deutsch-französischen Annäherung.<sup>224</sup> Radolin sah darin das Bestreben Spaniens, sich gegen englisches Vorgehen in Gibraltar und Marokko zu sichern. Richtiger ist wohl die Annahme, daß Spanien sich Frankreich gegenüber eine festere Position zu schaffen versuchte. Denn gerade damals liefen die französisch-spanischen Verhandlungen. Das ganze Verhalten Delcassés läßt nicht darauf schließen, daß er etwa damals, wo sich Lansdowne noch sehr reserviert zeigte, eine Verständigung mit Deutschland gesucht hätte. Daß Spanien sich eine Sicherung gegen Frankreich verschaffen möchte, legt auch eine Unterredung des spani-

219. DD 3, 24 v. 13. 1. 03.

220. DD 3, 26.

221. Vgl. DD 3, 40 v. 24. 1. 03. Nr. 51: Deutsche Presseäußerungen über eigene wirtschaftliche Interessen in Marokko. — Nr. 139 (aus Madrid) v. 14. 3. 03. — Nr. 336 (aus Rom) v. 7. 7. 03.

222. DD 3, 432 v. 19. 9. 03.

223. DD 3, 131.

224. GP 18 (2), 5884 v. 15. 10. 02.

schen Botschafters mit Radolin vom 20. 5. 1902 nahe, in der sich jener über das Gerücht einer englisch-französischen Verständigung betr. Marokko lebhaft beunruhigt zeigte.<sup>225</sup> So wurde anscheinend auch von Frankreich die spanische Politik beurteilt. Verschiedene Dokumente der DD beschäftigen sich mit dem Problem der deutsch-spanischen Beziehungen.<sup>226</sup> Im April 1903 meldete J. Cambon aus Madrid, angesichts der sich im bevorstehenden Königsbesuch ausdrückenden englisch-französischen Annäherung weise die spanische Presse darauf hin, daß man die Marokkofrage nicht ohne Deutschland würde entscheiden können.<sup>227</sup> Der Besuch eines deutschen Geschwaders — unter Führung des Prinzen Heinrich — in Vigo veranlaßte Cambon, sich über die Anzeichen wachsender deutscher Aktivität in Spanien auszusprechen.<sup>228</sup> Der derzeitige Ministerpräsident Silvela, der selbst durchaus frankophil war, hielt es für angebracht, daß ein französisches Geschwader einen spanischen Hafen anlaufe,<sup>229</sup> um die Wirkung des deutschen Flottenbesuches abzuschwächen. Ende Juni fand ein französischer Besuch in Cartagena statt.<sup>230</sup>

Seine Folge war eine sehr franzosenfreundliche Erklärung Silvelas in der spanischen Kammer,<sup>231</sup> die man in Berlin mit größter Aufmerksamkeit zur Kenntnis nahm.<sup>232</sup> Das Auswärtige Amt erkundigte sich sofort bei seiner Madrider Botschaft nach dem Wortlaut der auf ein Bündnis mit Frankreich bezüglichen Erklärung.

Als dann im September 1903 die Königin-Mutter Marie Christine von Spanien dem Kaiser von einer geplanten spanisch-französischen Verständigung über Marokko Mitteilung

---

225. GP 18 (2), 5877.

226. So DD 3, 117 v. 5. 3. 03 (Delcassé an Berlin). Ausführlich über den deutschen und franz. Einfluß in Spanien Cambon aus Madrid am 4. 8. 1903 in DD 3, 390 (ausführlich über die nicht franz. freundl. Haltung der Königin-Mutter).

227. DD 3, 184 v. 16. 4. 03.

228. DD 3, 259 v. 23. 5. (vgl. auch Nr. 336, aus Rom).

229. DD 3, 269 v. 30. 5. und 271 v. 31. 5. und 274 v. 2. 6. 03,

230. DD 3, 328 v. 1. 7. 03.

231. DD 3, 364 v. 22. 7. 03.

232. GP 17, 5197 v. 19. 7. und DD 3, 382 v. 31. 7. (aus Berlin).

machte,<sup>233</sup> versuchte man von Berlin aus, sich in diese Verhandlungen einzuschalten, bzw. eigene Ansprüche dabei geltend zu machen.<sup>234</sup> Das Auswärtige Amt verließ also jetzt seine Reserve und stellte konkrete Forderungen (etwa im Susgebiet). Dazu bei trug wohl auch, daß man in Berlin inzwischen zur Erkenntnis gekommen war, daß „die Verständigung auch zwischen England und Frankreich mindestens schon weit vorgeschoben ist“.<sup>235</sup>

Diese deutschen Versuche in Madrid führten allerdings zu nichts. Der spanische Außenminister antwortete ausweichend.<sup>236</sup> Ein halbes Jahr später — im März 1904 — traf der Kaiser auf seiner Mittelmeerreise in Vigo den jungen spanischen König Alfons.<sup>237</sup> Der Kaiser versicherte ihm, daß Deutschland in Marokko keinen Territorialerwerb suche.<sup>238</sup> Der Kaiser war also in der Frage territorialer Kompensationen wesentlich zurückhaltender als die Leitung des Auswärtigen Amtes. In seinen Denkwürdigkeiten erwähnt auch Bülow, daß zwischen dem Kaiser und ihm in dieser Frage Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten.<sup>239</sup> Er selber habe bei einem Erwerb Marokkos durch Frankreich eine erhebliche Stärkung der französischen Macht befürchtet, während der Kaiser den mehr militärischen Gesichtspunkt vertreten habe, daß ein Festlegen der Franzosen in Marokko sie von den Vogesen ablenke. Ganz wird diese Darstellung Bülows nicht stimmen, so vollständig uninteressiert war der Kaiser nicht. Denn nach dem Zustandekommen der Entente-Abmachungen fragte der Kaiser bei Bülow an, ob angesichts der bedeutenden deutschen Handelsinteressen deutscherseits für die nötigen Garantien gesorgt sei,

233. Vgl. dazu die franz. Stimmung DD 3, 445 v. 27. 9. 03. — Ferner Bülow, Denkw., Bd. 2, S. 3.

234. GP 17, 5199. und 5200.

235. GP 17, 5202 v. 28. 9. 03.

236. GP 17, 5203.

237. Die franz. Ansicht in DD 4, 344 u. 347 u. 355/58 (März 1904).

238. GP 17, 5208/09 v. 16.—23. März 1904. — Vgl. die Reflektion Cambons, die getragen ist vom Bewußtsein der kurz vor dem Abschluß stehenden engl. franz. Verständigung (DD 4, 347).

239. Denkwürd., Bd. 2, S. 104.

damit der deutsche Handel nicht leide.<sup>240</sup> Allerdings war der Kaiser den von Bülow geplanten Parforce-Aktionen gegenüber skeptisch (vgl. unten, wie er ja auch 1905 die Landung in Tanager nicht gewollt hat).

Seit Anfang März 1904 gewannen die Vermutungen über eine englisch-französische Verständigung immer größere Bestimmtheit.<sup>241</sup> Am 22. März machte Delcassé dem deutschen Botschafter Mitteilung über das kurz vor seinem Abschluß befindliche Abkommen.<sup>242</sup> Er betonte den status quo und vermied sorgfältig das Wort „Protectorat“.

Noch im letzten Moment versuchte Bülow den Engländern klar zu machen, daß Deutschland keinesfalls einem antienglischen ostasiatischen Dreibund beiträte.<sup>243</sup> Er glaubte, daß die Franzosen mit dieser Drohung den letzten Widerstand der Engländer zu brechen suchten, während tatsächlich ja in der letzten Zeit vor Vertragsabschluß die Hauptschwierigkeiten von Delcassé ausgingen.

Nach Veröffentlichung der Abkommen heißt es in einer Aufzeichnung Bülows vom 9. April: „Ich meine, wir sollten das jetzt unterzeichnete englisch-französische Kolonialabkommen in unserer Presse ohne jede Gereiztheit noch Eifersucht als ein neues Symptom für die friedliche Gestaltung der Weltlage besprechen ...“.<sup>244</sup> Wenige Tage später sprach im Reichstag Bebel von einer Isolierung Deutschlands. Bülow gab darauf eine außerordentlich optimistische Schilderung der außenpolitischen Lage Deutschlands („in festen Banden der Allianz mit zwei großen Mächten, in freundschaftlichen Beziehungen mit fünf anderen, unsere Beziehungen zu Frankreich ruhig und friedlich“), die in den Erklärungen gipfelte: „Ich glaube im Übrigen, daß wir keine Isolierung zu fürchten haben, wenn wir fortfahren, unser Schwert scharf zu halten. Deutschland ist

---

240. GP 20 (1), 6378.

241. GP 20 (1), Kap. 141.

242. GP 20 (1), 6368. Entsprechende Mitteilung Eckardtsteins (Nr. 6369, auch v. 23. 3.). Schon am 10. März schrieb Eckardtstein im gleichen Sinne an Schwabach (Nr. 6341).

243. GP 20 (1), 6370/72 v. 3. u. 6. April 1904.

244. GP 20 (1), 6374.

zu stark. Es gibt für uns manche möglichen Kombinationen, und selbst wenn wir allein bleiben, so würde das nicht so schrecklich sein“.<sup>245</sup>

Der Kaiser sah dem Abschluß der Entente mit großer Nachdenklichkeit zu,<sup>246</sup> und Bülow mußte ihm gegenüber zu-geben: „Jedenfalls aber gewinnen beide Mächte durch dieses Abkommen wie durch ihre Annäherung an internationalem Ge-wicht und Bewegungsfreiheit. Auch wird die Anziehungskraft der anglo-französischen Entente auf Italien noch stärker sein, wie es schon ohnehin die Anziehungskraft jeder der beiden Westmächte war“.<sup>247</sup> Daß man in Berlin ziemlich nervös war, zeigt der Glaube an geheime Klauseln des englisch-französischen Vertrages über die Rheingrenze für den Fall europäischer Ver-wicklungen.<sup>248</sup> Es erfolgte eine Rückfrage in London, wo Lans-downe das Bestehen solcher Klauseln entschieden verneinte, wie auch Metternich nicht daran glaubte.<sup>249</sup>

Es ist nun nur noch zu zeigen, wie sich gleichzeitig mit dem Abschluß der Entente cordiale in der deutschen Haltung zur Marokkofrage der Umschwung anbahnte, der dann März 1905 drastischen Ausdruck in der demonstrativen Tangerfahrt des Kaisers fand. Ein Jahr vorher wies Bülow im Reichstag in seiner Erwiderung auf die Forderung des Grafen Reventlow, Deutschland müsse selbst einen Teil Marokkos für sich fordern, den Gedanken an eine derartige Aktion noch weit von sich.<sup>245</sup>

Kurz vor dem 8. April 1904 hatte Bülow den Kaiser um Entsendung eines Kriegsschiffes nach Tanger zur Unterstützung der deutschen Forderungen und Beschwerden gegen die marokkanische Regierung gebeten. Es hatten marokkanische Über-griffe gegen eingeborene Agenten einer deutschen Firma statt-gefunden, und die marokkanischen Behörden gaben unbe-friedigende Erklärungen ab.<sup>250</sup> Der Kaiser aber hielt bei dem

---

245. Text nach Livre Jaune, Nr. 145 u. 150 (Reden v. 12. u. 14. April).

246. 20 (1), 6378 v. 19. 4. 04.

247. GP 20 (1), 6379 v. 20. 4.

248. GP 20 (1), 6383 v. 4. 6. 04.

249. GP 20 (1), 6384/85 v. 4. u. 19. 6. 04.

250. GP 20 (1) 6512 v. 30. 3. 04.

sehr vorgerückten Stadium der Verhandlungen der beiden Westmächte eine von Deutschland allein zu unternehmende Flottenaktion für durchaus inopportun und wollte auch im Hinblick auf seine in Vigo dem spanischen König gemachten Erklärungen jedes Mißtrauen vermeiden.<sup>251</sup> Überaus bezeichnend und aufschlußreich für die Mentalität Bülow's ist der Entwurf zu einer allerdings nicht abgesandten Antwortdepesche an den Kaiser vom 6. April: „Ich halte es für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die Verbindung, welche wir (zum Zweck einer gemeinsamen Aktion) in Paris, London und Madrid zu suchen hätten, möglicherweise im Inland unerwünschte Rückwirkungen auf das Schicksal der zu erwartenden neuen Flottenvorlage zeitigen könnte ... die Opposition ... wird unser Zurückgreifen auf fremde Hilfe gegen Marokko leicht zum Ausgangspunkt für flottenfeindliche Argumente nehmen“.<sup>252</sup>

Wenn Bülow in seinen Memoiren berichtet, der Kaiser habe im März 1904 auf seiner Mittelmeerreise als Tourist Tanger besuchen wollen, wovon er — Bülow — abgeraten habe, um nicht zu diesem Zeitpunkt die internationale Aufmerksamkeit auf diesen Ort zu lenken,<sup>253</sup> so offenbart sich — wenn man damit das gerade erwähnte Gesuch Bülow's um Entsendung eines Kriegsschiffes und die kaiserliche ablehnende Antwort vergleicht — darin wieder die Tendenz und Unwahrhaftigkeit der Bülow'schen Memoiren. Wenn Bülow, nach dem Delcassé dem deutschen Botschafter vom bald zu erwartenden Abschluß eines englisch-französischen Kolonialabkommens Mitteilung gemacht hatte (am 20. 3.), doch noch die Entsendung eines Kriegsschiffes wünschte, so spricht das so eindeutig gegen ihn, daß sein Versuch, dem Kaiser Vorwürfe zu machen und vor allem ihm indirekt die Neigung zu Marokkoabenteuern zuzuschreiben, nur kleinlich und widerlich wirkt.<sup>254</sup>

251. GP 20 (1), 6513 v. 3. 4. 04.

252. GP 20 (1), 6514.

253. Denkwürd., Bd. 2, S. 106.

254. Brandenburg, S. 194 ff.: Über die Tangeraktion von 1905. Auch hier hatte sich der Kaiser aufs Äußerste gegen die ihm vom Ausw. Amt zugedachte Rolle gesträubt.

Im Kapitel 145 der Großen Politik — „Präludien der deutschen Marokkoaktion“ ist seine Überschrift — kann man dann an Hand der Dokumente verfolgen, wie im Auswärtigen Amt allmählich die Neigung zu einer Art Handstreich wuchs. Am 5. April 1904 schrieb der deutsche Gesandte in Tanger, (daß eine deutsche Aktion im Moment wohl kaum in der deutschen Absicht liege, daß andererseits aber das rechtswidrige marokkanische Vorgehen Deutschland ein Motiv für gewaltsames Einschreiten biete, wie man es vielleicht nicht wiederfinde.<sup>255</sup> Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Lichnowsky griff in einer Aufzeichnung vom 13. April diesen Gedanken auf und empfahl, daß man sich mit der Marineleitung in Verbindung setze. „Wir brauchen einen Erfolg in der auswärtigen Politik, da allgemein die französisch-englische Verständigung wie auch die italienisch-französische Annäherung als eine Niederlage für uns aufgefaßt wird“.<sup>256</sup> Die kaiserlichen Äußerungen in Vigo könne man vielleicht durch den Hinweis auf die seither bekannt gewordene Rechtsverletzung Marokkos entkräften. Zum Schluß sei noch eine im gleichen Sinne gehaltene Aufzeichnung Holsteins, den Brandenburg überhaupt für den treibenden Faktor hält, vom 3. Juni mitgeteilt: „... Deutschland hat nicht nur aus materiellen Gründen, sondern mehr noch zur Wahrung seines Prestiges gegen die beabsichtigte Aneignung Marokkos durch Frankreich Einspruch zu erheben ... Das kaiserliche Programm (auf Grund von Vigo: In Marokko verlangen wir freien Handel und Verkehr) wird aber hinfällig durch die Tatsache der französischen Aneignung ... Lassen wir uns ... jetzt in Marokko stillschweigend auf die Füße treten, so ermutigen wir zur Wiederholung anderswo“.<sup>257</sup> Im Sinne dieser Überlegungen kam es dann 1905 zur Tangerfahrt des Kaisers, der durch das Auswärtige Amt dazu fast gezwungen werden mußte.<sup>258</sup>

---

255. GP 20 (1), 6515.

256. GP 20 (1), 6516.

257. GP 20 (1), 6521.

258. Brandenburg, S. 194 ff.

## Schlußwort,

Mit dem Zustandekommen der Entente cordiale fand dieser Zeitraum von sechs Jahren seinen Abschluß, der zugleich für die weitere Entwicklung richtunggebend war. Sicherlich führte nunmehr die Entwicklung nicht in gerader Linie zum Weltkriege. Vom russisch-französischen Standpunkt aus versagte die Entente 1908, 1911, 1912.<sup>1</sup> Ursprünglich war sie nur ein Kolonialabkommen, das sich dann zu politischer Freundschaft verdichtete. Es ist schwer, nachträglich zu entscheiden, wieweit der Abschluß der Entente für die Mächtegruppierung im Kriege bestimmend war. In Anbetracht der späteren Ereignisse würde man geneigt sein, ihr entscheidenden Wert beizumessen. Man darf sagen, daß, wenn sich auch mit ihr die amtliche englische Politik noch nicht für einen ausgesprochen antideutschen Kurs entschied, doch durch sie tatsächlich Deutschland in Isolierung gebracht wurde. Während die deutsch-englischen Reibungsflächen ungemindert bestehen blieben, ja, in der Folgezeit noch größer wurden (z. B. in der Flottenfrage), wurden die kolonialen Differenzen zwischen England und Frankreich beigelegt. 1907 folgte der Abschluß der englisch-russischen Entente. Wesentlich ist auch, daß dadurch Rußland und Frankreich an bestimmten Punkten ein Halt gesetzt wurde, wodurch ihre Aktivität — das ist für Rußland unmittelbar greifbar — nach Europa zurückgelenkt wurde.<sup>2</sup> Daß, wie Ritter meint,<sup>3</sup> im Grunde die Entente immer brüchig blieb, lag vor allem am englisch-russischen Verhältnis, aus dessen Schwierigkeit Ritter den Schluß ziehen zu

1. Ritter, Legende, S. 41.

2. Rothfels, Beurteilung, S. 614/15. „Für Deutschland war der Friede umso sicherer, je mehr der Kontinent sich entspannte, England hingegen bedurfte eines gewissen Maßes an kontinentaler Kontraktion“.

3. Ritter, Legende, S. 41/43.

können glaubt, daß auf die Dauer die russische Begehrlichkeit doch den Engländern immer unerträglicher geworden wäre.

Aber die Tatsache der politischen Vereinsamung Deutschlands blieb und wurde natürlich verstärkt durch die deutsche Marokkopolitik von 1904/06. Deutschland verkannte, daß England auf der Konferenz von Algesiras Frankreich unterstützen mußte, um seine eigene Beute in Sicherheit zu bringen.<sup>4</sup> So wurde durch den deutschen Widerstand die englisch-französische Front nur noch stärker zusammengetrieben.

Hätte Deutschland durch Verzicht auf die freie Hand, also durch Eingliederung in das europäische System über den Dreibund hinaus, diese Entwicklung aufhalten können? Eine Verständigung mit Frankreich schied für Deutschland von vornherein aus, da keine französische Regierung einen solchen Schritt hätte unternehmen können.<sup>5</sup> Ein Bündnis mit Rußland war seit dem Zustandekommen und dem Festerwerden der russisch-französischen Allianz nicht mehr zuverlässig. Jedenfalls hätte Rußland die dafür notwendige Freiheit der Entscheidung nicht gehabt. Das deutsch-österreichische Bündnis war für Österreich-Ungarn sehr wertvoll, bot aber dem Deutschen Reich angesichts der inneren Haltlosigkeit der Habsburger Monarchie wenig positive Sicherheit. Die Zuverlässigkeit des Bündnisses mit Italien war abhängig von Deutschlands gutem Verhältnis zu England. So führt die Überlegung immer wieder zum Problem der deutsch-englischen Verständigung zurück.

Hätte Deutschland durch den Abschluß eines Bündnisses mit England den Ablauf der Ereignisse in andere Bahnen lenken können? Sicher ist, daß das Zustandekommen eines englisch-deutschen Abkommens das Eintreten einer Isolierung Deutschlands zunächst verhindert haben würde. War aber der Abschluß

---

4. Hasenclever, Th. Roosevelt und die Marokkokrisis 1904/06, S. 189/90.

5. Auch grundsätzlich erlaubt die Rheingrenzenideologie Frankreichs keine wahre Verständigung. Erst wenn Frankreich auf die seiner peripheren Lage nicht angemessene europäische Hegemonialpolitik verzichten und sich auf seinen nach Süden zu erweiternden Raum beschränken würde, wäre eine klare gegenseitige Interessenabgrenzung und damit Verständigung möglich.

eines solchen Abkommens möglich, oder wäre es, wenn es zustande gekommen wäre, dauerhaft gewesen?

Diese letzte Frage ist die entscheidende. Sie läßt sich nicht mit nur taktischem Erwägen der damaligen weltpolitischen Konstellation lösen. Vielmehr bedürfte es dazu einer grundsätzlichen, die Raumgesetze beider Staaten betrachtenden und vergleichenden Untersuchung.

Deutschlands kontinentale Mittellage mit den nach Osten und Westen offenen Grenzen (und deren räumlich-strategischer und historischer Bedeutung)<sup>6</sup> einerseits und die Weltpolitik andererseits, die infolge des steigenden Bevölkerungsdruckes für Deutschland im Sinne des politisch-wirtschaftlichen Denkens der Vorkriegszeit als unbedingte Notwendigkeit erscheinen mußte, verlangten zwei grundsätzlich verschiedene Sehweisen.

An der deutschen Einstellung zum Marokkoprobem läßt sich der Übergang der deutschen Außenpolitik vom kontinental- zum weltpolitischen Denken nachweisen. In den 80er und 90er Jahren galt Marokko in Berlin nur als Mittel, um Frankreichs Kräfte in Nordafrika zu binden, bzw. von den Vogesen abzulenken und um eine nützliche Spannung zwischen den beiden Westmächten aufrechtzuerhalten und zu nähren. Erheblich beeinträchtigt wurde das Festhalten am erstgenannten Motiv allerdings durch die italienische Zugehörigkeit zum Dreibund, die eine einfache Überlassung Marokkos an Frankreich verbot. Umsomehr hoffte man, daß Marokko die beiden westeuropäischen Staaten entzweien würde.

Der Umschwung bahnte sich seit 1890 mit dem ausgesprochenen Übergang zur Weltpolitik an. Eigene deutsche Marokkowünsche begannen sich seit Ende der 90er Jahre zu regen und wurden in den Londoner Unterhaltungen der Jahrhundertwende gelegentlich gestreift. Die deutsch-englische Entfremdung verhinderte, daß sie zu konkreten Abmachungen führten. Frankreich gegenüber kam für Berlin ein Hinweis auf eigene Wünsche und der Versuch, sie durchzusetzen, verständlicherweise nicht in Frage. Die deutsche Außenpolitik hätte sich

---

6. Vgl. dazu Kurt Trampler: Deutsche Grenzen (in: Geopolitik 1934, H. 1, S. 15/70).

in einem solchen Fall klar für England entscheiden müssen, was sie nicht nötig zu haben glaubte. Die Abmachungen vom April 1904 bewiesen dann, daß man mit dieser Zurückhaltung gegen die eigenen marokkanischen Interessen gehandelt hatte. Trotz der sich bereits 1904 klar abzeichnenden Isolierung entschloß sich Deutschland dann doch zu der Protestaktion von 1905, die zu spät kam und die gegnerische Entente nur noch versteifte.

Das sich auch in diesem Falle zeigende deutsche Bemühen, solch weltpolitische Aufgaben mit den Mitteln der vorwiegend kontinental orientierten Bismarckschen Politik zu lösen, war ein Unding. Bismarcks Politik der Freien Hand war durchführbar nur für einen saturierten Staat, nicht aber für ein Land, das überall in der Welt noch unerfüllte Wünsche hatte. Ein Umlernen war für die Leiter der deutschen Außenpolitik schwer, doppelt schwer nach dem glänzenden Aufstieg des Reiches seit 1871, der jegliche Skepsis überflüssig erscheinen ließ und das deutsche Selbstvertrauen sehr, in mancher Beziehung allzu sehr gestärkt hatte. So übersah man auch nach 1890, daß der Angelpunkt der Freien-Hand-Politik des ersten Kanzlers durch die Nichterneuerung der deutsch-russischen Rückversicherung zerstört war.

Zudem ist es fraglich, ob der Zwiespalt: Weltpolitik—Kontinentalpolitik überhaupt lösbar war. Man kann von der Gegenwart aus zu dem Ergebnis kommen, daß für Deutschland eine Weltpolitik im Vorkriegsstil nicht angemessen ist. Deutschlands Lage war und ist vor allem kontinental bestimmt. Gerade das erschwerte ja eine Verbindung zwischen Deutschland und England. England konnte kein Interesse daran haben, das in die Schwierigkeiten der Mittellage verstrickte Deutschland im Notfall gegen Angriffe europäischer Gegner stützen zu müssen. Es war im Gegenteil in Englands Interesse, den Kontinent in einer gewissen Spannung zu erhalten, um dadurch seine eigenen Reibungsflächen, z. B. mit Rußland in Asien, zu entlasten.<sup>7</sup>

7. Vgl. für Englands Haltung seit 1920 (wachsende Tendenz zur Selbstbeschränkung auf britische Aufgaben) Geopolitik 1933, H. 8, S. 452 f. (F. Hesse: Wo steht die deutsche Außenpolitik?).

Selbstverständlich will ich mit einer Ablehnung der Weltpolitik nicht für eine grundsätzliche vollständige Autarkie Deutschlands eintreten. Jeder Staat vom Range einer wirklichen Großmacht braucht einen genügend großen Raum, in dem er sich politisch, wirtschaftlich und geistig auswirken kann.<sup>8</sup> Deutschland könnte wirtschaftlich auf die Dauer nicht in Beschränkung auf den von seinen staatlichen Grenzen umschlossenen Raum existieren, ganz abgesehen davon, daß seine geistigen Kräfte verkümmern müßten, wenn sie nicht dauernd zu Auseinandersetzung und Einsatz angespannt würden. Aber diesen Expansionsraum, den man nicht im Sinne des Vorkriegs-imperialismus auffassen darf, braucht Deutschland nicht in der außereuropäischen Welt zu suchen. Für den Inselstaat England war das „Weltreich“ eine Naturgegebenheit. Das ist eine deutsche Weltpolitik im Vorkriegsstil nicht. Denn Deutschlands Seeanligerschaft ist doch nur sekundär, und seine primäre Raumaufgabe ist die Lage im Herzen Europas, die Vermittlung zwischen Osten und Westen. Das „nasse Dreieck“ ist seestrategisch äußerst ungünstig,<sup>9</sup> die Ostsee als Binnenmeer kommt für dies Problem überhaupt nicht in Betracht. Diese Tatsache macht die deutsche Leistung, wie sie sich in Hamburg und Bremen verkörpert, nur noch bewundernswerter.

Den Aktionsraum des Deutschen Reiches würde man in einem erweiterten Mitteleuropa suchen können.<sup>10</sup> Auch für eine solche Politik bedarf es weltpolitischen Denkens, aber nicht im Sinne territorialen Übergreifens überall hin, sondern im Sinne einer tiefgehenden und feinfühligsten Kenntnis der welt-

---

8. Vgl. Karl Haushofer: Atemweite, Lebensraum und Gleichberechtigung auf Erden! (in: Geopolitik 1934, H. 1, S. 1—14).

9. Wulf Siewert: Die geogr. Grundlagen der deutschen Seegelung (in: Geopolitik 1933, S. 270/80). Vgl. Teubners Quellensammlung II: 186, S. 1 ff. (Auszüge aus Lion und Kjellén).

10. Ich erinnere an die Arbeit der seit 1925 in Berlin erscheinenden Zeitschrift „Volk und Reich“. Vgl. dazu das August 1933 im gleichen Verlage erschienene Buch von Ernst Wiskemann „Mitteleuropa, eine deutsche Aufgabe“. Vgl. Ferner in Geopolitik 1933, Heft 8, den Aufsatz „Der Südostraum“, der eine Übersicht über die in diesem Raum wirksamen politischen Kräfte und Tendenzen gibt. Grundlegend Karl C. v. Loesch: „Die bleibende Aufgabe“ (in: Volk/Reich 1934, H. 1, S. 14—32).

politischen Kräfteverteilung. Dieser Gedanke einer Mitteleuropa-Politik schließt nicht aus, daß doch daneben die Möglichkeit kolonialer Betätigung aufs schärfste gefordert wird. Denn auf klare, einfache Formeln lassen sich politische Notwendigkeiten nie bringen. Das Leben ist zu vielfältig und vielgestaltig, als daß es sich mit dogmatisch-einseitigen Grundsätzen meistern ließe. Schon aus wirtschaftlichen Gründen bedarf Mitteleuropa eines gewissen kolonialen Arbeitsfeldes, nicht zum wenigsten aber auch um der darin liegenden weltpolitischen Schulung willen, die die Kolonialarbeit dem in seiner Raumenge befangenen Mitteleuropäer vermittelt. Diese koloniale Arbeit dürfte sich nicht zersplittern, sondern müßte sich auf möglichst zusammenhängende Gebiete beschränken, und sich dabei immer bewußt bleiben, daß sie nicht die Hauptlinie der mitteleuropäischen Politik darstellt.

Diese Forderung einer nach Mitteleuropa orientierten Außenpolitik darf man selbstverständlich nicht nachträglich für die vorkriegsdeutsche Außenpolitik erheben wollen. Das damalige Mitteleuropa war belastet mit den ungelösten Nationalitätenproblemen Ost- und Südosteuropas. Gerade darin, daß der eine Weg einer klaren Mitteleuropa-Politik infolge der noch mangelnden nationalen Gliederung des europäischen Ostens und Südostens nicht gangbar war, daß Deutschland den anderen Weg der Weltpolitik nicht leicht begehen konnte, bezw. dadurch immer wieder gegen seine eigenen Raumgesetze verstoßen mußte, lag die schicksalhafte Tragik des jungen Reiches. Übrigens war auch Bismarck nicht bei seiner durch 1871 gekrönten kleindeutschen Politik stehengeblieben, sondern war durch das Bündnis mit Österreich-Ungarn und Rumänien über sie in Richtung einer Mitteleuropa-Politik so weit hinausgegangen, wie die durch den Habsburger Staat und die ungelösten Nationalitätenprobleme bestimmte politische Struktur dieses Raumes es gestattete.

Marokko ist ein Beispiel für das über dem zweiten Reich liegende Verhängnis. Deutschland war zu spät gekommen und mußte sich entsprechend dem dem Wirtschaftsdenken der Zeit gemäßen Vorbild der alten westeuropäischen Kolonialmächte überall in der Welt Fetzen kolonialen Besitzes zusammensuchen.

Dieses dauernd drohende „Zu spät“ ließ dem jungen Reich nicht die Ruhe zur Besinnung auf eine in sich geschlossene Kolonialreichskonzeption. Eine solche hätte die fast nervösen, räumlich zersplitterten Aktionen, die hier den Engländer, dort den Russen oder Franzosen verärgerten, überflüssig gemacht und die Konzentration aller Kräfte auf einen Raum bewirkt.<sup>11</sup> So aber mußten die deutschen Kolonialunternehmungen den Eindruck einer unsicher tastenden Gewinnsucht machen, obwohl sie in Wirklichkeit doch nur der auf dem Volk ohne Raum lastenden Notwendigkeit entsprangen, der ständig wachsenden Bevölkerung einen ausreichenden Lebens- und Betätigungsraum zu verschaffen und zu sichern.

Neben dem „Zu spät“ kann man ein „Zu früh“ erkennen. Das junge Reich wurde zu früh vor diese weltweiten Aufgaben gestellt. Es war ihm nicht die Möglichkeit gegeben, in sich eine gefestigte politische Tradition wachsen und reifen zu lassen, die für das politische Handeln der mit sicherem Instinkt tragende Grund gewesen wäre. So war in der vorliegenden Arbeit immer wieder festzustellen, daß die deutsche Außenpolitik seit 1890 es nicht verstand, gemäß den neuen Aufgaben ihre Methoden abzuwandeln. Die Andeutungen des Schlußwortes sollen zeigen, daß das nicht so sehr Schuld als Schicksal war.

Für die Frage der deutsch-englischen Bündnismöglichkeiten ergibt sich, daß eine deutsche Weltpolitik aus der Isolierung der Freien-Hand-Politik heraus unmöglich war. Das zeigt die Niederlage in Algesiras. Ein Bündnis mit England hätte für bescheidene deutsche Kolonialwünsche Erfüllung bedeutet. Von Dauer wäre es nur gewesen, wenn Deutschland vor allem mitteleuropäische Kontinentalpolitik hätte treiben und die eigenen Kolonialpläne als sekundäre Ergänzung hätte betrachten können. Solch Betrachtungsweise lag vor 1914 durchaus fern. Da jede mitteleuropäische Kontinentalpolitik eine gewisse Frontstellung, zum mindesten Abgrenzung gegen Ruß-

---

11. Das wurde erst 1911 von Deutschland erstrebt. Ich verweise auf A. Mendelssohn Bartholdy: „(Europäische) Mandatsgemeinschaft (in Afrika)“ (in: Europ. Gespräche IX, 1931, S. 205 ff.).

land in sich birgt, wäre ein in sich einiges, nicht mit den ungeheuren Nationalitätenspannungen der Vorkriegszeit belastetes Mitteleuropa dafür Voraussetzung gewesen. So muß man auch das Scheitern der deutsch-englischen Bündnisbemühungen als Schicksal, nicht so sehr als Schuld einzelner Politiker allein zu verstehen suchen.

Über den Gedanken einer volksdeutschen Mitteleuropa-Politik hatte ich mich ursprünglich im Schlußwort ausführlicher äußern wollen.<sup>12</sup> Auch so wurden hier Gedanken berührt, die in die Gegenwart hineinführen, und Fragestellungen, deren Beantwortung in der Zukunft liegt. Das sollte zeigen, daß die Bündnisproblematik der Jahrhundertwende auch heute noch lebendig ist. Gerade die Krisenjahre 1898-1904 können lehren, welchen Gesetzen die deutsche Außenpolitik zu folgen hat und welche Umstände sie um jeden Preis vermeiden muß. Damals offenbarten sich aufs deutlichste die Gefahren der Mittellage im Herzen des Kontinents und die sich aus ihr ergebenden Notwendigkeiten.

Wenn eine Spezialdarstellung über die Marokkofrage mit diesen Fragen verknüpft wurde, so war es möglich, weil in den internationalen Besprechungen über Marokko die internationalen Gruppierungen und Tendenzen sich so außerordentlich klar widerspiegeln. Und es geschah, weil dem Menschen der Nachkriegszeit die Beschäftigung mit Einzelfragen erst dann sinnvoll wird, wenn er sie in den Strom der geschichtlichen Entwicklung einfügen und so zwischen ihnen und seiner politischen Gegenwart verbindende Linien ziehen kann.

---

12. Für die geistesgeschichtlichen Wurzeln einer solchen Politik vgl. Karl C. von Loesch: „Von den mitteleuropäischen Wurzeln neudeutscher Politik“ (in: *Volk/Reich* 1933, H. 9, S. 749/86). Für die damit verbundene Abkehr vom imperialistischen Denken der Vorkriegszeit ist bezeichnend die große außenpolitische Rede des deutschen Reichskanzlers vom 17. Mai 1933.

### Literatur.

- Anderson, Eugène N.: The first Moroccan Crisis. 1930.
- Barclay, Sir Thomas: Thirty Years Anglo-French Relations (1876—1906). London 1914.
- Belgische Dokumente: Die — — Amtl. Aktenstücke zur Geschichte der Europ. Politik 1885—1914. Vollständige Ausgabe in 5 Bd. hrsg. von B. Schwertfeger. 2. Aufl., Berlin 1925.  
Bd. I: Revanche-Idee und Panslavismus.  
Bd. II: Der Zweibund u. der engl.-deutsche Gegensatz.  
Bd. III: Die Politik König Eduards VII. und die Marokkokrise 1905—1907.
- Bernard, Augustin: Les Confins Algéro-Marocains. Paris 1911.  
— Le Maroc, Paris 1913.
- Brandenburg, Erich: Von Bismarck bis zum Weltkriege. 2. Aufl. Berlin, 1925.
- Bredt, Joh. Viktor: Italien und der Dreibund. (In: Vergangenheit u. Gegenwart, Bd. 22 (1932), H. 5.  
— Die italienische Rückversicherung. (In: Berliner Monatshefte VI. (1928), S. 1165 ff.
- Brinkmann, Carl: Englische Geschichte 1815—1919. Berlin, 1924.
- Bülow, Bernh. Fürst von: Denkwürdigkeiten. Bd. II: Von der Marokkokrise bis zum Abschied. Berlin, 1930.
- Cambon, Jules: La Diplomatie française et le Maroc. (In: La Revue des Vivants, Sept. 1930, S. 310/20.)
- Carroll, E. Malcolm: French public opinion and foreign affairs 1870—1914. New York, London, 1931.
- Cecil, Algernon: British Foreign Secretaries 1807—1916. Studies in Personality and Policy. London 1927.
- Chirol, Sir Valentine: Fifty Years in a changing World. London 1927.
- Cirmeni, Benedetto: Tommaso Tittoni. (In: Berl. Monatshefte IX. 1931, S. 1054/59.)
- Claar, Maximilian: Die Abkehr Italiens vom Dreibund und das Kabinett Zanardelli-Prinetti. 1901—1903. (In: Europ. Gespräche VIII, 1930, S. 425—439).  
— Aus der römischen Botschafterzeit des Grafen Monts (1902—1909). (In: Europ. Gespräche, Bd. IX., 1931, S. 269—284.)  
— Die italienisch-französischen Gegensätze außerhalb Europas. (In: Europ. Gespr. IX., 1931, S. 14/29).  
— Tittoni und die Dreibundpolitik Italiens. (In: Berl. Monatshefte IX., 1931, S. 417/29).

- Claar, Maximilian: Kolonialkampf in der Sahara. Die Kolonial- und Mandatspolitik des Königreichs Italien. (In: Deutsche Rundschau Bd. 235, 1933, S. 188/93).
- Combarieu, Abel: Sept Ans à l'Elysée avec le Président Emile Loubet. 1899—1906. Paris 1932.
- Croce, Benedetto: Geschichte Italiens 1871—1915. Berlin 1928.
- Davray, Henry D.: France in North Africa. (In: Edinburgh Review or Critical Journal Bd. 243, 1926, S. 89—101).
- Déloncle, Léon: Statut international du Maroc. 2ième Edition. Paris 1912.
- Documents Diplomatiques Français (1871—1914). Seconde Série (1901—1911). Paris 1930 ff.
- Documents Diplomatiques. Livre Jaune. Affaires du Maroc (1901—05). Paris 1905.
- Documents Diplomatiques. Livre Jaune. Les Accords Franco-Italiens de 1900—1902. Paris 1920.
- Donner, Hermann: Die Vorgeschichte des Weltkrieges. Eine Sammlung aller wichtigen Daten der weltpolitischen Entwicklung von 1870—1914. (= Einzelschriften zur Politik und Geschichte. Hrsg. Dr. G. Roeseler. Heft 26). Berlin 1927.
- Dupuy, E.: Comment nous avons conquis le Maroc. 1845—1912. Paris 1912.
- Eckardtstein, Hermann Freiherr von —: Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten. Bd. I u. II, Bd. III unter dem Titel: Die Isolierung Deutschlands. Leipzig: 1919—1921.
- Einem, Generaloberst von —: Erinnerungen eines Soldaten. 1853—1933. 2. Aufl. Leipzig 1933.
- Enthoven, Henri Emile: Koning Edward VII, Engeland en Europe. In: Stemmen des Tijds. Maandschrift voor . . . XX., 1931, S. 420—426. In Zutphen.)
- Farrer, I. A.: England under Edward VII. London 1922.
- Fay, Sidney Bradshaw: The Origins of the World War. 2 Bde. Bd. I: Vor Serajewo. Deutsche Ausgabe, Berlin 1930.
- Der Einfluß der Vorkriegspresse in Europa. (In: Berl. Monatshefte X., 1932, S. 411—445).
- Fester, Richard: Geschichtliche Einkreisungen. I/III. (In: Deutsche Rundschau, Bd. 225, 1930, S. 1/12, 115/26, 235/47).
- Fischer, Theobald: Meine dritte Forschungsreise im Atlasvorlande von Marokko 1901. (In: Mitt. d. Geogr. Ges. Hamburg Bd. XVIII, 1902, S. 1—199.)
- Frauliendienst, Werner: Fürst Bülow und England 1897—1904. (In: Berl. Monatshefte VIII, 1930, S. 532/39.)
- Friedjung, Heinrich: Das Zeitalter des Imperialismus. 1884—1914. 3 Bde. Berlin 1919.
- Germain et Faye: Le nouveau monde français. Maroc, Algérie, Tunisie. Paris 1924.

- Gooch, G. P.: History of modern Europe. 1878—1919. London 1923.  
— Die Entstehung der Triple-Entente. (In: Berl. Monatshefte VII, 1929, S. 594—599).  
— Studies in modern History. London 1931.
- Gooch, G. P. and Temperley, H.: British Documents on the Origins of the War. 1898—1914. Vol. I—III. London 1927/28.
- Greiser: Das französische Kolonialreich in Afrika . . . (In: Marine-rundschau 34. Jrg., 1929, in 3 Forts.)
- Große Politik der Europ. Kabinette, Die —. 1871—1914. Sammlung der diplomat. Akten des Ausw. Amtes. Berlin 1922 ff.
- Hammann, Otto: Deutsche Weltpolitik 1890—1912. Berlin 1925.
- Hanotaux, Gabriel: Fachoda. (Le partage de l'Afrique). Paris 1909.
- Hasenclever, Adolf: Theodore Roosevelt und die Marokkokrisis 1904—1906. (In: Arch. f. Pol. u. Gesch. X., 1928, S. 184 ff.)  
— Geschichte Ägyptens im 19. Jahrhundert. 1798—1914 . . . Halle 1914.
- Hauser, Henri: Histoire diplomatique de l'Europe 1871—1914. Manuel de politique Européenne. 2 Bde. Paris 1929.
- Haushofer, Karl: Jenseits der Großmächte. Ergänzungsbd. zur Neubearbeitung der Großmächte Kjelléns. Leipzig 1932.
- Herre, Paul: Nachruf für Tittoni. (In: Berl. Mon. Hefte IX., 1931, S. 269/74).  
— Tirpitz und der Bau der deutschen Flotte. Ein wissenschaftlicher Nachruf. (In: Berl. Mon. H. VIII., 1930, S. 401/13).
- Herzfeld, Hans: Der deutsche Flottenbau u. d. engl. Politik. (In: Arch. f. Pol. u. Gesch. Bd. VI, 1926, S. 97—146).
- Hesse, Rudolf: Die Entente cordiale vom 8. IV. 1904. Studien zu ihrer Entstehungsgeschichte u. ihren nächsten Wirkungen. Diss. Münster 1927.
- Hoernigk, Rudolf: Italien zwischen Frankreich u. dem Dreibund. Die polit. Beziehungen zwischen Deutschland u. Italien 1890—1906. Diss. Leipz. 1931.
- Hofmann, Konrad: Afrika in der Weltpolitik. Unter Bevorzugung der geopolit. Seite. (In: Deutsch. Rundschau, Bd. 201, 1924, S. 119—135.)
- Italicus: Italiens Dreibundpolitik 1870—1896. München 1928.  
— Italiens Rückversicherung ein Vertragsbruch? (In: Europ. Gespr. VIII, 1930, S. 440/50).
- Kjellén-Haushofer: Die Großmächte vor u. nach dem Weltkrieg. 3. Aufl. der Neubearbeitung. Leipzig 1933.
- Kampffmeyer, Georg: Die Grundlagen der Marokkofrage. (In: Ztsch. f. Politik VIII, 1915, S. 297—380).
- Kuhnert, Gerhard: Die Stellung der öffentlichen Meinung Deutschlands zur Marokkofrage bis zum Verträge von Algesiras. Diss. Leipzig 1920.
- Lee, Sir Sidney: King Edward VII. A Biography. 2 Bde. London 1925 und 1927.
- Lehmann, Konrad: Die Ablehnung des englischen Bündnisangebots. (In: Preuß. Jahrb., Bd. 221, 1930, H. 2.)

- Löding, Walter: Die deutsch-engl. Bündnisverhandlungen 1898/01. Ihr Verlauf auf Grund der deutsch. u. engl. Akten. Diss. Hamburg 1929.
- Luckwaldt, Friedrich: Die Erinnerungen des Botschafters Graf Monts. (In: Berl. Mon. Hefte XI., 1933, S. 128/38).
- Lutz, Hermann: Deutschfeindliche Kräfte im Foreign Office der Vorkriegszeit. Berlin 1932.
- Maurice, Louis: La Politique Marocaine de l'Allemagne. 7. Aufl. Paris 1916.
- Mecenseffy, Grete: Die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen 1898—1901 im Lichte der engl. Aktenpublikation. (In: Viert. Jahrschrift f. Pol. u. Gesch. 1929, S. 175/91).
- Medlicott, W. N.: The Mediterranean Agreements of 1887. (In: The Slavonic Review V, 1926/27, S. 66—88).
- Meinecke, Friedrich: Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems 1890—1901. München, Berlin 1927.
- Meisner, H. O.: Fürst Bülow, der Memoirenschreiber u. d. Staatsmann. (In: Forsch. z. Brand. u. Preuß. Gesch. 44. Bd., 1. Hälfte, 1932, S. 156—196).
- Mendelssohn Bartholdy, A.: Sir Edward Grey (Besprech. der Grey'schen Memoiren). (In: Europ. Gespr. III u. IV, 1925/26, S. 605/25 u. S. 21/34 u. S. 139/47.)  
— Lord Lansdowne. (In: Europ. Gespr. V, 1927, S. 431/449).
- Mohr, Paul: Politische Probleme im westlichen Mittelmeer. (= Meereskunde, H. 96, Berlin 1914).  
— Frankreich und Marokko. (= Meereskunde, Bd. XV, H. 2, Berlin 1926).  
— Handelsverträge Marokkos. Charlottenburg 1905.
- Montgelas, Graf Max: Lord Lansdowne. (In: Berl. Mon. Hefte IX., 1931, S. 4—27).
- Monts, Anton Graf: Erinnerungen und Gedanken des Botschafters — Hrsg. von K. F. Nowak u. F. Thimme. Berlin 1932.
- Morel, Edmund D.: Morocco in Diplomacy, London 1912.
- Morocco (ohne Verf.) (In: The Round Table XV, 1924/25, S. 717/31).
- Lord Newton: Lord Lansdowne. A Biography. London 1929.
- Nicolson, Harold: Sir Arthur Nicolson. First Lord Carnock. A Study in the Old Diplomacy. London 1930.
- Oncken, Hermann: Das deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges. 2 Bde., Berlin 1933.
- Oppenheimer, Freiherr Felix von —: Botschafter Graf Monts. (In: Front wider Bülow, S. 95—100).
- Pinon, R.: France et Allemagne 1870—1913. Paris 1931.
- Peyronnet, Raymond: La problème Nord-Africaine. Bd. I. Paris 1924.
- Pfeil, Graf von —: Marokkos wirtschaftliche Möglichkeiten u. Aussichten. (In: Meereskunde VI, H. 2, Berlin 1912).
- Pribram, Alfred Francis: Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1871—1914. Nach den Akten des Wiener Staatsarchivs. Wien 1920.

- England and the international Policy of the European Great Powers 1871—1914. Oxford 1931.
- Pückler, Graf C.: Fürst Bülow u. die deutsch-engl. Beziehungen. (In: Front wider Bülow, S. 50—55).
- Reventlow, Graf Ernst zu —: Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914. 3. Aufl. Berlin 1916.
- Reynald, Georges: La diplomatie française. L'oeuvre de M. Delcassé. (Pages hist. Nr. 85). Paris 1915.
- Rheinländer, Gertrud: Deutschland, England und die Marokkokrise. (1904—1906). Diss. Münster 1930.
- Ritter, Gerhard: Die Legende von der verschmähten englischen Freundschaft. 1898—1901. Beleuchtet aus der neuen engl. Aktenveröffentlichung. Freiburg 1929.
- Roloff, Gustav: Die Bündnisverhandlungen zwischen Deutschland und England 1898—1901. (In: Berl. Mo. Hefte VII 1929, S. 1167—1222.)
- Rosenberg, Artur: Die französ. Außenpolitik zu Beginn des Jahrhunderts. Auf Grund der franz. diplom. Dokumente Bd. I (1901) der 2. Reihe. (In: Berl. Monatshefte VIII, 1930, S. 936—952.)
- Rothfels, Hans: Bismarcks englische Bündnispolitik. Berlin 1924.  
— Zur Beurteilung der englischen Vorkriegspolitik. (In: Arch. f. Pol. u. Gesch. VII, 1926, 2. Hälfte, S. 599—615).
- Rühl, Alfred: Die Grundlagen des italien. Imperialismus. (In: Meereskunde XII, H. 7, Berlin 1918).
- Salvatorelli, Luigi: Giovanni Giolitti u. seine auswärtige Politik. (In: Europ. Gespr. VII, 1929, S. 117/37).
- Schiemann, Theodor: Deutschland und die große Politik. 1901 ff. Berlin 1902 ff.
- Schultheß, Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge, Bd. VI ff. (1890 ff.). Hrsg. Gust. Roloff. München 1891 ff.
- Schöttle, Hermann: Die Times in der ersten Marokkokrise. Mit besond. Berücksichtigung der engl.-deut. Beziehungen. (= Histor. Studien, Heft 196). Berlin 1930.
- Staley, Eugène: Mannesmann Mining Interests and the Franco-German Conflict over Morocco. (In: The Journal of political Economy, Bd. 40, Nr. 1, Febr. 1932, S. 52—72. In Chicago).
- Stern, Alfred: König Eduard VII u. die ausw. Politik Englands. (In: Europ. Gespr. VII, 1929, S. 483/504).
- Stieve, Friedrich: Deutschland und Europa 1890—1914. Handbuch zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Berlin 1926.
- Stuart, G. H.: French Foreign Policy from Fashoda to Serajewo. 1898.—1914. New York 1921.
- Sykes, Sir Percy: Sir Mortimer Durand. A Biography. London 1926.
- Tardieu, André: La Conférence de l'Algésiras. Histoire diplomatique de la Crise Marocaine. 3. Aufl. Paris 1909.
- Taillandier, G. Saint René: Les Origines du Maroc Français. Récit d'une mission (1901—1906). Paris 1930.

- Thimme, Friedrich: Front wider Bülow. Staatsmänner, Diplomaten u. Forscher zu seinen Denkwürdigkeiten. Hrsg. von... München 1931.
- Thimme, Friedr.: Botschafter Graf Monts als Staatsmann. (In: Berliner Monatshefte XI., 1933, S. 255/65).
- Wahl, Adalbert: Deutsche Geschichte von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges (1871—1914). 3. Bd. Stuttgart 1932.
- Wallace, William Kay: Thirty Years of modern History. London 1926.
- Walther, Heinr.: Die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen von 1901 und ihre Ergebnisse. (In: Hist. V. J. Schr. Jrg. 25, 1931, S. 602/35).
- Ward, A. W. and Gooch, G. P.: The Cambridge History of British Foreign Policy. Vol. III: 1866—1919. Cambridge 1923.
- Wolff, Theoder: Nachruf für Graf Monts im Berliner Tageblatt v. 16. 11. 1930. (Auch in: Berl. Monatshefte IX., 1931, S. 88/90.)

---

Bei dem Zitieren der Dokumente bezieht sich die erste Zahl auf den Band, die zweite auf die Nr. des Dokuments.

BD = British Documents.

DD = Documents Diplomatiques. Da es sich ausschließlich um die Bände der zweiten Serie handelt, ist nur die Nummer des Bandes dieser Reihe angegeben. (Wenige Ausnahmen in Kap. I)

GP = Große Politik der Europäischen Kabinette. In () Angabe der Halbbände.

BgD = Belgische Dokumente.

Wenn es sich in den Literaturangaben der Anmerkungen nur um ein Werk eines Verfassers handelt, ist nur sein Name angegeben. Im Übrigen Abkürzungen des Titels, die an Hand des Literaturverzeichnisses leicht zu verstehen sind.

„Pribram“ bezieht sich auf die „Geheimverträge Österreich-Ungarns“. Wenn Pribrams Oxforder Vorlesungen („England and Europe“) gemeint sind, so ist das besonders erwähnt.

## Namenverzeichnis.

Gesperrte Zahlen: Der Name ist in den Anmerkungen der betreffenden Seite zu finden.

- Abarzuza, span. Außenminister im Kabinett Silvela, Dez. 1902 bis Juli 1903: 134, 135, 137, 137, 138.
- Alfons, König von Spanien: 172.
- Alvensleben, Graf von —, deutsch. Gesandter in Brüssel 1883—1901, Botschafter in St. Petersburg 1901—1905: 114, 168.
- Balfour, Arthur James, 1. Lord des Schatzes im Kabinett Salisbury 1895—1902, Premierminister Juli 1902—1905: 56 f., 63, 141, 149.
- Ballin, Albert, Generaldirektor der Hapag: 119.
- Barclay, Th., Vorsitzender der brit. Handelskammer in Paris: 146.
- Barrère, Camille, französ. Botschafter in Rom seit 1897: 4, 64, 65, 66, 69, 91, 97, 99, 102 ff., 111, 123.
- Bebel, August sozialdemokr. Reichstagsabgeordneter: 173.
- Ben Sliman, marokkan. Minister: 126 f.
- Bertil, Hilfssekretär im Foreign Office 1893—1903: 87, 91.
- Bismarck, Fürst Otto von —: 16 ff., 20, 111.
- Blanc, Baron —, ital. Botschafter in Konstantinopel 1887/91, Außenminister im Kabinett Crispi 1893/96: 26, 28.
- Bülow, Fürst Bernhard von —, 1900—1909 deutsch. Reichskanzler: 4, 38 f., 49, 51, 54 ff., 58, 63, 66, 68, 69, 69, 74, 78, 82, 84, 95 ff., 97, 103, 107 ff., 111, 114, 117, 121 f., 168 f., 172 ff.
- Cambon, Jules, franz. Botschafter in Washington 1897—1902, in Madrid 1902/07: 135, 137 f., 137, 171.
- Cambon, Paul, franz. Botschafter in Madrid 1886/91, in Konstantinopel 1891/98, in London 1898—1920: 4, 58, 60, 72 ff., 91, 115, 123, 125, 125, 129 f., 130, 132 f., 139 ff., 145 ff., 153 ff., 166 ff.
- Campbell—Banner mann, engl. Liberaler: 5, 165.
- Caprivi, Leo Graf von —, deutsch. Reichskanzler 1890—1894: 26.
- Chamberlain, Joseph, engl. Handelsminister im Kabinett Gladstone 1880—1886, Staatssekretär der Kolonien i. d. Kabinetten Salisbury u. Balfour 1895—1903: 4 f., 38, 41 f., 47 ff., 56 f., 63, 75, 77, 78, 85 f., 85, 90, 91, 117 f., 125, 146, 166 f.
- Chelius, Major von —, Militärattaché bei der deutsch. Botschaft in Rom 1904: 106 f.
- Chirol, Sir Valentine —, 1890/96 Korrespondent der Times in Berlin, dann Leiter des Foreign Department der Times in London: 74, 86, 86.
- Combarieu, Sekretär des Präsid. Loubet: 123, 150.

- Courcel, Alphonse Baron de —, franz. Botschafter in Berlin 1882/86, in London 1894/98: 16, 17.
- Crispi, ital. Abgeordneter seit 1861, Ministerpräsident, Außen- u. Innenminister 1887/91, Ministerpräsident 1893/96: 23, 25 f.
- Cromer, Lord (Sir Evelyn Bring), engl. Generalkonsul u. diplomat. Agent in Kairo 1883—1907: 153, 158 ff.
- Currie, Sir (später Lord) Philip —, engl. Botschafter in Konstantinopel 1894/98, in Rom 1898/1903: 48.
- Dawkins, engl. Bankmann: 118.
- Delcassé, Théophile, französ. Kolonialminister im Kabinett Dupuy 1894/95, Außenminister 1898—1905: 4, 39, 40, 43, 53 f., 58, 62, 72 ff., 82, 101, 123 ff., 129 ff., 130, 133, 135 ff., 143, 145, 148, 150, 152 ff., 159 ff., 170, 173, 175.
- Donnersmarck, Fürst Henckel von —: 16.
- Durand, Sir Mortimer, engl. Botschafter in Madrid: 28, 79, 135, 137, 137, 142.
- Eckardtstein, Hermann Freiherr von —, 1. Sekretär bei der deutsch. Botschaft in London, April 1898 Abschied genommen, Dez. 1899 bis Okt. 1902 Botschaftsrat: 16, 41, 47, 49 f., 58, 76 ff., 80 ff., 85, 89, 114, 121 f., 166 f., 169.
- Eduard VII., 1901/10 König von England: 4, 83, 85, 85, 115 ff., 116, 120, 122, 131, 132, 145 ff.
- Einem, Karl v. —, Generaloberst: 6.
- El — Guebbhas, marokkan. Kriegsminister: 164.
- Etienne, Chef der französ. Kolonialpartei: 151.
- Evan-Smith, Sir Charles —, engl. Oberst, Generalkonsul u. diplomat. Agent in Sansibar 1887/91, Gesandter in Tanger 1891/93: 29.
- Ferry, Jules, französ. Ministerpräsident: 16.
- Giolitti, ab 1903 ital. Ministerpräsident: 105 f.
- Gladstone, engl. Premierminister 1880/86 u. 1892/95: 24.
- Gleichen, Lord —, engl. Kolonialoffizier: 5, 39.
- Goluchowski, Agenor Graf von —, öst.-ung. Gesandter in Bukarest 1887/94, Außenminister 1895—1906: 98, 98.
- Grey, Sir Edward, parlament. Unterstaatssekretär im Foreign Office 1892/95, Außenminister 1905/16: 5, 37, 165.
- Hanotaux, Gabriel, franz. Außenminister 1894/98: 53.
- Hansen, Jules, französ. Agent: 74.
- Harris, Times-Korrespondent in Tanger: 168.
- Hatzfeldt-Wildenburg, Paul Graf (später Fürst) von —, Botschafter in Konstantinopel 1879/81, in London 1885—Juli 1901: 5, 19 f., 24 f., 30, 33, 36, 41, 44 ff., 50, 54 ff., 62, 76 f., 78, 79, 81, 85.
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst Chlodwig von —, 1894 bis 1900 deutscher Reichskanzler: 6.
- Holstein, Fritz von —, Vortrag. Rat im Auswärtigen Amt 1880—1906: 5, 23, 25, 26, 29, 68, 74, 76 f., 79 ff., 83 f., 86 f., 95 f., 103, 109, 122, 167, 176.

- Kalnoky, Gustav Graf —, österr.-ung. Außenminister 1881/95: 21.  
Karlos, Dom, König von Portugal: 150.  
Kimberley, Lord (später Earl of —), engl. Staatssekretär des Äußeren im Kabinett Roseberry 1894/95: 28.  
Lamsdorff, Graf —, Mitglied des russ. Außenministeriums 1885—1900, Außenminister 1901/06: 114, 168.  
Lansdowne, Marquess of —, Vizekönig von Indien 1888/93, Staatssekretär des Krieges Juni 1895—Okt. 1900, des Äußeren Okt. 1900 bis Dez. 1905: 4, 72 ff., 78, 78, 80 ff., 83, 87 f., 87, 90 ff., 113, 115, 117 ff., 118, 123, 129 ff., 130, 131, 135, 139 ff., 145, 147, 149 f., 152 ff., 166, 168 ff., 172, 174.  
Lanza, Graf von —, ital. Botschafter in Berlin 1892—1907: 67, 96, 109.  
Lascelles, Sir Frank, engl. Botschafter in St. Petersburg 1894/95, in Berlin 1895—1908: 42, 55, 80, 83.  
Launay, Graf, ital. Botschafter in Berlin 1867/92: 18.  
Leyds, Dr., Gesandter der Burenrepubliken im Haag, in Berlin und Paris, 1898—1902: 86.  
Liautey, Colonel, ab 1903 französ. Oberbefehlshaber in Algerien: 164.  
Lichnowsky, Prinz (seit 1901 Fürst) von —, 1. Sekretär bei der deutschen Botschaft in Wien 1894/99, Vortrag. Rat im Ausw. Amt 1899—1904: 176.  
Loubet, Emile, Präsident der franz. Republik 1899—1906: 147 f., 150.  
Luzzatti, ital. Abgeordneter, Finanzminister im Kabinett Giolitti ab 1903: 106.  
Maclean, Caid, engl. Agent beim Sultan von Marokko: 72, 74, 79 ff., 89, 125, 128, 130 ff., 131, 140, 156 f.  
Marie Christine, Königin — Regentin von Spanien: 52, 135, 171, 171.  
Marschall von Bieberstein, Adolf Freiherr von —, Staatssekretär des Ausw. Amtes 1890/97, Botschafter in Konstantinopel 1897—1912: 24.  
Menebhi, marokk. Minister: 75, 127, 164, 167, 167.  
Metternich, Graf Paul v. Wolff — Metternich, 1. Sekr. bei der dtsh. Botschaft in London 1890/95, Generalkonsul in Kairo 1896, preuß. Gesandter in Hamburg 1896—1900, wiederholt Rat im kaiserl. Gefolge, stellvertr. Botschafter in London 1900, 1901, Botschafter in London 1901/12: 57, 59, 60, 85, 87 f., 90, 112, 113, 115 ff., 117, 132, 145, 166, 168, 179.  
Monson, Sir Edmund, engl. Botschafter in Wien 1893/96, in Paris 1896—1905: 35, 58 f., 72, 133, 134, 141, 148.  
Monts, Anton Graf —, deutsch. Botschafter in Rom 1902/09: 103, 105, 107, 109 f.  
Morin, Admiral, ital. Außenminister 1903: 104.  
Münster, Georg Graf zu —, dtsh. Botschafter in London 1873/85, in Paris 1885—1900: 38, 43, 53, 72.

- Murawiew, Michael Graf —, russ. Botschaftsrat in Berlin 1884/93, Gesandter in Kopenhagen 1893/97, Außenminister 1897-1900: 36, 52 f., 58.
- Nicolson, Sir Arthur, ab 1895 engl. Gesandter in Tanger: 59, 72 f., 79, 81, 131, 143, 168.
- Nigra, Conte —, ital. Botschafter in Wien 1885—1904: 102.
- Nikolaus II., Zar von Rußland 1894—1917: 41, 85, 114.
- Noailles, Marquis de —, franz. Botschafter in Berlin 1896—1902: 123.
- Prinetti, ital. Außenminister im Kabinett Zarnardelli, Febr. 1901—Jan. 1903: 4, 65, 66 f., 67, 90, 94 ff., 98, 111.
- Pückler, Graf C.: 62, 93.
- Radolin, Fürst Hugo, dtsh. Botschafter in Paris 1901/10: 73 f., 81, 82, 170 f., 173.
- Radowitz, von —, dtsh. Botschafter in Madrid: 51, 79, 166.
- Reventlow, Graf von —, Mitglied des Reichstags: 174.
- Révoil, Generalgouverneur von Algerien: 123, 128.
- Rhodes Sir Cecil, Premierminister der Kapkolonie 1890/94, 1894/96: 5, 47, 49.
- Richthofen, Oswald Freiherr v. — Staatssekretär des Ausw. Amtes 1900/06: 116.
- Robilant, Nicola Conte di —, ital. Außenminister im Kabinet Depretis 1885/87: 18, 20.
- Roseberry, Lord Archibald (später Earl of) —, engl. Staatssekretär des Äußeren im Kabinett Gladstone 1892/94, Premierminister 1894/95: 5, 23 ff., 117, 165.
- Rothschild, Alfred, Chef des Londoner Bankhauses: 120.
- Rudini, Marchese di —, ital. Ministerpräsident und Außenminister 1891/92, Ministerpräsident 1896/98: 27.
- Sagasta, liberaler span. Ministerpräsident bis Dez. 1902: 134.
- Saletta, ital. Generalstabschef: 107.
- Salisbury, Marquess of —, engl. Premierminister 1886/92, Staatssekretär des Äußeren 1887/92, Premierminister 1895—1902, Staatssekretär des Äußeren 1895—Okt. 1900: 4 f., 18 ff., 24, 27, 29 ff., 33, 35 ff., 42 ff., 48, 50, 55 ff., 61 ff., 65, 76 f., 76 ff., 78, 83, 83, 87 f., 90, 92.
- Sandersohn, Sir Th., ständiger Unterstaatssekretär im Foreign Office 1894—1906: 30.
- Schlieffen, Alfred Graf v., Generalfeldmarschall, Chef des Generalstabes der Armee 1891—1906: 106.
- Silvela, konservativer span. Ministerpräsident und Außenminister 1899 bis 1900, ab Dez. 1902 Ministerpräsident: 51 f., 134, 137, 137, 171.
- Sultan von Marokko: 59, 73, 75, 79, 125 ff., 131 f., 139 f., 143 f., 152, 167,
- Sultan von Tripolis: 95.
- Taillandier, G. Saint-Réné, französ. Vertreter in Tanger 1901/06: 123, 126 ff., 132 f., 139 f., 143 f., 170.
- Tardieu, André, im diplomat. Dienst 1897—1905: 9.

- Tattenbach, Graf von —, dtsh. Ministerresident (seit 1894 Gesandter) in Tanger 1889/95, Gesandter in Lissabon 1897—1908: 29.
- Tittoni, Tommaso, ital. Außenminister im Kabinett Giolitti: 105 ff.
- Tornielli, Conte —, ital. Botschafter in London 1889/95, Paris 1895 bis 1908: 102..
- Tschirschky, von —, Geschäftsträger in St. Petersburg, Gesandter in Hamburg: 58, 103, 107..
- Victor Emanuel III., seit Aug. 1900 König von Italien: 66 f., 91, 103 f., 104.
- Victoria, 1837—1901 Königin von Großbritannien und Irland: 5, 59, 61, 77.
- Visconti-Venosta, ital. Außenminister 1896/98 u 1899—1900: 65, 67, 104.
- Waldersee, Graf Alfred v. —, Generalfeldmarschall: 116.
- Wedel, Karl Graf von —, dtsh. Botschafter in Rom 1899—1902, in Wien 1902/07: 67 f., 95 f.
- Wilhelm II., deutscher Kaiser 1888—1918: 4 f., 41, 42, 43, 46, 49, 55, 61, 63, 76, 77, 83 ff., 91, 103 f., 115, 122, 169, 171 ff.
- Wolff, Sir Drummond —, englischer Botschafter in Paris: 35.
- Zanardelli, ital. Abgeordneter, Justizminister im Kabinett Crispi, Ministerpräsident 1901/03: 4, 102, 105.

Die Arbeit entstand als Göttinger Dissertation auf Anregung von Professor Dr. Hasenclever. Sie wurde der Fakultät im September 1933 vorgelegt.

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorbemerkung.	3— 7
Einleitung.	8—15
Kapitel I: Vor Faschoda.	16—36
1. Bis 1890.	16—21
2. 1890—1894.	21—32
3. 1895—1897.	32—35
4. Der spanisch-amerikanische Krieg 1898.	35—36
Kapitel II: Faschoda 1898—1899.	37—48
1. Die Faschoda-Krise.	37—44
2. Die neue Einstellung der deutschen Außenpolitik zur Marokkofrage 1899.	44—48
Kapitel III: Das erste Jahr des Burenkrieges 1899—1900.	48—64
1. Die englisch-deutschen Besprechungen. November 1899.	48—51
2. Die „Kontinentalliga“ 1899.	51—53
3. Die beginnende französische Aktivität in Marokko und die Stellungnahme der Mächte 1900.	53—60
4. England—Deutschland 1900.	60—64
Kapitel IV: Das Jahr der Entscheidung 1901.	64—94
1. Vordringen der französischen Diplomatie.	64—75
a) Französisch-italienische Annäherung.	64—70
b) Frankreichs Marokkopolitik 1901.	70—75
2. Die deutsch-englischen Bündnisbesprechungen und die Haltung der beiden Mächte zur französischen Marokkopolitik im Jahre 1901.	75—94
Kapitel V: Europäische Umgruppierung — Isolierung Deutschlands 1902—1904.	94—122
1. Dreibunderneuerung und italienisch-französische Rückversicherung 1902.	94—112
2. Deutschland—England 1902—1903.	112—122
Kapitel VI: England und Frankreich auf dem Wege zur Entente cordiale vom 8. April 1904.	123—176
1. Frankreichs Marokkopolitik 1902—1904.	123—166
a) Bis Anfang 1903.	123—144
b) Ab Mai 1903.	145—166
2. Deutschlands Stellung zur Marokkofrage 1902—1904.	166—176
Schlußwort.	177—184
Literatur.	185—190
Namenverzeichnis.	191—195





① Ne 62

ULB Halle

3/1

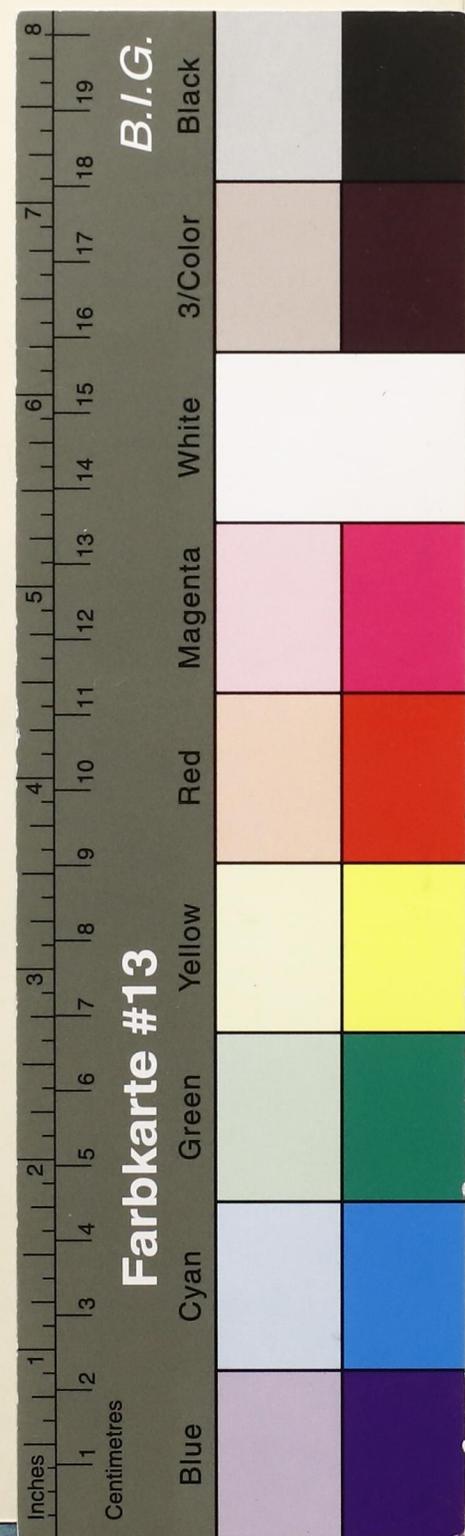
000 851 353



Wilhelm Felger  
Buchbinderei  
Halle, Mittelstr.5







# Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, G. Kallen, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a.  
herausgegeben von Dr. Emil Ebering,

Heft 254

## Die großen Mächte und Marokko

in den Jahren vor dem Marokko-Abkommen  
vom 8. April 1904  
(1898—1904)

Von

Dr. Herbert Emil Brenning

Verlag Dr. Emil Ebering  
Berlin 1934

